

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

COUNTRY East Germany
 SUBJECT Official Bulletins of the East German Ministry of Trade and Supply
 DATE OF INFO.
 PLACE & DATE ACQ.

REPORT

DATE DISTR.

14 AUG 1957

NO. PAGES

1

REQUIREMENT NO.

RD

REFERENCES

50X1-HUM

JUL 215

50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues of Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung (Bulletins of the Ministry of Trade and Supply) from 22 December 1956 through 6 April 1957. (16 bound items in German)

50X1-HUM

CONFIDENTIAL

Batch 8-16-78

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC			
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	-----	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1956

Berlin, den 22. Dezember

Nr. 33

50X1-HUM

ANWEISUNGEN

— 1400 —

Berlin, den 14. Dezember 1956

Anweisung Nr. 60/56
zur Direktive für die Veränderung der Struktur der Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke, der Kreise und der HO-Kreisbetriebe

1. Finanzierung der staatl. Einzelhandelsbetriebe

1. Einfüsse der wirtschaftlichen Ergebnisse der HO-Kreisbetriebe in den Haushalt des Kreises
Ab 1. April 1957 gehen die wirtschaftlichen Ergebnisse der HO-Kreisbetriebe in vollem Umfang in den Haushalt des Rates des Kreises ein, zu dessen Lasten die Deckung der planmäßigen Ausgaben erfolgt. Den Räten der Bezirke bleibt es überlassen, die wirtschaftlichen Ergebnisse des gesamten Jahres 1957 in den Haushalten der Kreise zu planen bzw. auf dem Wege des Haushaltsumsatzes die Umsetzung vorzunehmen. Grundlage für die Übergabe ist ein Protokoll, welches sämtliche Haushaltsbeziehungen beinhaltet.
Der Haushaltplan des Kreises erweitert sich daher um folgende Positionen für die staatlichen Einzelhandelsbetriebe (HO):

Einnahmen

a) Handelsabgabe;
b) Zur Abführung an den Haushalt geplante Teile des Nettogewinns (gem. Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 6. Januar 1953 über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der VEW — GBL I Nr. 97/56, S. 1167);
c) Planmäßige Umlaufmittelabführungen.

Ausgaben

a) Planmäßige Verluststützung einschließlich D-Fonds-Stützung für Betriebe mit geplantem Verlust;
b) planmäßige Umlaufmittelzuführungen;
c) Planmäßige Haushaltzuschüsse für Investitionen.
Ist ein staatlicher Einzelhandelsbetrieb über zwei Kreise verteilt, so vereinnahmt der Rat des Kreises die Handelsabgabe, den Nettogewinn usw., der für die Anleitung und Kontrolle des Betriebes verantwortlich ist. Der Rat des Kreises, in dessen Kreis zur Versorgung der Bevölkerung ein Handelstützpunkt eingerichtet wurde, kann in seinem Haushaltplan die genannten Einnahmen und Ausgaben nicht mit aufnehmen. Hierdurch wird gesichert, daß der Betrieb nur einer Haushaltsschule gegenüber, berichtspflichtig ist.

2. Finanzierung der HO-Kreisbetriebe

a) Die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Finanzierung und Finanzkontrolle der HO-Kreisbetriebe.

b) Sie hat monatlich die Mittelanforderung der Betriebe der Abteilung Finanzen zuzuleiten zur Aufnahme in den monatlichen Kassenplan des Kreises.

c) Die wirtschaftlichen Ergebnisse der HO-Kreisbetriebe gehen in den Einzelplan 16 — H. v. H. — des Kreises ein.

3. Umlaufmittelreservefonds

Der Umlaufmittelreservefonds ist mit dem Zeitpunkt des Übergangs der Betriebe in die Kreise von den Bezirken an die Kreise zu übertragen. Er ist vom Kreis gemeinsam mit dem Umlaufmittelreservefonds der gesamten örtlichen Wirtschaft zu verwalten.

Der Reservefonds beträgt 2% der planmäßigen Umlaufmittel für Handelsware.

4. Verwendung der überplanmäßigen Gewinne

Abrechnung und Verteilung der überplanmäßigen Gewinne wird geregelt entsprechend § 3 (2) der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der VEW vom 20. Oktober 1956.

II. Umsetzung und Abrechnung

A. Materielle und finanzielle Umsetzungen

Die Übergabe bzw. Übernahme der Grund- und Umlaufmittel der Verkaufsstellen und Betriebsstätten erfolgt per Stichtag der Reorganisation zu Buchwerten. Die Durchführung einer Bestandsaufnahme ist nicht erforderlich.

1. Warenbestände

Als Grundlage der Übergabe der Warenbestände dient der Verkaufsstellenbericht bzw. der tägliche Abrechnungsbericht GSt. per Stichtag der Reorganisation mit den ausgewiesenen Werten zum EVP und Handelsspanne bzw. GEVP und EKP.

Der Direktor des abgebenden Betriebes muß eine schriftliche Versicherung abgeben, daß in den Verkaufsstellen Inventuren und eventuell Berichtigungen der Warenbestände entsprechend den Bestimmungen der Richtlinie zur Bekämpfung der Inventur-Minusdifferenzen (Sonderdruck 42) vorgenommen worden sind.

Dem Übergabeprotokoll zwischen abgebendem und übernehmendem Betrieb sind Bescheinigungen der Verkaufsstellenleiter bzw. Betriebsstellenleiter beizufügen, daß der im Bericht per Stichtag der Reorganisation ausgewiesene Soll-Bestand geprüft und für richtig befunden wurde.

2. Grundmittel

Die Übergabe der Grundmittel in den Verkaufsstellen erfolgt an Hand der Grundmittel-Nachweise. Dabei ist darauf zu achten, daß auf den Grundmittel-Nachweisen die aufgeführten Positionen durch die Unterschrift des Leiters des betreffenden Verantwortungsbereiches bestätigt sind. — Werden einzelne Anlagengegenstände umgesetzt (z. B. in der Verwaltung, im Lager usw.), so sind entsprechende Umsetzungsbeweise zu fertigen.

Die Übergabe des Grundmittelfonds ist entsprechend dem Verhältnis der umzusetzenden Bruttowerte zu den Gesamtblottowerten vorzunehmen. Die Differenz zwischen Bruttowert der umzusetzenden Grundmittel und dem umzusetzenden Grundmittelfonds ist der Verschleiß. Eine Berechnung des Verschleißes der einzelnen Gegenstände ist nicht vorzunehmen. Nach erfolgter Umsetzung der Grundmittel sind die Abschreibungsnormen neu zu errechnen, d. h.

$$\begin{aligned} \text{Abschreibungssumme alt} \\ + \text{Abschreibungssumme der Umsetzungen} \times 100 \\ \text{Bruttowert alt} + \text{Bruttowert durch Umsetzungen} \\ = \text{neuer Durchschnittsabschreibungssatz.} \end{aligned}$$

Die Abschreibungssumme der Umsetzungen ist unter Anwendung des Abschreibungssatzes des alten Betriebes, angewandt auf den Bruttowert der Umsetzungen, zu errechnen.

Die Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke haben zu sichern, daß die bestätigten Abschreibungsnormen insgesamt eingehalten werden. — Die Umsetzung von Mietinventar erfolgt an Hand der Mietverträge. Den Mietverträgen ist eine Erklärung der Leiter der betreffenden Verantwortungsbereiche beizufügen, aus der hervorgeht, daß die gemieteten Gegenstände vorhanden sind und die genutzt werden. Die Mietverträge sind zu überprüfen, ob sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Nicht genutzte Mietgegenstände sind an den Vermieter zurückzugeben und der Mietvertrag im Einverständnis mit den Vermieter zu ändern.

3. Eigenbedarf

Die vorhandenen Lagerbestände an Eigenbedarf sind an Hand von Protokollen (Inventurlisten) zu übergeben. Die Bewertung erfolgt zu Einstandspreisen. — Eigenes Leergut ist unter Berücksichtigung der Abnutzung zum Zeitwert zu bewerten. — Hilfsmaterial, das bei Eingang oder bei der ersten Nutzung ergebniswirksam gebucht wurde, darf nicht berechnet werden.

4. Leergut

Da in den Verkaufsstellen der Nachweis über das Lieferantenleergut geführt wird, brauchen hierfür keine Übergabeprotokolle fertiggestellt werden. Der übernehmende Betrieb prüft, ob die Verkaufsstellen laufende Abstimmungen mit den Lieferanten durchführen.

5. Übrige Bilanzpositionen

Für die Übergabe der übrigen Bilanzpositionen sind Buchungsaufgaben zu fertigen, die vom Hauptbuchhalter des übergebenden Betriebes zu unterschreiben sind.

Für die synthetisch geführten Konten (unterwegs befindliche Ware, Forderungen, Verbindlichkeiten usw.) sind analytische Einzelnachweise erforderlich.

Nach Abschluß der Übergabe müssen alle Konten ausgeglichen sein. Der übergebende Betrieb fertigt eine Schlüffbilanz, die nur Werte in der Spalte „Vortrage zu Beginn des Berichtszeitraumes“ ausweisen darf. Bei der Zusammenstellung des Kontrollberichtes für 1957 durch die Räte der Kreise

sind diese Schlüffbilanzen (Bestandsvorträge per 1. Januar 1957) mit einzubringen. — Vorstehendes gilt bei vollständiger Auflösung eines Betriebes.

6. Werden Betriebe vollständig aufgelöst, erfordert die Umsetzung der Kassen-, Bank- und Kreditbestände eine Überweisung der Mittel bzw. eine Umbuchung des in Anspruch genommenen Kredites seitens der Deutschen Notenbank.

Werden nur Teile eines Betriebes abgegeben, so sind die zu übergebenden Bestände (außer Grundmittel) nach vorstehender Bewertung durch die übernehmenden Betriebe zu bezahlen.

7. Buchungen

Sämtliche Buchungen, die durch die Übergabe bzw. Übernahme ausgelöst werden, sind in laufender Rechnung durchzuführen.

8. Übergabe von Buchführungsunterlagen

Die Verkaufsstellenberichte, täglichen Abrechnungsberichte GST, Produktionsabteilungsberichte, Zusammenstellung der Warenbewegung, Verkaufsstellenplan — Planabrechnung und Inventurdifferenzspiegel ab 1. Januar 1956 bis zum Zeitpunkt der Reorganisation sind nicht als Archivgut, sondern als Arbeitsmaterial den zuständigen Abteilungen zu übergeben.

9. Aufteilung der D-Fonds

Die Aufteilung der Bestände des D-Fonds hat an Hand der Anzahl der Beschäftigten bzw. der Anzahl der dem neuen Betrieb übergebenen Beschäftigten zu erfolgen, d. h.

$$\begin{aligned} \text{Gesamtsumme des D-Fonds} \times \text{Anzahl der dem} \\ \text{neuen Betrieb übergebenen Beschäftigten} \\ \text{Gesamtbeschäftigte.} \end{aligned}$$

10. Teilzahlungsgeschäft

Wird z. B. ein Kreisbetrieb, der z. Z. zwei politische Kreise umfaßt, in zwei Kreisbetriebe geteilt, so sind die Forderungen aus Teilzahlungsabkommen entsprechend dem Wohnort bzw. der Verkaufsstelle des Käufers aufzulösen und dem neuen Betrieb zu übergeben.

Der übernehmende Betrieb erstattet diese Forderungen unter Benachrichtigung der zuständigen Kreissparkasse zwecks Kreditierung dieser Forderungen.

Durch den übergebenden Betrieb sind die Käufer zu benachrichtigen, wo sie in Zukunft ihre Tilgungsrenten zu bezahlen haben.

B. Prinzipien für die Abrechnung der Handelskombinate

Bei der Bildung von Handelskombinationen gelten für die Buchführung und Abrechnung nachstehende Prinzipien:

1. Die Bildung von Handelskombinationen erfordert eine gute Vorbereitung. Dies gilt besonders für die Lösung der Kaderfragen. Es muß z. B. der zukünftige Hauptbuchhalter des Kombinats so rechtzeitig ernannt werden, daß er Gelegenheit hat, sich vor der Umstellung eine Zeitlang in den einzuhaltenden Betrieben zu informieren.

Dadurch wird gewährleistet, daß der zukünftige Hauptbuchhalter des Kombinats die Besonderheiten des Abrechnungssystems der anderen HO-Säulen kennenlernen.

2. In der ersten Zeit des Bestehens der Handelskombinate ist die Abrechnung der Warenbewegung nach den bisher üblichen Verfahren durchzuführen, jedoch ist es nach einer gewissen Anlaufzeit not-

wendig, daß unbedingt eine Einheitlichkeit in der Abrechnung der Warenbewegung erreicht wird. Dabei können durchaus die Besonderheiten der einzelnen Säulen Berücksichtigung finden.

3. In der Finanzbuchhaltung sind keine getrennten Konten nach Säulen zu führen. Der Kontenplan für 1957 sieht nur eine Trennung der Warenbestandskonten und der Konten der Umsatzabrechnung vor.
4. Grundsätzlich sind für die einzelnen Säulen keine getrennten Bankkonten zu führen. Das Handelskombinat erhält nur ein Plankreditkonto, ein Petriebsmittelkonto und die entsprechenden Sonderbankkonten.
5. Auf Grund der unterschiedlichen Richtage ist es zweckmäßig, die Terminverpflichtungserklärung getrennt nach
 - a) Industriewaren,
 - b) Lebensmittel und Gaststätten
 vorzunehmen.
6. In der monatlichen Finanzberichterstattung werden für 1957 keine nach Säulen getrennten Finanzberichte verlangt. Der Finanzbericht 1957 sieht jedoch eine Trennung des Umsatzes und der Handelslöse nach den einzelnen Säulen und der Kosten nach den Bereichen

Verkaufsstellen Lebensmittel,
Betriebsstätten Gaststätten,
Verkaufsstellen Industriewaren,
Dienstleistungen und
Verwaltungen

vor.

In der „Kostenauflösung“ (Teil IV der vierteljährlichen Finanzberichterstattung) werden alle Kostenkennziffern mit folgender Einteilung nach Bereichen abgerechnet:

Handelsabteilungen

Verkaufsstellen Lebensmittel,
Betriebsstätten Gaststätten,
Verkaufsstellen Industriewaren,
Dienstleistungen und
Übrige Handelsabteilungen:

Abteilung zur Lenkung des Betriebes und sonstige zirkulationsbedingte Abteilungen,
Handel insgesamt

Produktion

III. Betriebsplanung

Bei der Bildung von Handelskombinaten ist auf dem Gebiet der Betriebsplanung nach folgenden Grundzügen zu verfahren:

1. Die Betriebspläne der bestehenden Betriebe, die zu einem Kombinat vereinigt werden sollen, sind in der Gliederung des Pläres der staatlichen Aufgaben zusammenzufassen. Betriebe, die sich bisher über mehrere Kreise erstreckten, gliedern die Planteile für den in Frage kommenden Kreis aus. Die Übergabe — Übernahme — erfolgt protokollarisch.
2. Für das Handelskombinat ist ein neuer Betriebsplan aufzustellen, der die neuen Bedingungen beinhaltet muß und deshalb nicht identisch ist mit der Summe der Pläne der zusammengeschlossenen Betriebe. Das Prinzip der Senkung der Kosten muß dabei im Vordergrund stehen.
3. Der Planungsleiter eines zu bildenden Kombinats ist mindestens einen Monat vor der Zusammensetzung zu benennen. Die Betriebsleitungen der zusammenzulegenden Betriebe sind verpflichtet, dem neuen Planungsleiter alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Wach
Minister

— 5550 —

Berlin, den 15. Dezember 1956

Anweisung Nr. 61/56

Sachwertlotterie der FDJ

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend führt zu den bevorstehenden VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft in Moskau 1957 eine Geld- und Sachwertlotterie durch. Die Lotterie wird in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis 31. August 1957 in zwei Serien (A und B) ausgespielt. Die Sachwertgewinne werden in der Zeit vom 2. Januar bis 15. September 1957 in den Verkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und den Warenhäusern eingelöst.

Die Sachgewinne sind:

Kühlschrank, 45 Liter	665,— DM
Rundfunkgeräte	500,— DM
Teppich, Velour, 2 x 3 m	522,— DM
Fotoapparate „Praktika“	495,— DM
Staubsauger „Jette“	269,— DM
Aktentaschen aus Leder	250,— DM
Aktenetasche aus Leder	200,— DM
Fahrräder	250,— DM
Packungen Pralinen	3,— DM
Halbe Flaschen Spirituosen	3,— DM
Vitalade oder Cremeschokolade	—,80 DM
Drops oder Keks	—,50 DM
Zigaretten 4 Stück	—,50 DM
Bockwürste	1,29 DM

Beschreibung des Loses:

Emblem der Weltjugend	GELD- UND SACHWERTLOTTERIE VI. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDENTEN 1957 IN MOSKAU	
	LOS Nr. 0000000	
	Serie A	
	Dieses Los gewinnt:	
Zwei tanzende Paare in Trachtenkleidung	(Sicherheitsaufdruck mit FDJ-Emblem) Gewinnloslösung bis 15. September 1957 wie folgt: Bargewinne ab 20,— DM beim Losverkauf. Weitere Bargewinne in allen Filialen der Deutschen Notenbank und der Sparkassen. Sachwertgewinne in einer Verkaufsstelle des Konsums oder der HO.	
Diesen Schein hat die Verkaufsstelle ihrem Kreditinstitut einzurücken. Der Betrag geht zu Lasten des Kontos bei der Deutschen Notenbank Berlin, Konto-Nr. 8466.		

Der vom Gewinner vorgelegte und vereinnahmte Gewinnloschein gilt in Höhe des aufgedruckten Gewinnwertes bei der Einnahme der Verkaufsstelle als Wertscheck und wird auch weiter als Scheck bei der Erlösabführung bei den Kassen der Deutschen Notenbank behandelt und von dieser in Zahlung genommen. Die Deutsche Notenbank Berlin hat ihren Niederlassungen folgenden Hinweis gegeben:

„Die die Sachwert-Gewinnscheine einlösenden Stellen müssen die Gewinnscheine mit dem Aufdruck ihres Firmenstempels versehen und s.o. täglich bei der Erlösabführung dem kontoführenden Kreditinstitut mit Schecklieferung (Vordruck E 1) einreichen.“

Sofern die Verkaufsstelle die Erlöse nicht bei der Deutschen Notenbank, sondern bei der Sparkasse, BHG oder bei der Post ab liefert, sind die Gewinnscheine in den Betrieb zu geben, die die Gewinnscheine bei den kontoführenden Niederlassungen der Deutschen Notenbank einzurücken hat.

Die Sachwert-Gewinnscheine werden vom staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel von den Niederlassungen der Deutschen Notenbank und den Sparkassen bis zum 15. September 1957 erworben. Letzter Annahmetag für die Sachwert-Gewinnscheine bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank

ist der 30. September 1957. Werden nach diesem Termin Gewinnabschüsse vorgelegt, sind die Einreicher an den Zentralrat der FDJ zu verweisen."

Die Leistungen der sozialistischen Handelsbetriebe werden verpflichtet, ihre Verkaufsstellen sofort zu informieren.

Borrmann
Stellvertreter des Ministers

— 4930 — Berlin, den 14. Dezember 1956

Anweisung Nr. 62/56

**Reisekostenvergütungen für Einkaufshandlungen
beim staatlichen Großhandel**

Die Finanzrevision stellte wiederholt fest, daß anlässlich der Einkaufshandlungen beim staatlichen Großhandel durch den staatlichen Einzelhandel — auch im Falle der täglich zumutbaren Rückkehr zum Wohnort des für die Einkaufshandlung Verantwortlichen — vom staatlichen Einzelhandel auf der Grundlage des § 6 der Anordnung Nr. 1 über Reisekostenvergütung... vom 20. März 1956 Ansprüche beim staatlichen Großhandel geltend gemacht werden.

Es wird deshalb angewiesen, daß in den o. a. Fällen lediglich Verpflegungszuschuß nach § 10 (2) der genannten Anordnung gewährt werden kann.

Die staatlichen Großhandelsbetriebe haben alle arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen zu treffen, um einen reibungslosen Ablauf der Einkaufshandlungen zu gewährleisten und somit die täglich zumutbare Rückkehr zu ermöglichen.

Schneiderhainze
Stellvertreter des Ministers

— 4622 —

Berlin, den 17. Dezember 1956

Anweisung Nr. 63/56

Standardsortiment für tischfertige Konserven

Mit dem Ministerium für Lebensmittelindustrie wurde ein Standardsortiment für tischfertige Konserven vereinbart, das von der Produktion im Jahre 1957 hergestellt wird. Dieses Standardsortiment ist vom Fachkollektiv des Ministeriums für Handel und Versorgung nach Durchführung von Verkostungen durch Hausfrauen anerkannt worden. Dadurch wird in Zukunft vermieden, daß Ware produziert wird, die nicht dem Bedarf der Bevölkerung entspricht. Der Handel hat ab Januar 1957 Verträge nur noch in nachstehend aufgeführtem Standardsortiment abzuschließen:

1. Gelbe Erbsen mit geräuchertem Schweinefleisch
2. Grüne Erbsen mit geräuchertem Schweinefleisch
3. Weiße Bohnen mit geräuchertem Schweinefleisch
4. Linsen mit geräuchertem Schweinefleisch
5. Haushaltmischung mit frischem Schweinefleisch
6. Mischgemüse mit frischem Schweinefleisch
7. Grüne Bohnen mit frischem Hammel- bzw. Rindfleisch
8. Pichelsteiner mit frischem Schweinefleisch
9. Bayrisch Kraut mit geräuchertem Schweinefleisch
10. Grünkohl mit geräuchertem bzw. frischem Schweinefleisch
11. Kohlrouladen mit Fleisch.

Schneiderhainze
Stellvertreter des Ministers

PREISDIENST

Preisdienst 3/56

Mit sofortiger Wirkung treten nachfolgende Nomenklaturen und Preise für Hühner- und Putengeflügel in Kraft. Die aufgeführten Sätze für die Großhandelsspannen enthalten die Erfasserspanne.

In der Preisliste des Ministeriums für Handel und Versorgung vom 1. Januar 1955 sind die Preise für Hühner- und Putengeflügel der Waren-Nr. 1419-650 bis -677 zu streichen. Ebenso treten außer Kraft die Preisbewilligungen 14-10-55 nebst Nachtrag vom 23. Januar 1956 für Import-Junghühner, ferner Preisbewilligung 14/12/56, Artikel-Nr. 1419-681 bis -689.

Artikel-Nr.	Warenbezeichnung	Qualität	H.A.P.A	GHS	davon MUST	GAP	EHS	davon MUST	EVP
	Hühner								
	67 41 85 00								
1419-641	Hühner und Hähne (Suppenhühner), ge- schlachtet, gerupft und entdarmt	I	676,70	67,80	3,80	744,50	55,50	15,50	8,—
—642		II	580,30	67,20	3,20	647,50	52,50	12,50	7,—
—643		III	483,90	66,60	2,60	550,50	49,50	9,50	6,—
1419-644	Hühner und Hähne (Suppenhühner), ge- schlachtet, gerupft, ausgenommen, mit Kopf und Bein	I				842,—	58,—	18,—	9,—
—645		II				744,50	55,50	15,50	8,—
—646		III				647,50	52,50	12,50	7,—
1419-647	Hühner und Hähne (Suppenhühner), ge- schlachtet, gerupft, ausgenommen, ohne Kopf, ohne Bein	I				939,—	61,—	21,—	10,—
—648		II				842,—	58,—	18,—	9,—
—649		III				745,—	55,—	15,—	8,—
1419-650	Perlhühner, geschlachtet, gerupft	I				744,50	53,50	15,50	8,—
—651		II				647,50	52,50	12,50	7,—
—652		III				550,50	49,50	9,50	6,—
1419-653	Perlhühner, geschlachtet, gerupft, aus- genommen, mit Kopf und Bein	I				942,—	58,—	18,—	9,—
—654		II				745,—	55,—	15,—	8,—
—655		III				647,50	52,50	12,50	7,—
1419-656	Perlhühner, geschlachtet, gerupft, aus- genommen, ohne Kopf, ohne Bein	I				939,—	61,—	21,—	10,—
—657		II				842,—	58,—	18,—	9,—
—658		III				745,—	55,—	15,—	8,—
1419-659	Junghühner und Junghähne, geschlachtet, gerupft, entdarmt, mit Kopf und Bein	I	583,50	66,50	2,50	650,—	50,—	10,—	7,—
—660		II	487,—	66,—	2,—	553,—	47,—	7,—	6,—
—661		III	388,—	65,50	1,50	453,50	46,50	6,50	5,—

Artikel-Nr.	Warenbezeichnung	Qualität	HAP/A	GHS	davon MUST	GAP	EHS	davon MUST	EVP
1419-662	Junghühner und Junghähne, geschlachtet, gerupft, ausgenommen, mit Kopf und Bein	I				744,50	55,50	15,50	8,-
-663		II				647,50	52,50	12,50	7,-
-664		III				550,50	49,50	9,50	6,-
1419-665	Junghühner und Junghähne, geschlachtet, gerupft, ausgenommen, ohne Kopf, ohne Bein	I				842,-	58,-	18,-	9,-
-666		II				745,-	55,-	15,50	8,-
-667		III				647,50	52,50	12,50	7,-
1419-668	Brathähnchen (Backhähnchen), geschlachtet, gerupft, entdarmt mit Kopf und Bein	I	583,50	66,50	2,50	650,-	50,-	10,-	7,-
-669		II	487,-	66,-	2,-	553,-	47,-	7,-	6,-
-670		III	388,-	65,50	1,50	453,50	46,50	6,50	5,-
1419-671	Brathähnchen (Backhähnchen), ausgenommen, mit Kopf und Bein	I				745,-	55,-	15,50	8,-
-672		II				647,50	52,50	12,50	7,-
-673		III				553,-	47,-	7,-	6,-
1419-674	Brathähnchen (Backhähnchen), geschlachtet, gerupft, ausgenommen, ohne Kopf, ohne Bein	I				842,-	58,-	18,-	9,-
-675		II				745,-	55,-	15,50	8,-
-676		III				647,50	52,50	12,50	7,-

Puten

67 41 84 00

1419-681	Puten, geschlachtet, gerupft, entdarmt	I	778,80	64,20	4,20	843,-	57,-	17,-	9,-
-682		II	682,40	63,60	3,60	746,-	54,-	14,-	8,-
-683		III	586,-	63,-	3,-	649,-	51,-	11,-	7,-
1419-684	Puten, geschlachtet, gerupft, ausgenommen, auch halbiert bzw. geviertelt in Keulen oder Bruststückchen	I				1138,-	64,-	24,-	12,-
-685		II				990,50	59,50	19,50	10,50
-686		III				845,-	55,-	15,-	9,-

Eine weitere Untergliederung der Nomenklatur für Puten gemäß unserer Vorabbekanntgabe entfällt.

Wird vom Handel Geflügel, welches von den Schlachtbetrieben geschlachtet, gerupft und entdarmt angeliefert worden ist, zu einer in der Nomenklatur aufgeführten Form weiterbearbeitet, sind die entsprechenden Preise der Nomenklatur anzuwenden. Die Differenz verbleibt den Handelsorganen.

Die Artikel 1490-700 bis -702 sind wie folgt zu erläutern:

Geflügelstückfleisch ohne Keulen und ohne Brust 1. Qualität,
2. Qualität,
3. Qualität.

— 3660 —

Berlin, den 13. Dezember 1956

Auszug aus der Preisbewilligung Nr. I/VII/56/75**1. Großsuper „Ultra-Exquisit“ 57 W**

Herstellerwerk: Fa. Geronon, Quedlinburg

EVP	825,00 DM
EHS	99,00 DM
GAP	726,00 DM
GHS	66,00 DM
HAP	660,00 DM

2. Phonošrank „Sylvia“ mit dreitorigem Platenspieler

Herstellerwerk: Fa. August Peter, Plauen

EVP	400,00 DM
EHS	48,00 DM
GAP	352,00 DM
GHS	32,00 DM
HAP	320,00 DM

3. Phonošrank „Tosca“ mit dreitorigem Platenspieler

Herstellerwerk: Fa. August Peter, Plauen

EVP	367,00 DM
EHS	44,04 DM
GAP	322,98 DM
GHS	29,38 DM
HAP	293,80 DM

4. Radio-Phonošrank „Grazia“ mit „Hell-Admiral“ und dreitorigem Platenspieler

Herstellerwerk: Fa. August Peter, Plauen

EVP	1525,00 DM
EHS	183,00 DM
GAP	1342,00 DM
GHS	122,00 DM
HAP	1220,00 DM

Mit dieser Preisbewilligung verlieren die im Preisdienst vom 28. August 1956 genannten Preise für die unter 1., 2. und 4. aufgeführten Artikel ihre Gültigkeit und sind entsprechend zu verändern.

Neu in den Preisdienst aufzunehmen ist der unter 3. genannte Phonošrank „Tosca“.

Die Preisveränderungen ergeben sich durch technische Verbesserungen der Geräte in der Serienfertigung gegenüber den bei der Preisfestsetzung vom 28. August 1956 vorhandenen Einzelexemplaren. Der Großsuper „Ultra-Exquisit“ zum Beispiel enthält eine Mittelfrequenzempfindlichkeit von 0,5 Mikrovolt und liegt damit 100 % über der bisher erreichten Empfindlichkeit.

Im Preisdienst vom 28. August 1956 ist bei den Phonošranken „Sylvia“, „Grazia“ und „Melodie“ Irrtümlicherweise als Herstellerwerk Sonata W. Niemann, Halle, angegeben. Diese Angaben sind zu berichtigen und als Herstellerwerk die Firma August Peter, Plauen, einzusetzen.

Hentschel
Hauptabteilungsleiter

→ Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 22,56 -

— 3660 —

Berlin, den 14. Dezember 1956

Taschenkalender mit Ledereinband

Taschenkalender mit Ledereinband wurden aus der Waren-Nummer 62 35 47 00 und der Schlüssel-Nummer 5214 ausgegliedert und haben die Waren-Nummer 56 75 10 00 und die Schlüssel-Nummer 5612 erhalten.

Durch diese Änderung ist nachstehende Ergänzung in folgende Listen aufzunehmen:

1. Liste der Verbrauchabgabensätze und Handelsspannen für sonstige Industriewaren der Schlüssel-Nummer 5000, herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung;
2. Liste der Verbrauchabgabensätze und Handelsspannen für die Erzeugnisse der Warengruppen 55, 56 und 57, herausgegeben 1954 vom Ministerium der Finanzen;

3. Liste der Handelsspannen für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchabgaben enthalten sind und für die Produktionsabgabe eingeführt wird, herausgegeben am 1. Januar 1956 von den Ministerien für Handel und Versorgung und Finanzen.

Artikel	Artikel-Nr. der Schlüssel- liste	Ver- brauchs- abgabe in %	Groß- handels- index	Einzel- handels- index
---------	---	------------------------------------	----------------------------	------------------------------

Taschenkalender aus:

Lack- und Wildleder				
Rindleder und Boxcalf	5612— 1	136	251,4	230
Ziegen- und Schafleder	5612— 2	55	170,4	195
Schweinsleder	5612— 3	40	155,4	180
Spalbleder	5612— 4	25	140,4	165

Mit dieser Berichtigung entfällt die Kalkulation nach der Waren-Nummer 62 35 40 „Feintäschnerware“.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 33/56 —

MITTEILUNGEN

— 4910 —

Berlin, den 15. Dezember 1956

Information**Über die Einführung des Lochkartenverfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung**

Im Anschluß an die in Nr. 21/56 der „Vereinbarungen und Mitteilungen“ gegebene Anweisung über die Organisation zur Einführung des Lochkartenverfahrens wird bekanntgegeben, daß die inzwischen vom Entwicklungskollektiv für die Technisierung des Abrechnungsverfahrens durchgeführten Versuche in Zusammenarbeit mit den bei den einzelnen Großhandelskontoren gebildeten Arbeitskreisen dazu geführt haben, daß zur Zeit folgende Niederlassungen der Großhandelskontore, die den Bezirk Cottbus beliefern, die Abrechnung der Warenbewegung zwischen dem staatlichen Groß- und Einzelhandel auf das Lochkartenverfahren umgestellt haben:

GHK für Textilwaren
NL Doberlug-Kirchhain
NL Cottbus

GHK für Schuhe und Lederwaren
NL Doberlug-Kirchhain
NL Cottbus

GHK für Kurzwaren
NL Dresden

GHK für Haushaltwaren
NL Finsterwalde

GHK für Möbel
NL Potsdam

GHK für Technik
NL Cottbus

Auch die Niederlassung Dresden des GHK für Haushaltchemie wird für ihre den Bezirk Cottbus beliefernden Auslieferungsläger dieses Verfahren am 1. Januar 1957 einführen. Bis dahin sind die vorgesehenen Maschinenkapazitäten noch anderweitig belegt.

Die Versuchsarbeiten im Bezirk Cottbus werden auch im Jahre 1957 weiter durchgeführt und sollen dazu dienen, die Methodik und Organisation der Abrechnung im Lochkartenverfahren in den einzelnen Niederlassungen der Großhandelskontore zu festigen. Daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Schulung und die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung dieses neuen Verfahrens in den anderen Niederlassungen.

Auf Grund der zur Zeit nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stehenden Maschinenkapazitäten hat die Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung beschlossen, daß zunächst ab 1. Januar 1957 das Lochkartenverfahren für die Abrechnung der Warenbewegung ausgangszeitig im gesamten Bereich des GHK

für Textilwaren eingeführt wird. Zur Durchführung dieses Beschlusses sind die nachstehend veröffentlichten Organisationsprinzipien erarbeitet worden. Hierauf aufbauend, werden auch die Organisationsprinzipien der anderen Großhandelskontore erarbeitet.

Die in diesen Organisationsprinzipien enthaltene Einteilung der Lochkarte zusammen mit den vorzunehmenden Auswertungen bilden die Grundlage für den mit den Rechenbetrieben abzuschließenden Vertrag für die zu übernehmenden Arbeiten.

Es ist vorgesehen, daß das GHK für Kurzwaren, das bereits außer der Niederlassung Dresden auch in den Niederlassungen Karl-Marx-Stadt und Weimar im Lochkartenverfahren abrechnet, für seine restlichen drei Niederlassungen im Jahr 1957 evtl. noch zur Verfügung stehende freie Maschinenkapazitäten zugeteilt erhält. Damit wäre dann der gesamte Textilsektor warenausgangszeitig auf dieses Verfahren umgestellt.

Um den technisch-organisatorischen Ablauf der Einführung des Lochkartenverfahrens nicht zu stören, ist es unbedingt notwendig, daß sich alle Niederlassungen der Großhandelskontore an die gegebene Anweisung halten, wonach Sondervereinbarungen einzelner Niederlassungen mit den Rechenbetrieben zu unterlassen sind. Die Belegung der einzelnen Maschinenstationen — auch bei den Industriebetrieben — kann nur zentral mit Genehmigung des Ministeriums für Handel und Versorgung in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungskollektiv für das Lochkartenverfahren erfolgen.

Die Einzelhandelsbetriebe, die von den Niederlassungen des GHK für Textilwaren und Kurzwaren beliefert werden, haben sich zwecks Information über die zukünftige Abrechnungsweise mit dem Verantwortlichen für das Lochkartenverfahren in den Niederlassungen dieser Großhandelskontore in Verbindung zu setzen. Die Unterrichtung hat in der Weise zu erfolgen, daß der Einzelhandelsbetrieb Klarheit darüber erhält, welche Möglichkeiten die Lochkarte bietet und wie mit den Auswertungslisten zu arbeiten ist.

Vorgesehen ist zunächst, daß die Rechnungsprüfung (Auswertungsliste 1) zu Abstimmungszwecken zwischen den Niederlassungen und dem jeweiligen Kreisbettibetrieb. Die Liste 3 (Kreisliste) ist zur Kontrolle der Handelsaktivität vom Groß- und Einzelhandel auszuwerten. Gleichzeitig können aus dieser Liste die Zahlen für die monatliche Meldung an die übergeordnete Verwaltung (WBUB) zur Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes des Einzelhandels entnommen werden.

Darüber hinaus bietet die Lochkarte die Möglichkeit, die Warenbewegung bis auf die Verkaufsstelle zu untersuchen. Wenn der Kreisbetrieb eine derartige Auswertungsliste benötigt, so ist dies mit dem jeweiligen Rechenbetrieb gesondert zu vereinbaren.

**Organisationsprinzipien
zur Einführung des Lochkartenverfahrens in den Niederlassungen
des Großhandelskontors für Textilwaren**

Auf der 3. Parteikonferenz wurde für die Erfüllung der im 2. Fünfjahrplan festgelegten Aufgaben die Anwendung neuester Arbeitsmethoden und die Einführung der modernsten Technik gefordert. In Durchsetzung dieser Forderung hat der Ministerrat in seinem Beschluß 378 festgelegt, daß

„im staatlichen Großhandel ein solches technisch modernes Rechnungswesen der Lagerhaltung einzurichten ist, das ständig die vorhandenen Lagerbestände sichtbar macht und es gestattet, in kurzer Zeit die vorhandenen Bestände an einzelnen Waren zu ermitteln.“

Der Einzelhandel ist damit weitgehend von Abrechnungs- und Verwaltungsarbeit zu befreien. Ein Mittel zur Verwirklichung dieses Ministerratsbeschlusses ist die Technisierung der Abrechnung mittels des Lochkartenverfahrens.

Die Anwendung des Lochkartenverfahrens wird eine erhebliche Vereinfachung der Abrechnung, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit eine bedeutende Kosteneinsparung mit sich bringen. Unter Berücksichtigung der z. Z. vorhandenen Maschinenkapazität ist es jedoch nur möglich, die Einführung dieses Verfahrens im Handel Zug um Zug vorzunehmen. Daher hat die Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung beschlossen, dieses Verfahren im staatlichen Großhandel zunächst für die Erfassung und Abrechnung der Warenbewegung einzuführen. Es ist vorgesehen, zunächst den Warenausgang des Großhandels im Lochkartenverfahren zu erfassen. Da der Warenausgang des Großhandels gleichzeitig Wareneingang beim Einzelhandel ist, ist es möglich, den Einzelhandel von einer nochmaligen Erfassung des Wareneinganges zu befreien. Dies erfolgt dadurch, daß der Großhandel dem Einzelhandel gedoppelte Lochkarten bzw. Auswertungslisten zur Verfügung stellt. Die gedoppelten Karten werden von den Rechenbetrieben nach den Belangen des Einzelhandels aufgestellt.

Um diese Form der Abrechnung im Lochkartenverfahren für den Handel zu erproben, hat ein Entwicklungskollektiv seit April dieses Jahres in einigen Betrieben des staatlichen Groß- und Einzelhandels im Bezirk Cottbus bereits Versuche durchgeführt. Auf Grund der gemachten Erfahrungen in der Niederlassung Doberlug-Kirchhain des Großhandelskontors für Textilwaren wurde beschlossen, daß im gesamten Netz des Großhandelskontors für Textilwaren ab 1. Januar 1957 die Abrechnung der Warenbewegung ausgangsseitig im Lochkartenverfahren eingeführt wird.

Die nachstehenden Organisationsprinzipien zur Einführung des Lochkartenverfahrens in den Niederlassungen des Großhandelskontors für Textilwaren gliedern sich wie folgt:

- I. Technik des Lochkartenverfahrens;
- II. Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung des Lochkartenverfahrens;
- III. Durchführung des Lochkartenverfahrens in den einzelnen Niederlassungen
 - 1. Lochkarteneinteilung für die Hauptkarte,
 - 2. Bestimmung der Felder zu 1.,
 - 3. Lochkarteneinteilung für die Rechnungswertpositionen und Bestimmung der Felder hierzu,
 - 4. Herstellung des abzulösenden Beleges (Ausgangsrechnung) und die dazu notwendigen Vorbereitungen,
 - 5. Zusammenarbeit mit dem Rechenbetrieb
 - Übergabe der Belege an den Rechenbetrieb und Rücklauf an die Niederlassung,
 - 6. Zusammenarbeit des staatlichen Groß- und Einzelhandels im Abrechnungssystem;
- IV. Auswertung der Lochkarten und der Listen
 - 1. Rechnungsprüfliste,
 - 1a Liste der Rechnungswertpositionen,
 - 2. Auswertungsliste für die Abrechnung der WAM,
 - 3. Auswertungsliste nach Kreisen,
 - 4. Handelsliste.

I. Technik des Lochkartenverfahrens

Die Technik des Lochkartenverfahrens ist im Prinzip einfach. Dieses Verfahren dient dazu, viele Rechen- und Sortierarbeiten maschinell schneller, sicherer und billiger als bei manueller Arbeit zu bewältigen und bietet durch die Vielfältigkeit seiner Anwendung und Auswertung unbegrenzte Möglichkeiten, grundliche Erkenntnisse über die wirtschaftliche Tätigkeit eines Betriebes zu erhalten. Das Lochkartenverfahren kann auf allen Gebieten der Abrechnung angewendet werden. Voraussetzung dafür ist, daß der Umlauf der Buchungen so geordnet ist, daß die Fassade von Lochkartenmaschinen leicht und daß Werte leicht in Auswertungen aus den Lochkarten entnommen werden.

Die maschinell auszuführenden Arbeiten werden in den Rechenbetrieben, die bei der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik geschaffen sind, vorgenommen. Die Belegung der Maschinenkapazitäten erfolgt zentral durch die Verwaltung der volkseigenen Rechenbetriebe Berlin über die Verwaltung des jeweiligen Handelsbetriebes.

Die Ausrüstung eines Rechenbetriebes besteht aus folgenden wichtigsten Maschinen:

- 1. Lochmaschinen,
- 2. Lochprüfmaschinen,
- 3. Rechenlocher,
- 4. Sortiermaschinen,
- 5. Tabelliermaschinen,
- 6. Doppler,
- 7. Stanzr.

Alle diese Maschinen dienen zur Bearbeitung der Lochkarte. Die Lochkarte ist eine 8.3 x 18.2 cm große Karte, auf der die Zahlen von 0 bis 9 senkrecht untereinander in 80 Spalten eingedruckt sind. Diese Spalten können je nach Bedarf zu Feldern zusammengefaßt werden. In die Felder kann jeder gewünschte Begriff bzw. Wert durch Herausstanzen der entsprechenden Zahlen ausgedruckt werden (z. B. Menge, Einzelpreis, Schlüsselnummer usw.). Den vorgenannten Maschinen fallen dabei folgende Aufgaben zu:

Zu 1.:

Auf Grund eines vorschriftsmäßig aufbereiteten Beleges dient die Lochmaschine dazu, die einzelnen Angaben des Beleges in die dafür vorgesehenen Felder der Lochkarte im Lochdruck zu übertragen. Die Lochmaschine sowohl als auch die Prüfmaschine werden manuell bedient. Die Durchschnittsleistung einer Lochmaschine beträgt bei 10 Lochkarten pro Karte 150 Karten pro Stunde. Die Leistung einer Lochkarte ist abhängig von der Güte und Sauberkeit des Beleges, der abzulösen ist.

Zu 2.:

Zur Kontrolle der Richtigkeit der abgeschriebenen Ziffern wird in einem zweiten Arbeitsgang mit einer Lochprüfmaschine die Lochkarte überprüft.

Zu 3.:

Der **Rechenlocher** ist eine kartengesteuerte Rechenmaschine, die in der Lage ist, eingelochte Ziffern abzutasten und sie zu addieren, subtrahieren, multiplizieren, dividieren, wobei das Ergebnis automatisch in die Lochkarte eingestanzt wird.

Zu 4.:

Die **Sortiermaschine** dient zum Sortieren der gelochten Karten nach den jeweils gewünschten Sortierbegriffen. Die Leistung dieser Maschine beträgt durchschnittlich etwa 20 000 Karten pro Stunde.

Zu 5.:

Die wertvollste Maschine bei der Lochkartenanlage ist die **Tabelliermaschine**. Sie addiert, subtrahiert, multipliziert, saldiert und speichert. Gleichzeitig überträgt sie in Lochschrift eingestanzte Begriffe der Lochkarte in Ziffern auf ein Papierband oder auf vorgedruckte Formulare. Die Übertragung kann in Einzelpostenschreibung (List-Gang) oder im Summengang (Tab-Gang) erfolgen. Die Leistung dieser Maschine beträgt:

etwa 4500—6000 Kartendurchgänge pro Std.
auf Listgang,
etwa 9000 Kartendurchgänge pro Std.
im Tab-Gang.

Zu 6. und 7.:

Der **Doppler** ist in der Lage, vorhandene Lochkarten zu doppeln.

Der **Stanzar** kann neben der Doppelung der Karten gleichzeitig eine Verschiebung der Lochfelder vornehmen.

II. Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen
Die Mechanisierung der Arbeit durch das Lochkartenverfahren in den Niederlassungen der Großhandelskontore setzt folgende Maßnahmen voraus:**1. Betriebsorganisation**

Die Direktoren der Niederlassungen sind verpflichtet, die Arbeitsorganisation in den Niederlassungen zu überprüfen und mit den Erfordernissen des Lochkartenverfahrens abzustimmen.

2. Belegdurchlauf

Der Belegdurchlauf muß reibungslos und kontinuierlich vor sich gehen. Dazu ist es notwendig, daß ein zeitlich genau abgegrenzter Plan für den Belegdurchlauf aufgestellt wird. Dieser Plan ist mit den Lieferterminen, welche mit den Rechenbetrieben vereinbart worden sind, abzustimmen.

Verantwortlich: Handelsleiter
Hauptbuchhalter

3. Belegaufbereitung

Aus dem Beleg muß ersichtlich sein, welche Begriffe abzulösen sind. Die Rechnungswertpositionen sind durch die entsprechenden Schlüsselzahlen zu kennzeichnen.

4. Schulung

Es ist notwendig, daß alle Mitarbeiter der Niederlassungen mit dem Lochkartenverfahren sowie mit den entsprechenden Auswertungsmöglichkeiten eingehend vertraut gemacht werden. Das Lochkartenverfahren kann nur dann zum Erfolg führen, wenn alle Mitarbeiter über die Methode und die Aufgaben informiert sind.

In besondere sind intensive Schulungen mit den Mitarbeitern der Rechnungsabteilung, des Einkaufs und Verkaufs, der Kalkulation, der Fakturabteilung sowie der Statistik durchzuführen, da besonders von der gewissenhaften Arbeit dieser Abteilungen die termingerechte und ordnungsgemäße Fertigstellung der Belege und Lochkarten abhängt.

Das Ziel der Schulung muß sein, daß die Mitarbeiter Sinn und Inhalt der ihnen übertragenen Aufgaben kennen und somit in der Lage sind, den an sie gestellten Anforderungen in jeder Hinsicht gerecht zu werden.

Verantwortlich: Direktor

5. Einsetzung eines Verantwortlichen für das Lochkartenverfahren

Zur Sicherung eines reibungslosen Arbeitsablaufes in den Niederlassungen ist es notwendig, einen verantwortlichen Mitarbeiter für das Lochkartenverfahren einzusetzen. Dieser hat insbesondere eine Koordinierung zwischen den einzelnen Abteilungen der Niederlassung vorzunehmen und die ständige Verbindung mit dem Rechenbetrieb herzustellen. Er ist gleichzeitig verantwortlich für den Belegfluß zum Rechenbetrieb und für die termingerechte Beschaffung des aufbereiteten Materials zur Auswertung durch die zuständigen Abteilungen der Niederlassungen. Gleichzeitig muß er dafür sorgen, daß die Abstimmung hinsichtlich der gleichen Endsummen des Abrechnungszeitraumes mit dem staatlichen Einzelhandel gewährleistet ist. In Anbetracht der Bedeutung dieses Aufgabengebietes muß der Verantwortliche über eine umfassende Kenntnis des Betriebsablaufes, über entsprechende organisatorische Fähigkeiten sowie über ein technisches Verständnis verfügen. Der Verantwortliche für das Lochkartenverfahren untersteht dem Hauptbuchhalter.

6. Belegkontrolle

Um eine reibungslose Arbeit der Rechenbetriebe zu gewährleisten, ist äußerste Sorgfalt auf die Schaffung einwandfreier Unterlagen zu legen, d. h. sämtliche Ausgangsbelege sind vor Absendung an den Rechenbetrieb einer genauen Kontrolle zu unterziehen, wobei vorhandene Fehler und fehlende bzw. falsche Angaben entsprechend zu berichtigen sind.

Jede mangelhafte Bearbeitung von Belegen muß zwangsläufig zu Störungen in der Arbeit der Rechenbetriebe sowie zur Rücksendung der fehlerhaften Belege und somit zur Verzögerung in der Auswertung führen. Dies bedeutet gleichzeitig eine Kostenerhöhung.

Verantwortlich: Verantwortlicher
für das Lochkartenverfahren

7. Einheitlichkeit der Belege

Eine weitere Voraussetzung ist, daß im gesamten Handelsnetz des Großhandelskontors für Textilwaren neben dem Bestehen eines einheitlichen Rechnungsformulars die Ausfüllung der Rechnungen in einer festgelegten konstanten Form erfolgt. Dasselbe trifft auch für die übrigen Verkaufsunterlagen, z. B. Kartensätze der Warenbewegung und des Warenbestandes, zu.

8. Vorbereitung zur Einführung des Lochkartenverfahrens

Die Einführung des Lochkartenverfahrens ist in den Niederlassungen gewissenhaft vorzubereiten. Es muß gesichert sein, daß diese Vorbereitungen zum 31. Dezember 1958 abgeschlossen sind. Zur Kontrolle und Sicherung der Abrechnung ist es ratsam, im ersten Monat nach Einführung des Lochkartenverfahrens die manuelle Erfassung gleichzeitig mit durchzuführen.

**III. Durchführung des Lochkartenverfahrens
in den einzelnen Niederlassungen**

Ab 1. Januar 1957 wird entsprechend den vorhandenen Maschinenkapazitäten in allen Niederlassungen des Großhandelskontors für Textilwaren der Warenausgang im Lochkartenverfahren erfaßt. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß nunmehr der Einzelhandel von den Arbeiten zur Abrechnung seines Wareneinganges in dieser Branche befreit wird.

Zur Durchführung der Abrechnung des Warenausgangs bei den Niederlassungen des Großhandelskontors für Textilwaren und gleichzeitig des Wareneinganges

bei den staatlichen Einzelhandelsbetrieben im Lochkartenverfahren werden folgende Einzelheiten erläutert:

1. Lochkarteneinteilung für die Hauptkarte,
2. Bestimmung der Felder zu 1.,
3. Lochkarteneinteilung für die Rechnungswertpositionen und Bestimmung der Felder hierzu,
4. Herstellung des abzulochenden Beleges (Ausgangsrechnung) und die dazu notwendigen Vorbereitungen,
5. Zusammenarbeit mit dem Rechenbetrieb, Übergabe der Belege an den Rechenbetrieb und Rücklauf an die Niederlassung,
6. Zusammenarbeit des staatlichen Groß- und Einzelhandels im Abrechnungssystem,

1. Lochkarteneinteilung für die Hauptkarte

Feld 1 Spalte 1 — Kartenart

- 2 = 2-5 — Rechnungsdatum = Buchungstag
- 3 = 6-7 — Branche
- 4 = 8-9 — Abnehmergruppe
- 5 = 10-13 — Bezirks-Kreisnummer
- 6 = 14-16 — Verkaufsstellennummer
- 7 = 17-21 — Rechnungsausgangsnummer
- 8 = 22-23 — Niederlassungs-Nr.
- 9 = 24-29 — Handelsübliche Menge
- 10 = 30-34 — Einzelhandelsspanne einzeln
- 11 = 35-36 — Zusammenfassungsgruppe
- 12 = 37-43 — Schlüssel-Nummer
- 13 = 44-46 — Partie-Nummer
- 14 = 47-52 — EHS gesamt
- 15 = 53-58 — EVP einzeln
- 16 = 59-65 — EVP gesamt
- 17 = 66-69 — Umrechnungsfaktor
- 18 = 70-75 — Umgerechnete Menge
- 19 = 76 — Steuerloch
- 20 = 77-80 — frei

2. Bestimmung der Felder zu 1.

Feld 1 — Kartenart

Es ist beabsichtigt, beim Großhandel späterhin auch den Wareneingang sowie den Bestand im Lochkartenverfahren zu erfassen. Deshalb ist es notwendig, Bestand, Zu- und Abgang zu kennzeichnen. Hierfür ist je nach Beleg folgender Schlüssel anzuwenden:

- 1 = Lagerbestand,
- 2 = Eingangsrechnung,
- 3 = Gutschrift zur Eingangsrechnung,
- 4 = Ausgangsrechnung,
- 5 = Gutschrift zur Ausgangsrechnung.

Für die Kennzeichnung des Warenausgangs finden daher nur die Ziffern 4 und 5 Anwendung, die bei der Fakturierung der Ausgangsrechnung aufzunehmen sind.

Feld 2 — Rechnungsdatum = Buchungstag

Die Niederlassungen des Großhandelskontors für Textilwaren datieren die Rechnungen beim Absenden der Ware so, daß auch die Einzelhandelsbetriebe in der Lage sind, unter demselben Datum die Eingangsrechnungen beim Empfang der Ware im Verkaufsstellenbericht zu erfassen. Dies ist notwendig, um eine wertmäßige Übereinstimmung zwischen Groß- und Einzelhandel innerhalb eines Abrechnungszeitraumes zu gewährleisten. Das Rechnungsdatum muß gleichzeitig das Eingangsdatum der Ware beim Einzelhandel sein.

Dieses Datum ist Buchungsdatum für die Niederlassung des GIKK und den Einzelhandel.

Das Feld enthält vier Spalten. Die ersten beiden Spalten bezeichnen den Tag, die nächsten beiden den Monat. Beispiel:

22. 4. — 2204
3. 9. — 0309

Feld 3 — Branche

Dieses Feld bezeichnet die bei den Niederlassungen übliche Brancheinteilung, die die Haftungsbereiche in den Lägern darstellt. Hierfür gilt folgender Schlüssel:

- 10 = Bekleidungs- und Wäschestoffe, Haushalts-textilien,
- 20 = Trikotagen und Strümpfe,
- 30 = Konfektionierte Oberbekleidung,
- 40 = Kommissionsware,
- 50 = Konsumverteiler-Ware und Sonstiges.

Dieses Feld enthält zwei Spalten, wobei die zweite Spalte für die Kennzeichnung der Haftungsbereiche vorgesehen ist.

Feld 4 — Abnehmergruppe

Für die Abnehmergruppen gelten folgende Schlüsselzahlen:

- 11 = HO-I
- 12 = HO Wismut
- 13 = HO Vertrieb
- 14 = HO-Warenhäuser
- 21 = Konsumgenossenschaften
- 22 = Konsum-Verteilerware
- 23 = Konsum-Warenhäuser
- 24 = Faserlein und Hain
- 25 = Handwerksgenossenschaften
- 26 = BHG
- 31 = Privater Einzelhandel
- 32 = Kommissionshändler
- 33 = Privater Großhandel
- 41 = Sonstiger Umsatz
- 42 = Export
- 43 = Innerzentraler Abgang
- 44 = Protokolle, Sonstige

Feld 5 — Bezirks- und Kreisnummer

Hier wird die vierstellige Nummer des Bezirkes und Kreises nach dem Verzeichnis der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik nach dem Stande von 1953 eingetragen.

Für dieses Feld sind vier Spalten vorgesehen, von denen die ersten beiden den Bezirk, die dritte und vierte den Kreis bezeichnen.

Feld 6 — Verkaufsstellennummer

Hier wird die beim staatlichen Einzelhandel übliche und festgelegte Verkaufsstellennummer angegeben. Dieses Feld besitzt drei Spalten. Für den privaten Einzelhandel ist die Numerierung ab 600 vorgesehen. Es ist weiter vorgesehen, für 1957 nach einem für alle Bezirke einheitlichen Verkaufsstellenverzeichnis zu arbeiten.

Feld 7 — Rechnungsausgangsnummer

In dieses Feld bringen die Niederlassungen ihre laufende Rechnungsausgangsnummer. Die Rechnungsausgangsnummer wird — beginnend mit 1 fortlaufend — jährlich geführt (ohne Angabe des Monats). Für dieses Feld sind fünf Spalten vorgesehen, wobei es jeder Niederlassung möglich ist, eine bestimmte Nummerngruppe je Branche bzw. Haftungsbereich festzulegen.

Feld 8 — Niederlassungsnummer

In dieses Feld wird vom Rechenbetrieb die Schlüsselzahl eingesetzt, die die jeweilige Niederlassung des Großhandelskontors kennzeichnet. Die entsprechende Nomenklatur hierzu wird von der Verwaltung festgelegt.

Feld 9 — Handelsübliche Menge

In dieses Feld wird die handelsübliche Menge mit zwei Dezimalstellen eingelocht (3,50 m, 12,00 kg, 1,00 Stück).

Feld 10 — Einzelhandelsspanne einzeln

In dieses Feld wird die Einzelhandelsspanne einzeln mit zwei Dezimalstellen laut Rechnung eingelocht (sechs Spalten).

Feld 11 — Zusammenfassungsgruppe

Unter diesem Begriff ist die fortlaufende Nummer der WAM-Positionen zu verstehen. Den Rechen-

Rechnungsdatum	wird vom Versand (Sachbearbeiter für den Warenausgang) in den Rechnungen der jeweils zur Auslieferung kommenden Waren eingestempelt
Umgerechnete Menge	wird vom Rechenbetrieb mittels des Rechenlochers ausgerechnet und eingestanzt
Um den Fakturistinnen die Möglichkeit zu geben, alle für das Lochkartenverfahren notwendigen Angaben auf die Ausgangsrechnungen zu übertragen, haben nachstehend aufgeführte Abteilungen folgende Arbeiten durchzuführen:	
a) Einkauf:	<p>Die Vertragskontrolle wird vom Einkauf durchgeführt. Es wird neben den bisher üblichen Vermerken auf den Eingangsrechnungen die Schlüsselnummer (Feinsortiment) angegeben. Außerdem sind sämtliche Rechnungen, die nicht alle Angaben enthalten (z. B. Garnituren zweier oder dreiteilig) zu vervollständigen.</p> <p>Es muß angewiesen werden, daß bei allen zukünftigen Kaufhandlungen bei Abschluß der Verträge die Schlüsselnummer (Feinsortiment) vermerkt wird.</p>
b) Kalkulation:	<p>Die Kalkulation ist verpflichtet, auf die Kartsätze noch die Schlüsselnummer mit Feinsortiment aus den Eingangsrechnungen zu übernehmen.</p> <p>Ferner hat die Kalkulation noch den Umrechnungsfaktor hinzuzusetzen.</p> <p>Es ist notwendig, alle Angaben, die für das Lochkartenverfahren benötigt werden, auf den Kartsätzen besonders zu kennzeichnen.</p>
c) Verkauf:	<p>Das Verkaufspersonal hat auf den Verkaufskarten beim Verkauf den Kreis und die Verkaufsstellennummer bzw. Kundennummer in Schlüsselform aufzutragen.</p>
d) Reklamationsabteilung	<p>Die Reklamationsabteilung ist in der gleichen Art und Weise auf das Lochkartenverfahren umzustellen. Alle ausgeschriebenen Gut- und Lastschriften müssen die gleichen Angaben im Kopf wie auch in der Textspalte enthalten wie die Rechnungen. Bei allen Reklamationen ist zu beachten, daß es ab 1. Januar 1957 keine sogenannten Differenzgut- und Lastschriften geben darf, sondern daß jeweils eine Rechnung und Gutschrift getrennt geschrieben werden muß. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Reklamationsabteilung alle erforderlichen Kennziffern erhält.</p>
e) Lagerfach- und Verkaufskarten	<p>Ab 1. Januar 1957 sind sämtliche Lagerfach- und Verkaufskarten, die noch Bestände ausweisen, mit den neuen Schlüsselnummern zu versehen.</p>
5. Zusammenarbeit mit dem Rechenbetrieb	
Übergabe der Belege an den Rechenbetrieb und Rücklauf an die Niederlassung	
Der Verantwortliche für das Lochkartenverfahren der jeweiligen Niederlassung über gibt in Abständen von zwei bis drei Tagen die abzulöschenden Belege per Kurier oder per Post dem Rechenbetrieb.	

Hierüber sowie auch über den Zeitraum der Auslieferung der Belege ist eine Vereinbarung mit dem Rechenbetrieb vorzunehmen.

Die Zeiträume der Übersendung sollen deswegen möglichst kurz gehalten werden, weil sich in den Rechenbetrieben kein stoßweiser hoher Anfall an Belegen ergeben darf, sondern dort auch eine flüssige Beleghandhabung erfolgen muß. Gleichzeitig wird dadurch erreicht, daß der Rückfluß der Belege kontinuierlich erfolgt und dadurch laufend eine Auswertungsmöglichkeit gegeben ist.

Die Übergabe der Belege geschieht getrennt nach Buchungstagen mit entsprechenden Tippstreifen, die die einzelnen Rechnungsendwerte sowie den Gesamt-Rechnungsendwert enthalten. Dieser Tippstreifen ist täglich von der Rechnungsendkontrolle mit der Fibu abzustimmen. Der Tippstreifen dient dazu, den Rechenbetrieb zu veranlassen, die von ihm ermittelten täglichen Endwerte abzustimmen.

Die Rechnungen einschließlich des Tippstreifens sind vor Weitergabe an den Rechenbetrieb tageweise zu bündeln.

Sämtliche vom Rechenbetrieb zurückkommenden Belege sind von dem Verantwortlichen für das Lochkartenverfahren auf seine Vollständigkeit hin zu überprüfen und ordnungsgemäß aufzubewahren.

6. Zusammenarbeit des staatlichen Groß- und Einzelhandels im Abrechnungssystem

Da die Ausgangsrechnung des staatlichen Großhandels gleichzeitig die Eingangsrechnung des staatlichen Einzelhandels darstellt, ist auf Grund der Ablochung dieses Beleges durch den Großhandel gleichzeitig die Lochkarte zu schaffen, die zur Abrechnung für beide Handelsbetriebe Gültigkeit hat. Für die Kreisbetriebe des staatlichen Einzelhandels im Bezirk Cottbus, die bereits im Lochkartenverfahren arbeiten, sind die Großhandelskontore verpflichtet, den einzelnen Kreisbetrieben gedoppelte Lochkarten zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung zu stellen.

Die anderen Kreisbetriebe, die noch nicht im Lochkartenverfahren abrechnen, müssen mit den für sie zuständigen Niederlassungen der Großhandelskontore vereinbaren, welche Auswertungslisten sie monatlich benötigen.

IV. Auswertung der Lochkarten

Aus der Vielzahl der möglichen Auswertungen der Lochkarten werden die nachstehenden verbindlich vorgeschrieben:

1. Rechnungsprüfliste

Folgende Begriffe müssen in dieser Abstimmungsliste enthalten sein:

Niederlassungs-Nr.
Kartenart
Rechnungsdatum
Branche
Rechnungsausgangs-Nr.
Abnehmergruppe
Bezirks- und Kreisnummer
Verkaufsstellennummer
Umrechnungsfaktor
Menge
Umgerechnete Menge
Einzelhandelsspanne gesamt
EVP gesamt

Die Sortierung in dieser Liste erfolgt nach der Rechnungsnummer mit dem Unterbegriff Rechnungsdatum, Branche, Empfänger. Diese Liste dient dazu, festzustellen, ob der Buchungszeitraum loch-

kartenmäßig erfaßt ist und um die rechnerische Richtigkeit der Ausgangsrechnungen der betreffenden Niederlassungen zu überprüfen.

Diese Liste dient des weiteren dazu, zu prüfen, ob die zu erlastende Stelle (Branche) und die zu belastende Stelle (Empfänger) richtig ist. Diese Aufgaben obliegen dem Handelsleiter und dem Hauptbuchhalter. Der Handelsleiter ist verpflichtet, den Umsatz nach Branchen dem Soll im gleichen Zeitraum gegenüberzustellen und die prozentuale Erfüllung der einzelnen Brancheleiter für ihre Mitarbeiter zu übermitteln.

Der Hauptbuchhalter kontrolliert die Rechnungs- endbeträge der Abstimmungsliste mit den im Kontokorrent erfaßten Rechnungen. Schließlich dient diese Liste als Buchungsunterlage für den Warenausgang nach Branchen und als Kontrolle für die Erfüllung des Umsatzplanes nach Branchen und Haftungsbereichen. Die Auswertungen hierzu werden vom Handelsleiter und Hauptbuchhalter vorgenommen.

Vom Rechenbetrieb wird durch die Tabelliermaschine folgende Kontrollrechnung durchgeführt:

1. Addition der EHS gesamt und des EVP gesamt pro Rechnung.
2. Subtraktion EVP gesamt minus EHS gesamt = GAP A.
3. Zu dem aus Ziffer 2.) ermittelten GAP/A werden die Rechnungswertpositionen addiert bzw. subtrahiert.
4. Durch Gegenüberstellung des Rechnungsendbetrages (ermittelt durch die Tabelliermaschine) mit dem abgelochten Endbetrag pro Rechnung (Rechnungswertposition 990) wird festgestellt, ob die Summengleichheit gegeben ist.

Die Überprüfung der Rechnungsprüflisten ist von dem Verantwortlichen des Lochkartenverfahrens auf die Richtigkeit der Nomenklatur, von der Warenbuchhaltung auf die Richtigkeit der Branchen- und Tagessummen und von der Rechnungsendkontrolle auf die Richtigkeit der Rechnungen durchzuführen.

Der Verantwortliche für das Lochkartenverfahren ist verpflichtet bei Korrekturen entweder eine neue Lochkarte für die entsprechende Position ausschließen zu lassen (sofern sich der Fehler innerhalb der Rechnung nicht auf den Endbetrag auswirkt) oder die Ausfertigung von Gutschriften bzw. Rechnungen bei Fehlern, die den Rechnungsendbetrag beeinflussen, zu veranlassen.

Die Aufstellung und Zusendung dieser Liste hat von dem Rechenbetrieb ständig zu erfolgen. Die Rechnungsprüfliste wird im List-Gang erstellt.

1. a) **Auswertungsliste der Rechnungswertpositionen**

Zur Ergänzung der Liste 1 und Abstimmung des Rechnungsbetrages dient die Auswertungsliste der Rechnungswertpositionen. Die Bezeichnungen werden entsprechend der Lochkarte in Spalte 23 angeschrieben. Hinzu kommen die Schlüsselnummern der Rechnungswertpositionen sowie der Wertbetrag.

Die Summenbildung erfolgt nach der Schlüsselzahl der Rechnungswertposition für den Kreis mit Untergliederung für die Abnehmergruppe und Zwischensumme für die Verkaufsstelle.

2. **Liste für die Abrechnung der WAM**

Der Rechenbetrieb hat die Berichtigung der aus der Rechnungsprüfliste ersichtlichen Differenzen der Aufstellung dieser Liste vorzunehmen. Zur Aufbereitung dieser Liste sind die Karten wie folgt zu sortieren:

1. Niederlassungs-Nr.
2. Monat

3. Abnehmergruppe

4. Zusammenfassungsgruppe

5. Kreis

Des weiteren sind anzuschreiben die Menge bzw. umgerechnete Menge und der EVP gesamt. Die Gutschriften sind bei der jeweiligen Summenbildung in Abzug zu bringen. Diese Liste ist bis zum des 1. Monats kumulativ zu bereinigen.

Die Anschreibung erfolgt im Tabgang.

3. Handelsliste

Um die Aufbereitung dieser Liste vornehmen zu können, ist folgende Sortierung notwendig:

1. Niederlassungs-Nr.
2. Branche
3. Zusammenfassungsgruppe
4. Schlüssel-Nr. (Feinsortiment)

Außerdem sind anzuschreiben die Menge bzw. umgerechnete Menge sowie die EHS gesamt und der EVP gesamt.

Folgende Summenbildung wird benötigt:

1. pro 7-Steller der Schlüssel-Nr. (Feinsortiment) in der Menge (bzw. umgerechnete Menge), EHS gesamt und EVP gesamt,
2. ferner pro 4-Steller der Schlüssel-Nr. in den gleichen Begriffen und
3. pro Zusammenfassungsgruppe (Menge bzw. umgerechnete Menge) und EVP gesamt.

Die Gutschriften sind getrennt in der bezeichneten Form zu geben. Die Liste ist kumulativ bis zum eines jeden Monats bis zum Quartalsende zu geben. Quartalsweise sind Summenkarten anzufer- tigen, so daß der Rechenbetrieb in der Lage ist, quartalsweise, halbjährlich, dreivierteljährlich und jährlich kumulativ die Auswertung zu geben.

Die Auswertung dieser Liste erfolgt im Handel. Es wird dadurch der Ausgang (Umsatz) der Nieder- lassung im Feinsortiment überwacht und dient den Einkäufern als Unterlage zur Verbesserung der Einkaufstätigkeit.

Außerdem hat jede Niederlassung durch diese Liste die Möglichkeit, die realen Durchschnittspreise im Feinsortiment pro 4-Steller der Schlüsselnummer und in der Zusammenfassungsgruppe festzustellen. Die Anschreibung erfolgt im Tabgang.

Auswertung der Listen

Die gewissenhafte Auswertung der von den Rechenbetrieben gelieferten Listen und die großen Möglichkeiten der sich daraus ergebenden Erkenntnisse zur Anwendung auf die Warenbewegung zwischen dem staatlichen Groß- und Einzelhandel sind Sinn und Zweck der Einführung des Lochkartenverfahrens. Neben den hier aufgezeigten Beispielen der Auswertung für den Warenausgang ist für die Zukunft vorgesehen, durch die Erfassung der Bestände der Warenzugänge und der Warenausgänge eine genaue Kontrolle der Bestandsentwicklung zu ermöglichen. Diese wird dann die Grundlage für eine bessere und exaktere Bedarforschung und Bedarfsermittlung sowie eine kurzfristige Erfassung aller Bestände für Sonderverkäufe u. a. ohne wesentliche Mehrarbeit bilden.

Wichtig ist, daß bei der Auswertung der Listen eine gute Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Groß- und Einzelhandel gewährleistet wird. Dann ist der Erfolg des Lochkartenverfahrens für die Verbesserung und Vereinfachung der Abrechnungsmethode zum Nutzen des gesamten staatlichen Handels gesichert.

— 3200 —

Berlin, den 15. Dezember 1956

**Monatliche Warenbewegungsmeldung
des staatlichen und genossenschaftlichen Einzel-
handels und der Mitropa**

(s. „Verfügungen und Mitteilungen“ Heft 30/56, S. 288)

Diese Beichterstattung dient der Abrechnung des Warenumsatzplanes und der Kontrolle der Bestandsentwicklung in der Nomenklatur I für den volkseigenen und genossenschaftlichen Einzelhandel und die Mitropa. Die Warenbewegungsmeldung gilt gleichzeitig als Anlage zum Finanzbericht des volkseigenen Einzelhandels.

1. Formblatt und Berichtszeitraum:

Formblatt: Monatliche Warenbewegungsmeldung (ansteigend ab Quartalsbeginn)

Kurzbezeichnung: WBUB

Genehmigungs-Nr. 269/1 vom 3. Dezember 1956, befristet bis zum 31. Januar 1958

2. Nomenklatur:

WBUB: Nomenklatur I

3. Inhalt der Meldung:

Alle Angaben erfolgen zum EVP, Gaststätten GVP!

a) Vorderseite:

Lfd. Nr. 1 —

Warenbestand zu Beginn des Berichtsquartals, der im 2. und 3. Monat des Quartals unverändert beibehalten werden muß.

Warenzugänge:

Lfd. Nr. 2 —

Hier ist der von den Handelsbetrieben zur Erfüllung ihres Warenumsatzplanes vorgesehene Warenbezug auszuweisen. Er umfaßt den Bezug vom staatlichen Großhandel sowie die Bezüge von allen anderen Lieferanten. Die Größe des vorgesehenen Warenbezuges wird von den Handelsbetrieben selbstständig festgelegt.

Lfd. Nr. 3 —

Warenzugänge insgesamt seit Quartalsbeginn.

Lfd. Nr. 3 a —

Nur von den Konsumgenossenschaften auszufüllen! Als Direktbezüge sind alle Lieferungen auszuweisen, die nicht durch den Konsumgroßhandel erfolgt sind.

Lfd. Nr. 4 —

Erfüllung in %.

Lfd. Nr. 5 —

Sonstige Zugänge (z. B. Inventurplusdifferenzen, die nach den Erfahrungen den einzelnen Positionen zuzuordnen sind).

Warenabgänge:

Lfd. Nr. 6 —

Quartals-Soll lt. operativen Betriebsplan.
(KG-Einzelhandel lt. Quartalsplan.)

Lfd. Nr. 7 —

Einzelhandelsumsatz seit Quartalsbeginn. Hier sind auch Umsätze enthalten, die aus Warenbezug der Großverbraucher ab Verkaufsstelle stammen.

Lfd. Nr. 8 —

Erfüllung in %.

Lfd. Nr. 9 —

Umlagerungen in andere Handelsbetriebe bzw. Rücklieferungen.

Lfd. Nr. 10 —

Sonstige Abgänge (z. B. Minusdifferenzen, Bruch und Schwund u. a.). Soweit HO-Betriebe den Warenzugang für Agenturen in der lfd. Nr. 3 mit ausweisen, sind die Agenturumsätze ebenfalls in die lfd. Nr. 10 mit aufzunehmen. Außerdem sind sie auf der Rückseite auszuweisen. Soweit der Zugang für Agenturen nicht in der lfd. Nr. 3 erfaßt ist, sind die Agenturumsätze nur auf der Rückseite auszuweisen!

Lfd. Nr. 11 —

Hier sind alle Abgänge, die aus Preisherabstufungen stammen, auszuweisen.

Bestandsangaben:

Lfd. Nr. 12 —

Planbestand lt. operativen Betriebsplan.
(KG-Einzelhandel lt. Quartalsplan.)
Wird errechnet aus den Richttagen für das Quartal
Warenfinanzierungsplan und dem Umsatz-Soll für
das Quartal

$$\frac{\text{Umsatz-Soll}}{90} \times \text{Richttage}$$

Lfd. Nr. 13 —

Ist-Warenbestand am Monatsende.

Lfd. Nr. 14 —

Soll-Richttage für das Quartal lt. operativen Betriebsplan (KG-Einzelhandel lt. Quartalsplan).

Lfd. Nr. 15 —

Die Ist-Richttage werden nach folgender Formel errechnet:

1. Monat:

$$\frac{AB + EB}{Umsatz} \times 15$$

2. Monat:

$$\frac{AB \text{ 1. Monat} + AB \text{ 2. Monat} + EB \text{ 1. Monat} + EB \text{ 2. Monat}}{Umsatz \text{ 1. Monat} + 2. Monat} \times 15$$

3. Monat:

$$\frac{AB \text{ 1. Monat} + AB \text{ 2. Monat} + AB \text{ 3. Monat} + EB \text{ 1. Monat} + EB \text{ 2. Monat} + EB \text{ 3. Monat}}{Umsatz \text{ 1. bis 3. Monat}} \times 15$$

Lfd. Nr. 16 —

Wird nur von Konsumgenossenschaften zum Ausweis der planmäßig vorgesehenen „rollenden Waren“ verwendet.

Lfd. Nr. 18 bis 21 —

Hier sind die Über- bzw. Unterplanbestände unsaldiert auszuweisen. Die Differenz zwischen der lfd. Nr. 12 und 13 muß mit der Differenz zwischen der lfd. Nr. 18 und 19 übereinstimmen.

Die Warenbewegung der Verkaufsstellen mit Gebrauchtwaren darf nicht in der Abrechnung der Warenbewegung der Vorderseite des Formblattes enthalten sein. Hier werden nur die Umsätze gesondert auf der Rückseite ausgewiesen.
Für den genossenschaftlichen Handel gibt der VDK zulässige Erläuterungen heraus.

b) Rückseite:

I. Hier sind monatliche Angaben über die Entwicklung des Teilstahlungsgeschäfes zu geben.

1. Für die eingedruckten Positionen sind in Spalte 1 der gesamte vorgesehene Warenbezug für das Berichtsquartal, Spalte 2 die effektiven Teilstahlungsumsätze seit Quartalsbeginn zu melden.

Die Nomenklatur kann auf Weisung des Ministeriums für Handel und Versorgung verändert bzw. auch erweitert werden. Die Unterrichtung erfolgt durch Verfügungen und Mitteilungen.

2. Nur für den Berichtsmonat (nicht ansteigend ab Quartalsbeginn) sind auszuweisen:

- Anzahl der im Berichtsmonat abgeschlossenen Verträge.
- Teilstahlungsumsatz insgesamt.
- Kreditsumme insgesamt.

II. Monatlich ist die Gesamtzahl der Verkaufsstellen in der Untergliederung nach:

- Lebensmittel-Verkaufsstellen.
darunter Zugang: a) aus Bauprogramm
b) aus Übernahmen
- Gaststätten
darunter Zugang: a) aus Bauprogramm
b) aus Übernahmen

c) Gemischtwaren-Verkaufsstellen,
darunter Zugang: a) aus Bauprogramm
b) aus Übernahmen

d) Industriewaren-Verkaufsstellen,
darunter Zugang: a) aus Bauprogramm
b) aus Übernahmen

zu melden.
Eine differenzierte Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes erfolgt nur noch halbjährlich.

III. Außerdem sind noch folgende Angaben zu machen:

1. **Zusätzliche Umsatzangaben über:**
 - a) Gaststättenumsatz
 - b) Agenturumsatz (Konsum) } darunter Angaben der lfd. Nr. 7
 - c) Umsatz der Verkaufsstellen mit Briefmarken
 - d) Umsatz in „Billigen Läden“
 - e) Ambulanter Handel (Konsum) } nicht in lfd. Nr. 7 enthalten
 - f) Agenturumsatz (HO)
 - g) Umsatz in Verkaufsstellen mit Gebrauchtwaren
2. **Entwicklung des Warenumsatzes auf dem Lande:**
getrennt nach:
 - a) Nahrungs- und Genussmittel insgesamt darunter: Gaststätten
 - b) Industriewaren insgesamt.
 Die Abrechnung des Warenumsatzes auf dem Lande hat entsprechend der bei der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises getroffenen Festlegung „Landversorgung“ zu erfolgen.
4. **Zahlengewinnung:**
- I. **HO-Industriewarenbetriebe**
In den HO-Industriewaren-Verkaufsstellen wird der Umsatz direkt mit Hilfe der Kassenzettel ermittelt.
Verbindlich ist die Erfassung des Warenumsatzes in der Nomenklatur II. Ob der Umsatz darüber hinaus für betriebliche Zwecke in einer tieferen Gliederung erfasst werden soll, entscheidet jeder Betrieb in eigener Verantwortung. Das Umsatzergebnis in Nomenklatur II ist vierteljährlich weiterzugeben (siehe vierteljährliche Anlage zur WBPA I).
- II. **HO-Lebensmittel und HO-Gaststättenbetriebe**
Vierteljährlich ist der Umsatz getrennt nach:
 - a) Nahrungsmittein,
 - b) Genussmittel,
 - c) Industriewaren,
 zu ermitteln.
Die Methoden bleiben den einzelnen Betrieben selbst überlassen. Im 1. und 2. Monat des Quartals kann der Umsatz nach der Struktur des Warenzuganges geschlüsselt werden (getrennt nach a, b, c).
- III. **Hinweis für HO-Betriebe zur Ermittlung des Warenzuganges**
Da die Realisierungsmeldung des GHK-Textilwaren nur noch mit Stichtag 15. jedes Monats gegeben werden kann (Aufbereitung im Lochkartenverfahren) ist der Warenzugang für „Textilien und Bekleidung“ entweder als Differenz zum Warenzugang lt. Bucherk v. Schuhe v. Sonstige Industriewaren zu errechnen oder in der Abteilung Planung wertmäßig („4000 insgesamt“) aus den Rechnungen statistisch zu erfassen.
- IV. **Konsumentenorganisationen**
Im Bereich des Konsumentenorganisationen Einzelhandels wird der Umsatz nach den Richtlinien des VDK ermittelt.

5. Berichtsweg und Termine:

I. **HO-Kreisbetriebe**

- a) Die HO-Kreisbetriebe berichten bis 10. Werktag (Jahresende 17. Werktag) nach Berichtsmonat an:
 - Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des zuständigen Kreises (2fach bzw. 3fach),
 - Kreisniederlassung der Deutschen Notenbank,
 - Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
 - Unterabteilung Abgaben beim Rat des zuständigen Kreises.
- II. **Zentralgeleitete HO-Betriebe und HO-Gaststätten, HO-Versandhandel**

 - Die zentralgeleiteten HO-Betriebe und HO-Gaststätten sowie HO-Versandhandel melden bis zum 10. Werktag (Jahresende 17. Werktag nach Monatsende) nach Berichtsmonat an:
 - Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des zuständigen Kreises (2fach),
 - Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Planabrechnung und Handelsstatistik (2fach, HO-Versandhandel 3fach),
 - Kreisniederlassung der Deutschen Notenbank,
 - Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (2fach).
 - III. **Hauptverwaltung HO-Wismut**

 - Die Handelsbetriebe melden bis 10. Werktag (Jahresende 17. Werktag nach Monatsende) nach Berichtsmonat an:
 - Hauptverwaltung,
 - Örtliche Filiale der Deutschen Notenbank,
 - Die Hauptverwaltung der HO-Wismut meldet das DDR-Ergebnis bis zum 13. Werktag (Jahresende 21. Werktag nach Monatsende) nach Berichtsmonat mit je einer Bezirkssummenfassung an:
 - Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Planabrechnung und Handelsstatistik,
 - Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin,
 - Zuständige Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
 - Zentrale der Deutschen Notenbank (nur DDR-Ergebnis),
 - Ministerium der Finanzen, HA Handel und Verkehr (nur DDR-Ergebnis).

 - IV. **Hauptverwaltung HO-Vertrieb**

 - Handelsbetriebe melden bis 10. Werktag (Jahresende 17. Werktag nach Monatsende) nach Berichtsmonat an:
 - Hauptverwaltung,
 - Örtliche Filiale der Deutschen Notenbank,
 - Die Hauptverwaltung der HO-Vertrieb meldet das DDR-Ergebnis bis zum 14. Werktag (Jahresende 22. Werktag nach Monatsende) nach Berichtsmonat an:
 - Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Planabrechnung und Handelsstatistik,
 - Staatliche Zentralverwaltung für Statistik,
 - Zentrale der Deutschen Notenbank,
 - Ministerium der Finanzen, HA Handel und Verkehr.

V. Industrieläden (zentrale und örtliche)

Die Industrieläden berichten auf Formblatt WBUB nur über die Entwicklung des Teilzahlungsumsatzes bis zum 10. Werktag nach Monatsende an:

- aa) Abteilung Handel und Versorgung, Rat des Kreises (2fach),
- bb) Fachministerium.

VI. Konsumgenossenschaften

Im Bereich des genossenschaftlichen Handels ist die WBUB getrennt nach Einzel- und Großhandel aufzustellen. Die genossenschaftlichen Einzelhandelsbetriebe und der genossenschaftliche Großhandel haben jeweils ein Exemplar der WBUB an die örtliche Filiale der Deutschen Notenbank einzureichen. Der Berichtsweg und die Termine für die WBUB „Großhandel“ werden durch den VDK gesondert geregelt.

W B U B - E i n z e l h a n d e l

a) Die Konsumgenossenschaften und selbständigen Objekte melden bis zum 13. Werktag nach Berichtsmonat an den Kreisverband bzw. die Kreiskonsumentengenossenschaft und an die örtliche Filiale der Deutschen Notenbank.

b) Die Kreisverbände bzw. die Kreiskonsumentengenossenschaften und Bezirks-Warenhäuser melden bis zum 15. Werktag nach Berichtsmonat auf Formblatt WBUB an:

- Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des zuständigen Kreises,
- Bezirksverband, Statistik (4fach) — Eingang 17. Werktag —
- Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
- Kreisniederlassung der Deutschen Notenbank (nur Säule Einzelhandel des Kreisverbandes),
- Unterabteilung Abgaben beim Rat des zuständigen Kreises.

c) Die Konsumgenossenschaftsverbände der Bezirke melden das aus den Berichten der Kreisverbände Kreiskonsumentengenossenschaften zusammengefaßte Bezirksergebnis einschließlich Bezirks-Warenhäuser bis zum 18. Werktag nach Berichtsmonat an:

- Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des zuständigen Bezirkes mit je einer Ausfertigung der Kreisverbände,
- VDK, Abteilung Statistik (4fach) — Eingang 20. Werktag —
- Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik mit je einer Ausfertigung der Kreisverbände,
- Bezirksfiliale der Deutschen Notenbank.

d) Der Verband Deutscher Konsumgenossenschaften meldet das aus den Berichten der Konsumgenossenschaftsverbände ehemaliger Warenhäuser zusammengefaßte DDR-Ergebnis bis zum 22. Werktag nach Berichtsmonat an:

- Ministerium für Handel und Versorgung Abteilung Planabrechnung und Handelsstatistik mit je einer Ausfertigung der Bezirkssabrechnungen,
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik mit je einer Ausfertigung der Bezirkssabrechnungen,
- Zentrale der Deutschen Notenbank (nur DDR-Ergebnis),
- Staatliche Plankommission, HA Planung für Handel und der Versorgung.

VII. *Mitropa*

- a) Die Objekte der Mitropa melden bis zum 12. Werktag nach Berichtsmonat an:
 - aa) Direktion der Mitropa,
 - bb) Kreisniederlassung der Deutschen Notenbank.
- b) Die Direktion der Mitropa meldet das aus den Berichten der Objekte zusammengefaßte DDR-Ergebnis bis zum 18. Werktag nach Berichtsmonat an:
 - aa) Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Planabrechnung und Handelsstatistik mit je einem Bezirksergebnis (2fach),
 - bb) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik mit je einem Bezirksergebnis (2fach),
 - cc) Zentrale der Deutschen Notenbank.

VIII. Abteilung Handel und Versorgung, Rat des
Kreises

a) Die Abteilung Handel und Versorgung faßt die Ergebnisse der HO-Kreisbetriebe zum Ergebnis „Kreisbetriebe insgesamt“ zusammen und reicht das Kreisergebnis bis zum 12. Werktag (Jahresende 19. Werktag) nach Berichtsmonat an:

aa) **Abteilung Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes (2fach).**
Soweit nur ein Kreisbetrieb vorhanden ist (z. B. ein Kombinat) wird das 2. und 3. Exemplar der Meldung des Betriebes sofort am 10. Werktag nach Monatsende an die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes weitergegeben. Ebenfalls ist das 2. Exemplar der Meldungen der zentralgeleiteten HO-Betriebe bzw. HO-Gaststätten sofort an die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes weiterzureichen.

bb) **Die Ergebnisse des Teilzahlungsumsatzes der Industrieläden** sind zum „Kreisergebnis insgesamt“ zusammenzufassen. Weiterhin sind monatlich die Umsatzergebnisse der Industrieläden laut Meldung EUSB den Positionen laut Nomenklatur I zuzuordnen. Beide Ergebnisse (Umsatz lfd. Nr. 6 bis 8 und Teilzahlungsumsatz laut Rückseite) sind auf Formblatt WBUB bis zum 12. Werktag nach Berichtsmonat einzureichen an:

aa) **Abteilung Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes (2fach).**
bb) **Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.**

IX. Abteilung Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes

a) Die Abteilung Handel und Versorgung meldet das Bruttoinventar JHQ-Kreisbetriebe insgesamt und Industriebedarf bis zum 15. Werktag (Jahresende 23. Werktag) nach Berichtsstelle an;

ab) Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Planabrechnung und Handelssatistik (20. III.);

bb) Bezirksstelle der Deutschen Notenbank;

cc) Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (mit Anlage der Kreisergebnisse).

— 3200 — Berlin, den 15. Dezember 1958

Berichterstattung über Entwicklung des Handelsnetzes

Zu der Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes per 31. Dezember werden noch folgende Hinweise gegeben:

1. In den Formblättern HN ist die Zeile „56 2 Briefmarken“ versehentlich nicht ausgedruckt. Diese Leerzeile ist entsprechend selber zu beschriften. Dafür ist die Zeile „741 orthopädische und medizinische Artikel“ fälschlicherweise doppelt ausgedruckt worden.
2. a) Im Formblatt HN-Blatt 1 sind in Spalte 1 nur die Verkaufsstellen zu melden, die per 31. Dezember 1958 bestehen. Alle anderen Verkaufsstellen (z. B. Saisonverkaufsstellen), die zwar innerhalb des Jahres 1958 bestanden haben, aber am Jahresende nicht geöffnet sind, erscheinen auf der Rückseite als Verkaufsstellen, die im Laufe des Jahres geschlossen wurden.
- b) Im Formblatt HN-Blatt 1 sind auf der Rückseite unter „Zahl der bilanzierenden Betriebe“ als 5. Gruppe auf dem freien Rand „HO-Kombinate“ auszuweisen.
3. a) Im Formblatt HN-Blatt 2 „Verkaufsstellen“ ist in den Spalten 20, 24, 28, 32, 36 nur die Anzahl der Verkaufskräfte (Vollkräfte) ohne Lehrlinge auszuweisen.
- b) In Spalte 18 sind entgegen der Richtlinie die Kioske nicht mit aufzunehmen. Die Kioske sind als „Verkaufsstellen mit Verkaufsraum“ den entsprechenden Größenklassen zuzuordnen.
4. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik wird in Kürze „Definitionen wichtiger statistischer Kennziffern und Begriffe“, herausgegeben. Nachfolgend geben wir diejenigen Definitionen bekannt, die für die Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes wichtig sind und bereits für die Abrechnung per 31. Dezember 1958 zugrunde zu legen sind.

Verkaufsstellennetz

Die Gesamtheit der Verkaufsstellen und Gaststätten

- a) regional in einem Bereich der staatlichen Verwaltung, wie Gemeinde, Stadt, Kreis usw.;
- b) ökonomisch innerhalb eines sozialistischen Einzelhandelsbetriebes.

Verkaufsstelle

Eine festbegrenzte und ortgebundene räumliche Einheit, in der der Bevölkerung Ware zum Verkauf angeboten wird.

Kiosk

Überdachte Verkaufsstelle auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Bahnhofs-, Anstalts- oder Betriebsgelände, die längere Zeit den gleichen Standort beibehält.

Verkaufszug

Fahrzeug, das Waren zum Verkauf auf das Land oder in einzelne Betriebe bringt und gleichzeitig als Verkaufsstelle dient.

Branche (Geschäftszweig)

Zusammenfassung von Verkaufsstellen nach warentümlichen Gesichtspunkten entsprechend der Kaufgewohnheit der Bevölkerung. Das Schwergewicht der geführten Warenartimente ist maßgeblich für die Zuordnung einer Verkaufsstelle zu einer Branche; z. B. Süßwaren, Fisch und Fischwaren, Damenkonfektion.

Branchengruppe

Systematische Zusammenfassung ähnlicher bzw. gleichgearterter Branchen (Geschäftszweige) des Einzelhandelsnetzes.

Zur Zeit sind in der Planmethodik folgende neun Branchengruppen festgelegt:

Verkaufsstellen für:

- 100 Nahrungs- und Genussmittel,
- 200 Gaststättengewerbe,
- 300 Gemischtwaren mit Lebensmitteln,
- 400 Bekleidung und Textilien,
- 500 Kultureller Bedarf,
- 600 Hausrat, Wohn- und Baubedarf,
- 700 Artikel für Körperkultur und Gesundheitspflege,
- 800 Sonstigen Fachhandel (Fahrzeuge, Zoologische Art, Blumen, Kleingärtnerbedarf, Brennstoffe, Sargmagazine),
- 900 Industriewaren alier Art.

Gemischtwarenverkaufsstelle

Verkaufsstelle mit weniger als 30 Verkaufskräften, die Nahrungsgüter und Industriewaren führt.

Kaufhaus

Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Waren entweder in Nahrungs- und Genussmitteln oder in Industriewaren führt.

Warehaus

Einzelhandelsbetrieb, der seine Waren zum überwiegenden Teil direkt von der Produktion bezieht, mit mindestens 30 Verkaufskräften, der Nahrungs- und Genussmittel und Industriewaren in getrennten Abteilungen führt.

Landwarenhaus

Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft mit Nahrungsgütern und Industriewaren in getrennten Abteilungen, deren Sortiment auf die besonderen Bedürfnisse der Landbevölkerung abgestellt ist.

Verkaufsraumfläche

Diejenige Fläche der Verkaufsstellen und der Kioske, auf der der Einzelhandel seine Verkaufshandlungen mit der Kundschaft durchführt. Auf der Verkaufsraumfläche befinden sich auch Ladentische, Regale (Vitrinen), Kasse, Warenausgabe und Schaufenster; die Verkaufsraumfläche wird von den Wänden des jeweiligen Verkaufsraumes (Verkaufsstelle, Kiosk) begrenzt. Lager gehören nicht hierzu.

— Verjg. u. Mugg.

Mitt. f. H. u. V.

Heft 32/58 —

Berichtigung

In der „Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957 — Planell Warenaumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen“ Heft 32/56 sind folgende Korrekturen notwendig:

S. 320: Abschnitt VII, vorletzte Zeile:
statt „Aufteilung durch diese Positionen“ muss es heißen „Aufteilung dieser Positionen“.

S. 323: In der Anlage 2 — Nomenklatur der zentralverteilten (Z) und gelenkten (G) Warenfonds — Nahrungsgüter —:
3. Süßfrüchte, Nüsse, Weintrauben (einschl. getrocknete Süßfrüchte und Mandeln)..... t (Z) 11 880 (1956:
18 154 16 154
11 756
11 706

S. 324: In der Anlage 3 — DDR-Durchschnittspreise der zentralverteilten (Z) und gelenkten (G) Warenfonds 1957 —:
Die Positionen 63. Rohbraunseife- und -stücktcholie, 66. Braunkohlenkerze und 67. Brennenderholz gehören noch zur Anlage 2.

Außerdem muß es heißen:
Magermilch (G)
Eier (Z)

— 3100 —

Berlin, den 17. Dezember 1958

Schlüsselliste 1957 zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan Teil A und B

Gegenüber der Schlüsselliste 1956 machten sich in der Schlüsselliste 1957 — bedingt durch Vorbereitungsarbeiten für die Preisataloge und die Erfassung der Warenbewegung in verschiedenen Handelsorganen im Lochkartenverfahren — Veränderungen erforderlich. Die Schlüsselliste 1957 wird — wie wir vom Vordruckleitverlag Halle erfahren — erst Mitte Januar zur Auslieferung gelangen. Um den Handelsbetrieben und Verwaltungen die Möglichkeit zu geben, schon vor Auslieferung der Schlüsselliste die wesentlichen Veränderungen in ihren innerbetrieblichen Vorbereitungen zu berücksichtigen, geben wir diese nachstehend vorab zur Kenntnis.

Es wurde davon abgesehen, jede einzelne in der Schlüsselliste hinzugesetzte bzw. gestrichene Warennummer bzw. geringfügige textliche Veränderungen hier zu nennen. Die nachstehende Aufstellung ersetzt daher nicht das eingehende Studium der Schlüsselliste 1957 hinsichtlich der Warenzuordnungen.

Stellvertreter des Ministers

1. V.: D ü m d e
Hauptabteilungsleiter**Teil A — Nahrungs- und Genussmittel —**

Lfd. Nr.	Position	alte Schlüs- sel-Nr.	neue Schlüs- sel-Nr.
1.	Frischobst	11 700	—
	aufgegliedert in		
a)	Frischobst (ohne Süßfrüchte, Nüsse, Weintrauben)	—	11 700
	einschl. der bisherigen Unterpos.		
	11 710	11 720	
	11 730	11 740	
	11 750	11 770	
b)	Süßfrüchte, Nüsse, Weintrauben ..	—	11 800
ba)	Süßfrüchte	11 751	11 810
bb)	Nüsse	11 755	11 850
bc)	Weintrauben	11 760	11 860
2.	Körnermischfutter für Geflügel	12 900	9 582
(in Schlüsselliste Teil B verlegt)			
3.	Speisequark, fett (der Pos. Fettkäse zugeordnet)	15 231	15 210
4.	Speisequark, mager	15 232	15 230
5.	Die Unterpositionen sind weggefallen bei	12 510 12 520 22 420 23 000	—

Teil B — Industriewaren —

Lfd. Nr.	Position	alte Schlüs- sel-Nr.	neue Schlüs- sel-Nr.
1.	Lederstraßenschuhe für Kinder ab Gr. 27	31 14	
	aufgegliedert in		
a)	Lederstraßenschuhe für Kinder Gr. 31—33	—	31 15
b)	Lederstraßenschuhe für Kinder Gr. 27—30	—	31 16
2.	Kleinkinderschuhe aus Leder Gr. 18—26	31 15	
	aufgegliedert in		
a)	Lederstraßenschuhe für Kleinkinder Gr. 23—26	—	31 17

Lfd. Nr.	Position	alte Schlüs- sel-Nr.	neue Schlüs- sel-Nr.
b)	Lederstraßenschuhe für Kleinkinder Gr. 20—22	—	31 18
c)	Kleinkinderschuhe aus Leder (Erstlingslaufschuhe) Gr. 18—19 ..	—	31 19
3.	Straßenschuhe aus Austauschstoffen für Kinder	31 44	
	aufgegliedert in		
a)	Straßenschuhe aus Austauschstoffen für Kinder Gr. 31—35 ..	—	31 45
b)	desgl. Gr. 27—30 ..	—	31 46
c)	desgl. Gr. 23—26 für Kleinkinder ..	—	31 47
d)	desgl. Gr. 20—22 für Kleinkinder ..	—	31 48
4.	Vogognegewebe	41 60 b	41 01
5.	Haargarngewebe (Einlage)	41 27	41 02
6.	Perlonseidengewebe	41 79	41 03
7.	Baumwollartige Gewebe	41 60 a	41 60
8.	Kunstseiden- und Halbkunstseiden- gewebe	41 80 a 41 80 b	41 80
9.	Leinen- und Halbleinengewebe	41 90 a 41 90 b	41 90
10.	Sonstige Trikotagen und Wirkwaren ..	43 90	43 90
	weiter untergegliedert in		
a)	Miederwaren gewirkt (Hüfthalter und Korseletts)	—	43 91
b)	Übrige Trikotagen und Wirkwaren	—	43 99
11.	Spitzen und Posamenten	44 81	—
	aufgegliedert in		
a)	Spitzen und Spitzendecken	—	44 81
b)	Posamenten	—	44 83
12.	Hartkurzwaren	44 90	44 90
	neu gegliedert in		
a)	Reißverschlüsse	44 95	44 95
b)	Knöpfe, Schnallen, Schließen	44 91—94	44 95
c)	sonstige Hartkurzwaren einschl. Nadlerwaren	44 91—94	44 99
	(44 91 bis 44 94 entfallen)		
13.	Schals und Cacheme	45 46	45 31
14.	Weißwaren, Armbänder, Frisierhau- ben, Haarnetze	45 35	—
	aufgegliedert in		
a)	Weißwaren	—	45 34
b)	Armbänder, Frisierhaußen, Haarnetze	—	45 35
15.	Scheuer-, Putz- und Staubtücher	45 54	—
	aufgegliedert in		
a)	Scheuertücher	—	45 53
b)	Putz- und Staubtücher	—	45 54
16.	a) Bademäntel für Herren und Burechen	T. v. 46 19	46 01
b)	Bademäntel für Damen und Back- fische	T. v. 46 29	46 02
c)	Bademantel für Kinder	T. v. 46 39	46 03
17.	Hand-, Geschirr-, Frottier- und Über- handtücher	48 50	48 50
	weiter untergegliedert in		
a)	Frottiertücher	—	48 51
b)	Frottierschlappen und -handschuhe	—	48 52
c)	Hand- und Geschirrtücher	—	48 53
d)	Überhandtücher	—	48 58

Lfd. Nr.	Position	alte Schluss- sel-Nr.	neue Schluss- sel-Nr.	Lfd. Nr.	Position	alte Schluss- sel-Nr.	neue Schluss- sel-Nr.	
18.	Lederbekleidung	49 30	49 30	32.	Gasherde und kombinierte Gasherde	T. v. 71 65	71 67	
	weiter untergliedert in			33.	Kocher	71 66	71 68	
a)	Ledermantel und -jacken	49 31	49 31	34.	Handstrickmaschinen	T. v. 71 74	71 72	
b)	Lederwesten und -hosen (außer Trachtenhosen)	T. v. 49 39	49 33	35.	Fahrradketten	T. v. 73 53	73 56	
c)	Ledertrachtenhosen	T. v. 49 39	49 35	36.	Schneeketten	T. v. 71 81	73 57	
d)	sonstige Lederbekleidung	T. v. 49 39	49 39	37.	Beleuchtungskörper	75 30	75 30	
19.	Sattlerwaren für Fahrräder, Motor- räder und Autos, aus Leder	T. v. 52 19	52 16		neu untergliedert in			
20.	Sattlerwaren für Fahrräder, Motor- räder und Autos, aus Austausch- stoffen	T. v. 52 29	52 26	a)	Deckenleuchten	—	75 31	
21.	Sonstige Erzeugnisse der Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie ..	52 90	52 90	b)	Ständerleuchten	—	75 32	
	weiter untergliedert in			c)	Tischleuchten (außer Nachtisch- leuchten)	—	75 33	
a)	Fensterleder	—	52 91	d)	Wandleuchten	—	75 34	
b)	Einlegesohlen	—	52 92	e)	Nachtisch- und Bettleuchten	—	75 35	
c)	Ubrige Erzeugnisse	—	52 99	f)	Kronen	—	75 36	
22.	Schmuck, Bijouterie u. dgl. sowie Raucherartikel aus Kunststoffen ..	53 40		g)	Ampeln, Stabschalen, Pendel- leuchten	—	75 37	
	weiter aufgegliedert in			h)	Sonstige Leuchten	—	75 39	
a)	Körperschmuck	53 41		38.	Fernsehempfänger	75 60	75 60	
d)	Raucherbedarfssartikel	53 42			weiter untergliedert in			
e)	Galanterie- und Geschenkartikel..	53 43		a)	Fernseh-Tischempfänger	—	75 61	
d)	Kämme	53 44		b)	Fernseh-Standempfänger	—	75 62	
e)	Rasierapparate und Haarschneide- maschinen	53 45		c)	Fernseh-Truhen	—	75 63	
23.	Schallplatten (ergänzt um: Magnet- tonbänder bespielt)	54 17	54 17	39.	a)	Elektr. Einfachplattenspieler..	T. v. 75 83	75 82
24.	Spielwaren aus Gummi	T. v. 54 53	54 53	b)	Elektr. Mehrfachplattenspieler	T. v. 75 83	75 83	
25.	Toilettenpapier, Butterbrotpapier, Einschlagpapier, Schrankpapier, Tüten und Beutel	56 17	—	40.	Optische Geräte, Kinoapparate, Foto- und Kinozubehör	77 20	—	
	aufgegliedert in				neu gegliedert in			
a)	Tüten und Beutel	—	57 17	a)	Optische Geräte	—	77 20	
b)	Toilettenpapier	—	56 23		mit den bisherigen Unterpositionen	—	77 22	
c)	Schrankpapier	—	56 24			—	77 23	
d)	Butterbrot- und Einschlagpapier..	—	56 25			—	77 24	
						—	77 25	
26.	Lampenschirme	T. v. 56 19	56 22	b)	Kinoapparate, Bildwerfer, Be- trachtungs- und Vergrößerungs- geräte, Foto- und Kinobühne ..	—	77 26	
27.	Tapeten	56 20	56 21	ba)	Kinoaufnahmegeräte für Klein- und Schmafilm — T. v. 77 21	—	77 31	
28.	Ziegelblöcke	—	61 44	bb)	Kinowiedergabeapparate für Klein- und Schmafilm .. T. v. 77 21	—	77 32	
29.	Glasfasererzeugnisse	—	62 68	bc)	Foto- und Kinoleinobjektive ..	77 33		
30.	Gußeiserne Badewannen	T. v. 71 11	71 16	bd)	Bildwerfer, Betrachtungs- und Vergrößerungsgeräte T. v. 77 27 und 77 28	—	77 34	
31.	Schwarzwerkzeuge	71 34	—	bei Foto- und Kinobühn- (ohne Laborgeräte)	T. v. 77 27	77 35		
	weiter untergliedert in			bf)	Fotolaborgeräte	T. v. 77 27	77 36	
a)	Schlagwerkzeuge	—	71 33	bg)	Fotoartikel aus Holz T. v. 63 43	—	77 37	
b)	Zangen und Handblechscheren ..	—	71 34	bh)	Spezialeinzel- und -ersatzteile	77 39	77 39	
c)	Schraubenschlüssel	—	71 35					
d)	Schraubenzieher	—	71 36	41.	Wand- und Küchenuhren	T. v. 77 49	77 46	
e)	Meißel und sonstige Stemmwerk- zeuge	—	71 37	42.	Tischuhren mit Schlagwerk	T. v. 77 49	77 47	
f)	Feilen und Raspelein	—	71 38	43.	Tischuhren ohne Schlagwerk ..	T. v. 77 49	77 48	
g)	Sonstige Werkzeuge	—	71 39	44.	Klein- und Reiseschreibmaschinen ..	77 51	77 50	

— 5913 —

Berlin, den 17. Dezember 1956

Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß

Sofern am Monatsabschluß Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft bestehen, die durch die zuständige Sparkasse noch nicht kreditiert sind, erfolgt der Ausweis dieser Summen im Formblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ in Abstimmung mit der Deutschen Notenbank im Abschnitt A Zeile 25, mit der Bezeichnung „noch nicht kreditierte Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft“.

Der Nachweis im Abschnitt A ist erforderlich, damit dem Betrieb keine höheren Zinsbelastungen durch überfällige Forderungen entstehen.

Feder liest die

Handels
woche

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 20. Dezember 1956

Großhandel

Standardvordrucke für die Maschinenbuchhaltung der GHK — Ergänzung und Berichtigung

In Verf. u. Mitt. 25.56, S. 261, wurden die neuen Standardvordrucke für die Maschinenbuchhaltung der GHK bekanntgegeben. Hierzu ergeben sich folgende Ergänzungen und Berichtigungen:

I. ASTRA

- a) Journal (statt AH 50) AKH 51 B 3 Best.-Nr. 821/4511
Konto (statt AKH 51) AKH 50 A 4 Best.-Nr. 821/4512
- c) Journal (statt AKH 60) AKH 61 50×53 Best.-Nr. 821/4513
Konto (statt AKH 61) AKH 60 A 3 Best.-Nr. 821/4514
- d) Lohn- und Gehaltsjournal (statt ALH 50) ALH 51 59×63 Best.-Nr. 821/3511
Lohn- und Gehaltskonto (statt ALH 51) ALH 50 A 3 Best.-Nr. 821/3513
Lohnabrechnung, Block 50
Blatt A 5 (statt 812,35171) Best.-Nr. 821/35171

II. MERCEDES

- b) Journal SHK 51 A 2 Best.-Nr. 821/45011
Konto SHK A 3 Best.-Nr. 821/45012
- c) Lohn- und Gehaltsjournal SNLH 150 A 2 Best.-Nr. 821/35111
Streifenliste SNLH 151 A 2 Best.-Nr. 821/35112
Quittungsliste SNLH 152 (statt 19×42) 15,5×42 Best.-Nr. 821/35113
Lohn- und Gehaltskonto SNLH 50 (statt A 3) 35×45,5 Best.-Nr. 821/35114

Die beiden letzten Vordrucke gehören ebenfalls zur Bestell-Nummerngruppe 821/... (nicht 812/...). Der Vordruck-Leitverlag EDB wurde von den Veränderungen in Kenntnis gesetzt. Für bereits erteilte Bestellungen brauchen von den Handelsbetrieben keine Berichtigungen gegenüber dem Vordruck-Leitverlag EDB vorgenommen werden.

— Verf. u. Mittag.

Min. f. H. u. V.

Heft 33/56 —

Mitteilung der Vertragsschiedsstelle

Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der DDR hat ergänzend nachstehende grundsätzliche Feststellung Nr. 175 56 über die Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planjahres 1956 getroffen: Die Anordnung vom 15. Mai 1956 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Materialien (GBI. den Sonderdruck Nr. 150) enthält im Gegensatz zu der entsprechenden Anordnung für das Jahr 1956 (GBI. 1853 Sonderdruck Nr. 93) keine Bestimmung über die Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes.

Im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission wird festgestellt:

Mit Ablauf des Planjahres erlischen die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner mit Ausnahme derjenigen, die sich auf die Verantwortlichkeit

für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung des Vertrages beziehen. Der Vertrag gilt in vollem Umfange weiter, wenn

1. in gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich die Weitergeltung über das Planjahr hinaus bestimmt wird;
2. der Besteller sich in Abnahmeverzug befindet;
3. in gesetzlichen Bestimmungen die Weitergeltung über das Planjahr hinaus zugelassen wird und die Partner die Weitergeltung vereinbart haben;
4. die Partner die Überhängverpflichtung in den Plan des neuen Planjahres aufgenommen und die Weitergeltung des Vertrages vereinbart haben.

Sind für das neue Planjahr noch andere Verträge zwischen den Beteiligten abgeschlossen, so ist die Reihenfolge der Erfüllung der Verträge festzulegen.

gez. Dr. Hemmerling

— Verf. u. Mittag.

Min. f. H. u. V.

Heft 33/56 —

U M S E T Z U N G E N

HO Lebensmittel, Kr. Ludwigslust, Sekretariat, sucht:
1 LKW Phänomen — Kastenwagen — Typ „Granit“, 1,5 t, ab Baujahr 1955, in gutem Zustand und versch.

1 LKW Phänomen, 2 t, Vergaser, 30 K, Baujahr 1955, in sehr gutem Zustand

HO Wismut Johanngeorgenstadt-Schwarzenberg, Sitz Erla im Erzgeb., läuscht:
1 Sattelschlepper-Bus Crosley (etwa 70 Personen), fahrbereit — Diesel gegen:

1 Betriebsbus für etwa 40 Personen.

GHK für Lebensmittel, NL Bernburg, Platz der Jugend 1, bietet an:
1 PKW Steuwer-Kombi, 34 PS, Baujahr 37, Tragfähigkeit 600 kg, Maschine neu überholt, Fahrzeug in gutem Zustand und fahrbereit.

HO Industriewaren, KB Neuhaus/Rwg., Sitz Lauscha/Thür., bietet an:
1 LKW Steyr mit Plane, generalüberholte Maschine (12 000 km), fahrbereit, fach bereit, Baujahr: 1943, PS: 85, Nutzlast: 2000 kg, Bruttowert: 4000,— DM, Verschleiß: 1074,66 DM, Zeitwert: 2928,34 DM, überhöhter Aufwand: 1391,94 DM.

HO Lebensmittel Templin, Puschkinstraße, sucht dringend:
4 Fischbehälter für Lebendfischverkauf.

HO Gaststätten Dippoldiswalde, Sitz Altenberg/Erzgeb., Bossplatz 1, bietet an:
1 LKW Opel, Baujahr 1936, 1,3 Ltr., generalüberholt im Jahre 1955.

HO Gaststätten Riesa, Ernst-Thälmann-Straße 63, bietet an: 400 Stück gebrauchte gut erhaltene **Gaststättenstühle** (zwei verschiedene Ausführungen).

VEB Thüringer Jutewerke Weida, liefert:
Bindfaden aus Spinnpapier (Packfaden) in den Stärken 2 bis 8 mm zum Preis von 1,34 bis 1,54 DM (je nach Stärke und Aufmachung). Kurzfristige Auslieferung ab Werk. Anfragen an die Absatzabteilung des Betriebes.

VE Kommunaler Großhandelsbetrieb, Kr. Meißen, Hahnenplatz 6, bietet zum Verkauf an:
Ford-AA Hinterachsen
 Von Herzbolzen zu Herzbolzen 1060 mm, zwischen Bremsankerplatten 1150 mm, Radnabe und Felgenanlage 1520 mm, äußerste Gesamtbreite 1715 mm. Untersetzungsverhältnis 3:33 Zahnw. = 1:6,6, mechanische Bremse, kompl., völlig entrostet, mit neuen Bremsebelegen versehen, zum Preise von 945,— DM.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

I. Anweisungen	
Nr. 60/56 zur Direktive für die Veränderung der Struktur der Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke, der Kreise und der HO-Kreisbetriebe	327
Nr. 61/56 — Sachwertlotterie der FDJ	329
Nr. 62/56 — Standardsortiment für tischfertige Konserven	330
Nr. 63/56 — Reisekostenvergütungen für Einkaufshandlungen beim staatlichen Großhandel	330
II. Preisdienst	
Preisdienst 3/56	330
Auszug aus der Preisbewilligung Nr. I/VIL/56/75 ..	331
Taschenkalender mit Ledereinband	332
III. Mitteilungen	
Informationen über die Einführung des Lochkartenverfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung	332
Monatliche Warentbewegungsmeldung des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und der Mitropa	339
Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes	342
Berichtigung	342
Schlüsseliste 1957 zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan Teil A und B	343
Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß	345
Mitteilungen der Vertragsniederlassungen	345
Umsetzungen	346

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 11, Michaelisstraße 17, Postfach 61 94 11, Postleitziffer 10400 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Preisen getrennt — Abonnementpreis: wöchentlich 3,25 DM — Einzelausgabe — 25 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlichung unter der Druckgenehmigung Nr. Ag 11/36 DDR — Druck: (100) Neues Deutschland, Berlin

Nr. 2 / 22. Dezember 1956

Der VV im Handel

Beilage zu „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung“

Die in dieser Beilage aufgeführten Verbesserungsvorschläge werden den Handelsbetrieben zur Anwendung empfohlen. Sie sind in jedem Betrieb zu registrieren und genauso zu behandeln wie Verbesserungsvorschläge, die aus dem eigenen Bereich eingegangen sind.

Die Stellungnahmen zu den einzelnen Vorschlägen sind dem Ministerium für Handel und Versorgung über den Rat des Bezirks bzw. die übergeordnete Verwaltung innerhalb von 3 Monaten nach der Veröffentlichung — bis 25. März 1957 — mit genauer Bezeichnung zuzuleiten. Wird der Vorschlag im Betrieb genutzt (auch in veränderter Form), so ist anzugeben, wann mit der Nutzung begonnen wurde und wie hoch der voraussichtliche Jahresnutzen sein wird.

Auf Grund der eingehenden Stellungnahmen und Nutzenmeldungen der Betriebe wird die Prämie festgesetzt, die dem Urheber durch das Ministerium für Handel und Versorgung gezahlt wird.

Reg.-Nr. 211/5/56

Warenstelllage aus Glasplatten für Schaufenster

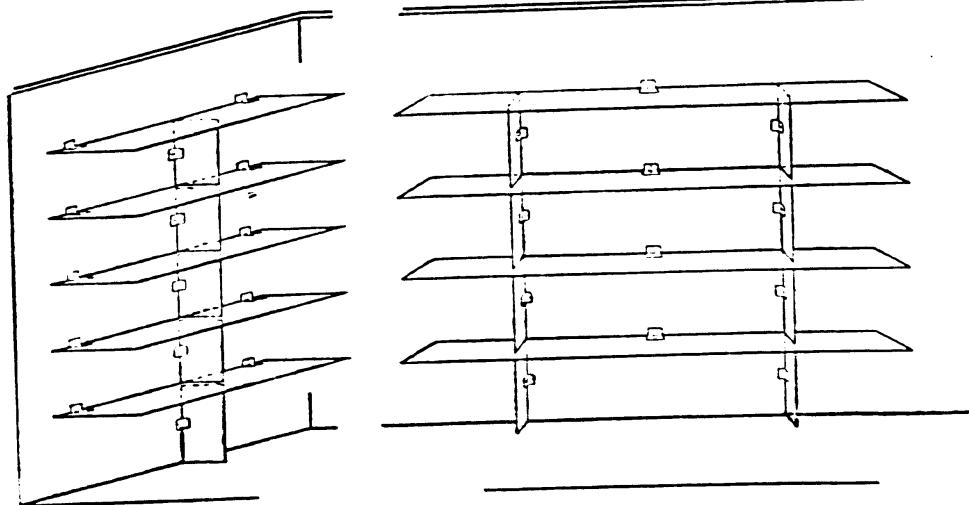
Urheber: Kollege Constabel, HO-1 Magdeburg

Dieser Verbesserungsvorschlag dient einer besseren Dekoration der Schaufenster.

Es werden, je nach Größe der erforderlichen Stellagen, gleich- oder verschieden große Glasscheiben benötigt. Es werden, je nach Größe der erforderlichen Stellagen, gleich- oder verschieden große Glasscheiben benötigt, die durch sogenannte Stützleisten gehalten werden. Die Befestigung sowohl der Stütz- als auch der Auflageleisten erfolgt durch kleine Winkeleisen, die wiederum durch Schrauben mit der Schaufensterrückwand und den Glasplatten verbunden werden.

Es empfiehlt sich, die untersten Stützleisten nicht unmittelbar auf der Grundfläche zu befestigen, damit gebenenfalls Dekostoff leichter ausgewechselt werden kann.

Dieser Verbesserungsvorschlag wurde im Betrieb des Urhebers verwirklicht. Er gestattet eine gute und übersichtliche Ausstellung der Waren.



Y

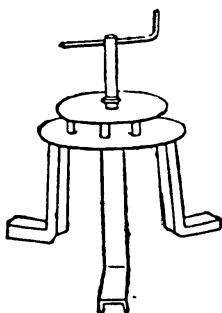
Der VV im Handel

Reg.-Nr. G 89, 10,56

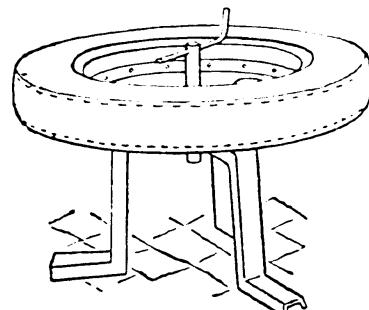
Reifenmontageblock

Urheber: Koll. Hackemesser und Koll. Siebert, GHK für Lebensmittel, NL Eisleben

Dieses Hilfsgerät zum Montieren von Autoreifen besteht aus einem einsernen Ständer, auf dem das Rad mit Hilfe einer Metallplatte und einer Spindel festgeschraubt wird. Durch eine mehrfach abgesetzte Fläche der Metallplatte können alle Reifengrößen auf diesem Gerät montiert werden.



Das Gerät bringt nicht nur eine Arbeits erleichterung mit sich, sondern trägt auch wesentlich dazu bei, Unfälle zu vermeiden.



Der Reifenmontageblock, der sich im Urheberbetrieb gut bewährt hat, kann durch Betriebshandwerker aus Materialresten hergestellt werden.

Reg.-Nr. G 2/3/56

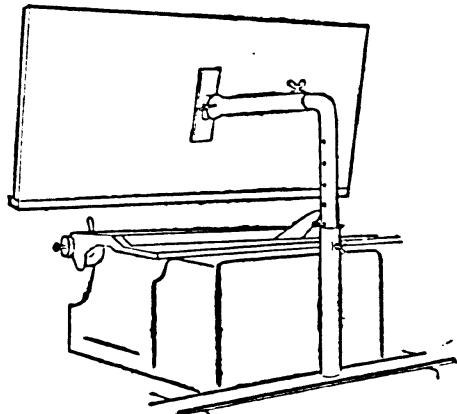
Tourenbogenhalter für Fakturiermaschinen

Urheber: Koll. Hoch, GHK/L Sonneberg, und Koll. Tempel, GHK/L Dresden-Land

Bisher lagen die Tourenbogen neben der Fakturiermaschine; die Fakturistinnen mußten beim Schreiben den Blick seitwärts richten. Dies erschwerte die Arbeit und führte zu verkrampfter Körperhaltung.

Der Verbesserungsvorschlag sieht vor, über der Maschine in Augenhöhe einen Halter an einem Gestell zu befestigen. Dieses Gestell ist verstellbar in der Höhe und der Seitenrichtung.

Der Verbesserungsvorschlag hat sich in verschiedenen Niederlassungen des GHK für Lebensmittel gut bewährt. Wenn auch das Prinzip des Halters schon länger bekannt ist, sollten doch alle Handelsbetriebe überprüfen, ob in ihrem Bereich diese Arbeitserleichterung für Fakturistinnen, Stenotypistinnen usw. nicht geschaffen werden kann.



Der VV im Handel

Reg.-Nr. 161/4/56

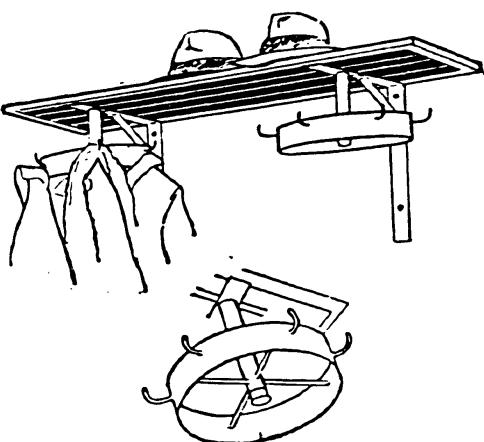
Drehbare Garderobenablage

Urheber: Koll, Pusch, HO-G Wernigerode

Durch diese Garderobenablage für Gaststätten kann der verfügbare Platz zweckmäßig ausgelastet werden. Während beim Anbringen von Haken im Abstand von etwa 15 cm für sechs Garderobenhaken 90 cm Wandlänge benötigt werden, reichen bei der vorgeschlagenen Art etwa 30 bis 40 cm aus.

Diese Geräte können vom örtlichen Handwerk je nach der erforderlichen Größe hergestellt werden.

Der Verbesserungsvorschlag wurde im HO-Gaststättenbetrieb Wernigerode angewandt und hat sich gut bewährt.



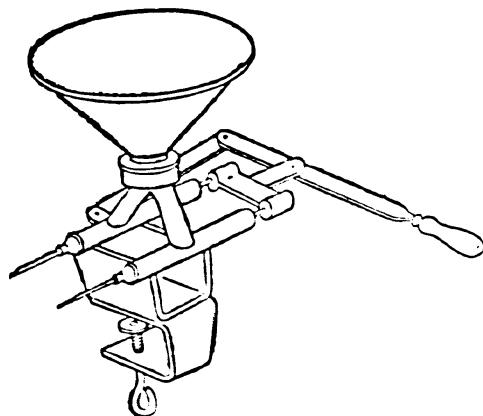
Reg.-Nr. 31/1/56

Pfannkuchenfüllmaschine mit 2 Tüllen

Urheber: Koll, Reitzig, HO-L-G Quedlinburg

Hier wurde ein Gerät entwickelt, durch das gleichzeitig die Füllung von zwei Pfannkuchen möglich ist. Die Anwendung dieses Gerätes bedeutet eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Maschine ist im Urheberbetrieb seit längerer Zeit in Benutzung und hat sich gut bewährt.

Die Anfertigung kann durch örtliche Handwerksbetriebe erfolgen. Der Urheberbetrieb ist jedoch auch in der Lage, eine begrenzte Zahl von Geräten herstellen zu lassen.



Reg.-Nr. 211/5/56

Selbstbedienungsbüfett für Gaststätten

Urheber: Koll, Stoye

In der Zeitschrift „Die neuzeitliche Gaststätte“ Nr. 7 56, Seite 10, wurde ein Hinweis auf ein in Halle errichtetes Selbstbedienungsbüfett veröffentlicht.

Stellungnahmen zu dieser Veröffentlichung und Mitteilungen über erfolgte Anwendung des Vorschlags sind dem Ministerium für Handel und Versorgung zu zuliefern.

Der VV im Handel

Reg.-Nr. 280.8.56

Beleuchtungsanlagen für Strumpfkontrolle

Urheber: Koll. Kochjau, HO-Warenhaus Alex, Berlin

Strümpfe wurden bisher allgemein beim Verkauf auf Fehler überprüft, indem die Verkaufskraft sie über die Hand zog und dem Kunden zur Prüfung vorhielt.

Diese Methode ist keineswegs sicher und birgt die Gefahr in sich, daß durch rauhe Haut, scharfe Nägel usw. Schäden am Strumpf entstehen könnten.

Der Verbesserungsvorschlag sieht vor, die Strümpfe auf eine matte Glasscheibe zu legen und sie von unten zu durchleuchten. Dabei wird jeder Fehler sofort erkennbar, und es können keine neuen Schäden entstehen. Erforderlich für eine solche Anlage sind:

- 1 Leuchtstoffröhre in U-Form,
- 1 Mattscheibe (etwa 1,00×0,40 m),
- 1 Schalter und entsprechend Leitungsdräht.

Die Anlage erfordert nur unwesentliche Kosten und kann den Handelsbetrieben zur Anwendung nur empfohlen werden.

Der Verbesserungsvorschlag wurde im HO-Warenhaus Alexanderplatz angewandt und bringt erhebliche Verbesserungen im Verkauf von Damenstrümpfen.

Reg.-Nr. 188/5/56

Bügeltisch mit Betonplatte

Urheber: Koll. König, HO-G Mühlhausen

Der Verbesserungsvorschlag geht davon aus, daß in betriebeigenen Wäschereien Holztische als Bügeltische verwendet werden, die infolge der feuchten Wärme unter den Plättüchern keine lange Haltbarkeit besitzen. Der Betrieb hat sich dadurch geholfen, daß eine Betonplatte in der Größe 165×65,5 cm — durch Eisenteile verstärkt — angefertigt wurde. Mit einer Asbestplatte überzogen und auf einem Tischgestell oder auf Böcken befestigt, kann das Bügeln wesentlich erleichtert und beschleunigt werden. Die Brandgefahr wird eingeschränkt, und der Bügeltisch besitzt eine bedeutend längere Haltbarkeit als Holzplatten.

Reg.-Nr. 216/5/56

Gleichzeitiges Schreiben von 2 Ormigplatten

Koll. Oschatz, HO-L Leipzig-Ost

Beim Beschreiben von Ormigplatten besteht der Nachteil, daß sie zweimal geschrieben werden müssen, wenn mehr als 100 Abzüge benötigt werden.

Nach dem vorliegenden Vorschlag, der in der Praxis erprobt wurde, wird die zweite Ormigplatte im Durchschreibeverfahren gleich mit der ersten zusammen geschrieben.

Die zweite Platte wird nicht so ergiebig sein wie die erste, ist jedoch durchaus verwendbar. Es kann so beträchtlich Arbeitszeit eingespart werden.

HINWEISE

1. Transportbänder.

Die Verkaufsstelle des VEB Halberstädter Fleischwarenfabrik, Magdeburg, Alter Markt 2, arbeitet mit einem Transportband. Es ist im Ladentisch unterhalb der Verkaufsfläche angebracht und befördert die verkauft Ware selbsttätig zur Warenausgabe. Durch diese Einrichtung wird in der genannten Verkaufsstelle eine Verkaufskraft eingespart. Der Preis der Anlage beträgt 1880,— DM.

Die Anlage kann nur entsprechend den örtlichen Bedingungen hergestellt werden. Interessierten Betrieben wird empfohlen, die Anlage zu besichtigen. Die Fertigung kann örtlich erfolgen und durch Investkredit finanziert werden.

2. Selbstklebebänder für Dekoration.

Der VEB Umbal-Werk, Karl-Marx-Stadt, stellt technische Klebebänder aus Perfolfolie und auf Stoffbasis in verschiedenen Farben her.

Sie sind in den Breiten von 15 bis 60 cm zu beziehen und eignen sich gut für Werbezwecke.

Verantwortlich: Ministerium für Handel und Versorgung, Ref. Arbeit und Berufsausbildung

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 5. Januar 1957

Nr. 1

ANWEISUNGEN

— 5911 —

Berlin, den 27. Dezember 1956

Anweisung Nr. 64/56

Abgrenzung der Kosten aus Teilzahlungsgeschäften per 31. Dezember 1956

Ergänzend zur Anweisung Nr. 49/56, Abschnitt III, Absatz 2, wird folgendes angewiesen:

Der in der Kostenstelle „Teilzahlung“ per 31. Dezember 1956 vorhandene Verlust-Saldo ist als Kostengutschrift

289 — *Abrechnungskonto für Sonstiges (Teilzahlungsgeschäft)*

an 6935 — *Sachkosten für außerplanmäßige Dienstleistungen*

zu buchen, d. h., daß diese Kostenstelle im Jahre 1956 weder mit Verlust noch mit Gewinn abschließt. Das Konto 289 weist somit in der Sollseite die bereits gezahlten Kosten für künftige Abrechnungszeiträume und die Habenseite die Abgrenzung der vereinnahmten Kreditaufschläge aus Teilzahlungsgeschäften aus.

Zum Jahresabschluß ist die Summe der Sollseite des Kontos 289 auf das Konto 270 — Ausgaben für künftige Abrechnungszeiträume —, die Summe der Habenseite auf das Konto 963 — Einnahmen für künftige Abrechnungszeiträume — umzubuchen.

Im neuen Jahr erfolgt wiederum Umbuchung der Konten 270 und 963 gegen das Konto 289.

Die Auflösung der Sollseite des Kontos 289 hat nach der im Betrieb ermittelten durchschnittlichen Kreditaufzeit in gleichen monatlichen Raten gegen die Sachkosten des Teilzahlungsgeschäfts zu erfolgen. Bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 12 Monaten wären demnach 10 gleiche Monatsraten zu bilden, die 1957 monatlich in den Sachkosten des Teilzahlungsgeschäfts ihren Niederschlag finden, so daß per 31. Oktober 1957 die gesamte Abgrenzung aufgelöst ist.

Die ergebniswirksame Umbuchung der in der Habenseite des Kontos 289 vereinnahmte Kreditaufschläge erfolgt wie in der Anweisung Nr. 49/56, Abschnitt III, Absatz 2, angegeben.

Borrmann
Stellvertreter des Ministers

Verf. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 1/57

— 4911 —

Berlin, den 18. Dezember 1956

Anweisung Nr. 65/56

Weiterberechnung der Abpackkosten für Schüttgüter an den Einzelhandel

Auf Grund der Anweisung Nr. 29/56 vom 29. August 1956 betr. Umsetzung bzw. Übergabe von Abfüll- und Abpackvorrichtungen (veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen Nr. 19/56) wird für die Weiterberechnung der Abpackkosten für Schüttgüter an den Einzelhandel folgendes angewiesen:

Da die Kosten für das Abpacken von Schüttgütern in der Einzelhandelsspanne enthalten sind, hat der Einzelhandel durch die Verlagerung der Abpacktätigkeit in den Großhandel die den Niederlassungen entstehenden Kosten für den Arbeitsaufwand und den Materialeinsatz zu erstatten, d. h.

den anfallenden Lohnkosten,
den Kosten für Verpackungsmaterial,
der Abschreibung für technische Ausrüstungen
sowie den weiteren anfallenden sachlichen Kosten
sind die Einzelhandelsbetriebe zu belasten, wenn abgepackte Ware geliefert wird.

Für die Weiterberechnung der Abpackkosten sind auf Bezirksebene einheitliche Sätze in Abstimmung mit den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und den Einzelhandelsbetrieben festzulegen und durch eine Preisverwaltung des Rates des Bezirkes IHR Preise zu genehmigen. Eine Weiterberechnung an den Verbraucher darf nicht erfolgen.

Wach
Minister

PREISDIENST

— 3660 —

Berlin, den 15. Dezember 1956

Preisbewilligung Nr. I.VII.56.73

Prismengläser 6 X 30 „Moopta“

Hersteller: Fa. KOVO, Prag

EVP	110,00	DM
EHS	16,53	DM
GAP	93,42	DM
GHS	11,30	DM
IAP	82,12	DM

Tasche für Prismenglas „Moopta“

EVP	20,00	DM
EHS	2,46	DM
GAP	17,54	DM
GHS	1,54	DM
IAP	16,00	DM

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V.

— 3660 —

Berlin, den 19. Dezember 1956

Preisberechnung bei Direktgeschäften nach dem Wortlaut der neuen Preisanordnungen

Entsprechend den für die Streckenlieferungen des Großhandels geltenden Lieferbedingungen und im Sinne des bestehenden Preisrechtes (PVO Nr. 244) muß bei Direktlieferungen vom Hersteller an den Einzelhandel mindestens frei Empfangsstation (bei LKW-Transporten frei Verkaufsstelle oder Lager des Einzelhandels) geliefert werden.

Lehnt der Hersteller den Abschluß von Vereinbarungen ab, dann ist er nur berechtigt, den Industrieabgabepreis ab Werk bzw. frei Versandstation zu berechnen oder den Abschluß eines Vertrages mit dem Einzelhändler abzulehnen.

— Verf. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 1/57

RICHTLINIEN

— 5550 —

Berlin, den 20. Dezember 1956

Richtlinie für die Kreditierung nicht planmäßig finanziert Bestände im sozialistischen Einzelhandel

In Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates 37/6 wird in Abstimmung mit der Deutschen Notenbank mitgeteilt, daß der sozialistische Einzelhandel berechtigt ist, Sonderkredite für absetzbare Überplanbestände, die der Umsatzerfüllung des Jahres 1957 dienen, zu beantragen.

Hierfür gelten folgende Richtlinien:

1. Finanzierungsmöglichkeiten

Sonderkredite werden ausgereicht für jetzt vorhandene bzw. sich bis Jahresende bildende Bestände, sofern diese Waren gängig und für den Absatz im Jahre 1957 vorgesehen sind.

Die obere Grenze der Sonderfinanzierungsmöglichkeit wird bestimmt durch die sich nach dem Plan/Ist-Vergleich pro Branche ergebenden Überplanbestände (WBUB Pos. 18 zuzüglich rollender Ware z. EKP).

Die Heranziehung geeigneter Überplanbestände zur Erfüllung der Umsatzaufgaben des Jahres 1957 setzt voraus, daß die Betriebe die Zusammensetzung ihrer Bestände genau kennen.

Da den Einzelhandelsbetrieben die Durchführung einer Inventur z. Z. nicht zugemutet werden kann, muß zweckmäßigerverweise zunächst von den letztbekannten — nach Branchen gegliederten — Bestandsnachweisen ausgegangen werden. In der Regel wird dies der Ausweis per 30. November 1956 sein.

Es ist Aufgabe der Betriebe, sich umgehend eine differenzierte Übersicht nach Warenarten zu verschaffen, diese laufend zu ergänzen und zu berichtigen, damit die vorhandenen Bestände bei den Einkaufshandlungen berücksichtigt werden können.

Die zu kreditierenden Bestände setzen sich in der Regel zusammen aus:

- a) Waren, die im Sortiment verbleiben, da sie laufend für die Umsatzerfüllung eingesetzt werden müssen, und
- b) saisonfremden Waren, die erst zu einem späteren Zeitpunkt der Umsatzerfüllung dienen werden.

Für den Direktbezug von der Produktion werden für die im Bezugsplan festgelegten Bestände, die der Umsatzerfüllung des Jahres 1957 dienen, ebenfalls Sonderkredite ausgereicht.

2. Kreditbedingungen

Im Antrag des Betriebes ist die voraussichtliche Entwicklung dieser zu finanziierenden Bestände bis zum 31. Dezember 1956 einzuschätzen. Die Aufgliederung hat nach der Nomenklatur I zu erfolgen. Als Darunterpositionen sind die saisonfremden Waren aufzuführen. Der Betrieb hat hierzu zu versichern, daß die letztgenannten Waren aus dem Sortiment herausgenommen wurden — soweit nicht ein gewisser Mindestbestand zur Deckung eventueller Nachfragen notwendig und im Plan berücksichtigt ist — und daß sie gesondert bzw. zentral gelagert oder mindestens entsprechend gekennzeichnet wurden. Die Aussonderung muß so

erfolgen, daß diese Ware bei Überprüfungen durch die Deutsche Notenbank als Saisonware klar erkennbar ist.

Durchschriften der Kreditanträge sind von den HO-Kreisbetrieben Industriewaren an die Räte der Bezirke, Abt. Handel und Versorgung, Betrieben der HO-Wismut an die HV der HO-Wismut, Betrieben der HO-Vertrieb an Verwaltung der HO-Vertrieb,

HO-Warenhäusern (Z) an das Ministerium für Handel und Versorgung zu übersenden.

3. Endgültige Festsetzung des Sonderkredites

Grundlage für die Sonderkredite sind die am 31. Dezember 1956 vorhandenen Überplanbestände.

Die Betriebe haben der Deutschen Notenbank bis zum 28. Februar 1957 eine Aufstellung dieser Bestände im staatlichen Einzelhandel nach Nomenklatur III (35 Warenkonten) und — als Darunter-Position — saisonfremder Ware einzureichen. Diese Aufstellung wird Anlage zum Kreditvertrag. Ein Durchschlag ist dem jeweiligen Organ (s. Ziff. 2) zur Kenntnisnahme einzureichen.

Bei der endgültigen Festsetzung der Kredithöhe auf Grund der Bestandsaufstellung per 31. Dezember 1956 sind Änderungen der Richttage — soweit dies vorgesehen — zu berücksichtigen.

Kreditvertrag

Bis zum 15. März 1957 haben die Betriebe mit der Deutschen Notenbank einen Kreditvertrag abzuschließen, in dem die quartalsweise Rückführung der Sonderkredite festgesetzt wird. Diese Verträge sind von den Organen gemäß Ziffer 2 zu bestätigen.

Die für Quartale festgesetzte Abbauverpflichtung wird in dem jeweiligen operativen Quartalsplan auf Monate unterteilt.

Die Aufteilung auf Quartale darf nicht schematisch erfolgen. Sie muß unter Berücksichtigung von Charakter, Beschaffenheit, Volumen und damit der Absatzbarkeit der Ware vorgenommen werden. Die Angaben des Betriebes zum Kreditvertrag müssen der Deutschen Notenbank die Übersicht, die kritische Einschätzung der Realität der Abbauverpflichtungen und die Kontrolle ermöglichen.

4. Abrechnung und Kontrolle

Eine Trennung der Warenbestände nach Planware und sonderfinanzierten Beständen in den Berichtsunterlagen des Betriebes erfolgt nicht.

Zur Information wird mitgeteilt, daß der Sonderkredit für absetzbare Überplanbestände 1957 bei der Deutschen Notenbank, Unterconto 2/11 verbucht wird und der Zinssatz 1,8% beträgt. Die z. Z. laufenden Sonderkredite für absetzbare Überplanbestände sind gegebenenfalls im Rahmen vorstehender Mitteilung neu zu ordnen.

Vom VDK ist eine gleichlautende Mitteilung an die Bezirksverbände ergangen.

Borrmann
Stellvertreter des Ministers

— Verf. u. Mitte — Min. f. H. u. V. Heft 1/57 —

MITTEILUNGEN

— 3200 —

Berlin, den 21. Dezember 1956

Nomenklatur zur Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes 1957 (WBPA 1 u. 2) für Nahrungs- u. Genußmittel sowie Industriewaren

Im Einvernehmen mit dem VDK und nach Genehmigung durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Genehmigungs-Nr. 269/2 vom 20. Dezember 1956) wird nachstehend die Nomenklatur für die Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes für das Jahr 1957 bekanntgegeben.

Die Nomenklatur ist unterteilt nach Positionen aus dem zentralverteilten Fonds, gelenkten Fonds, dezentralisierten Fonds.

Jede Warenposition dieser Nomenklatur unterliegt der Abrechnungspflicht, unabhängig von der Höhe der für diese Warenpositionen realisierten Mengen (bzw. Werte).

Nomenklatur Nahrungsgüter (56 Positionen)

a) zentralverteilter Fonds

Alle im Plan ausgewiesenen Positionen (HO- und Markenbasis getrennt) mit folgenden Erweiterungen:

Warenart	ME	Schlüssel-Nr.
Fisch und Fischwaren (Fischwert) ..	t	14 300/400
Frischfisch (effektiv)	t	14 300
Fischwaren (effektiv)	t	14 400
Trinkvollmilch und Sahne (Basis 2,5 %) HO-Basis	t	15 110
Trinkvollmilch und Sahne (Basis 2,5 %) Markenbasis	t	15 110
Kondensvollmilch (Vollmilchwert) ..	t	15 130
Trockenvollmilch (Vollmilchwert) ..	t	15 150

b) gelenkter Fonds

Alle im Plan ausgewiesenen Positionen (HO- und Markenbasis getrennt) mit folgenden Erweiterungen:

Warenart	ME	Schlüssel-Nr.
Magermilch (Magermilchwert) HO-Basis	t	15 120
Magermilch (Magermilchwert) Markenbasis	t	15 120
Magerkäse (Magermilchwert)	t	15 220
Speisequark, mager (Magermilchwert)	t	15 230
Kondensmagermilch (Magermilchwert)	t	15 140
Trockenmagermilch (Magermilchwert)	t	15 160

c) dezentralisierter Fonds

Warenart	ME	Schlüssel-Nr.
Mehl aller Sorten	t	12 100
Geschälter Reis	t	12 240
Roggenbrot und Kleingebäck	t	12 570
Weizenbrot und Kleingebäck	t	12 520
Konditor- und Feinbackwaren	t	12 600
Dauerbackwaren	t	12 800
Zuckerwaren HO-Basis	t	13 220
Zuckerwaren Markenbasis	t	13 220
Kunsthonig und Sirup	t	13 400
Zigaretten	TStck.	21 230
Butter, Tee	kg	24 200
im IV. und I. Quartal: Wild und Geflügel (Fließende Werte)		

Nomenklatur Industriewaren (108 Positionen)

a) zentralverteilter Fonds

Alle Positionen des Planes.

b) gelenkter Fonds

Alle Positionen des Planes.

c) dezentralisierter Fonds

Warenart	ME	Schlüssel-Nr.
Straßenschuhe aus Austauschstoffen ..	TPaar	3 140
Sonstiges Schuhwerk	TPaar	3 150
Kammgarn- und Halbkammgarn- gewebe aus Zellwolle	Tqm	4 120
Streichgarngewebe aus Zellwolle ..	Tqm	4 140
Schlafdecken	TStck.	4 240
Regenbekleidung	TStck.	4 650
Schmuck- und Bijouteriewaren	TDM	5 300
Spieldaten	TDM	5 451-53
Steingutgeschirr	TDM	6 213
Zierporzellan	TDM	6 223
Konservengläser	TDM	T. v. 6 241
Wirtschaftsglas, mundgeblasen	TDM	6 242
Wirtschaftsglas, feuertest	TDM	6 244
Bleikristall, mundgeblasen u. geprägt ..	TDM	6 245
Beleuchtungsglas	TDM	6 248
Kuchen	Stck.	6 311
Schlafzimmer	Stck.	6 312
Wohn-, Speise- und Arbeitszimmer ..	Stck.	6 313
Polstermöbel	TDM	6 314
Stahlmatratzen	TDM	6 322
Matratzen und Auflagen	TDM	6 330
Aluminiumgeschirr	t	7 113
Rasterklingen	TStck.	7 128
Kuhlschränke	Stck.	7 162
Ofen, nicht elektrisch und Gas	Stck.	7 164
Herde, nicht elektrisch und Gas	Stck.	7 135
Kinder- und Kindersportwagen	Stck.	7 173
Maschendrahtgeflechte aus Metall ..	TDM	T. v. 7 182
Bewagen für Motorräder	TDM	7 355
Fuhreraddecken	TStck.	7 430
Fahrradschlüsse	TStck.	7 440
Elektrische und elektr. Kombiherde Stck.		T. v. 7 511
Elektrische Heizungen u. Raumöfen Stck.		T. v. 7 511
Elektrische Plattenspieler	Stck.	7 582-23
Magnetton-Geräte	Stck.	7 584
Kino-Aufnahmegeräte	Stck.	7 731
Kino-Wiedergabegeräte	Stck.	7 732
Wand- und Küchenuhren	Stck.	7 746
Tischuhren, mit und ohne Schlagwerk	Stck.	7 747-49
Reise- und Kleinschreibmaschinen ..	Stck.	7 750
Parfümerien und Kosmetik	TDM	8 130
Lacke und Anstrichmittel	kg	8 250
Braunkohle-Schweikoks	t	9 130
Nur für das IV. Quartal: Weihnachtsbäume	TStck.	9 280

— Vierig u. Mehrig N. v. f. f. u. V. Heft 1-27 —

— 3200 — Berlin, den 22. Dezember 1956

Termin für Veränderung der Formblattbestellung BWV

Der Termin zur Veränderung der Bestellungen des Formblattes BWV für das II. Quartal 1957 wurde vom Vordruck-Leitverlag Halle auf den **25. Januar 1957** verlegt.

Zum gleichen Termin ist auch der veraussichtliche Bedarf für das III. und IV. Quartal 1957 aufzugeben.

Die Niederlassungen der Großhandelskontore geben die Anmeldung des Formblattbedarfs bis zum 25. Januar 1957 direkt an den Vordruck-Leitverlag Halle.

Die Veränderungstermine für das III. und IV. Quartal 1957 (1. April bzw. 1. Juli 1957) bleiben bestehen.

— 5520 — Berlin, den 20. Dezember 1956

Ergänzung**zum Entwurf einer Anweisung zur Ausarbeitung von Mindestsortimenten (Anweisung Nr. 59/56 — Verfg. u. Mittlg. Nr. 30/56) für Gaststätten**

I. In der Säule Gaststätten hat der Begriff „Mindestsortiment“ einen anderen Charakter als in den Säulen Industriewaren und Lebensmittel. Deshalb wird im Nachfolgenden von einem Gaststättensortiment gesprochen, das auf der Grundlage der jeweiligen Struktur der Gaststätte sowie der entsprechenden Aufgaben festgelegt wird. Das Gaststättensortiment baut sich auf folgende Faktoren auf:

1. Speisen
2. Getränke
3. Konditoreiwaren
4. Handelswaren

Die Positionen 1., 2. und 3. werden im Gaststättensortiment in Gruppen angegeben, die dem gastronomischen Aufbau der Speise- und Getränkekarte entsprechen.

Zu Position 1. (Beispiel)

Kalte Vorspeisen	3
Warme Vorspeisen	2
Suppen	3
Eierspeisen	4
Geflügel, Wild, Fisch	4
Fleischgerichte	5
Pfannengerichte	4
Spezialitäten	2
Schonkost	2
Süßspeisen	3
Kompotte	3
Salate und Beilagen	5
Kalte Speisen	8

Zu Position 2. (Beispiel)

a) Weißweine	4
Rotweine	3
Dessertweine	2
Schaumweine	2
(nach eigenem Ermessen der Betriebsleitungen können die Weingruppen nach Anbaugebieten weiter differenziert werden)	
b) Biere	5
c) Weinbrände	4
Brannwein	2
Fruchtsaftliköre	4
Emulsionsliköre	2
Kräuterliköre	2
d) alkoholfreie Getränke	4

4

Zu Position 3. (Beispiel)

Hefeteiggebäcke	4
Blatterteiggebäcke	3
Mürbeteiggebäcke	3
Torten, Dessert und Petit fours auf a) Buttercreme-Basis	4
b) Wiener-Basis	8
c) Obst-Basis	6
d) Sahne-Basis	4
Torten, Dessert und Petit fours ungefüllt	3
Spezialitäten	2

Zu Position 4.

Zusätzlich ist im Gaststättensortiment die zu führende Handelsware wie Tabakwaren, Süßwaren (Rezepturen 1 bis 6), Dauerbackwaren usw. anzugeben.

Dieses Gaststättensortiment ist von den Betriebsstättenteilern in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Mitarbeitern der Betriebsstätte (Küchenleiter, Restaurantleiter, Haftungsbereichsleiter) auszuarbeiten und von der Betriebsleitung nach den vorgenannten Grundsätzen der Spezialisierung zu bestätigen.

Es ist Aufgabe der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises, die Durchführung dieser Maßnahme zu kontrollieren.

Das hier angeführte Gaststättensortiment entspricht der Mindestsortimentsliste bei HO-Lebensmittel und HO-Industriewaren, ist aber nicht geeignet zur Übergabe an den Lebensmittel-Großhandel. Es dient als Grundlage zur Ermittlung von Rohstoffen und Waren, die in der Gaststätte verarbeitet und angeboten werden und sich in Form einer Warenliste niederschlagen.

II. Zum Vertragsabschluß wird durch den Betriebsstättenteilnehmer eine Warenliste auf der Grundlage des Gaststättensortimentes ausgearbeitet. In dieser Warenliste sind alle Positionen enthalten, die notwendig sind, um dem Gaststättensortiment entsprechend eine Speise- und Getränkekartengestaltung vorzunehmen und ein ausreichendes Angebot an Konditoreiwaren und Handelswaren zu bieten.

Die Warenliste muß getrennt werden nach Waren, die ständig zur Verfügung stehen müssen und im Rahmen des Betriebsstättenteilnehmers bezogen werden, und nach den Waren, die nach Möglichkeit vom Großhandel zu liefern sind. Für alle Waren, die direkt von der Produktion bezogen werden, ist ein Kauf- und Liefervertrag abzuschließen.

Der Betriebsleitung ist die Entscheidung überlassen, welche Warenpositionen im Betriebsvertrag abgeschlossen werden. Es werden in den meisten Fällen die Waren sein, bei denen erfahrungsgemäß eine Lenkung durch den Betrieb notwendig ist.

Die Warenliste zum Betriebsvertrag ist der Auszug aus den Warenlisten der Betriebsstätten. Zur Übersichtlichkeit der Warenlisten der Betriebsstätten ist es notwendig, diese Warenarten, die auf Grund eines Betriebsvertrages bezogen werden, gesondert kenntlich zu machen.

Neben der Möglichkeit der Aufschlüsselung des Betriebsvertrages in Form von Vertragsauszügen für jede Betriebsstätte kann ein Teil besonderer Spezialitäten, z. B. für Sonderveranstaltungen, beim Großhandel lagern und auf Abruf des Betriebes der durchführenden Betriebsstätte zur Verfügung gestellt werden.

Beispiel einer Warenliste für Betriebsstättenteilnehmer

In der Gaststätte zu führen nach ständiger Mögl. d. dig.	Artikelberechnung	Sortenzahl	Saison-los	Saisonbedingt
X *Bohnenkaffee		1		
X Tee		2		
X *Kakao		1		
X Zucker		3		

In der Gaststätte zu führen nach ständig Mögl.	Artikelbezeichnung	Sortenzahl	Saison-los	Saisonbedingt	Anzahl
	Früchte	6			
	Waffeln	2			
X	Vanillestangen	—			
X	Deutsches Pilsner	2			
	*Import Pilsner	1			
X	Malzbier	1			
X	Mineralwasser	2			
X	Himbeersirup	1			
X	40 % Wodka	2			
X	38 % Weinbrand-Auslese ..	2			
X	38 % Weinbrand-Edel ..	2			
X	35 % Schwarze Johannissbeere	1			
X	35 % Kirschlikör	3			
X	20 % Eierlikör	1			
X	Plattensee Riesling	1			
X	*Stich den Buben	—			
X	*Schloß Böckelheimer	—			
X	Trakaier Srebrine	—			
X	Pavlikeni, Likörwein	—			
X	Sowj. Schaumwein	—			
X	Eier	—			
X	Käse	3			
X	Weizenmehl	3			
X	Kartoffeln				
X	Gewürz nach Sortierung	10			
X	Gurken				
X	Sauerkraut				
X	Weißkohl				
X	Rotkohl				
X	Möhren				
X	Erbsen	3			
X	Butter				
X	Öl	2			
X	Schmalz				
X	Talg				
X	Speck				
X	Dauerbackwaren	3			
X	Schokolade	4			
X	Konfekt	5			
X	Süßwaren	5			
X	Zigaretten	15			
X	Zigarren	10			
X	Streichhölzer				
	usw.)				

Darüber hinaus sind die Warenarten Bestandteil der Warenliste, die von der Produktion direkt bezogen werden. Dazu gehören u. a.:

- X Milch
- X Sahne
- X Gebäck
- X Weißbrot
- X Schwarzbrot
- X Brötchen
- X Fleisch und Fleischwaren
- X Wurst und Wurstwaren

22

* = diese Warenarten sind im Betriebsvertrag zu binden.
- Verff u. Mittig. Min f. H. u. V. Heft 157 -

— 5220 — Berlin, den 28 Dezember 1956

Versicherungswesen im staatlichen Einzelhandel

Nachstehend geben wir wichtige Hinweise für die HO-Betriebe, die unbedingt zu beachten und durchzuführen sind:

1. HO-Verkaufsstellen für Gebrauchtwaren (Verfügungen und Mitteilungen 5/56 Seite 47)

a) Gemäß § 5 (3), § 6 (2), § 7 (2) des Globalvertrages über die Versicherung der volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetriebe sind auch fremdes Eigentum sowie Waren der privaten Wirtschaft (hier Kommissionsware) versichert.

Um den Versicherungsschutz rechtlich voll in Anspruch nehmen zu können, ist es erforderlich, daß der Versicherungsnehmer (HO) neben den Werten der aufgekauften Gegenstände auch die Werte der Gegenstände, die der Betrieb (Vst) in Kommission übernommen hat, zum Taxwert abzugliedern. Der Kommissionsgebihr (EKP) auf den Beitragsschein aufzuführen und der zuständigen Kreisdirektion der DVA bzw. der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt aufzugeben. Die Aufgabe der Werte hat in den den Betrieben übermittelten Beitragsscheinen ebenfalls unter der Position A/b zu erfolgen.

Als Wert ist die Summe der Werte der Kommissionsware, die zum Stichtag für die Meldung gemäß Beitragsschein in der Verkaufsstelle ist, zu benennen.

b) In den Verfügungen und Mitteilungen 5/56, Seite 49, unter I — Allgemeines — ist aufgeführt, daß die in Kommission übernommenen Gegenstände gegen Feuer, Einbruch, Diebstahl und Haftpflicht versichert sind.

Diese Formulierung ist falsch und muß richtig heißen: "... versichert gegen Feuer, Einbruch, Diebstahl und Leitungswasserschäden."

2. Verkaufsstellen für Aufkauf von Edelmetallen (Gold und Silber)

Auch hier muß sinngemäß wie bei den Verkaufsstellen für Gebrauchtwaren verfahren werden. Im Beitragsschein sind die an den jeweiligen Stichtagen vorhandenen aufgekauften Gegenstände wertmäßig aufzuführenden (Beitragsschein A/c.8).

Für die durchgeführten Verkäufe an Scheldeanstalten sind die an diese getätigten Umsätze ebenfalls quartalsmäßig besonders anzugeben.

3. Dienstleistungsbetriebe (Verfügungen und Mitteilungen 8/56)

a) Die HO-Betriebe müssen dafür Sorge tragen, daß von den Dienstleistungsbetrieben des staatlichen Einzelhandels (Reparaturannahmestellen, Werkstätten usw.) die in diesen Verkaufsstellen am jeweiligen Stichtag vorhandenen Werte der für Reparaturen oder Änderungszwecke durch Dritte übergebenen Gegenstände im Beitragsschein unter der Position A/d ausgewiesen werden.

b) Um die Gefahrtragung in den Fällen zu sichern, wo Gegenstände vom Bereich der HO-Betriebe zeitweilig an Dritte (z. B. private Handwerksbetriebe, Handwerksproduktionsgenossenschaften, Reparaturwerkstätten, Reinigungsbetriebe und ähnliches) übergeben werden, sollte gewährleistet sein, daß diese letztgenannten Betriebe entsprechende Versicherungen abgeschlossen haben.

c) Von der DVA wird noch folgender Hinweis zur Beaditung für die HO-Betriebe gegeben:

Der Versicherungsschutz entsprechend dem Globalvertrag, erstreckt sich nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die an Sachen durch eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit (z. B. Bearbeitung, Reparatur, Beförderung usw.) entstanden sind.

Insoweit finden die Ausschlußbestimmungen des § 4 I f ee der allgemeinen Bedingungen für Haftpflichtversicherung Anwendung.
Versicherungsschutz für diese Art von Schäden wird nicht gewährt.

4. Sämtliche Betriebe müssen gewährleisten, daß im Betrieb befindliches fremdes Eigentum (gepachtet, gemietet, geliehen usw.) wertmäßig sorgfältig ermittelt wird und regelmäßig im Beitragsschein unter der Position A aufzuführen ist.

Anlaß für diesen wichtigen Hinweis ist der kürzlich in der HO-Gaststätte „Luisenhof“ in Dresden aufgetretene Brandschaden, wobei der Betrieb veräumt hatte, fremdes Eigentum im Werte von 150 000 DM im Beitragsschein auszuweisen.

5. Unklarheiten hinsichtlich der Probleme unter 1 bis 4 sowie anderer Art auf dem Gebiet des Versicherungswesens bitten wir, mit den zuständigen Dienststellen der DVA bzw. der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt zu besprechen. Fälle, die weder in der Kreis- noch in der Bezirksebene geklärt werden können, bitten wir uns mitzuteilen.

Sofern Betriebe die entsprechenden Werte gemäß den Punkten 1 bis 4 zur Beitragssabrechnung bisher nicht meldeten, ist von diesen eine Berichtigung bzw. Ergänzung von dem Zeitpunkt ab vorzunehmen, zu dem die Wagnisse entstanden sind.

— 5554 — Berlin, den 27. Dezember 1956

Verkauf von Tapeten im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß die bisher für die Abnahme von Tapeten festgesetzten Mindestmengen zu gering sind, um in den Verkaufsstellen ein ausreichendes Sortiment führen zu können. Um diesen Mangel zu beseitigen und dadurch das Angebot im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel zu verbessern, wurden mit Vertretern des Ministeriums für Leichtindustrie, des Instituts für Angewandte Kunst, der Produktion, der Zentralen Leitung der Deutschen Handelszentrale Bürobedarf und des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften folgende Maßnahmen festgelegt, die ab 1. Januar 1957 durchzuführen sind:

1. Die je Verkaufsstelle und Quartal zu beziehende Mindestmenge wird auf 1 t festgelegt (im Sortiment 50 cm × 7,50 m, 56 cm × 10,05 m, Lincrusta);
2. das Mindestsortiment je Verkaufsstelle muß in Großstädten mindestens 20, in den übrigen Verkaufsstellen mindestens 15 verschiedene Muster enthalten;
3. die Mindestmenge je Lieferung beträgt 0,2 t für den Direktbezug;
4. im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel ist eine weitere Spezialisierung des Tapetenverkaufs vorzunehmen, damit in diesen Spezialverkaufsstellen bzw. -abteilungen durch Bereitstellung eines ausreichenden Kontingentes eine bessere Sortierung und eine kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung gewährleistet ist.

Den Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise wird empfohlen, in Übereinstimmung mit den HO-Kreisbetrieben und den Kreisverbänden der Konsumgenossenschaften Verkaufsstellen festzulegen, in denen Tapeten gehandelt werden. Die ausgewählten Verkaufsstellen müssen über qualifiziertes Fachpersonal und die erforderlichen Einrichtungen für einen fachgerechten Tapetenverkauf verfügen.

Ferner wird mitgeteilt, daß der VEB Tapetenfabrik Cottbus und der private Produktionsbetrieb Langhammer, Leipzig, ab Januar 1957 einen Teil ihrer Produktion in dem internationalen Format, 56 cm breite und 10,05 m lange Rollen, herstellen. Bei den Disposi-

tionen und der Festlegung der Mindestmengen sowie des Mindestsortiments ist deshalb das unterschiedliche Rollengewicht zu beachten.

- a) 1 t Leimdrucktapete, 50 cm breit, 7,50 m lang
= 2500 Rollen;
- b) 1 t Leimdrucktapete, 56 cm breit, 10,05 m lang
= 1700 Rollen;
- c) 1 t Lincrusta-Imitation — wie üblich —
= 1600 Rollen.

Wir bitten, diesen Hinweis bei den Vertragsabschlüssen zu beachten.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V.

Heft 1 57 —

— 5550 —

Berlin, den 22. Dezember 1956

Auslieferung von Personenkraftwagen
Die HV Automobilbau beim Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau teilt mit, daß sich in letzter Zeit die Fälle häufen, in denen die Verkaufsstellenleiter der Spezialverkaufsstellen der HO-Kreisbetriebe bzw. der Fachabteilungen der HO-Warenhäuser ihre Kunden beim Kauf eines PKW zur Abholung direkt in die Herstellerbetriebe entsenden. Dadurch wird der Produktionsbetrieb gezwungen, die schriftlichen Formalitäten sowie die notwendige individuelle Unterweisung eines jeden Käufers durchzuführen.

Da die Vertriebsabteilungen der Produktionsbetriebe auf Grund ihrer regulären Verpflichtungen außerordentlich belastet sind, ist ihnen die Übertragung derartiger Arbeiten nicht zumutbar.

Der Einzelhandel ist verpflichtet, jedes Fahrzeug in fahrfertigem Zustand zu übergeben und die notwendige Unterweisung selbst durchzuführen. Die Übertragung der Übernahme auf den Kunden im Werk selbst ist untersagt.

Die Leitungen der Einzelhandelsbetriebe sind für die sofortige Unterweisung der Leiter der Fahrzeug-Verkaufsstellen verantwortlich.

Berichterstattung der Warenauslieferung der NL der CHK (Industriewaren) an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe

— ohne HO-Vertrieb und HO-Warenhäuser —
(s. Verfg. u. Mittig. Nr. 30 56 S. 298)

Rückfragen machen es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die Abrechnung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe entsprechend den Kennziffern des Formblattes BWV für alle Mengenpositionen nach Menge und EVP erfolgt. Hierbei ist die berichtigte Nomenklatur des Formblattes WAM einzuhalten. Bei Mengen-Positionen die dort vorgesehenen Mengeneinheiten zusätzlich des Wertes (EVP).

Um das Gesamtvolume der Warenauslieferung für den HO-Betrieb zum EVP zu erhalten, sind gegebenenfalls Positionen „sonstige Erzeugnisse“ hinzuzufügen, soweit die Addition der Einzelpositionen nicht das gesamte Volumen umfaßt.

— 4911 —

Berlin, den 27. Dezember 1956

Bestellung der Formblätter „Monatlicher Finanzbericht Großhandel 1957“

Die Formblätter des monatlichen Finanzberichtes für das Jahr 1957 wurden teilweise verändert. Der Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg Sa., hat die Vordrucke unter folgender Bestell-Nummer eingereicht:

Finanzbericht Teil I Best.-Nr. 821 8997
Finanzbericht Teil II Best.-Nr. 821 8998
Finanzbericht Teil III Best.-Nr. 821 8994

Zur Sicherstellung einer richtigen Belieferung ist neben der Angabe der Bestell-Nummer unbedingt der Zusatzvermerk „neu“ anzubringen.

Die Bestellungen sind bis spätestens 10. Januar 1957 beim VLV EDB vorzunehmen.

Mit einer Auslieferung der Vordrucke ist nach Auskunft des Verlages gegen Ende Januar 1957 zu rechnen.

— 5520 —

Berlin, den 22. Dezember 1956

**Bereitstellung von Fachpersonal
zur Durchführung der Leipziger Frühjahrsmesse 1957**
Die neue Festlegung des Netzes der zentralgeleiteten HO-Gaststättenbetriebe ab Januar 1957 darf sich nicht nachteilig auf die Bereitstellung von Fachpersonal zur Durchführung der Leipziger Frühjahrsmesse 1957 auswirken.

Daraus ergibt sich für die übernehmenden Bezirke die Aufgabe, die Auflagen der zentralgeleiteten HO-Gaststättenbetriebe, soweit die Betriebe oder Betriebsstätten in das Netz der HO-Gaststätten-Kreisbetriebe eingehen, zu übernehmen.

— Verfg. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 1/57 —

— 4910 —

Berlin, den 19. Dezember 1956

Fachkontenrahmen Großhandel

Im Fachkontenrahmen des volkseigenen Großhandels für das Jahr 1957, der den Niederlassungen der Großhandelskontore zugegangen ist, ist die Gruppe 62 „Abrechnung der Handelserlöse im Großhandel“ (bei Einführung des Rabattsystems) um das Konto

6201 „Weitergehende Einzelhandelspanne
im Lagergeschäft“

zu erweitern.

— Verfg. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 1/57 —

U M S E T Z U N G E N

— 1361 —

Berlin, den 28. Dezember 1956

Such-, Angebots- und Tausch-Anzeigen für Handelsausrüstungen wurden bisher in „Verfügungen und Mitteilungen“ aufgenommen, weil keine andere Möglichkeit für ihre Veröffentlichungen bestand. Nachdem die „Handelswoche“ in sämtlichen Handelbetrieben vorhanden ist, werden ab 1. Januar 1957 in „Verfügungen und Mitteilungen“ solche Umsetzungen nicht mehr aufgenommen. Sie sind als „Kleine Anzeigen“ bei der Anzeigenabteilung der „Handelswoche“, Berlin W 8, Französische Straße 13, aufzugeben. Preis: die einspaltige Millimeterzeile —,65 DM.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S**I. Anweisungen**

Nr. 64/56 — Abgrenzung der Kosten aus Teilzahlungsgeschäften per 31. Dezember 1956 1

**Nr. 65/56 — Weiterberechnung der Abpackkosten
für Schüttgüter an den Einzelhandel** 1

II. Preisdienst

Preisbewilligung Nr. 1/VII 56/73 1
**Preisberechnung bei Direktgeschäften nach dem
Wortlaut der neuen Preisanordnungen** 1

III. Richtlinien

**Richtlinie für die Kreditierung nicht planmäßig
finanzierter Bestände im sozialistischen Einzelhandel** 2

IV. Mitteilungen

Nomenklatur zur Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes 1957 (WBPA 1 u. 2) für Nahrungs- und Genußmittel sowie für Industriewaren 3

Termin für Veränderung der Formblattbestellungen	
BWV	4
Ergänzung zum Entwurf einer Anweisung zur Ausarbeitung von Mindestsortimenten (Anwei- sung Nr. 59/56 — Verfg. u. Mittg. 30/56) für Gast- stätten	4
Versicherungswesen im staatlichen Einzelhandel ..	5
Verkauf von Tapeten im staatlichen und genos- senschaftlichen Einzelhandel	6
Auslieferung von Personenkraftwagen	6
Berichterstattung der Warenauslieferung der NL der der GHK (Industriewaren) an die Verkaufsstellen der Betriebe	6
Bestellungen der Formblätter „Monatlicher Finanz- bericht Großhandel 1957“	6
Bereitstellung von Fachpersonal zur Durchführung der Leipziger Frühjahrsmesse 1957	7
Fachkontenrahmen Großhandel	7
Umsetzungen	7

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Firmenf. G 04 II, Postfach 2000 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: Monatlich 3,25 DM — Einzelausgabe —,25 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigung Nr. Ag 12/56 DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 12. Januar 1957

Nr. 2

ANWEISUNGEN

— 5011 — Berlin, den 21. Dezember 1956

Anweisung Nr. 66/56

Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds für das Jahr 1957 im volkseigenen Einzelhandel

In Durchführung der Anordnung Nr. 3 zur Sechsten Durchführungsbestimmung vom Januar 1956 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank wird folgendes angewiesen:

(1) Der Lohnfonds der Betriebe ist die im Plan „Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn“ (Formblatt 51) festgelegte und bestätigte Brutto-Lohnsumme der Beschäftigten im Handelsbereich (einschl. 50% der Lehrlingsentgelte), Dienstleistungsbereich bzw. Produktionsbereich.

(2) Der Lohnfonds gliedert sich nach

Lohnfonds A (Löhne bzw. Gehälter für Verkaufspersonal	Pos. 1,3	Teil B
für sonstiges Handelspersonal	Pos. 2,3	Teil B
für Personal im Dienstleistungsbereich einschließlich Teilzahlungsbetrieb — auch in der Buchhaltung und im Mahnwesen	Pos. 3,3 + 6,3	Teil B
bzw. für Produktionsarbeiter	Pos. 5,21 + 6,2)	

Lohnfonds B (Löhne bzw. Gehälter für das stellenplanpflichtige Personal	Pos. 3,3	[Handell]
	Pos. 7,3 + 8,3	[Prod.]

(3) Die Grundlage für die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds A bilden:

- a) für Lebensmittel-, Industriewaren-Betriebe und Handelskombinate der Umsatz EVP;
- b) für säulenreine Gaststätten die Handelsspannen-Erlöse zuzüglich Erlöse aus Nebenleistungen;
- c) für den Dienstleistungsbereich die Erlöse aus Dienstleistungsbereich;
- d) für den Produktionsbereich die Brutto-Produktion nach Planpreisen.

Wenn bei Übererfüllung des Umsatzes die Handelsspannen-Erlöse höher übererfüllt sind als der Umsatz, kann die Erfüllung der Handelsspannen-Erlöse als Steigerungsfaktor angewendet werden.

Auflerplanmäßige Erweiterungen des Dienstleistungsbereiches sind gegenüber der Deutschen Notenbank gesondert nachzuweisen. Von den auflerplanmäßigen Einnahmen können bis zu 60% für Lohnkosten verwendet werden.

(4) Die Betriebe sind verpflichtet, der kontoführenden Niederlassung der Deutschen Notenbank monatlich zu den festgelegten Terminen die Inanspruchnahme des

Lohnfonds und die Erfüllung der Leistung vom Beginn des Planjahres bis zum Ende des Berichtsmonats (Berichtszeitraum) in der Finanzmeldung nachzuweisen.

(5) Die übergeordneten Organe der Betriebe (für die HO-Kreisbetriebe ab 1. April 1957 Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises) haben der Zentrale der Deutschen Notenbank bzw. der zuständigen Bezirks- oder Kreisstelle monatlich zu den festgelegten Terminen einen zusammenfassenden Nachweis der Angaben der ihnen zugeordneten Betriebe einzureichen. Dabei müssen die Lohnfondseinsparungen und -überschreitungen unsaldiert ausgewiesen werden.

(6) Die Kontrolle des Lohnfonds erfolgt durch die Deutsche Notenbank monatlich jeweils für den Zeitraum seit Jahresbeginn. Die Deutsche Notenbank kontrolliert, ob die Inanspruchnahme

a) des Lohnfonds A auf der Grundlage der operativen Planzahlen für den Berichtszeitraum dem Stand der Erfüllung der Leistung entspricht;

b) des Lohnfonds B im Rahmen der geplanten Lohnsumme für den Berichtszeitraum liegt.

(7) Gezahlte Prämien laut Prämienvereinbarung gelten als Inanspruchnahme des Lohnfonds A.

(8) Die Zahlung von Prämien für die Übererfüllung der Pläne auf Grund der geltenden Verordnungen über die Prämienzahlung für das ingenieur-technische Personal, für die Meister und für das leitende kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben gelten nicht als Inanspruchnahme des Lohnfonds B im Sinne dieser Anweisung. Diese Beträge hat der Betrieb gegenüber der Deutschen Notenbank gesondert nachzuweisen (s. Finanzmeldung).

(9) Bei Inanspruchnahme

a) des Lohnfonds A über die für den Berichtszeitraum geplante Lohnsumme hinaus, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende Übererfüllung der Leistung vorliegt;

b) des Lohnfonds B über die für den Berichtszeitraum geplante Lohnsumme hinaus

Ist der Betrieb verpflichtet, bei Einreichung des Nachweises an die Deutsche Notenbank zu diesen Überschreitungen Stellung zu nehmen.

Ergibt sich nach Vorliegen der Berichterstattung für den letzten Monat des Berichtsquartals, daß eine im Laufe des Quartals aufgetretene Lohnfondsumberschreitung nicht beseitigt wurde, so ist der Betrieb verpflichtet, der Deutschen Notenbank ohne besondere Aufforderung eine Einsparungsverpflichtung einzureichen. Diese muß Maßnahmen zur Beseitigung der Überschreitung innerhalb einer bestimmten Frist enthalten. Der Einsparungszeitraum soll drei Monate nicht überschreiten und darf über das Ende des Planjahres nicht hinausgehen.

Betriebe, die das für den Berichtszeitraum geplante Betriebsergebnis nicht erreichen bzw. den planmäßigen Verlust überschreiten, sind verpflichtet, der Deutschen Notenbank bereits nach Vorlegen der monatlichen Berichterstattung eine Einsparungsverpflichtung bzw. die Genehmigung zur Überschreitung des Lohnfonds durch das übergeordnete Organ einzureichen. S. Abs. [11].) Die Überschreitungen können in der Regel nur durch Einsparungen im gleichen Lohnfondsteil ausgeglichen werden.

Von der Abgabe einer Einsparungsverpflichtung kann abgesehen werden bei Überschreitungen im

- a) Lohnfonds A
wenn diese Überschreitung nicht mehr als 5% der für den Berichtszeitraum im Lohnfonds A geplanten Lohnsumme ausmacht und in gleicher Höhe Einsparungen im Lohnfonds B vorhanden sind,
- b) Lohnfonds B
wenn der Betrieb der Deutschen Notenbank nachweist, daß diese Überschreitungen durch zusätzliche Leistungen des Hilfspersonals gerechtfertigt sind.

Das gleiche gilt auch, wenn der Betrieb der Deutschen Notenbank nachweist, daß die zeitweiligen Überschreitungen des Lohnfonds B durch Zahlung von zusätzlichen Löhnen bzw. Gehältern für Vertretungen bei Schulbesuchen oder vorübergehenden Doppelbesetzungen von Stellen für Einarbeitung entstanden sind. Dabei ist es notwendig, der Deutschen Notenbank eine Bestätigung durch das übergeordnete Organ vorzulegen.

Bei Überschreitungen der Lohnfonds A und B, die durch Senkung des geplanten Krankenstandes entstanden sind, ist der Deutschen Notenbank ein genauer Nachweis darüber vorzulegen. In begründeten Fällen leitet die Deutsche Notenbank keine Maßnahmen ein.

An einen Handelsbetrieb angeschlossene Produktionsabteilungen werden nach den für den Handel geltenden Grundsätzen kontrolliert. Für selbständige HO-eigene Produktionsbetriebe gelten die Grundsätze wie für die volkseigene Industrie; demnach wird die Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds nach dem Stand der Erfüllung der Leistung durchgeführt.

Wenn im Produktionsbereich die geplanten Lohnarbeiten übererfüllt sind, kann in Höhe der gesondert nachzuweisenden Lohnbezüge für diese überplanmäßigen Lohnarbeiten der Lohnfonds A bis zur Höhe der überplanmäßigen Einnahmen überschritten werden.

(10) In Ausnahmefällen wird die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank die festgelegte Einsparungsfrist von drei Monaten bis zur Höchstdauer von weiteren drei Monaten, jedoch nicht länger als bis zum Ende des Planjahrs, verlängern, wenn die bisherige Realisierung einer vom Betrieb übernommenen Einsparungsverpflichtung erkennen läßt, daß der Betrieb voraussichtlich die restliche Einsparung in dieser Zeit vornehmen wird.

(11) Ist der Betrieb bei Überschreitung der Lohnfonds A und B nicht selbst in der Lage, diese innerhalb einer Frist gemäß Abs. (9) einzusparen, oder zeigen die monatlichen Nachweise, daß die Einsparungsverpflichtung nicht eingehalten wird, so hat er ohne besondere Aufladung eine Genehmigung des Leiters des übergeordneten Organs (für HO-Kreisbetriebe ab 1. April 1957 Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Kreises) für die Lohnfondüberschreitung zu beantragen.

Der Antrag muß die Höhe und die Ursachen der Überschreitung enthalten. Eine Durchschrift des Antrages ist der Deutschen Notenbank innerhalb einer Woche nach Einreichung der Finanzermittlung für den letzten Monat des Berichtsquartals bzw. für den Monat, in dem die Überschreitung entstanden ist, ohne besondere Aufladung einzurichten (s. Abs. [9]).

Die Genehmigung kann von der Deutschen Notenbank spätestens bis zum nächsten für die Einreichung der Finanzermittlungen festgelegten Termin vorgelegt werden.

(12) Das übergeordnete Organ kann nach Prüfung eines Antrages eine Genehmigung zur Überschreitung des Lohnfonds geben. In dieser Genehmigung müssen Maßnahmen zur Unterstützung des Betriebes mit dem Ziel der Einsparung der Lohnfondsüberschreitung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt werden (befristete Genehmigung). Dieser Zeitraum darf drei Monate nicht überschreiten und über das Ende des Planjahrs nicht hinausgehen.

Im Einverständnis mit der zuständigen Niederlassung der Deutschen Notenbank kann eine Verlängerung der Einsparungsfrist bis zur Dauer von weiteren drei Monaten, jedoch nicht über das Ende des Planjahrs hinaus, vorgenommen werden, wenn nachgewiesen wird, daß auf Grund der eingeleiteten Maßnahmen die Lohnfondsüberschreitungen voraussichtlich innerhalb dieses Zeitraumes beseitigt werden.

In Ausnahmefällen kann eine Genehmigung zur Überschreitung des Lohnfonds gegeben werden, ohne daß darin Maßnahmen zur Unterstützung des Betriebes mit dem Ziel der Einsparung der Lohnfondsüberschreitung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt werden (unbefristete Genehmigung), wenn

- a) die sorgfältige Prüfung eines Antrages ergibt, daß im Hinblick auf die der Überschreitung zugrunde liegenden Ursachen weder der Betrieb noch das übergeordnete Organ Maßnahmen zur vollen oder teilweisen Einsparung der Lohnfondsüberschreitungen einleiten können oder
- b) die eingeleiteten Maßnahmen nicht oder nur teilweise zum Erfolg führen.

Die erteilten unbefristeten Genehmigungen müssen in jedem Falle durch Einsparungen anderer Betriebe gedeckt sein.

Als Einsparungen gelten:

- a) beim Lohnfonds A
die im Verhältnis zum Stand der Erfüllung der Leistung,
- b) beim Lohnfonds B
die von den für den Berichtszeitraum geplanten Lohnsummen

nicht in Anspruch genommenen Lohnfondsteile. Darüber hinaus können die übergeordneten Organe unbefristete Genehmigungen zur Überschreitung des Lohnfonds A auch dann erteilen, wenn Einsparungen anderer Betriebe im Lohnfonds A nicht mehr ausreichend sind, dafür aber entsprechende Einsparungen im Lohnfonds B vorhanden sind, die nicht auf betrieblicher Ebene durch Überschreitungen im Lohnfonds A gebunden sind. Die Erteilung ungedeckter unbefristeter Genehmigungen ist unzulässig.

(13) Sind freie Einsparungen nicht vorhanden, muß der Leiter des übergeordneten Organs gemäß § 5 der Sechsten Durchführungsbestimmung vom Januar 1958 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank die Genehmigung des Ministers bzw. Vorsitzenden des Rates des Bezirkes beibringen.

Das bisherige umständliche Umsetzungsverfahren wird durch die plakate Deckungsprüfung der erteilten Genehmigungen beim übergeordneten Organ ersetzt. Die bisher vorgenommenen Sperrungen von Lohnfondsteinsparungen der Betriebe sind nicht mehr erforderlich.

(14) Die Deutsche Notenbank kann bei den übergeordneten Organen unmittelbar prüfen,

- a) ob die Lohnfonds auf die unterstellten Betriebe rechtzeitig und richtig aufgeteilt wurden;
- b) in welcher Höhe im Gesamtbereich des betreffenden Organs der Lohnfonds in Anspruch genommen wurde, wie sich etwaige Überschreitungen auf die unterstellten Betriebe verteilen und welche Gründe zu diesen Überschreitungen führten;
- c) welche Maßnahmen gegenüber den Betrieben getroffen wurden, um die Lohnfondsüberschreitungen einzusparen und die zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen;

d) ob die erteilten unbefristeten Genehmigungen für Lohnfondsüberschreitungen im Rahmen der Einsparungen anderer Betriebe liegen. Zu diesem Zweck ist von dem betreffenden Organ der Nachweis der erteilten unbefristeten Genehmigungen zu führen.

(15) Die Deutsche Notenbank kann zur Auswertung ihrer Kontrollfunktion Besprechungen mit dem Leiter des Betriebes einberufen.

(16) Reicht ein Betrieb die zur Durchführung der Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank erforderlichen Pläne, Dokumente und Meldungen sowie die Anträge und Genehmigungen bei Lohnfondsüberschreitungen nicht termingerecht ein, so kann die Deutsche Notenbank die Kreditgewährung bis zur Vorlage dieser Unterlagen unterbrechen. Das gleiche gilt, wenn die der Deutschen Notenbank übergebenen Einsparungsverpflichtungen und Genehmigungen nicht den gestellten Anforderungen entsprechen oder unreal sind.

(17) Sind in den vom Betrieb eingereichten Unterlagen und in den bei Lohnfondsüberschreitungen an das übergeordnete Organ zu stellenden Anträgen falsche Angaben enthalten, so kann die Deutsche Notenbank die Kreditgewährung bis zur Richtigstellung unterbrechen und fordern, daß gegen die Verantwortlichen disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden.

(18) Werden trotz der Hinweise und Maßnahmen der Deutschen Notenbank die Ursachen für die Verstöße gegen die Lohnfondsszidiplin nicht beseitigt, so kann die Deutsche Notenbank beim übergeordneten Organ beantragen, daß den für die Beseitigung der Verstöße verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären die Prämien ganz oder teilweise entzogen werden.

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft.

Damit sind zugleich die Anweisung Nr. 2 für das Jahr 1956 und die entsprechenden Ergänzungen dazu aufgehoben.

Wach
Minister

Die Anordnung Nr. 3 wird demnächst im Gesetzblatt veröffentlicht.

— Verf. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 2/57 —

— 4420 —

Berlin, den 28. Dezember 1956

Anweisung Nr. 67/56

Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds für das Jahr 1957 im volkseigenen Großhandel (GHK)

In Durchführung der Anordnung Nr. 3 zur sechsten Durchführungsbestimmung vom Januar 1956 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank wird für die Niederlassungen der Großhandelskontore folgendes angekündigt:

(1) Der Lohnfonds der Niederlassungen ist die im Betriebsektor, Planten, Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn (Formblatt 0200), festgelegte Bruttolohnsumme der Beschäftigten im Handelsbereich einschließlich Lehrlinge (Zeile 7).

(2) Der Lohnfonds gliedert sich nach Lohnfonds A (Löhne bzw. Gehälter für das Lager- und Transportpersonal einschl. des Verkaufspersonals Pos. 4 des Formblattes 0200) und

Lohnfonds B (Löhne bzw. Gehälter für das Verwaltungspersonal einschl. der Lehrlinge, Pos. 5 und 8,1 des Formblattes 0200).

(3) Die Grundlage für die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds A bildet der Umsatz zum LKP (Lagerpreis) (1).

(4) Die Niederlassungen haben der kontoführenden Niederlassung der Bank monatlich zu den festgesetzten Terminen die geplante und die tatsächliche Lohnfonds-inanspruchnahme sowie die geplante und die tatsächliche Erfüllung der Planaufgabe vom Beginn des Planjahres bis zum Ende des Berichtsmonats (Berichtszeitraum) auf Grund des Finanzberichtes nachzuweisen.

(5) Die Verwaltungen der Großhandelskontore haben der Zentrale der Deutschen Notenbank einen zusammenfassenden Nachweis der Angaben der ihnen zugeordneten NL einzurichten. Dabei müssen die Lohnfondseinsparungen und -Überschreitungen unsaldiert ausgewiesen werden.

(6) Die Bank kontrolliert monatlich auf Grund der Finanzberichte die Einhaltung des für den Berichtszeitraum geplanten Lohnfonds. Sie prüft dabei, ob die Inanspruchnahme

1. des Lohnfonds A auf der Grundlage der operativen Planzahlen für den Berichtszeitraum dem Stand der Erfüllung der Umsatzleistung entspricht,

2. des Lohnfonds B im Rahmen der geplanten Lohnsumme für den Berichtszeitraum liegt.

(7) Die Zahlung von Leistungslöhnen, Prämienleistungslöhnen und Prämien entsprechend der Prämientereinbarung für die Beschäftigten im Lohnfonds A gilt als Inanspruchnahme des Lohnfonds A entsprechend Abschnitt (6), 1.

(8) Gezahlte Quartals- bzw. Jahresprämien entsprechend der gültigen Prämienverordnung gelten nicht als Inanspruchnahme des Lohnfonds B im Sinne dieser Anordnung. Diese Beträge werden aus der Gewinnverwendung entnommen und sind der Bank gegenüber gesondert auszuweisen.

(9) Bei Inanspruchnahme

1. des Lohnfonds A über die für den Berichtszeitraum geplante Lohnsumme hinaus, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende Übererfüllung des Umsatzes vorliegt,

2. des Lohnfonds B über die für den Berichtszeitraum geplante Lohnsumme hinaus

ist die Niederlassung verpflichtet, bei Einreichung des Finanzberichtes zu diesen Überschreitungen Stellung zu nehmen.

Liegt die Inanspruchnahme des Lohnfonds A erheblich über der Erfüllung des Umsatzplanes, jedoch unter der geplanten Lohnsumme, kann die Bank ebenfalls eine Stellungnahme der Niederlassung fordern.

Sofern die Erfüllung des geplanten Bruttolohnhandelslöses günstiger liegt als die Umsatzleistung, kann diese für die Beurteilung der Inanspruchnahme des Lohnfonds A herangezogen werden, und es entfällt dann die Einreichung der Stellungnahme zu den Überschreitungen bzw. eine Einsparungsverpflichtung. Ergibt sich nach Vorliegen der Berichterstattung für den letzten Monat des Berichtsquartals, daß während eines Quartals aufgetretene Lohnfondsüberschreitungen nicht bestätigt wurden, so ist die Niederlassung verpflichtet, der Bank ohne besondere Aufforderung eine Einsparungsverpflichtung einzureichen.

Diese muß Maßnahmen zur Beseitigung der Überschreitung innerhalb einer bestimmten Frist enthalten. Der Einsparungszeitraum soll drei Monate nicht überschreiten und darf über das Ende des Planjahres nicht hinausgehen. NL, die das für den Berichtszeitraum geplante Betriebsergebnis nicht erreichen bzw. den planmäßig vorgesehenen Verlust überschreiten, sind verpflichtet, sofort nach Vorliegen der Berichterstattung für den Monat, in dem die Lohnfondsüberschreitung entstanden ist, der Bank eine Einsparungsverpflichtung bzw. eine Genehmigung der Überschreitung durch die Verwaltung einzurichten.

(10) Als Einsparungen gelten:

1. beim Lohnfonds A die im Verhältnis zum Stand der Erfüllung des Umsatzes;
2. beim Lohnfonds B die von der für den Berichtszeitraum geplanten Lohnsumme

nicht in Anspruch genommenen Lohnfondsteile.

(11) Einsparungen dürfen in der Regel nur zur Deckung innerhalb der Lohnfondsteile verwendet werden, in denen sie erzielt wurden.

(12) Von der Abgabe einer Einsparungsverpflichtung kann abgesehen werden, bei Überschreitungen

1. im Lohnfonds A wenn diese Überschreitungen nicht mehr als 5% der für den Berichtszeitraum im Lohnfonds A geplanten Lohnsumme betragen und in gleicher Höhe Einsparungen im Lohnfonds B vorhanden sind;

2. im Lohnfonds B wenn der Betrieb der Bank nachweist, daß diese Überschreitungen durch zusätzliche Leistungen des Hilfspersonals gerechtfertigt sind.

Weist die NL nach, daß Überschreitungen des Lohnfonds

1. durch Senkung des geplanten Krankenstandes,
2. durch Zahlungen von zusätzlichen Löhnen bzw. Gehältern für Vertretungen bei Schulbesuchen oder vorübergehende Doppelbesetzungen von Stellen bei Einarbeitungen

aufgetreten sind, wird die Bank keine Maßnahme einleiten. Punkt 2 muß von der Verwaltung des GHK bestätigt sein.

In Ausnahmefällen kann die Bank die festgelegte Einsparungsfrist von drei Monaten bis zur Höchstdauer von weiteren drei Monaten, jedoch nicht über das Ende des Planjahres hinaus, verlängern, wenn die bisherige Realisierung dieser Einsparungsverpflichtung erkennt lässt, daß die Niederlassung voraussichtlich die restlichen Einsparungen in dieser Zeit vornehmen wird.

(13) Ist die Niederlassung bei Überschreitungen der Lohnfonds A und B nicht selbst in der Lage, diese innerhalb einer Frist, gemäß Absatz 9 und 12, einzusparen oder zeigen die monatlichen Nachweise, daß eine Einsparungsverpflichtung nicht eingehalten wird, so hat die Niederlassung ohne besondere Aufforderung durch die Bank eine Genehmigung des Leiters der Verwaltung für die Lohnfondüberschreitungen zu beantragen.

Der Antrag muß die Höhe und die Ursachen der Überschreitungen enthalten. Eine Durchschrift des Antrages ist der Bank innerhalb einer Woche nach Einreichung des monatlichen Finanzberichtes zu übergeben.

Die Genehmigungen für Lohnfondüberschreitungen müssen der Bank spätestens bis zum nächsten für die Einreichung der Finanzberichte festgelegten Termin übergeben werden.

Die Verwaltung kann nach Prüfung eines Antrages eine Genehmigung zur Überschreitung des Lohnfonds geben. Darin müssen Maßnahmen der Verwaltung zur Unterstützung der Niederlassung mit dem Ziele der Einsparung der Lohnfondüberschreitungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt werden (fristlose Genehmigung). Dieser Zeitraum darf drei Monate nicht überschreiten und über das Ende des Planjahrs nicht hinausgehen. Im Falle standesamtlicher zuständiger Niederlassung der Bank kann eine Verlängerung der Einsparungsfrist bis zu Dauer von weiteren drei Monaten jedoch nicht über das Ende des Planjahrs hinaus vorgenommen werden. Dabei muß nachgewiesen werden, daß auf Grund der eingedrehten Maßnahmen die Lohnfondüberschreitungen vorzeitig innerhalb des Zeitraums beseitigt werden. In Zusammensetzung mit der Genehmigung zur Überschreitung darf die Genehmigung wiederholt werden, ohne daß eine neue Frist eingehalten werden muß.

der Niederlassungen mit dem Ziele der Einsparung der Lohnfondüberschreitungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt werden (unbefristete Genehmigung), wenn

1. die sorgfältige Prüfung eines Antrages ergibt, daß im Hinblick auf die der Überschreitung zugrunde liegenden Ursachen weder die Niederlassung noch ihre übergeordnete Verwaltung Maßnahmen zur vollen oder teilweisen Einsparung der Lohnfondüberschreitung einleiten können, oder
2. die eingeleiteten Maßnahmen nicht oder nur teilweise zum Erfolg führen.

Die Genehmigung hat in jedem Falle in der Höhe zu erfolgen, in der die Überschreitung nicht mehr bis zum Ende des Planjahres beseitigt werden kann. Die von der Verwaltung erteilten Genehmigungen müssen in ihrem Gesamtbetrag gedeckt sein durch bereits erzielte Einsparungen anderer Niederlassungen der betreffenden Verwaltung oder durch verfügbare Beträge aus dem Reservelohnfonds.

(14) Für die Ermittlung und Verwendung der Einsparungen in den Lohnfondsteilen A und B gelten Absätze 10 und 11 sinngemäß. Darüber hinaus können von der Verwaltung unbefristete Genehmigungen zur Überschreitung des Lohnfonds A auch dann erteilt werden, wenn Einsparungen im Lohnfonds A nicht mehr ausreichend vorhanden sind, dafür aber entsprechende Einsparungen im Lohnfonds B, die auf betrieblicher Ebene nicht durch Überschreitungen im Lohnfonds A gebunden sind, zur Verfügung stehen.

(15) Die Erteilung ungedeckter unbefristeter Genehmigungen ist unzulässig. Sind freie Einsparungen oder verfügbare Beträge des Reservelohnfonds nicht vorhanden, muß der Leiter der Verwaltung, gemäß §§ 5 und 6 der Durchführungsbestimmung vom 26. Januar 1956 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank — Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft —, die Genehmigung des Stellvertreters des Ministers, Bereich Großhandel, beibringen.

Das bisherige umständliche Umsetzungsverfahren wird durch die globale Deckungsprüfung der erteilten Genehmigungen beim übergeordneten Organ ersetzt. Die 1956 vorgenommenen Sperrungen von Lohnfond einsparungen bei den Niederlassungen sind nicht mehr erforderlich.

(16) Die Deutsche Notenbank kann bei den Verwaltungen unmittelbar prüfen,

1. ob der Lohnfonds auf die unterstellten Niederlassungen rechtzeitig und richtig aufgeteilt wurde,
2. in welcher Höhe im Gesamtbereich der Verwaltungen der Lohnfonds in Anspruch genommen wurde, wie sich etwaige Überschreitungen auf die Niederlassungen verteilen und welche Gründe zu diesen Überschreitungen führten,
3. welche Maßnahmen gegenüber den Niederlassungen getroffen wurden, um die Lohnfondüberschreitungen einzusparen und die zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen,
4. ob die erteilten unbefristeten Genehmigungen für Lohnfondüberschreitungen im Rahmen der Einsparungen anderer Niederlassungen liegen. Zu diesem Zweck ist von der Verwaltung der Nachweis der erteilten unbefristeten Genehmigungen zu führen.

(17) Die Bank kann zur Auswertung ihrer Kontrollfunktionen Besprechungen mit dem Direktor der Niederlassung einberufen.

(18) Reicht eine Niederlassung die zur Durchführung der Kontrollaufgaben der Bank erforderlichen Plandokumente und Meldungen sowie die Anträge und Genehmigungen für Lohnfondüberschreitungen nicht ein, so kann die Bank die Kreditwürdigkeit der Niederlassung beurteilen. In diesem Falle kann die Bank die Unterlagen untersuchen, die der Niederlassung übergeben werden.

gebenen Einsparungsverpflichtungen und Genehmigungen nicht den gestellten Anforderungen entsprechen oder unreal sind.

(19) Sind in den von den Niederlassungen eingereichten Unterlagen und in den bei Lohnfondüberrechnungen an das übergeordnete Organ zu stellenden Anträgen falsche Angaben enthalten, so kann die Bank die Kreditgewährung bis zur Richtigstellung unterbrechen und fordern, daß gegen die Verantwortlichen disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden.

(20) Werden trotz der Hinweise und Maßnahmen der Bank die Ursachen für die Verstöße gegen die Lohnfondsdisciplin nicht beseitigt, so kann die Bank bei der Verwaltung beantragen, daß den für die Beseitigung der Verstöße verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären die Prämien ganz oder teilweise entzogen werden.

(21) Nach Änderung des Unterstellungsverhältnisses für die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel gilt an Stelle der bisherigen Verwaltung der Rat des Bezirkes, Abteilung Handel und Versorgung, als übergeordnetes Organ.

Diese Anweisung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Damit ist zugleich die Lohnfondsdirektive für das Jahr 1956 (Anweisung Nr. 7/56) aufgehoben.

Schneidehainz
Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

— 3430 — Berlin, den 18. Dezember 1956

Anweisung Nr. 68/56
Verlust von Lebensmittel- und Kohlenkarten
Lehrgangsverpflegung

Im Zuge der weiteren Demokratisierung der Verwaltung und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der unteren Staatsorgane wird ab sofort den Räten der Gemeinden bzw. Städte bei Verlust von Lebensmittel- und Kohlenkarten die Entscheidung über die Neuauflage übertragen.

Bei Einsprüchen gegen diese Entscheidung seitens der Bevölkerung legt die endgültige Entscheidung beim Rat des Kreises — Abteilung Handel und Versorgung —. Aus dem gleichen Grunde wird den Räten der Kreise — Abteilung Handel und Versorgung — ab sofort das Genehmigungsrecht für die Gewährung von sämtlichen Lehrgangs-Verpflegungen übertragen.

Über die einzelnen Normen für die Lehrgangs-Verpflegung sind die Räte der Kreise von den Räten der Bezirke an Hand der Rationstabelle vom 1. Oktober 1955 zu unterrichten.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

Anweisung Nr. 1/57

Die Anweisung Nr. 1/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

— 4200 — Berlin, den 4. Januar 1957

Anweisung Nr. 2/57

Anschaffung von Kraftfahrzeugen für den staatlichen Großhandel im Planjahr 1957

Um eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Aufteilung der Kraftfahrzeuge zu sichern, wurde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehrswesen — HV Kraftverkehr — für das Planjahr 1957 folgende Regelung getroffen:

1. Für den Bereich des staatlichen Großhandels entfällt die bisher übliche Aufteilung der Einzelgetriebeprämien von der Bezirksteuerung für Kraftverkehr bei der Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen durch die Niederlassungen des GHK

2. Die Verwaltungen der Niederlassungen der GHK übermitteln bis 19. Januar 1957 den Abteilungen Handel und Versorgung — Referat Organisation und Technik — der Räte der Bezirke in zweifacher Ausfertigung eine Aufstellung über die im Jahre 1957 aus Investitionsmitteln bzw. Investikrediten vorgesehenen Anschaffungen von Kraftfahrzeugen. Aus der Aufstellung müssen ersichtlich sein die Anschrift der betreffenden Niederlassung, der Fahrzeugtyp und die Anzahl der Kraftfahrzeuge (ausgenommen hierin sind PKW und Kombifahrzeuge).

3. Die Abteilungen Handel und Versorgung und Abteilungen Verkehr der Räte der Bezirke haben gemeinsam die beantragten Anschaffungen von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit zu überprüfen. Soweit Änderungen der beantragten Anschaffungen von Kraftfahrzeugen durch die vorgenannten Abteilungen vorgenommen werden, sind diese entsprechend zu begründen. Ein Exemplar der Aufstellung, versehen mit dem Bestätigungsvermerk der Abteilung Handel und Versorgung und Abteilung Verkehr, ist den Verwaltungen der Niederlassungen der GHK bis zum 20. Januar 1957 zurückzusenden.

4. Durch die Verwaltungen der Niederlassungen der GHK sind im Rahmen der zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeug-Kontingente unter Beachtung der durch die Räte der Bezirke bestätigten Aufstellungen die Aufschlüsselungen der Kraftfahrzeug-Kontingente auf die Niederlassungen vorzunehmen. Die Ausgabe von Kraftfahrzeug-Kontingenten durch die Verwaltungen der Niederlassungen der GHK hat nur nach Vorlage der bestätigten Aufstellungen durch die Abteilungen Handel und Versorgung und Abteilungen Verkehr der Räte der Bezirke zu erfolgen.

Die Abteilungen Verkehr der Räte der Bezirke wurden vom Ministerium für Verkehrswesen mit Rundschreiben vom 24. Dezember 1956 entsprechend unterrichtet und aufgefordert, die Abteilungen Plankommission der Räte der Bezirke und die in ihrem Bezirk ansässigen Verwaltungen der Niederlassungen der GHK davon in Kenntnis zu setzen.

Wach
Minister
Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

PREISDIENST

Berlin, den 5. Januar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/37/2

Mittelsuper 8118 56 WU „Erfurt“ mit 3-D-Klang
Herstellerwerk: VEB Sternradio Sonneberg

EVP	635,— DM
EHS	76,20 DM
GAP	558,80 DM
GHS	50,30 DM
IAP	508,— DM

— 3630 —

Berlin, den 4. Januar 1957

Spirituosen in Kleinstflaschen 0,05 Liter

Um zu einer einheitlichen Preisbildung bei in 0,05-Liter-Kleinstflaschen abgefüllten Spirituosen zu gelangen, wurden mit unserem Einvernehmen vom Ministerium für Lebensmittelindustrie alle Preisbewilligungen, die für Spirituosen in 0,05-Liter-Kleinstflaschen erteilt wurden, mit Wirkung vom 15. Januar 1957 außer Kraft gesetzt, d. h. daß eine Auslieferung in 0,05-Liter-Kleinstflaschen ab 16. Januar 1957 eingestellt wird. Auf Antrag der Herstellerbetriebe kann zu neu festzulegenden Preisen ab 16. Januar 1957 wieder ausgeliefert werden. Dafür sind neue Preisbewilligungen auszustellen, und zwar auf folgender Basis:

Es ist auszugehen vom Industrieabgabepreis bzw. Herstellerabgabepreis für 1 Liter Flaschenwaren des

I.

Wettbewerbsbedingungen

Teilnahmeberechtigt sind die Belegschaften aller Betriebe des staatlichen Groß- und Einzelhandels. Sieger im Massenwettbewerb 1957 kann nur der Betrieb werden, der

- a) den höchsten Anteil (besonders der in der Warenbewegung Beschäftigten) am innerbetrieblichen Wettbewerb erreicht hat,
- b) regelmäßige Handelsberatungen und Gruppenversammlungen durchführt, konkrete Beschlüsse fässt und die Einhaltung der Beschlüsse durchsetzt,
- c) eine termingerechte Erfüllung aller Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages (einschließlich des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen) aufweist,
- d) die höchste Anzahl der nach neuen Arbeitsmethoden arbeitenden Mitarbeiter (besonders der in der Warenbewegung Beschäftigten) erreicht,
- e) die höchste Beteiligung am Vorschlags- und Erfindungswesen und bei der Verwirklichung der eingereichten anwendbaren Vorschläge nachweist,
- f) die Arbeitsschutzanordnungen einhält.

Diese vorstehenden Bedingungen für die Teilnahme am Massenwettbewerb um die Wanderfahnen des Jahres 1957 sollen auf die Erreichung folgender ökonomischer Wettbewerbsschwerpunkte abgestimmt werden:

Wettbewerbsschwerpunkte:

1. Erfüllung des Umsatzplanes,
2. höchste Steigerung der Arbeitsproduktivität,
3. größtmögliche Senkung der Kosten,
4. höchste Übererfüllung der Akkumulation.

Sieger im Massenwettbewerb des Jahres 1957 werden solche Betriebe, die durch beste Verwirklichung der Wettbewerbsbedingungen die besten ökonomischen Ergebnisse in den Wettbewerbsschwerpunkten im jeweiligen Wettbewerbsquartal und auflaufend erreicht haben.

Hinweise zur Wettbewerbsführung:

1. Die Grundlage jedes Wettbewerbes ist die Abgabe einer konkreten ökonomischen Verpflichtung, verbunden mit der gegenseitigen Wettbewerbsaufforderung. Auf dieser Grundlage kommt es nun darauf an, den Wettbewerb von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Verkaufsstelle zu Verkaufsstelle, von Abteilung zu Abteilung, von Warengruppe zu Warengruppe (besonders Großhandel), von Lager zu Lager (Großhandel) zu organisieren und den Teilnehmerkreis an diesen Wettbewerben laufend zu erweitern.
2. Für die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbes sowie für die Kontrolle der Wettbewerbsverpflichtungen bilden die Handelsberatungen, die Gruppenversammlungen die beste Grundlage. Die Einhaltung der Wettbewerbsverpflichtungen sollte hauptsächlich in den Handelsberatungen mehr im Mittelpunkt der kritischen Auseinandersetzungen stehen.
3. Um reale Vergleichsmöglichkeiten der Wettbewerbspartner zu erlangen, macht es sich besonders im Einzelhandel notwendig, Wettbewerbsgruppen zu schaffen. Diese Wettbewerbsgruppen setzen sich zusammen aus den Verkaufsstellen gleicher

Branchen zusammen, so daß man dann innerhalb einer Wettbewerbsgruppe die unter Punkt 1. aufgeführten Wettbewerbe besser organisieren kann.

4. Unsere Wettbewerbsverpflichtungen sollten nicht nur das ökonomische Ziel, sondern gleichzeitig die Mittel und Methoden zur Erreichung dieses Ziels angeben. Dadurch verbinden wir den Wettbewerb mit der Anwendung und Förderung neuer Arbeitsmethoden und der Hebung unserer Verkaufskultur.
5. Damit im Zusammenhang kommt es darauf an, den Ideenreichen Handel weiter zu fördern und die Dienstleistungen im Einzelhandel zu erweitern.
6. Die breite Enfaltung des Vorschlags- und Erfindungswesens durch konkrete Themenstellung und insgesamt durch die verbesserte Arbeit mit den Rationalisatoren und Neuerern sowie die schnelle Bearbeitung und Realisierung der eingereichten Verbesserungsvorschläge spielen für die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbe keine untergeordnete Rolle und werden unsere gesamte Wettbewerbsbewegung im Betrieb stets zu neuen Erkenntnissen führen.

II.

Wettbewerbszeitraum, Auswertung, Auszeichnung**A. Wettbewerbszeitraum**

Der Wettbewerb erstreckt sich über das Jahr 1957.

Nach jedem Quartal erfolgen Auswertung und Auszeichnung. Sollten sich auf Grund einer bestimmten Situation Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen und -schwerpunkte notwendig machen, so werden diese mit Beginn des neuen Wettbewerbsquartals den Betrieben bekanntgegeben.

Die Betriebe, die die Wettbewerbsbedingungen und -schwerpunkte erfüllt haben, reichen ihre Vorschläge bis zum 15. Arbeitstag des dem Quartal folgenden Monats bei der Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke bzw. bei der Verwaltung der Niederschaffung ihres GHK ein.

Die Kreisvorstände der Gewerkschaft Handel haben zu jedem eingereichten Vorschlag eine Einschätzung des innerbetrieblichen Wettbewerbs des Betriebes vorzunehmen, in der insbesondere die Erfüllung der Wettbewerbsbedingungen einzuschätzen ist. Diese Einschätzung ist den Originalunterlagen des Betriebes mit beizufügen.

B. Auswertung

Von den Räten der Bezirke (Abteilung Handel und Versorgung) ist in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorständen der Gewerkschaft Handel der beste HO-Kreisbetrieb jeder Säule zu ermitteln und dem Ministerium für Handel und Versorgung zu weiteren Auswertung bis zum 23. Arbeitstag des dem Wettbewerbsquartal folgenden Monats einzureichen.

Bei diesen Vorschlägen ist gleichzeitig der beste HO-Kreisbetrieb aller Säulen (Bezirkssieger) zu ermitteln und mit bekanntzugeben.

Die Hauptverwaltungen HO Spezialhandel, HO Vertrieb und HO Wismut ermitteln und überprüfen in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand der zuständigen Gewerkschaft den besten Betrieb ihres Bereiches (Gruppensieger) und senden den Vorschlag bis zum 23. Arbeitstag des dem Wettbewerbsquartal folgenden Monats an das Ministerium für Handel und Versorgung zur weiteren Auswertung.

Die zentralgeleiteten Betriebe HO Warenhäuser (Z) und HO Gaststätten (Z) reichen ihren Vorschlag bis zum 20. Arbeitstag des dem Wettbewerbsquartal folgenden Monats an das Ministerium für Handel und Versorgung zur weiteren Auswertung ein.

Die Verwaltungen der Niederlassungen der Großhandelskontore ermitteln und überprüfen in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bezirksvorstand der Gewerkschaft Handel den besten Betrieb ihres Bereiches und schlagen dem Ministerium für Handel und Versorgung bis zum 20. Arbeitstag des dem Wettbewerbsquartal folgenden Monats den Gruppensieger zur Auszeichnung vor.

Im Bereich des GHK Lebensmittel wird ein erster, zweiter und dritter Sieger, im Bereich des GHK für Schuhe und Lederwaren sowie Textilwaren werden jeweils ein erster und zweiter Sieger im Massenwettbewerb ausgezeichnet (auf Grund der im Verhältnis zu den übrigen GHK zahlreichen Niederlassungen).

In der Wettbewerbsgruppe, aus der der Republikssieger hervorgeht, wird der nächstfolgende Betrieb als Gruppensieger ausgezeichnet. Das gleiche gilt analog für den Bezirkssieger der HO-Kreisbetriebe, wenn dieser zum Gruppensieger oder Republikssieger auftritt.

Die Auswertung und Überprüfung der von den Betrieben eingereichten Vorschläge erfolgt in eigener Verantwortung der Räte der Bezirke bzw. der Verwaltungen der Niederlassungen der Großhandelskontore sowie der Verwaltungen HO Spezialhandel, HO Vertrieb, HO Wismut, gemeinsam mit dem Bezirksvorstand der zuständigen Gewerkschaft.

Den eingereichten Vorschlägen an das Ministerium für Handel und Versorgung ist ein Überprüfungsprotokoll beizufügen. Dieses Überprüfungsprotokoll wird in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Staats- und Gewerkschaftsfunktionären erarbeitet und unterschrieben. Ein Exemplar davon ist durch den Bezirksvorstand der Gewerkschaft direkt dem Zentralvorstand der zuständigen Gewerkschaft zu übersenden.

C. Auszeichnung

Die Quartalsauszeichnung erfolgt nach den Bestimmungen der „Ordnung der Auszeichnungen“ und den Wettbewerbsrichtlinien des Ministeriums für Handel und Versorgung für das Jahr 1957. Es werden ausgezeichnet:

1. der beste Betrieb aller Gruppen des staatlichen Einzelhandels mit der Wanderfahne des Ministerrates, einer Ehrenurkunde „Republikssieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie;
2. der beste Betrieb aller Gruppen des staatlichen Großhandels mit der Wanderfahne des Ministerrates, einer Ehrenurkunde „Republikssieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie;
3. der beste Betrieb im Bereich jeder Gruppe des staatlichen Einz.- und Großhandels mit einer Wanderfahne des Ministeriums für Handel und Versorgung, einer Ehrenurkunde „Gruppensieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie;

Gewerkschaft Handel
Zentralvorstand
Kohla

4. der beste Betrieb im Bereich der Räte der Bezirke mit der Bezirkswanderfahne des Ministeriums für Handel und Versorgung, einer Ehrenurkunde „Sieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie;
5. die zweiten und dritten Sieger in den genannten Großhandelskontoren erhalten eine Ehrenurkunde und eine Geldprämie.
6. Wird innerhalb einer Wettbewerbsgruppe in einem bestimmten Quartal kein Gruppensieger ermittelt (Wettbewerbschwerpunkte nicht erfüllt), so haben die zentralen Leitungen und Räte der Bezirke für die Einziehung dieser Wanderfahne vom Siegerbetrieb des vorherigen Quartals zu sorgen.
7. Nach erfolgter Auswertung ist durch das Ministerium für Handel und Versorgung und den Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel dafür zu sorgen, daß die Auszeichnung der Siegerbetriebe innerhalb von sechs Wochen nach Abschluß des Wettbewerbsquartals zu erfolgen hat.
8. Die Auszeichnung und Übergabe der Wanderfahne soll mit einer Feierstunde der Belegschaft des Siegerbetriebes verbunden sein, zu der ein Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung darüber berichtet, wie die Erfolge erzielt wurden und was weiter zur Verteidigung der Fahne im nächsten Wettbewerbsquartal gelan werden soll.
9. Die Wanderfahne erhält der Siegerbetrieb zur Feierstunde aus den Händen einer Betriebsdelegation des Betriebs, der im vorhergehenden Quartal im Besitz der Wanderfahne war. Der übergebende Betrieb führt von der Übergabe der Fahne an den Siegerbetrieb in seinem Betrieb eine Belegschaftversammlung (in Großbetrieben Aktivtagungen) durch, in der der Direktor und die Betriebsgewerkschaftsleitung der Belegschaft erklären, warum die Wanderfahne verloren ging und was zu tun ist, um sie wieder zurückzugewinnen.
10. Die zentralen Leitungen und Räte der Bezirke haben dafür zu sorgen, daß die Erfahrungen und Erfolge der Siegerbetriebe den übrigen Betrieben durch Erfahrungsaustausche, Delegationsaustausche, Propagierung im Informationsblatt der Gewerkschaft Handel usw. schnellstens vermittelt werden.

Mindestens 70% der an die Siegerbetriebe übergebenen Prämiensummen sind für die Auszahlung von Einzelprämiens, der Rest für die Verbesserung der kulturellen und sozialen Betreuung der Arbeiter und Angestellten zu verwenden.

Mindestens 75% der Einzelprämiens sind an die mit der Warenbewegung beschäftigten Mitarbeiter des Groß- und Einzelhandels auszugeben. Die Räte der Bezirke haben die richtige Anwendung der erhaltenen Prämien zu kontrollieren.

Ministerium für Handel und Versorgung
Wach

— 4900 —

2. Ergänzung zur Richtlinie über die Einbeziehung der privaten Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels vom 31. Mai 1956

Nach Auswertung der Erfahrungen zahlreicher Niederlassungen der Großhandelskontore bei der Durchführung von Konsumsgeschäften und der Ergebnisse der durchgeführten Pressekonferenz mit privaten Kommissionshändlern ist vorgesehen, in größerem Umfang Kommissionsverträge mit privaten Einzelhändlern abzuschließen.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit bestimmte Verordnungen der zuständigen Räte zu erlassen.

Die Legitimation zur Richtlinie vom 31. Mai 1956 über die

Einbeziehung privater Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels und der hierzu ergangenen Ergänzungsrichtlinie vom 20. August 1956 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 19/56 vom 18. September 1956) wird im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen folgendes angewiesen:

1. Abschluß von Kommissionssverträgen
2. Branchen, bei denen die Praktionsabsätze überprüft werden sind

Auf Grund von Errechnungen und Überprüfungen bei den schon vorhandenen Kommissionshändlern

sind folgende Provisionssätze gerechtfertigt und können für den Abschluß weiterer Kommissionsverträge verbindlich angewandt werden:

Textilwaren	6,0—7,0 %
Schuhe	5,5—6,5 %
Haushaltwaren	7,0—8,0 %
Möbel	7,0—8,0 %

Im Kommissionsvertrag ist festzulegen, daß diese Sätze vorerst für ein halbes Jahr Gültigkeit haben.

2. Branchen, bei denen die Provisionssätze noch nicht überprüft worden sind

Für die Erweiterung der Kommissionsgeschäfte auf anderen Gebieten des Industriewarenaktors werden vorläufig folgende Provisionssätze festgelegt:

Rundfunkgeräte	5,0—6,0 %
Beleuchtungskörper, Elektromaterial, einschließlich Glühlampen ..	10,0—11,0 %
sonstige elektrotechnische Artikel ..	6,5—7,5 %
Foto, Optik	8,0—9,0 %
Haushaltchemie	10,5—12,0 %
Sportartikel	4,5—5,5 %
Musik- und Spielwaren	7,5—8,5 %
Lederwaren	8,0—9,0 %
Glas und Keramik	9,5—10,5 %

In den Kommissionsverträgen ist aufzunehmen, daß nach einem halben Jahr eine Überprüfung und eventuelle Berichtigung der Provisionssätze erfolgt.

Die in der Richtlinie vom 31. Mai 1956 sowie in der Ergänzungsrichtlinie vom 20. August 1956 festgelegten Provisionssätze verlieren damit ihre Gültigkeit.

3. Kommissionshandel mit Nahrungs- und Genußmitteln

Bedingt durch die Schwankungen im Sortiment und die jetzige Differenzierung der Handelsspanne, müssen auf diesem Gebiet erst Erfahrungen gesammelt werden. Der Abschluß von Kommissionsverträgen ist deshalb auf wenige Kommissionshändler zur versuchswise Erprobung zu beschränken.

Im Kommissionsvertrag ist festzulegen, daß eine Überprüfung und eventuelle Änderung der Provisionssätze nach einem Vierteljahr erfolgt.

4. Ermittlung der Provisionssätze

Die Höhe der Provision ist so zu bemessen, daß das Reineinkommen des Kommissionshändlers bei gleichbleibendem Umsatz und gleichem Sortiment nicht niedriger ist als vor dem Abschluß des Vertrages; die durch das Großhandelskontor zu übernehmenden Kosten aus der Einzelhandelsspanne abgedeckt werden können;

die staatliche Akkumulation in Prozent vom Umsatz nach Abschluß des Vertrages nicht geringer ist als zuvor.

Zur Ermittlung des Provisionssatzes ist am Hand der Geschäftsunterlagen des privaten Einzelhändlers, mit dem ein Kommissionsvertrag abgeschlossen werden soll, sowie der betriebswirtschaftlichen Unterlagen der zuständigen Niederlassung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nach folgendem Schema aufzustellen:

A. Ermittlung der Einzelhandelsspanne

1. Vorgehener Umsatz zum Endverbraucherpreis	50 000,—	100,0 %
2. 1. Warenausatz (FKP)	41 050,—	82,1 %
3. Gesamt-EHS	8 950,—	

B. Ermittlung des Reineinkommens des Kommissionshändlers

1. Provision	4 000,—	8,0 %
2. 1. variable Kosten	2 500,—	
3. Gewinn aus Kommissionsgeschäft	1 500,—	
4. 1. Einkommensteuer (u. Lohnsteuerabelle)	200,—	
5. Reineinkommen	1 300,—	

C. Wirtschaftlichkeitsberechnung für das GHK

1. Im GHK verbleibende EHS	4 000,—
2. 1. Kosten des Großhandels	—
a) Umsatzsteuer	1 500,—
b) Zinsen (Richtlage 60)	335,—
c) Versicherung	15,—
d) Transportkosten	730,—
	2 550,—
	2 370,—
3. Fixe Kosten	
a) Miete	300,—
b) Licht	35,—
c) Reinigungskosten	60,—
d) Heizungskosten	80,—
e) Abschreibungen	45,—
	510,—
	Gewinn: 1 870,—

D. Ermittlung der haushaltswirksamen Einnahmen

a) Vor Abschluß des Vertrages	
1. Umsatz- und Gewerbesteuer	1 670,—
2. Einkommensteuer	596,—
	2 266,—
b) Nach Abschluß des Vertrages	
1. Umsatzsteuer	1 500,—
2. Einkommensteuer des Kommissionshändlers	300,—
3. Gewinn GHK	1 870,—
	3 670,—
	Mehrabführung an den Haushalt: 1 404,—

5. Überprüfung der Provisionssätze

Die Verwaltungen der Niederlassungen der Großhandelskontore sind verpflichtet, nachdem eine größere Anzahl von Kommissionsverträgen abgeschlossen wurde und eine vierjährige Kommissionstätigkeit vorliegt, eine Untersuchung durchzuführen und dabei insbesondere eine Analyse der Provisionssätze vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und der hierbei geführten Aussprachen sowie Vorschläge zur Veränderung sind dem Stellvertreter des Ministers — Bereich Großhandel — mitzuteilen.

6. Direktbezug von der Produktion

Die Niederlassungen der Großhandelskontore sind berichtet, den privaten Kommissionshändlern den Direkteinkauf bei den Produktionsbetrieben zu gestatten.

Entsprechende Vereinbarungen dürfen zwischen den Niederlassungen der Großhandelskontore und den Kommissionshändlern jedoch erst nach Veröffentlichung der Richtlinie über den Direktbezug des staatlichen Einzelhandels bei der Produktion erfolgen.

7. Kauktion

Um den privaten Einzelhändlern den Abschluß von Kommissionsverträgen zu erleichtern, wird hinsichtlich der Kauktionsteilnahme in Abänderung der bisherigen Festlegung folgende Regelung getroffen:

Die Kauktion beträgt ein Drittel vom Preis der Über-

gebenen Kommissionsware. Sie ist in erster Linie durch Sparbücher mit Sperrvermerk aufzubringen.

Ist es dem privaten Einzelhändler bei Abschluß des Vertrages nicht möglich, die Kautions in voller Höhe in Geld zu hinterlegen, so können Sicherungüberzeugungen, Hypotheken sowie gesicherte Bürgschaften als Kautions vorübergehend herangezogen werden. Diese Art von Kautions muß jedoch in Höhe von 50 % des Warenbestandes erbracht werden.

In Fällen der zeitweiligen Sicherung durch Immobilien oder Bürgschaft ist vertraglich mit dem Einzelhändler zu vereinbaren, daß die erforderliche Kautionssumme in der Laufzeit des Kommissionsvertrages in Geld aufgebracht wird.

Es ist anzustreben, daß diese Ablösung in Form eines standigen Abzuges von der gewährten Provision erfolgt.

Ausnahmen von dieser Regelung können in Einzelfällen die zuständigen Räte der Kreise bzw. Städte beschließen.

II. Regelung der Besteuerung und der Sozialversicherungsbeiträge

Das Ministerium der Finanzen erläßt die erforderlichen Anordnungen über die Besteuerung und die Sozialversicherungsbeiträge. Für diese Anordnung wurden folgende Prinzipien zwischen dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium für Handel und Versorgung festgelegt:

1. Besteuerung der Kommissionshändler

a) Rechtliche Stellung

Der Kommissionshändler ist selbständiger Gewerbetreibender im Sinne des Handels- und Steuerrechtes.

b) Gewinnermittlung

Von der Provision kann der Kommissionshändler seine variablen Handelskosten absetzen.

Variable Handelskosten sind alle steuerlich anerkannten Kosten, die nicht bereits als fixe Kosten vom Großhandelskontor erstattet wurden.

Der Überschuß der Entgelte aus der Provision über die absetzbaren variablen Handelskosten ist der Gewinn aus Kommissionstätigkeit.

c) Steuer und Steuertarif

Der Gewinn aus dem Kommissionsgeschäft unterliegt der Einkommensteuer. Die Besteuerung ist nach der Steuertabelle zur Ermittlung der Jahressteuer für das Arbeitseinkommen vorzunehmen. Bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften ist ein Steuersatz von 20 % anzuwenden.

d) Löhne und Arbeitsverhältnis

Steuerlich können nur die den arbeitsrechtlichen Bestimmungen entsprechenden Löhne anerkannt werden. Ein Arbeitsverhältnis zwischen Ehegatten wird steuerlich nicht anerkannt. Bei Abschluß eines Vertrages mit beiden Ehegatten wird keine Aufteilung des Gewinns und damit keine getrennte Besteuerung durchgeführt.

e) Andere Einkünfte und sonstige gewerbliche Tätigkeit

Andere Einkünfte und sonstige gewerbliche Tätigkeit werden besteuert nach dem allgemeingültigen Steuerrecht für die selbständigen Gewerbetreibenden.

f) Befreiung von Umsatz- und Gewerbesteuer

Bei der Bemessung der Provision ist berücksichtigt, daß keine Umsatz- und Gewerbesteuer gezahlt wird. Deshalb unterliegt die Tätigkeit des Kommissionshändlers nicht der Umsatz- und Gewerbesteuer.

2. Sozialversicherung

Der Kommissionshändler ist selbständiger Gewerbetreibender und zahlt die Sozialversicherungsbeiträge nach den gesetzlichen Bestimmungen für selbständige Gewerbetreibende.

3. Umsatz- und Gewerbesteuer des staatlichen Großhandels

Das staatliche Großhandelskontor führt die aus der Kommissionstätigkeit der Einzelhändler gesetzlich entstandene Umsatzsteuer ab.

Eine Abführung von Gewerbesteuer für die Einzelhandeltätigkeit der Kommissionshändler durch das Großhandelskontor erfolgt nicht.

W a c h
Minister

- Verl. u. Mitte.

Heft 237 -

MITTEILUNGEN

— 3200 —

Berlin, den 3. Januar 1957

Monatliche Abrechnung des Teilzahlungsumsatzes der Kommissionshändler durch die Großhandelskontore

Mit der Anweisung Nr. 52-50 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 26/56) wurden die Kommissionshändler in den Verkauf von Waren im Teilzahlungsv erfahren eingeschaltet. Daraus ergibt sich, daß die zuständigen Großhandelskontore ab 1. Januar 1957 monatlich diese Umsätze abrechnen müssen, damit die Entwicklung des Teilzahlungsumsatzes im Kommissionshandel ausgewertet werden kann.

1. Formblatt

Die Berichterstattung erfolgt auf der Rückseite des Formblattes WBUB. Genehmigungs-Nr. 269 I vom 3. Dezember 1956, befristet bis zum 31. Januar 1958.

2. Nomenklatur

Die Berichterstattung erfolgt in der im Formblatt ausgedruckten Nomenklatur. Soweit durch das Ministerium für Handel und Versorgung weitere Positionen für die Berichterstattung festgelegt werden, sind diese in den Leerzeilen zu melden.

3. Kennziffern

- In den Hd. Nrn. 1—16 ist nur die Spalte 2 auszufüllen.
- Die „Angaben über den Berichtsmonat“ sind vollständig zu geben.
- In der Rubrik „Anzahl der Industriewarenverkaufsstellen insgesamt“ ist die Anzahl der Kommissionshändler einzusetzen, die für das entsprechende GIHK tätig sind.
- Alle anderen Angaben die auf der Rückseite des Formblattes WBUB vorgesehen sind, entfallen.

4. Berichtszeit und Termine

- Niederlassungen der Großhandelskontore bis 16. Werktag nach Monatsende an:
 - Verwaltung,
 - Rat des Bezirkes, Abt. HuV,
 - Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,

b) Verwaltungen der Niederlassungen der Großhandelskontore (das DDR Ergebnis mit Anlage der Bezirksergebnisse) bis zum 20. Werktag nach Monatsende an:

- aa) Min. für HuV, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik,
- bb) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

nung laut Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 die Möglichkeit besteht, die Prämien den Verkaufskräften am Fälligkeitstage brutto auszuzahlen und die Verrechnung der Lohnsteuer bei der nächsten Gehaltzahlung vorzunehmen.

In diesem Falle ist zum Fälligkeitstage der Lohnsteuer für diese Prämien an die Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises die Summe der Lohnsteuer à Konto zu entrichten.

Die endgültige Abrechnung mit der Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises wird mit der darauf folgenden Lohnsteuerverrechnung vorgenommen.

— 4900 — Berlin, den 2. Januar 1957

1. Behandlung des Kontos 288 zum Abschluß per 31. Dezember 1956

2. Buchmäßige Behandlung der Erhöhung des Umlaufmittelfonds zum 31. Dezember 1956

Zu 1. Zum Abschluß per 31. Dezember 1956 ist von den Niederlassungen der Großhandelskontore, die über einen Bestand auf dem Konto 288 verfügen, dieser durch die Buchung

per Kto. 288 — Abrechnungskonto für nichtrealisierte Großhandelsspanne —
an Kto. 626 — Erstattete Großhandelsspanne aus Preisherabsetzung —
ergebniswirksam zu buchen.

Eine gesonderte Behandlung der wertgeminderten Ware entfällt somit.

Zu 2. Die in der Richtlinie zur Methodik der Betriebsplanung 1957 für den volkseigenen Großhandel angewiesene Erhöhung des Umlaufmittelfonds per 31. Dezember 1956 von 10% auf 30% ist wie folgt zu buchen:
per Kto. 2609 — Sonstige Forderungen an den Staats- haushalt —

an Konto 911 — Zugänge zum Umlaufmittelfonds —
Diese Buchung muß im Kontrollbericht zum Abschluß per 31. Dezember 1956 ihren Niederschlag finden.
Dies gilt nicht für den kommunalen Großhandel.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

— 4913 — Berlin, den 5. Januar 1957

Ergänzung zu den Organisationsprinzipien für die Einführung des Lochkartenverfahrens in den NL des GHK für Textilwaren

In den „Organisationsprinzipien für die Einführung des Lochkartenverfahrens“ im Heft 33/56 muß unter „IV Auswertung der Lochkarten“ nach der Ausweitung 2 (Liste für die Abrechnung der WAM) auf der Seite 338, rechte Spalte, neu aufgenommen werden:

3. Kreisliste

Diese Liste enthält dieselben Begriffe wie die Auswertungsliste 2 (Abrechnung der WAM), ist jedoch nach Kreisen unterteilt und dient dem Einzelhandel zum Nachweis seines Warenlieferungs von GHK Textilwaren mengen- und wertmäßig.

Die Handelsliste (Liste 3 Auswertung) wird dadurch zur 4. Auswertung.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

— 5011 — Berlin, den 29. Dezember 1956

Prämienabrechnung laut Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956

Zu 1. den Abteilungen Finanzen und dem Zentralamt für Handel und Versorgung mit Vermerk „Zulässig“ ist die Prämienabrechnung durch

die endgültige Abrechnung mit der Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises wird mit der darauf folgenden Lohnsteuerverrechnung vorgenommen.

Die endgültige Abrechnung mit der Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises wird mit der darauf folgenden Lohnsteuerverrechnung vorgenommen.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

— 3200 — Berlin, den 5. Januar 1957

Formblätter „WBRE-Nahrungsgüter“

In der Richtlinie zur Anordnung über die Abrechnung bewirtschafteter Nahrungsgüter und Industriewaren durch den Einzelhandel und die Großverbraucher vom 1. August 1956 wurde angewiesen (Seite 12), daß den Konsumgenossenschaften in ausreichender Anzahl leere Formblätter „WBRE-Nahrungsgüter“ für die durch die Verkaufsstellenprüfer vorzunehmenden Kontrollinventuren zur Verfügung zu stellen sind.

Von verschiedenen Bezirksverbänden des VDK wurde mitgeteilt, daß die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise nicht so verfahren. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise sowohl den Verkaufsstellen des Konsums als auch den Verkaufsstellenprüfern die Formblätter in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen haben und für die Bestellungen beim Vordruck-Leitverlag Halle verantwortlich sind.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

— 3150 — Berlin, den 3. Januar 1957

Terminplan für die Arbeiten am Volkswirtschaftsplan 1957
— Warenumsatz und Warenbereitstellung —

Zur Sicherung eines schnellen und einheitlichen Ablaufs der Arbeiten am Volkswirtschaftsplan 1957 bestätigen wir ergänzend zu unserer „Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957“ vom 10. Dezember 1956 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32 vom 15. Dezember 1956) nachstehende Termine für die Planherausgabe und geben gleichzeitig die Termine für den Planrucklauf bekannt.

1. Planherausgabe

1. Ministerium für Handel und Versorgung an Räte der Bezirke und zentral geplante Handelsysteme
Warenumsatz und Warenbereitstellung für Z- und G-Fonds (Richtlinie Abschnitt B 1, A und B)
Termin: 29. Dezember 1956
- Ministerium für Handel und Versorgung an zentral geleitete HO-Warenhäuser und -Gaststätten siehe unter Ziffer 2 —

2. Räte der Bezirke

- a) an Räte der Kreise
Warenumsatzplan und Warenbereitstellung für Z- und G-Fonds (Richtlinie Abschnitt B II 4)
Termin: 12. Januar 1957
- b) zum gleichen Termin außerdem
an Ministerium für Handel und Versorgung
Warenumsatzplan und Warenbereitstellung für Z- und G-Fonds, darunter die gegebenenfalls anzurechnenden Bestände für zentral geleitete HO-Warenhäuser und -Gaststätten (Richtlinie Abschnitt B II 4)

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 19. Januar

Nr. 3

ANWEISUNGEN

— 3200 —

Berlin, den 12. Januar 1957

Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes

— Industriewaren —

1. Formblätter

a) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (Einzelhandel)
Kurzbezeichnung: WBPA 1-Industriewaren (Pendelbogen).

b) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (lieferseitig)
Kurzbezeichnung:
WBPA 2-Industriewaren (ohne Nomenklatur)
WBPA 2-Schuhe und Lederwaren
WBPA 2-Textilien und Bekleidung
WBPA 2-Sonstige Industriewaren;

c) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (Zusammenfassung)
Kurzbezeichnung: WBPAz-Industriewaren.

Genehmigungs-Nr. zu a), b), c): 269 2 vom 20. Dezember 1956, befristet bis zum 31. Januar 1958.

2. Nomenklatur

Die in den Formblättern eingedruckte Nomenklatur ist verbindlich. Sie umfaßt alle Positionen des zentralvermittelten und gelenkten Fonds sowie Positionen des dezentralisierten Fonds.

3. Berichtspflichtige

a) HO-Kreisbetriebe über den gesamten Warenbezug (in Menge und Wert) auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren.

Alle Großhandelskontore (außer GHK für Haushaltchemie, NL Brillenoptik Rathenow, NL Musikwaren Klingenthal) melden den Kreisbetrieben bis zum 7. Werktag nach festgelegtem Berichtszeitraum die Auslieferung in Menge und Wert auf Formblatt "BWK". Alle anderen Bezüge sind von den HO-Kreisbetrieben selbst zu erfassen, auch die Warenbezüge von den nicht für den HO-Kreisbetrieb zuständigen NL des GHK. Beide Ergebnisse sind durch die HO-Kreisbetriebe zusammenzufassen und auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren zu melden.

b) HO Wismut, HO Vertrieb, HO Versandhandel, zentralgeleitete HO-Betriebe über den gesamten Warenbezug auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren (in Menge und Wert).

Für die Handelsbetriebe der HO Wismut gilt die gleiche Regelung wie für die HO-Kreisbetriebe (s. unter a).

c) Industrieläden über den gesamten Warenbezug (nur in Menge bzw. bei Wertpositionen zum EVP) auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren.

d) Konsum-Kreisverbände über da) den Direktbezug der KG auf Formblatt WBPA 1 (Menge und Wert),

db) den Eingang (Menge und Wert) sowie die Be-

stände im Lager auf Formblatt WAM.

e) Großhandelskontore (außer Haushaltchemie) kreis-

weise über ihre Auslieferung an:

ea) den sonstigen sozialistischen Einzelhandel,

eb) den privaten Einzelhandel (ohne Lieferun-

gen an Handwerksgenossenschaften)

auf Formblatt WBPA 2 (nur in Menge bzw.

bei Wertpositionen zum EVP).

f) Private Großhändler, direktliefernde Produktions-

betriebe und Handwerksgenossenschaften über

ihre Auslieferung an:

fa) sonstigen sozialistischen Einzelhandel,

fb) privaten Einzelhandel

auf Formblatt WBPA 2-Industriewaren (nur in Menge bzw. bei Wertpos. zum EVP) an die Abt.

Handel und Versorgung beim Rat des beliefe-

ten Kreises.

Die Handwerksgenossenschaften melden diejenigen Waren, die zum Verkauf an die Bevölkerung bestimmt sind und aus eigener Produktion oder aus Bezügen vom Großhändler stammen. Waren, die zur Durchführung von Reparaturen bzw. zur Verarbeitung bestimmt sind, sind nicht zu melden.

g) Deutsche Handelszentralen sowie das GHK für Haushaltchemie melden ihre Auslieferung wie Ziffer e), jedoch an die Abt. Handel und Versor-

gung des beliefernten Bezirkes.

4. Berichtsweg und Termine

HO-Kreisbetriebe

Die HO-Kreisbetriebe melden bis zum 14. Werktag nach Quartalsende den gesamten Warenbezug auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren an.

a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,

b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes.

Zentralgeleitete HO-Betriebe

Die zentralgeleiteten HO-Betriebe melden den gesamten Warenbezug auf Formblatt WBPA 1-Indu-

striewaren bis zum 14. Werktag nach Quartalsende an:

a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,

b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes,

c) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt.

Planabrechnung und Handelsstatistik (2fach).

Industrieläden (zentrale und örtliche)

Die Industrieläden melden den gesamten Warenbezug auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren bis zum 14. Werktag nach Quartalsende an:

a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,

b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes,

c) zuständiges Fachministerium (nur zentrale).

Konsumentenorganisationen

- a) Die Kreisverbände bzw. Kreiskonsumentenorganisationen und Bezirkswarenhäuser melden bis zum 16. Werktag nach Quartalsende auf Formblatt WBPA 1 den Direktbezug, auf Formblatt WAM den Warenausgang und die Bestände an:
- aa) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises, ab) Bezirksverbände der KG, Statistik (3fach) — Eingang 18. Werktag —.
- b) Die Bezirksverbände der KG melden das Bezirksergebnis einschl. Warenhäuser auf den Formblättern WBPA 1 und WAM bis zum 20. Werktag nach Quartalsende an:
- ba) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes, bb) VDK, Abt. Statistik (4fach) — Eingang spätestens 22. Werktag —.
- c) Soweit in einzelnen Positionen sowohl „Direktbezug“ (WBPA 1) wie auch „Lagereingang“ (WAM) gemeldet wird, sind die Mengen und Werte durch die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise bzw. Bezirke zusammenzufassen und in die Abrechnung WBPAz-Industriewaren zu übernehmen.

HO Wismut

Die HV HO Wismut meldet das DDR-Ergebnis mit Anlage der Bezirksergebnisse auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren bis zum 20. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik,
- b) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik,
- c) nur Bezirksergebnisse an die Abt. Handel und Versorgung der Räte der zuständigen Bezirke.

HO Vertrieb

Die HV HO Vertrieb meldet das DDR-Ergebnis auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren bis zum 20. Werktag nach Quartalsende an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik.

HO Versandhandel

Der Betrieb HO Versandhandel meldet bis zum 20. Werktag nach Quartalsende auf Formblatt WBPA 1-Industriewaren an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik (2fach).

Großhandelskontore (außer GHK für Haushaltchemie)
Die NL der GHK melden kreisweise ihre Auslieferung getrennt nach:

- a) Sonstiger sozialistischer Einzelhandel,
- b) Privater Einzelhandel

auf Formblatt WBPA 2 bis zum 10. Werktag nach Quartalsende an:

- Abt. Handel und Versorgung, beim Rat des beliefernden Kreises.

Private Großhandel, direktliefernde Produktionsbetriebe, Handwerksgenossenschaften
Diese Berichtspflichtigen melden ihre Auslieferung getrennt nach:

- a) Sonstigen sozialistischen Einzelhandel,
- b) Privaten Einzelhandel

auf Formblatt WBPA 2-Industriewaren bis zum 10. Werktag nach Quartalsende an:

- Abt. Handel und Versorgung, beim Rat des beliefernden Kreises.

Deutsche Handelszentralen und GHK für Haushaltchemie
Diese Handelsorgane melden ihre Auslieferung bezirkweise getrennt nach:

- a) Sonstigen sozialistischen Einzelhandel,
- b) Privaten Einzelhandel

22

auf Formblatt WBPA 2 bis zum 10. Werktag nach Quartalsende an:

Abt. Handel und Versorgung, beim Rat des beliefernden Bezirkes.

Rat des Kreises, Abt. Handel und Versorgung

- a) Die Abt. Handel und Versorgung faßt die Meldungen der NL der GHK, des privaten Großhandels, der direktliefernden Produktionsbetriebe sowie der Handwerksgenossenschaften zum Kreisergebnis zusammen und meldet auf Formblatt WBPA 2-Industriewaren bis zum 16. Werktag nach Quartalsende an:

Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes.

- b) Auf Formblatt WBPAz-Industriewaren ist das Kreisergebnis nach Handelsystemen zusammenzufassen und bis zum 20. Werktag nach Quartalsende

ba) der Kreisstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik,

bb) der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes

zu übergeben.

Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung

Die Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes meldet das Bezirksergebnis mit der Untergliederung nach Eigentumsformen auf Formblatt WBPAz-Industriewaren. In die Spalte „Insgesamt“ sind auch die Planzahlen für das Halbjahr einzusetzen.

Die Abrechnung erfolgt

per 31. März 1957 für das I. Quartal 1957,

per 30. Juni 1957 für das I. und II. Quartal 1957,

per 30. September 1957 für das III. Quartal 1957,

per 31. Dezember 1957 für das III. und IV. Quartal 1957.

Die Vorlage erfolgt bis zum 23. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik,

- b) Bezirkssstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

Hinweise

1. Das GHK für Lebensmittel meldet die Auslieferung von Zündholzern auf dem Formblatt WBPA 2-Nahrungs- und Genußmittel. Diese Mengen sind in die Abrechnung des WBPA-Industriewaren zu übernehmen.

2. Im IV. Quartal 1957 ist über die Auslieferung von Weihnachtsbäumen an den sonstigen sozialistischen Einzelhandel sowie an den privaten Einzelhandel durch alle Lieferanten (z. B. Kommunaler Großhandel, Konsumgroßhandel) formlos an die Abt. Handel und Versorgung beim Rat des beliefernden Kreises zu berichten.

3. Werden Meldungen durch die Handelsorgane nachträglich berichtigt, so sind die Veränderungen sofort der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Kreises und auch der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes mitzuteilen.

4. Die Pendelbogen sind durch die Empfänger rechtzeitig an die Berichtenden zurückzugeben.

— 3200 —

Berlin, den 12. Januar 1957

Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes — Nahrungs- und Genußmittel —**1. Formblätter**

- a) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (Einzelhandel).
Kurzbezeichnung: WBPA 1-Nahrungs- und Genußmittel (Pendelbogen).

- b) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (Lieferzeitig).
Kurzbezeichnung: WBPA 2-Nahrungs- und Genußmittel

c) Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes (Zusammenfassung), Kurzbezeichnung: WBPAz-Nahrungs- und Genußmittel. Genehmigungs-Nr. zu a) bis c) 289 2 vom 20. Dezember 1956, befristet bis zum 31. Januar 1958.

2. Nomenklatur

Die in den Formblättern eingedruckte Nomenklatur ist verbindlich. Sie umfaßt alle Positionen des zentralverteilten und gelenkten Fonds sowie einige Positionen des dezentralisierten Fonds.

3. Berichtspflichtige

- a) HO-Betriebe über den gesamten Wareneingang (in Menge und Wert)
- b) Industrieläden über den gesamten Wareneingang (nur in Menge).
- c) Konsumkreisverbände über
 - ca) den Direktbezug der Konsumgenossenschaften auf Formblatt WBPA 1 (Menge und Wert);
 - cb) den Eingang (Menge und Wert) sowie die Bestände im Lager auf Formblatt WAM;
 - cc) die Auslieferung ab Lager an Großverbraucher auf Formblatt WBPA 2 (nur in Menge).
- d) Großhandelsbetriebe aller Eigentumsformen und direktliefernde Produktionsbetriebe über ihre Auslieferung getrennt nach:
 - da) Sonstiger sozialistischer Einzelhandel (nur in Menge);
 - db) Privater Einzelhandel (nur in Menge);
 - dc) Großverbraucher (nur in Menge).
- e) Betriebe der Mitropa über den gesamten Wareneingang (nur in Menge).

4. Berichtsweg und Termine

HO-Kreisbetriebe

Die HO-Kreisbetriebe melden auf Formblatt WBPA 1 bis zum 12. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,
- b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes.

Zentralgeleitete HO-Betriebe und HO-Gaststätten

Die zentralgeleiteten Betriebe melden auf Formblatt WBPA 1 bis zum 12. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,
- b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes,
- c) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik (2fach).

HO Wismut

Die HV HO Wismut meldet das DDR-Ergebnis mit Anlage der Kreisergebnisse auf Formblatt WBPA 1 bis zum 18. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik,
- b) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik,
- c) nur Bezirksergebnisse an die Abt. Handel und Versorgung der Räte der zuständigen Bezirke.

HO Vertrieb

Die HV HO Vertrieb meldet das DDR-Ergebnis auf Formblatt WBPA 1 bis zum 18. Werktag nach Quartalsende an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik.

Industrieläden (zentrale und örtliche)

Die Industrieläden melden auf Formblatt WBPA 1 bis zum 12. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises,
- b) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes,
- c) zuständiges Fachministerium (nur zentrale).

Konsumgenossenschaften

- a) Die Kreisverbände bzw. Kreiskonsumgenossenschaften und Bezirkswarenhäuser melden bis zum 13. Werktag nach Quartalsende auf Formblatt WBPA 1 den Direktbezug, auf Formblatt WAM den Wareneingang und die Bestände an:
 - aa) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Kreises, Statistik (3fach) — Eingang spätestens 15. Werktag —
 - ab) Bezirksverbände der Konsumgenossenschaften, Statistik (3fach) — Eingang spätestens 15. Werktag —
- b) Die Bezirksverbände der KG melden das Bezirksergebnis einschl. Bezirkswarenhäuser auf den Formblättern WBPA 1 und WAM bis zum 17. Werktag nach Quartalsende an:
 - ba) Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes, VDK, Abt. Statistik (3fach) — Eingang spätestens 19. Werktag —
- c) Soweit in einzelnen Positionen sowohl „Direktbezug“ (WBPA 1) wie auch „Lagereingang“ (WAM) gemeldet wird, sind die Mengen bzw. Werte durch die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise bzw. Bezirke zusammenzufassen und in die Abrechnung WBPAz-Nahrungs- und Genußmittel zu übernehmen.

Direktion der Mitropa

Die Direktion der Mitropa meldet auf Formblatt WBPA 1 das DDR-Ergebnis mit Anlage der Bezirksergebnisse bis zum 21. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik (Bezirksergebnisse 2fach);
- b) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

Anmerkung für Mitropa

Die abrechnungspflichtigen Industriewaren sind als Anlage formlos beizugeben.

Großhandel und direktliefernde Produktionsbetriebe

Die Großhandelsbetriebe (z. B.

- GHK für Lebensmittel,
- Kommunaler Großhandel Berlin,
- KG-Zentrallager für Großverbraucher,
- Privater Großhandel)

melden auf Formblatt WBPA 2 bis zum 10. Werktag nach Quartalsende ihre Auslieferung getrennt nach:

- a) Sonstigen sozialistischen Einzelhandel,
- b) Privaten Einzelhandel,
- c) Großverbraucher

an: Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des belieferten Kreises.

Rat des Kreises, Abt. Handel und Versorgung

a) Die Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Kreises meldet das Kreisergebnis für

- aa) Sonstigen sozialistischen Einzelhandel,
- ab) Privaten Einzelhandel,
- ac) Großverbraucher

auf Formblatt WBPA 2-Nahrungs- und Genußmittel bis zum 14. Werktag nach Quartalsende an: Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes.

- b) Bis zum 18. Werktag nach Quartalsende ist das Kreisergebnis nach Handelssystemen auf Formblatt WBPAz-Nahrungs- und Genußmittel zusammenzustellen und in einer Ausfertigung der Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes zu übergeben. Die Planzahlen sind dem Operativplan zu entnehmen (s. auch unter Konsumenten).

- c) Die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise sind verpflichtet, für alle Positionen mit doppeltem Preisniveau die Aufgliederung des Gesamtsolls auf Markterware, HO-Ware und Großverbraucher den Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Bezirke zu melden. Der Voraussetzung wird durch die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Bezirke selbst festgelegt.

d) **Besondere Hinweise für die Abrechnung des privaten Einzelhandels**
 Die Positionen
 Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren (Markenbasis),
 Tierische Fette (Markenbasis)
 sind der WBPA-Nahrungsgüter zu entnehmen
 (Verkauf auf Marken und Verkauf an Großverbraucher und sonstige Abgänge und Schwund).
 Tierische Fette sind vom Fettwert auf Effektivgewicht umzurechnen.
 Beispiel: 56 kg Fettwert =

$$\frac{56 \times 88}{100} = 48 \text{ kg.}$$

Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung

Die Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes meldet das Bezirksergebnis mit der Untergliederung nach Eigentumsformen auf Formblatt WBPAz-Nahrungs- und Genußmittel (Spalte e bis k). Die Planzahlen sind für alle Positionen mit doppeltem Preisniveau in die Spalten „Großverbraucher“ und „Insgesamt“, für alle anderen Positionen nur in die Spalte „Insgesamt“ einzusetzen. Für die Eigentumsformen sind nur die „Ist“-Zahlen zu melden (s. auch unter Konsum c)). Die Vorlage erfolgt bis zum 20. Werktag nach Quartalsende an:

- Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik,
- Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Umrechnungsschlüsse*

1. **Fischwert**

Die Umrechnungsnormen werden z. Z. ausgearbeitet.
 Der Fischwert gilt erst ab II. Quartal 1957.

2. **Vollmilchwert**

- 1 t Kondensvollmilch, gezuckert
 $= 3,36 \text{ t Vollmilch } 2,5\%$
- 1 t Kondensvollmilch, ungezuckert
 $= 3,01 \text{ t Vollmilch } 2,5\%$

- 1 t Trockenvollmilch
 $= 10,724 \text{ t Vollmilch } 2,5\%$

3. **Magermilchwert**

- 1 t Kondensmagermilch
 $= 2,915 \text{ t Magermilch}$
- 1 t Trockenmagermilch
 $= 12,475 \text{ t Magermilch}$
- 1 t Magerkäse
 $= 13,58 \text{ t Magermilch}$
- 1 t Speisequark, mager
 $= 6,7 \text{ t Magermilch}$

Hinweise

1. Werden Meldungen durch die Handelsorgane nachträglich berichtigt, so sind die Veränderungen sofort der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Kreises und auch der Abt. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes mitzuteilen.

2. Die Pendelbogen sind durch die Empfänger rechtzeitig an die Berichtenden zurückzugeben.

— 3200 — Berlin, den 12. Januar 1957
 Vierteljährliche Anlage zur WBPA 1

— Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren —

1. **Formblätter**

- Vierteljährliche Anlage zur WBPA 1-Nahrungs- und Genußmittel.
- Vierteljährliche Anlage zur WBPA 1-Industriewaren.

Genehmigungs-Nr. zu a) und b): 269 2 vom 20. Dezember 1956, befristet bis zum 31. Januar 1958

2. **Nomenklatur**

Nomenklatur II des Warenumsatzplanes mit der Aufgliederung der Position 1+000 in

- 14 100 200 Fleisch- und Fischwaren,
- 14 300 400 Fleisch und Fischwaren

(siehe „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 32/56, Seite 322).

3. **Berichtspflichtige**

- HO-Betriebe,
- Industrieläden,
- Kreisverbände der Konsumgenossenschaften und Bezirkswarenhäuser,
- Mitropa.

4. **Inhalt der Meldung**

Spalte a: Lfd. Nr.,
 Spalte b: Planposition mit Schlüssel-Nr.,
 Spalte 1: Warenzugang seit Quartalsbeginn,
 Spalte 2: Warenumsatz seit Quartalsbeginn.
 Die Spalte 1 ist von allen Berichtspflichtigen auszufüllen.

Die Spalte 2 ist verbindlich von allen HO-Industriewarenbetrieben auszufüllen.

Soweit in HO-L- bzw. HO-G-Betrieben die Voraussetzungen bestehen, kann durch die Abt. Handel und Versorgung der Rote der Kreise bzw. durch die Verwaltungen veranlaßt werden, daß ebenfalls die Spalte 2 ausgefüllt wird.

Im Bereich des VDK wird nur die Spalte 1 ausgefüllt.

5. **Berichtsweg und Termine**

- Die Meldung ist von allen Berichtspflichtigen zusammen mit der WBPA 1-Industriewaren bzw. Nahrungs- und Genußmittel einzureichen.
- Die Vorlage durch die HV HO Wismut und HO Vertrieb, HO Versandhandel und Direktion der Mitropa erfolgt ebenfalls zusammen mit der WBPA 1.
- Die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Bezirke reichen das Bezirksergebnis für HO-Kreisbetriebe und Industrieläden bis zum 18. Werktag nach Quartalsende an das Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik, ein (2fach).
- Der VDK gibt das DDR-Ergebnis mit Anlage der Bezirksergebnisse bis zum 24. Werktag nach Quartalsende an:
 - Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik;
 - Staatliche Plankommission, HA Handel und Versorgung;
 - Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

6. **Auswertung**

Da der Warenumsatzplan in den Betrieben nach der Nomenklatur II aufgestellt wird, besteht auf Grund dieser Berichterstattung die Möglichkeit, daß sowohl in den Betrieben wie auch auf allen Ebenen des Staatsapparates vierteljährlich eine Einschätzung des Umsatzes in Nomenklatur II vorgenommen werden kann. Die Position 14 000 ist dabei aus Gründen der Zweckmäßigkeit untergliedert. Die Umsätze des sonstigen sozialistischen sowie des privaten Einzelhandels werden durch die Staatliche Zentralverwaltung ebenfalls getrennt nach

14 100 200

14 300 400

erfaßt, so daß eine Vergleichbarkeit für den gesamten Einzelhandel besteht.

— 3200 —

Berlin, den 12. Januar 1957

Monatliche Warenbewegungsmeldung
 des Großhandels

1. **Formblätter**

- WAN (GHK für Haushaltwaren = UPA 57),

- H 57 im Bereich des GHK für Lebensmittel und Kommunaler Großhandel Berlin;

- Genehmigungs-Nr.: 260 13 vom 16. November 1956, befristet bis zum 20. Januar 1958;

- Genehmigungs-Nr.: 260 18 vom 27. November 1956, befristet bis zum 20. Januar 1958.

(Fortsetzung auf Seite 29)

Empfehlungen des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel und des Ministeriums für Handel und Versorgung zum Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1957

An alle Leitungen der staatlichen Einzel- und Großhandelsbetriebe

An alle Betriebsgewerkschaftsleitungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit den nachstehenden Empfehlungen geben Euch der Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel und das Ministerium für Handel und Versorgung eine Anleitung in die Hand, die Euch aufzeigen soll, wie Ihr an die Erarbeitung Eures Betriebskollektivvertrages 1957 herangehen sollt und welche Art Verpflichtungen darin aufzunehmen sind.

Im Jahre 1957 hat der staatliche Handel große Aufgaben zu lösen, deren Erfüllung zur weiteren ökonomischen und politischen Festigung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und den Bestrebungen zur Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes dienen wird. Darum ist es notwendig, den BKV zu dem Instrument zu machen, das nicht nur die innerbetrieblichen Interessen, sondern darüber hinaus die Interessen der gesamten Gesellschaft durchsetzen hilft.

Der BKV ist ein Vertrag, den die Belegschaft und die Betriebsleitung zur Verwirklichung der Interessen der Mitarbeiter und des Betriebes abschließen, und deshalb soll er so gestaltet werden, daß jeder einzelne Mitarbeiter den BKV als das Gesetz des Betriebes ansieht und sich verpflichtet fühlt, die darin enthaltenen Abmachungen einzuhalten und eine ständige Kontrolle über ihre Durchführung auszuüben.

In der Einleitung des BKV ist auf die Erfolge, die auf Grund der entwickelten Masseninitiative auf ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet durch die Verwirklichung der Verpflichtungen des BKV von 1956 erzielt wurden, hinzuweisen. Diese Darstellung kann sehr kurz geschehen und an Hand konkreten Zahlenmaterials erfolgen.

Der BKV soll von allem bürokratischen Ballast befreit sein, und die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung sollen sich nur noch auf die grundsätzlichen Maßnahmen zur Lösung der gestellten Aufgaben beziehen. Alles, was durch Gesetze und Verordnungen geregelt ist, soll sich im BKV nicht noch einmal durch Verpflichtungen widerspiegeln. Dadurch wird es möglich, statt der bisherigen 7 Teilausschüsse und 4 Anlagen nur noch 4 Abschnitte auszuarbeiten.

Die Abschnitte gliedern sich in:

- A. Aufgaben zur Planerfüllung, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und zur Erreichung einer hohen Verkaufskultur.**
- B. Betriebliche Bestimmungen über Entlohnungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen und die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und Erwachsenenqualifizierung.**
- C. Aufgaben zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und des Gesundheitsschutzes, des Feriendienstes und der Sozialversicherung.**
- D. Aufgaben auf dem Gebiete der kulturellen Massenarbeit und des Sports.**

Schlussbestimmungen.
Da die bisherigen Anlagen des BKV im allgemeinen nur eine Konkretisierung der Verpflichtungen des BKV bzw. ein Ersatz der Arbeitspläne einzelner Abteilungen waren, fallen sie in diesem Jahre fort. Einige grundsätzliche Verpflichtungen in den einzelnen Abschnitten des BKV zur Frauen- und Jugendförderung und zur Verbesserung des Arbeitsschutzes sind ausreichend und geben die Grundlage für eine bessere Arbeit auf diesem Gebiet. Die detaillierten Teilaufgaben zur Frauen- und Jugendförderung sollen Bestandteil des Ausbildungsplänes der Abteilungen sein, über deren Erfüllung die Betriebsleiter, besonders in Frauen- und Jugendversammlungen, Rechenschaft abzulegen haben.

Um zu gewährleisten, daß die Technisierung der Betriebe im Mittelpunkt der Arbeit der Wirtschaftsfunktionäre bleibt und eine ständige Kontrolle ermöglicht wird, ist ein Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen zu erarbeiten, der nicht mehr Bestandteil des BKV ist. Entsprechende Maßnahmen dazu sind im Abschnitt A durch die Betriebsleitung aufzunehmen. In diesem Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen sind genaue Angaben über die im Verlauf des Jahres 1957 vorgeschene Entwicklung des Betriebes, der Verkaufsstellen usw. zu machen. Er ist durch die Vorschläge, die in den Handelsberatungen und ökonomischen Konferenzen gemacht werden, laufend zu ergänzen. An Euch selbst wird es nun liegen, Euren BKV zu dem zu machen, was er sein soll, nämlich ein Vertrag zwischen Belegschaft und Betriebsleitung, der der Verwirklichung Eurer eigenen und gleichzeitig unserer gesellschaftlichen Interessen dient.

Zum Abschnitt A**Aufgaben zur Planerfüllung, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und zur Erreichung einer hohen Verkaufskultur**

Um das Interesse aller Beschäftigten an der Mitarbeit zum BKV 1957 zu wecken, ist zum Beginn dieses Abschnittes zum Ausdruck zu bringen, daß durch Anwendung der neuen und durch volle Ausnutzung der vorhandenen Technik, durch Verbesserung der Arbeitsorganisation, durch Anwendung neuer Arbeitsmethoden, durch die Hebung der Verkaufskultur, durch die Entwicklung eines ideenreichen Handels und durch die umfassende Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs folgende Planziele erreicht werden sollen:

- a) Erfüllung des Umsatzplanes,
- b) Steigerung der Arbeitsproduktivität um wieviel Prozent,
- c) Senkung der Kosten um wieviel Prozent oder DM,
- d) Erzielung der höchsten Akkumulation.

In diesen Abschnitt hat der Direktor Verpflichtungen aufzunehmen, die der rechtzeitigen Planaufschlüsselung bis auf die kleinste Betriebseinheit und — wo es möglich ist — bis auf den einzelnen Mitarbeiter sowie der eingehenden Erläuterung der wichtigsten Planteile durch die verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre dienen.

Dazu ist es notwendig, daß die Durchführung von Handelsberatungen neuer Art (in ihnen bilden die Planaufgaben und die dazugehörigen Diskussionen die Grundlagen der Beratungen) mehr als bisher beachtet wird. Hierzu sind konkrete Verpflichtungen zur Unterstützung der Vertrauensleute bei der Organisation von Wettbewerben, zur Sicherung der Auswertung und Realisierung der in den Handelsberatungen gefassten Beschlüsse aufzunehmen.

Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Verkaufskultur sollten Maßnahmen festgelegt werden, die insbesondere eine größere Einführung und Anwendung der Handelstechnik und bessere Arbeitsorganisation zum Inhalt haben. Die Lösung:

„Modernisieren, Mechanisieren, Automatisieren“

muß deshalb der Leitfaden für die Erarbeitung des Abschnittes A sein.

Der größte mobilisierende Faktor für die Lösung aller ökonomischen Schwerpunkte, aus deren Erfüllung sich dann auch die bessere soziale und kulturelle Betreuung der Mitarbeiter ergibt, ist die Durchführung von Wettbewerben. Deshalb sind konkrete Verpflichtungen der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung aufzunehmen, was zur Organisation und Forderung der Wettbewerbsbewegung unternommen werden soll. Es kommt darauf an, Maßnahmen für eine bessere öffentliche Führung des Wettbewerbs, regelmäßige kurzfristige Auswertung, reale Vergleichsmöglichkeiten (z. B. Wettbewerbsgruppen auf Branchenbasis) festzulegen und für die rechtzeitige Bekanntgabe der Wettbewerbsprominen zu sorgen. (Die Wettbewerbsrichtlinien für den Massenwettbewerb 1957 werden bei der Erarbeitung dieser Verpflichtung eine Hilfe sein.)

Für den staatlichen Großhandel kommt es darauf an, Verpflichtungen einzugehen, die im Rahmen des

Komplexwettbewerbes (von Branche zu Branche), den Wettbewerb zwischen den Außenvertretern, den Wettbewerb zwischen den Innenverkäufern, den Wettbewerb zwischen den Disponenten, den Wettbewerb zwischen den Warengruppen, den Wettbewerb zwischen den Lägern

organisieren und fördern helfen.

In enger Verbindung mit dem Wettbewerb stehen die Arbeit nach neuen Arbeitsmethoden und das Vorschlags- und Erfindungswesen. Verpflichtungen, die der Entwicklung neuer und der Verbreitung bewährter Neuerermethoden sowie der Schaffung dazu notwendiger Voraussetzungen dienen, sollten deshalb unter diesem Punkt aufgenommen werden. Ebenfalls sind solche Maßnahmen zu treffen, die eine gute Vorbereitung und Durchführung des „Tages des Neuerers“ gewährleisten und helfen, die dort gewonnenen Erkenntnisse schnellstens zu verbreiten. Das betriebliche Vorschlags- und Erfindungswesen ist durch eine geeignete Aktivierung so zu entwickeln, daß immer mehr Beschäftigte bereit sind, daran mitzuarbeiten.

Eine der Möglichkeiten zur Stärkung des sozialistischen Handels ist die Verbesserung der Handelsmethodik. Sie muß im ideenreichen Handeln ihren Ausdruck finden. Es ist deshalb notwendig, daß der Groß- und Einzelhandel konkrete Verpflichtungen übernimmt, in denen festgelegt wird, durch welche Maßnahmen eine bessere Handelsmethodik erreicht werden soll.

Maßnahmen zur Organisierung einer Gütekontrolle über die Warenzugänge und über die Bestände, zum Abbau und zur Vermeidung von Überplanbeständen, von Bruch und Wertminderung der Ware sollten ebenfalls ihren Niederschlag in Verpflichtungen finden.

Zur Gewährleistung einer ordentlichen Rückführung des Leergutes sind Verpflichtungen einzugehen, die sich auf die Verbesserung des Arbeitsablaufes im Fuhrpark, Vermeidung von Stillstandszeiten, Ausschaltung von Fremdfahrzeugen, Schaffung von Möglichkeiten zur Beteiligung der Kraftfahrer an der 100 000-km-Bewegung, Einführung des Kollisionsystems usw. beziehen.

Zur schnelleren Bearbeitung von Reklamationen sollten Verpflichtungen aufgenommen werden, denen die Anweisung über die „Wahrung der Rechte der Käufer beim Kauf mangelhafter Sachen“ (Industriewaren) zugrunde gelegt wird.

Zum Abschnitt B**Betriebliche Bestimmungen über Entlohnungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen, über die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und über Erwachsenenqualifizierung****a) Entlohnung**

Die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten des staatlichen Groß- und Einzelhandels ist gesetzlich geregelt. In diesem Abschnitt gilt es, Verpflichtungen aufzunehmen, die

den richtigen Einsatz der Arbeitskräfte unter Berücksichtigung ihrer Qualifikation sichern und zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn beitragen,

der Sicherung der sozialistischen Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin dienen,

für die Erarbeitung betrieblicher Prämienzeitlohnssysteme auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen maßgeblich sind.

b) Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Verpflichtungen des BKV dürfen sich nicht nur einseitig auf Maßnahmen zur Erhöhung der Planerfüllung beziehen, sondern es ist stets davon auszugehen, daß in unseren sozialistischen Betrieben den Werktagen unsere besondere Fürsorge gehört.

Deshalb sind im BKV besonders in den folgenden Absätzen Verpflichtungen aufzunehmen, die die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter zum Inhalt haben, z. B. Unterstützung der Mitarbeiter bei der Beschaffung von Wohnraum, Unterstützung des

Arbeiterwohnungsbauens, Verbesserung der Werkverpflegung, Verpflichtungen im Rahmen der Investitionsmittel zur Neueinrichtung, Erweiterung bzw. Renovierung von Werkküchen, Nebenräumen, Speisesälen und ihrer Verschönerung.

Zur Erleichterung der Arbeit unserer werktätigen Frauen ist zu überprüfen, ob es notwendig und möglich ist, Nähsstuben oder Betriebswäschereien usw. einzurichten. Sollte es aus betrieblichen Gründen nicht möglich sein, eigene Einrichtungen zu schaffen, so muß versucht werden, sich einem anderen Betrieb zuzuschließen. Dazu ist es notwendig, das Frauenprogramm des FDGB-Bundesvorstandes gut auszuwerten und entsprechende Maßnahmen im BKV festzulegen.

c) Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und Erwachsenenqualifizierung

In diesem Abschnitt sollten die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen Verpflichtungen aufnehmen, die der Jugend- und Erwachsenenqualifizierung dienen, um einmal einen guten Nachwuchs zu sichern und zum anderen bei den Erwachsenen eine Übereinstimmung zwischen Lohngruppe und der erforderlichen Qualifikation zu gewährleisten, wie z.B.

Maßnahmen zur Ausbildung der Lehrlinge, die dem Planteil Berufsausbildung entsprechen,

Unterstützung des Berufswettbewerbes 1957,

Durchführung von Sonderlehrgängen für die fachliche Qualifizierung,

Beschickung der Betriebsschulen des staatlichen und konsumgenossenschaftlichen Handels,

Besuch von Gewerkschaftsschulen und Schulen anderer Massenorganisationen,

Abschluß von Patenschaftsverträgen,

Förderung der Interessengemeinschaften der FDJ usw.

Mit der planmäßigen Qualifizierung der Werktätigen soll erreicht werden, daß die Mitarbeiter den sich immer mehr steigernden Anforderungen, die im staatlichen Handel an sie gestellt werden, genügen und sie meistern lernen.

Entsprechend dem "Gesetz zur Förderung der Jugend" erfolgt der Abschluß der Jugendförderungspläne jeweils am 8. Februar eines jeden Jahres.

Der Abschluß für das Jahr 1957 ist ebenfalls am 8. Februar in würdiger Form durchzuführen. An diesem Tage legen die Leiter der Handelsbetriebe Rechenschaft vor den Jugendlichen über die Erfüllung des Jugendförderungsplanes für das Jahr 1956 ab.

Um den 8. Februar, den Tag der Jugend, in allen Betrieben zu einem vollen Erfolg zu gestalten, ist es notwendig, daß die Leiter der Betriebe sowie die betrieblichen Leitungen der Massenorganisationen die Rechenschaftslegung und den Jugendförderungsplan 1957 gut vorbereiten.

Zum Abschnitt C

Aufgaben zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des Feriendienstes und der Sozialversicherung

a) Arbeits- und Gesundheitsschutz

In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat steht die Sorge um den Menschen im Vordergrund. Von diesen Grundsätzen ausgehend, ist es erforderlich, daß in diesem Abschnitt solche Verpflichtungen aufgenommen werden, die der Gesunderhaltung unserer Werktätigen dienen und unser Volkseigentum sichern. Dazu gehören Maßnahmen, die

die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeits- und Brandschutz sichern, die rechtzeitige Winterfestmachung der Verkaufsstellen und Arbeitsplätze sichern, die besonders gefährlichen Arbeiten auch besonders kennzeichnen und behandeln, die Durchführung von Betriebsbegehung und schnelle Beseitigung von Unfallquellen garantieren, eine erfolgreiche Durchführung des Arbeitsschutzmomats gewährleisten.

(Besondere Anschaffungen auf dem Gebiete des Arbeits- und Brandschutzes sind in den Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen aufzunehmen.)

Im BKV sollen die Mittel, die zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und des Gesundheitsschutzes vorgesehen sind, ihrer Verwendung entsprechend und getrennt nach Finanzierungsquellen aufgeführt und eine ständige Kontrolle festgelegt werden. Die Verbesserung sozialer Einrichtungen, die Förderung der Betriebssektion des DRK durch Ausbildung und Qualifizierung von Gesundheitshefern, Schaffung entsprechender Arbeitsplätze und Erleichterungen für Schwerbeschädigte und Schwangere und weitere Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung der im sozialistischen Handel Beschäftigten sind in diesem Abschnitt durch entsprechende Verpflichtungen zu regeln. Hierzu gehören auch die Festlegungen von materiellen Unterstützungen bei Geburten, Hochzeiten, einmalige Belohnungen usw.

b) Feriendienst

Der Urlaubsplan ist rechtzeitig nach Diskussion mit den Mitarbeitern aufzustellen und zu bestätigen. Dabei ist darauf zu achten, daß der Urlaub über das ganze Kalenderjahr verteilt wird. Besondere Sorgfalt ist auf die richtige Verteilung der Urlaubswochen und Urlaubszuschüsse zu legen. Wochenend- und Sonderfahrten sind mehr als bisher zu berücksichtigen.

c) Sozialversicherung

Unterstützung des Plankollektivs und des Rates der Sozialversicherung bei der Erarbeitung des Haushaltplanes der Sozialversicherung und bei der monatlichen Kontrolle über die kurzfristigen Barleistungen. Hierzu konkrete Verpflichtungen aller daran beteiligten Abteilungen.

Zum Abschnitt D

Aufgaben auf dem Gebiete der kulturellen Massenarbeit und des Sports

In diesem Abschnitt soll zum Ausdruck kommen, daß die kulturelle Massenarbeit nicht nur Laienspiele, Sport und Tanz zum Inhalt hat. Es muß aufgezeigt werden, daß die kulturellen Veranstaltungen sämtliche Lebensfragen der Mitarbeiter berühren, zur Hebung des Allgemeinwissens und der fachlichen Qualifizierung führen und der Erholung und Entspannung dienen.

Hierzu gehören z. B.:

Organisierung von Vorträgen — aus den verschiedensten Gebieten des täglichen Lebens, Auswertung der Schriftenreihe der Gewerkschaft Handel.

Popularisierung von Neuerermethoden — Ausstellungen, Wandzeitungen, Sitztagitation, Anregungen zur Abgabe von Verbesserungsvorschlägen usw.

Erholung und Entspannung — durch Kulturveranstaltungen, Bildung von Interessenzirkeln, Ausflüge, Film- und Theaterbesuche, Buchbesprechungen usw.

Arbeit mit den Kindern — Kindernachmittage, Filmveranstaltungen, Zirkelnachmittage, Ausstellungen, Wandweitungen, Kinderferienaktion (im Sommer und Winter), Einrichtung von ständigen Kinderferienlagern.

Massensport — (wobei besonders die Interessen der Frauen und Jugendlichen berücksichtigt werden sollen) Gymnastik- und Turngruppen, Ablegung der Leistungsprüfungen, Kindersport, Sportfeste.

Leistungsprüfungen, Kindersport, Sportfest. Volkskunstarbeit — wie Erweiterung und Neubildung von Kulturgruppen, Hebung des ideologisch-politischen Inhalts der künstlerischen Massenarbeit, Erweiterung des Repertoires.

Patenarbeit — Abschluß von Patenschaftsverträgen, Einsatz in den Patenbetrieben (z. B. LPG und Privatbetriebe)

Aufnahme von gesamtdeutschen Verbindungen.

Schlüsselemente:

Hier ist festzulegen, in welcher Weise die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen die Erfüllung der Verpflichtungen des BKV organisieren und alle Mitarbeiter den Betrieb in die Massenkontrolle einbezogen werden sollen.

Es ist festzulegen, daß die Rechtschafftslegung über die Erfüllung der Verpflichtungen des KV4 vierteljährlich vor den Mitarbeitern des Betriebes (in größeren Betrieben Volleversammlungen der Vertrauensleute) in dem Zeitraum vom 15. des Monats nach Quartalsabschluß bis zum 15. des darauffolgenden Monats zu erfolgen hat.

Es ist sicherzustellen, daß sämtliche Beschäftigten den Inhalt des BKV kennenlernen, um ihn verwirklichen und ständig kontrollieren zu können. Aussüge aus dem BKV könnten z. B. in den Verkaufsstellen, Abteilungen, Lägern usw. veröffentlicht werden, damit die Mitarbeiter die Realisierung der Verpflichtungen laufend kontrollieren und sich für ihre Erfüllung einsetzen können.

Der BKV für das Jahr 1957 ist spätestens bis zum 26. Februar 1957 abzuschließen. Eine Registrierung des BKV erfolgt nicht. Er tritt sofort nach der Unterzeichnung in der Belegschaftversammlung bzw. Vollversammlung der Vertrauensleute in Kraft. Je ein Exemplar des unterzeichneten BKV ist dem Kreisvorstand der Gewerkschaft Handel und dem übergeordneten staatlichen Organ des Betriebes zur Verfügung zu stellen.

Grundlagen für die Erarbeitung des BKV sind:

- a) der bestätigte Betriebsplan bzw. die verbindlichen Kennziffern,
- b) die in den Wahlversammlungen gemachten Vorschläge und gefassten Beschlüsse,
- c) die vorstehend aufgeführten Hinweise,
- d) die gesetzlichen Bestimmungen über den Abschluß der Betriebskollektivverträge.

Um das Interesse aller Mitarbeiter an dem BKV und an der Erfüllung der Verpflichtungen zu wecken und ständig rege zu halten, werden die Abschlußarbeiten im Gesamtnetz zum Vorjahr vereinfacht.

Umsetzung des RKV soll in zwei Etappen erfolgen.

Zum Beginn des neuen Jahres erfolgt eine gemeinsame Sitzung der Betriebsleitung mit der Betriebsgewerkschaftsleitung zur Vorbereitung des Abschlusses des

BKV, in der die Erfüllung der Verpflichtungen des vorjährigen BKV einschließlich der Anlagen oder die Erfüllung der Verpflichtungen der Arbeitsschutzvereinbarungen analysiert und daraus die Vorschläge für den neuen Abschluß entwickelt werden.

In dieser Sitzung erfolgt auch die Bestätigung der zentralen Kommission zur Erarbeitung des neuen BKV, die sich aus Vertretern der Betriebs- und Gewerkschaftsleitung zusammensetzt. Den Vorsitz in dieser zentralen Kommission führt der Direktor des Betriebes.

In der darauffolgenden Aktivtagung werden von den Gewerkschaftsfunktionären die auf der gemeinsamen Sitzung erarbeiteten Vorschläge diskutiert und die richtige Orientierung für den Abschluß des BKV geben.

In der Zeit der Vorbereitungen zum Abschluß des BKV werden die gewerkschaftlichen Kommissionen durch Vertreter der Betriebsleitung und durch Mitarbeiter mit besonderen Erfahrungen auf den verschiedensten Fachgebieten verstärkt. Diese ergänzen gewerkschaftlichen Kommissionen leisten die Vorarbeiten für die einzelnen Teilabschnitte des BKV. Sie übergeben ihre Vorschläge und die in den Handelsberatungen und Wahlversammlungen gemachten Vorschläge an die zentrale Kommission, die die Zusammensetzung der einzelnen Teilabschnitte vornimmt. Da in diesem Stadium der Vorbereitung im allgemeinen keine besonderen Gruppenversammlungen durchgeführt werden, ist eine Publizierung der Vorschläge an den Wandzeitungen, durch Betriebsfunk, oder persönliche Diskussionen erforderlich. Die Vorschläge sind so zu veröffentlichen, daß jeder Beschäftigte die Möglichkeit hat, der zentralen Kommission seine Bemerkungen und ergänzenden Hinweise zu übermitteln (die Kommission für kulturelle Maßnahmen muß besonders während dieser Zeit in Aktion treten). In dieser Etappe liegt der Schwerpunkt der Arbeit in der Diskussion und der Mobilisierung der Belegschaft zur Mitarbeit am BKV.

Nach der Einarbeitung der Vorschläge der Mitarbeiter in den Entwurf des BKV werden in der zweiten Etappe Betriebsversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen durchgeführt, in denen die Rechenschaftslegung über den BKV 1958 und seine Anlagen und die Diskussionen über den neuen BKV erfolgen. In dieser Belegschaftsversammlung bzw. Delegiertenkonferenz wird der BKV abgeschlossen.

In den Betriebsstellen, die vom Betriebsitz weit entfernt liegen, kann die Zustimmung zum BKV 1957 durch die Vollversammlung der AGL erfolgen. Die Unterzeichnung des BKV 1957 findet in diesen Fällen in einer Delegiertenkonferenz des Betriebes statt, nachdem die Zustimmung aller AGL-Vollversammlungen, in denen die AGL-Beteiligung sind, vorliegt.

die Delegierten zu wählen sind, vorliegt. Der BKV wird mit Leben erfüllt sein, wenn die gesamte Belegschaft zur Erarbeitung herangezogen wird und die Vorschläge und Hinweise der Arbeiter und Angestellten, Frauen und Jugendlichen beachtet werden. Wir weisen besonders darauf hin, daß die Arbeit nicht mit dem Abschluß beendet ist, sondern daß unmittelbar nach Abschluß die "Organisierung der Massenkontrolle" fortzusetzen ist.

(Fortsetzung von Seite 24)

2. Berichtspflichtige

NL aller Großhandelskontore,
Konsum-Handelsniederlassungen,
Konsum-Zentrallager, jedoch nur vierteljährlich,
Kommunale Großhandelsbetriebe, Berlin.

3. Nomenklatur

Die Berichterstattung erfolgt in der Nomenklatur, die den einzelnen Berichtspflichtigen bestätigt wurde und die auf jeden Fall die Abrechnungspositionen der WBPA enthalten muß.

4. Berichtsweg und Termine

a) Die Vorlagetermine durch die NL der GHK an ihre Verwaltungen legen die Verwaltungen selbst fest.

Für die KGH-Betriebe erfolgt die Festlegung durch den Magistrat von Groß-Berlin und im Bereich des VDK durch den VDK, einschl. des Berichtsweges.

b) Die Verwaltungen der NL der GHK für Industriewaren sowie Lebensmittel und der Magistrat von Groß-Berlin für die KGH-Betriebe reichen bis zum 18. Werktag nach Monatsende

die Meldung ein an:

ba) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik (4fach);
bb) Staatliche Plankommission, HA Handel und Versorgung;
bc) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abt. Binnenhandel.

Die NL der GHK geben ferner ein Exemplar ihrer Meldung an den für den Sitz des Betriebes zuständigen Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung.

c) Die Verwaltungen der GHK für Industriewaren melden alle Positionen der lieferseitigen Abrechnung des Materialverteilungsplanes getrennt nach GHK und privater Großhandel auf Formblatt 40 bzw. WAM bis zum 13. Werktag nach Monatsende an:

ca) Ministerium für Leichtindustrie, Abt. Bilanzkontrolle, Berlin O 17, Ehrenbergstraße 14 (GHK für Textilwaren, Schuhe und Lederwaren, Möbel und Kulturwaren);
cb) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abt. Binnenhandel, Berlin C 2, Klosterstr. 80 bis 83 (GHK für Technik, Haushaltwaren, Kurzwaren);

dc) Verband Deutscher Konsumgenossenschaften bis 25. Werktag nach Quartalsende an:
da) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung und Handelsstatistik (4fach);
db) Staatliche Plankommission, HA Handel und Versorgung;
dc) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abt. Binnenhandel.

Die Kreis- und Bezirksverbände reichen ein Exemplar der WAM zu den Terminen der WBPA 1 an die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise bzw. Bezirks ein (siehe „Richtlinien zur Abrechnung des WB-Planes“).

5. Anmerkungen

Die Verwaltungen der GHK, der Magistrat von Groß-Berlin und der VDK geben für die Berichtspflichtigen ihres Bereiches jeweils Erläuterungen für die Berichterstattung im einzelnen heraus.

— 3660 —

Berlin, den 11. Januar 1957

Wichtiger Hinweis zum Preisdienst

Wie bekannt wurde, erhalten die in den Handelsorganisationen für Preise und Kalkulation verantwortlichen Mitarbeiter nicht immer die in den „Verfügungen und Mitteilungen“ abgedruckten Preisdienste zu Kenntnis.

Diese Preisdienste regeln die Einzelhandelsverkaufspreise für neue Waren, die für den gesamten Handel von Bedeutung sind, bzw. regeln Preisherabsetzungen und Preisminderungen. Bei diesen sind in der Regel Ausschlußfristen für die Erstattungsanmeldungen angegeben, deren Überschreitung für den jeweiligen Handelsbetrieb Nachteile mit sich bringt.

Es ist daher unbedingt dafür zu sorgen, daß den für Preise und Kalkulation verantwortlichen Mitarbeitern alle „Verfügungen und Mitteilungen“, in denen Preisdienste enthalten sind, schnellstens zuzuleiten sind.

Hentschel
Hauptabteilungsleiter

— 3200 —

Berlin, den 11. Januar 1957

Zur Nomenklatur zur Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes 1957 („Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 1/57)

Gegenüber der in Nr. 1/57 veröffentlichten Nomenklatur ergeben sich folgende Berichtigungen:

Nomenklatur Nahrungsgüter

Die im IV. und I. Quartal abzurechnende Position „Wild und Geflügel“ gehört zum zentralverteilten Fonds (Darunterposition von „Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren“).

Nomenklatur Industriewaren

a) Die Positionen 6311, 6512, 6313, 6314 sind Darunterpositionen von „Möbel insgesamt“ und gehören somit zum gelenkten Fonds.
b) Statt „Elektrische“ muß es heißen: Elektroherde und elektr. Kombiherde (Pos. T. v. 7511).

— 1361 —

Berlin, den 11. Januar 1957

Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen

Nachbestellungen der Anweisung Nr. 59/56 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben (erschienen als Beilage zum Heft Nr. 30/56) können nur beim

Buchhaus Leipzig
Leipzig O 5, Täubchenweg 83

erfolgen. Der Stückpreis beträgt 0,15 DM. Sammelbestellungen sind erwünscht.

Nachbestellungen beim Ministerium für Handel und Versorgung oder beim VEB Deutscher Zentralverlag sind zwecklos'.

— 5522 —

Berlin, den 11. Januar 1957

Mustervertrag über die Bewirtschaftung gastronomischer Kapazitäten der gewerkschaftlichen Kultur- und Clubhäuser

Nachstehend veröffentlichten wir die in der Anweisung Nr. 53/56 angekündigte Mustervertrag.

Wir empfehlen, diesen Mustervertrag als Grundlage zu nehmen für entsprechende Verhandlungen mit den Leitungen der Betriebe über die gastronomische Bewirtschaftung der Kultur- bzw. Clubhäuser.

Die örtlichen Bedingungen sind je nach den Gegebenheiten bei den abzuschließenden Vereinbarungen zu berücksichtigen.

Mustervertrag

Zwischen dem VEB
vertreten durch den Werkdirektor, Kollegen
und
der Handelsorganisation
vertreten durch den Direktor, Kollegen
wird zur gastronomischen Nutzung des Kulturhauses
folgendes vereinbart:

1. Der VEB überträgt der HO mit Wirkung von die gastronomische Nutzung ihres Kulturhauses in der Str. Nr. Hierbei lassen sich beide Partner von dem Standpunkt leiten, daß die Bewirtschaftung dem Charakter eines Kulturhauses der Werkstätigen entsprechen und die gastronomische Betreuung der sichtbare Ausdruck der ständigen Verbesserung des Lebensstandards sein muß.
2. Der VEB stellt der HO folgende Räumlichkeiten zur ständigen Nutzung zur Verfügung, zum Beispiel:
 - a) Küche mit Einrichtung,
 - b) Gastzimmer einschließlich Büfetttraum mit Einrichtung in kleinen bzw. großen Saal,
 - c) Keller,
 - d) Lagerräume,
 - e) Garderobenräume für das HO-Personal.
3. Für die Beschaffung und Aufstellung der erforderlichen Möbel, Kühlkapazitäten, Büfets, Beleuchtungskörper usw., also für Gegenstände, die in den Grundmittelfonds eingehen, ist der VEB als Rechenträger des Kulturhauses verantwortlich. Er trägt die Beschaffungs- und Aufstellungskosten sowie die Kosten für die Generalsanierung dieser Anlagen.
4. Die HO ist auf der Basis nach den für die Gaststätten allgemein gültigen Grundsätzen für die Beschaffung und Ergänzung der Erstausstattung (Porzellan, Wirtsglas, Bestecke, Tischwäsche usw.) in den von ihr bewirtschafteten Räumen verantwortlich und trägt dafür die erforderlichen Kosten. Bei besonderen Anlässen stellt der VEB Porzellan, Bestecke, Gläser usw. aus den Beständen der Werkküche im Rahmen seiner Möglichkeiten kostenlos zur Verfügung.
5. Für die Instandhaltung, Renovierung und Reinigung der Gasträume ist der VEB verantwortlich. Die HO trägt jedoch nur die Kosten für die Reinigung.
6. Der VEB-Einzelhandelsbetrieb HO zahlt an die Leitung des Kulturhauses nachfolgend aufgeführte Nutzungsgebühren pro Monat:
 - a) Für die Raumnutzung nach m²-Preisen DM
 - b) Für die Nutzung der Anlagen DM
 - c) Für die monatl. Reinigung der Räume DM
 - d) monatl. Pauschalbetrag für Heizungskosten DM
 - e) monatl. Pauschalbetrag für Strom und Wasser DM (die Gegenahme erfolgt auf eigene Rechnung der HO)
 - D) monatl. Abteilung für Renovierung und Reinigung von Gardinen DM
7. Um eine enge Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden gemeinsam folgende Maßnahmen festgelegt:
 - a) In der Klubkommission arbeitet ein ständiger Vertreter der HO mit beschließender Stimme mit.
 - b) Im Veranstaltungspunkt des Kulturhauses, der bis zum 15. eines Monats für den folgenden Monat ausgearbeitet wird, sind die Veranstaltungen der HO, die im Interesse einer soßen kulturellen Betreuung der Gäste des Kulturhauses durchgeführt werden, mit aufzunehmen.

Bei der Abprache des Veranstaltungspunktes ist festzulegen, zu welchen Veranstaltungen Bedienung notwendig ist. Notwendige Änderungen des Veranstaltungspunktes sind sofort nach Bekanntwerden gegenseitig mitzuteilen.
8. Für die Gaststätte wird die Preisstufe festgesetzt. Beim Einsatz von Kapellen in den Gasträumen durch die HO wird ein Aufschlag oder Eintritt nach den gesetzlichen Bestimmungen erhoben.
9. Die HO verpflichtet sich, das Inventar pfleglich zu behandeln, und haftet für Schaden oder Verluste, die durch Verschulden der Mitarbeiter der HO oder dritter Personen entstanden sind.
10. Die Angestellten der HO sind weder vertraglich noch disziplinarisch dem Trägerbetrieb des Kulturhauses unterstellt. Sie erhalten ihre Anweisungen ausschließlich durch die Betriebsleitung der HO.
11. Die Betriebsleitung der HO und ihre Mitarbeiter sind verpflichtet, eng mit dem Leiter des Kulturhauses zusammenzuarbeiten und haben sich in ihrer Gaststättentätigkeit dem Charakter des Kulturhauses anzupassen.
12. Nimmt die HO einen Wechsel des Gaststättenleiters vor, ist der Vertragspartner davon zu unterrichten. Bei Neueinstellungen sind die Wünsche des Partners anzuhören und gegebenenfalls zu berücksichtigen.
13. Um den Wünschen der Besucher des Kulturhauses nach einem ausreichenden, gleichzeitig preiswerten Sortiment in bezug auf Speisen und Getränke (einschließlich Backwaren) gerecht zu werden, verpflichtet sich die HO, die Speisen und Getränke der Sortimentsliste einzuhalten. Sie ist als Anlage des Vertrages beizufügen. Für die Sonderveranstaltungen ist eine zweite erweiterte Sortimentsliste aufzustellen. Die Einhaltung der beiden Sortimentslisten ist durch die Mitarbeiterkontrolle des VEB laufend zu überprüfen. Bei vorstehenden Verstößen gegen diese Abmachung verpflichtet sich die Betriebsleitung der HO, den Gaststättenleiter zur Rechenschaft zu ziehen.
14. Für die Bewirtschaftung des Saales (der Saal) erhält die Kulturhaus-Leistung eine besondere Vergütung von jeweils 2 % des in diesen Räumen bei Veranstaltungen erzielten Umsatzes (außer Tabakwaren). Die Nutzungsgebühr ist im nachfolgenden Monat zu verrechnen. Die Klubkommission erhält eine volle Einsichtnahme und Kontrolle in die Benötigungen. Mit der Abrechnung am folgenden 10. des Monats legt die HO zugleich eine schriftliche Erklärung über den im Saalgeschäft erzielten Umsatz vor. Zu den Auschankgeschäften des Saales zählen auch die dort mit Genehmigung der Klubleitung aufgestellten Sonderverkaufsstände und Bar.
15. Im Übrigen ist nach der gemeinsamen Anweisung des FDGB, Bundesvorstandes und des Ministeriums für Handel und Versorgung Nr. 69/53 und deren Ergänzung — Anweisung Nr. 53/56 — zu verfahren. Beide Vereinbarungspartner lassen sich von dem Grundsatz leiten, durch ihre Maßnahmen dazu beizutragen, die kulturellen Bedürfnisse der Werkstätigen zu befriedigen, wobei die Wahrung der Wirtschaftlichkeit für beide Teile gewährleistet sein muß.
16. Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und ist mit Unterzeichnung gültig. Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform unter Zustimmung beider Teile. Eine Kündigung ist jeweils zum Quartalsende bei Erhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zulässig. Sie muß durch eingeschriebenen Brief erfolgen.
17. Streitigkeiten aus diesem Vertrag sollten nach Möglichkeit unter Ausschluß des Rechtsweges durch Vertreter des Bezirksvorstandes des FDGB bzw. der IG oder Gewerkschaft und der Abteilung Handel und Versorgung des Rates des Kreises nach Anhörung der Vertragspartner entschieden werden.

Ort: Datum:

Direktor Hauptb. BGI-Vors. Klub Verwalter
VEB VEB VEB VEB
 Direktor Hauptb.
 HO HO

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 16. Januar 1957

Einzelhandel

Vordrucke der Finanzberichterstattung 1957

Ergänzend zur Mitteilung vom 5. Dezember 1956 (Heft 30/56 S. 297) wird mitgeteilt, daß für die vierjährige Finanzberichterstattung 1957 folgende Vordrucke aufgelegt werden:

Best.-Nr. 820/89964 Finanzmeldung — Einzelhandel

Teil V
(Zusammenstellung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe; entspricht dem bisherigen Kontrollblatt H 5),

Best.-Nr. 820/89965 Finanzmeldung — Einzelhandel

Teil VI
(Entwicklung des Grundmittelfonds und Sammelberichtsbogen; entspricht den bisherigen Kontrollblättern H 4 und H 6).

Der Bedarf für das I. und II. Quartal 1957 ist von den HO-Betrieben, HO-Verwaltungen, Räten der Kreise und Räten der Bezirke dem Vordruck-Leitverlag FDB, Freiberg/Sa., Scheunenstraße 9, bis zum 2. Februar 1957 aufzugeben. Die Auslieferung ist Mitte März vorgesehen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit ist je Kreis eine Sammelbestellung der Räte der Kreise für die HO-Betriebe zu empfehlen.

Tüten aus einseitig bedruckter Makulatur

Der VEB Vordruck-Leitverlag Berlin teilt uns mit, daß er aus alten Vordruckbeständen, die einseitig bedruckt sind, Tüten in drei verschiedenen Größen herstellen läßt. Diese Tüten können bestellt werden in den Formaten

76 X 118 mm,
125 X 191 mm,
95 X 207 mm.

Die Tüten werden mit jedem gewünschten Textaufdruck versehen. Muster werden auf besondere Anforderung durch den VEB Vordruck-Leitverlag Berlin an Interessenten versandt.

Die Anforderungen können nur in dem Maße beliebt werden, wie die Makulaturbestände ausreichen.

Kündigung von Standardvordrucken

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurden folgende Standardvordrucke gekündigt:

Best.-Nr. 08/1068 Protokoll über Preissenkung, -umstufung

Best.-Nr. 08/1069 Protokoll über Preiserhöhung, -senkung, -umstufung und Wertminderung, P II

Neufestsetzung

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurde als Standardvordruck neu festgesetzt:

Best.-Nr. 08/1117 Protokoll über Preissenkung, -umstufung
Block 25 X 3 Blatt, A 4, hoch

Dieser Vordruck ersetzt nach Ausverkauf der Vordrucke 08/1068 und 08/1069 an deren Stelle und wird auf die bereits vorliegenden Bestellungen ausgeliefert.

Muster werden den HO-Betrieben nach Eingang zugesellt.

Vordruck 06/1001 „Konventionalstrafe“ (Rechnung)

Wegen der seit längerer Zeit vorgesehenen Veränderung der vertraglichen Beziehungen wurde von uns die Auflage des Vordruckes 06/1001 „Konventionalstrafe“ zurückgestellt. Der Vordruck wird nunmehr wieder aufgelegt. Die beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin vorliegenden Bestellungen für den Zeitraum bis einschließlich Bedarf II/57 haben wir storniert, damit keine überhöhten Lieferungen erfolgen.

Neubestellungen für den Bedarf bis einschließlich II/57 sind dem VEB Vordruck-Leitverlag Berlin bis zum 31. Januar 1957 aufzugeben.

Vordrucke 01/1045 bis 01/1054

Die Auflagen für das zweite Quartal 1957 von den Vordrucken 01/1045 bis 01/1054 (s. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 21/56 Seite 221 und 25/56 Seite 262) wurden wegen der veränderten vertraglichen Beziehungen zwischen dem Groß- und Einzelhandel bis zum 31. Januar 1957 zurückgestellt. Bis zu diesem Termin soll von den Fachabteilungen über die Weiterverwendung der Vordrucke entschieden werden. Für den Vordruck 01/1046 Vertragskontroll-Kartei (Lebensmittel) erfolgte am 10. Januar 1957 die Druckfreigabe.

Betriebs-Paß — Einzelhandel Bestell-Nr. 03/1099

Der Betriebs-Paß (Einzelhandel), Best.-Nr. 03/1099, war laut Verfügungen und Mitteilungen Nr. 30/56 Seite 297 von den HO-Betrieben bis zum 20. Dezember 1956 beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin zu bestellen.

Auf Anregung des Rates des Bezirkes Suhl haben wir diese Bestellungen beim VLV Berlin storniert, da durch die Bildung der Handelskombinate wesentliche betriebliche Veränderungen erfolgen.

Die in der genannten Veröffentlichung geforderten Bestellungen sind durch die HO-Betriebe dem VEB Vordruck-Leitverlag Berlin neu zu erteilen, wenn die Umbildung zu Kombinaten erfolgte bzw. wenn die bisherige betriebliche Form des HO-Betriebes bestätigt wurde.

Endtermin für diese Bestellungen ist der 1. April 1957. Die Auslieferung des Betriebs-Passes verzögert sich dadurch bis Mitte des Jahres 1957.

•) Spätere Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Vordruck Reg.-Nr. 10/1223 „Prämienabrechnungsbogen“

Der Vordruck „Prämienabrechnungsbogen“ Reg.-Nr. 10/1223 wird für das erste Quartal 1957 mit geringen Veränderungen in der alten Form aufgelegt. Die Auslieferung ist ab Ende Januar vorgesehen. Soweit beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin noch keine Bestellungen vorliegen, sind dieselben bis zum

31. Januar 1957

aufzugeben. Da ab zweites Quartal 1957 der Vordruck in veränderter Form als Standardvordruck festgelegt werden soll, ist nur der tatsächliche Bedarf für das erste Quartal zu bestellen.

31

Eindrücke bei Standardvordrucken

Bei verschiedenen Standardvordrucken der Gruppen Bestell-Nummer 06/... und 07/... können auf Wunsch Nomenklatur- bzw. Firmeneindrücke vorgenommen werden. Zum schnelleren Arbeitsablauf in der Vordruckherstellung wurde mit dem VEB Vordruck-Leitverlag Berlin vereinbart, daß die hierfür anfallenden Korrekturen als Hauskorrektur in der Druckerei gelesen werden.

Bei den Kassenzetteln mit Firmen- und Werbedruck wird die Korrektur mit einer Terminstellung den HO-

Betrieben übersandt. Bei Terminüberschreitung werden diese Korrekturen ebenfalls von der Druckerei gelesen. Beanstandungen können dann nicht geltend gemacht werden.

Der Firmen- und Werbedruck auf Kassenzetteln kann ab Bedarf III 57 von allen HO-Betrieben vom VEB Vordruck-Leitverlag Berlin verlangt werden. Nähere Angaben sind in dem HO-Vordruck-Verzeichnis (Ausgabe Januar 1957) enthalten, welches den HO-Betrieben mit den neuen Jahresverträgen (Juli 1957 bis Juni 1958) jetzt übersandt wird.

Mitteilung der Vertragsschiedsstelle

— 1340 —

Berlin, den 3. Januar 1957

Verzicht auf die Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen

Auf Grund verschiedener Anfragen wird mitgeteilt:

- Bei Verträgen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben über Erzeugnisse, die zum Verkauf an die Bevölkerung durch den volkseigenen Einzelhandel bestimmt sind, sind die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Berechnung oder Geltendmachung einer Vertragsstrafe gem. § 4 Abs. 1 und § 5. 6. DB VVO getrennt jeweils für die kleinste mengen- oder wertmäßige bestimmte Position des Vertrages zu beurteilen. Beträgt also eine Vertragsstrafe aus einem Vertrage insgesamt 360,— DM, jedoch pro Vertragsposition jeweils nur 90,— DM, so kann auf die Geltendmachung verzichtet werden.
- Die Vertragspartner haben häufig weder auf die Berechnung noch auf die Geltendmachung von Vertragsstrafen verzichtet, obgleich die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 und § 5. 6. DB VVO vorliegen. Die Kosten solcher Verfahren standen in keinem Verhältnis zum Erfolg. Es wird den Ver-

tragspartnern empfohlen, in solchen Fällen auf die Berechnung und Geltendmachung der Vertragsstrafen zu verzichten.

- Auch bei der Prüfung des Vertragsstrafengläubigers gem. § 5. 6. DB VVC, ob er annehmen kann, daß ein Verschulden seines Vertragspartners nicht vorliegt, werden häufig überspitzte Maßstäbe angelegt.

Die eindeutige Feststellung des mangelnden Verschuldens ist Aufgabe des Staatlichen Vertragsgerichtes, kann also im Rahmen des § 5. 6. DB VVO nicht vom Vertragsstrafengläubiger verlangt werden. Über die Voraussetzungen für den Verzicht hat der Vertragsstrafengläubiger in eigener Verantwortlichkeit zu entscheiden und keinen Antrag auf Einleitung eines Schiedsverfahrens zu stellen und um einen Buchungsbeleg für die Ausbuchung der Vertragsstrafenoordnung zu erhalten. Ein anderes Verhalten führt zu unnötigen Kosten und zur Verzögerung der Entscheidungen anderer Vertragschiedsverfahren.

- Soweit Vertragsstrafengläubiger Verfahren anhängig gemacht haben, die den Gesichtspunkten gemäß Ziffer 1 bis 3 nicht entsprechen, wird ihnen empfohlen, ihre Anträge entsprechend zu berichtigen.

INHALTSVERZEICHNIS**I. Mitteilungen**

Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes — Industriewaren —	21	Empfehlungen des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel und des Ministeriums für Handel und Versorgung zum Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1957	25
Vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes — Nahrungs- und Genussmittel —	22		
Vierteljährliche Anlage zur WBPA 1 — Nahrungs- und Genussmittel und Industriewaren —	24	Vordrucke der Finanzberichterstattung 1957	31
Monatliche Warenbewegungsmeldung des Großhandels	24	Tüten aus einseitig bedruckter Makulatur	31
Wichtiger Hinweis zum Preisdienst	29	Kündigung von Standardvordrucken	31
Zur Nomenklatur zur Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes 1957	29	Neufestsetzung	31
Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen	29	Vordruck 06/1001 „Konventionalstrafe“ (Rechnung)	31
Mustervereinbarung über die Bewirtschaftung gastronomischer Kapazitäten der gewerkschaftlichen Kultur- und Clubhäuser	29	Vordrucke 01/1045 bis 01/1054	31
		Betriebs-Paß — Einzelhandel Bestell-Nr. 03 1099	31
		Vordruck Reg.-Nr. 10/1223 „Prämienabrechnungsbogen“	31
		Eindrücke bei Standardvordrucken	32
		III. Mitteilung der Vertragsschiedsstelle	
		Verzicht auf die Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen	32

Beruhender: Deutsche Demokratische Republik. Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (6) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 10, Schanckkirchstraße 17. Fernruf: 67 64 11. Postcheckkonto: 11 00 23 — Erreichbarkeit: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: Vierterjährlich 3.25 DM — Einzelabgabe: 23 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlichung unter der Druckgenehmigung-Nr. AG 141 57 DDR — Druck: (148) Neue Deutschland, Berlin

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

Nur für den Dienstgebrauch

1957

Berlin, den 26. Januar

Nr. 4

ANWEISUNGEN

— 5300 —

Berlin, den 14. Januar 1957

1. Nachtrag
zur Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum) vom 1. Oktober 1956

Der § 5 der Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 wird wie folgt geändert:

Der 3. und 4. Absatz des § 5 der Prämienvereinbarung treten außer Kraft.

Sie lauten nunmehr:

Verkaufsstellenleiter erhalten neben dem Gehalt und dem monatlichen Beteiligungsbeitrag für die Erfüllung des Warenumsatzplanes im Quartal eine Quartalsprämie von 30 % ihres Monatsgehaltes.

Für jedes Prozent der Übererfüllung des Warenumsatzplanes im Quartal erhalten sie ein weiteres Prozent ihres Monatsgehaltes.

Die Quartalsprämie darf insgesamt 60 % des Monatsgehaltes nicht übersteigen.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober 1956 in Kraft.

Ministerium für Handel und Versorgung Börrmann	Verband Deutscher Konsumgenossenschaften eGmbH Chwalek	Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung Macher
Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel Kohla		

Registriervermerk:

Tarifregister
Nr. X/1-2/63
eingetragen Blatt 8 Nr. 63
Berlin, den 7.12.56
Ges. Müller

— Verfg. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 4/57 —

— 1320 —

Berlin, den 21. Januar 1957

Anweisung Nr. 3/57

zur Anweisung Nr. 47/56 — Gestaltung der Kauf- und Lieferbeziehungen zwischen dem dem Ministerium für Handel und Versorgung nachgeordneten Großhandelskontoren für Industriewaren und dem staatlichen Einzelhandel (HO)

— Verfg. u. Mittg. Nr. 26/56

Im Zusammenhang mit dem 1. Stellvertreter des Präsidenten des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, Herrn Müller, wird angewiesen:

1. Der Geltungsbereich der Anweisung Nr. 47/56 wird auf die bestehenden Beziehungen zwischen den Organisationen des staatlichen Einzelhandels (GEH) und

den Organen des konsumgenossenschaftlichen Einzelhandels für den Zeitraum des III. und IV. Quartals 1956 ausgedehnt.

2. Die vertraglichen Beziehungen zwischen den Organisationen des volkseigenen Großhandels (GHO) und des konsumgenossenschaftlichen Großhandels werden in der Regelung der Anweisung Nr. 47/56 nicht berührt.

Schneiderhainze
Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 4/57 —

RICHTLINIE

— 4911 — Berlin, den 18. Januar 1957

Richtlinie
zur monatlichen Finanzberichterstattung 1957
des volkseigenen Großhandels

In Ergänzung zu den vom Ministerium der Finanzen — HA Rechnungswesen und Berichtswesen — herausgegebenen Erläuterungen zur monatlichen Finanzberichterstattung des volkseigenen Großhandels (außer VVEAB) 1957 vom 27. Dezember 1956 wird auf folgendes hingewiesen:

A. Finanzbericht Teil I

Bis zur Einführung des Rabattsystems ist auf der Vorderseite des Finanzberichtes Teil I in der Zeile 1 der Umsatz zum VKP auszuweisen. Die Zeilen 3a und 3b werden nicht ausgefüllt.

In der Darunterposition c) der Zeile 1 ist der geplante Umsatz im eigenen Handelsgeschäft — Importe — einzusetzen.

Die übrigen Handelerlöse sind in den freien Zeilen unterhalb der Zeile 7 wie folgt aufzuliedern:

Großhandelskontore — Industriewaren —

- a) Erlös aus Einzelhandelspanne (Konto 623)
- b) Vermittlererlöse (Konto 624)
- c) Erlös aus Vertragshändlergeschäften (Konto 625)
- d) Sonstige Erlöse im Handelsgeschäft (Konto 629)
- e) Erlös aus Nebenleistungen (Konto 690).

Großhandelskontor für Lebensmittel

- a) Erträge aus Produktion
- b) Erlös aus Einzelhandelspanne (Konto 623)
- c) Sonstige Erlöse im Handelsgeschäft (629)
- d) Erlös aus Nebenleistungen (Konto 690)
- e) davon: weiterberechnete Frachten.

Der Aufbau der Zeilen 26 bis 40 auf der Rückseite des Finanzberichtes Teil I entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung des Formblattes II.1. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß vor Abgabe des Finanzberichts erstattung eine Abstimmung dieser Zeilen mit dem Betriebsergebnis, Zeilen 25 a und 25 b, zu erfolgen hat. Die außerplanmäßigen Direktorfonds-Stützungen sind in der Zeile 36 — Außerplanmäßige Stützungen — auszuweisen.

In der Zeile 48 sind nicht, wie im Finanzbericht angegeben, die Löhne für Überstunden und Prämienleistungslöhne einzusetzen, sondern nur die gezahlten Prämienleistungslöhne in die Spalte 8. Die Löhne für Überstunden sind gesondert als Darunterposition des Lohnfonds A in der Zeile 31 auszuweisen. Der Ausweis der Anzahl der geleisteten Überstunden hat in derselben Zeile unter Spalte 9 zu erfolgen. Die freien Zeilen 65 bis 70 sind für eine quartalsmäßige Abrechnung der Klasse 7 vorgesehen. Über den Aufriß ergeht noch gesonderte Weisung.

B. Finanzbericht Teil II

Die Abrechnung des Warenfinanzierungsplanes erfolgt nach der bereits für das Planjahr 1956 festgelegten Nomenklatur der Warengruppen.

Die in den Zeilen 36 bis 38 ausgewiesenen Umsatzzbeträge im Eigengeschäft sind zum VKP anzugeben.

Die Abrechnung des Warenfinanzierungsplanes für die Kommissionstätigkeit hat gemäß Ergänzung zur Richtlinie vom 31. Mai 1956 über die Einberziehung der privaten Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels vom 20. August 1956, veröffentlicht in Veröffentlichungen und Mitteilungen 19/56, I, 4) zu erfolgen.

Zusätzlich zum Finanzbericht Teil I ist die Anlage über die Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes für die Kommissionstätigkeit entsprechend der vorstehend genannten Ergänzungsrichtlinie monatlich aufzustellen und einzureichen.

Die Kosten des Großhandels — Private Kommissionshändler — laut Konto 6431 sind im Finanzbericht Teil I in der Zeile 18, Spalte 5, aufzunehmen. Sofern in einzelnen Großhandelskontoren Kosten für die Produktion ausgewiesen werden, hat eine Unterteilung der Zeile 18 zu erfolgen.

Klabe
Hauptbuchhalter

— Verf. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 4/57

MITTEILUNGEN

— 5411 —

Berlin, den 29. Dezember 1956

Ergänzung der Erläuterungen zum Finanz- und Arbeitskräfteplan HO 1957

Auf Grund des Beschlusses der Staatlichen Plankommission über den Volkswirtschaftsplan 1957 ergeben sich für den volkseigenen Einzelhandel folgende Termine und Grundsätze:

I. Terminplan

- Bestätigung des Umsatzes durch die Räte der Kreise bis 25. Januar 1957
- Übergabe der vorläufigen Planauflagen für den Arbeitskräfte-, Investitions- und Finanzplan 1957 an die Betriebe bis 2. Februar 1957
- Fertigstellung und Bestätigung der Betriebspläne bis 28. Februar 1957
Diese Betriebspläne werden nicht zusammengefaßt.
- Eine Zusammenfassung der endgültigen Betriebspläne erfolgt erst nach Beschlusffassung durch den Ministerrat über den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltspolitik sowie nach erfolgter Beendigung der Bildung von Kreis-Handelskombinaten bis 31. Mai 1957

II. Planung und Finanzierung im I/57

Die verspätete Herausgabe des Volkswirtschaftsplans 1957 macht eine Sonderregelung für die Finanzierung der Warenbestände im I/57 erforderlich.

Mit der Deutschen Notenbank und dem Ministerium der Finanzen wurde vereinbart, daß bis zum 15. Januar 1957 von allen Betrieben des volkseigenen Einzelhandels den Niedergaben an der DN ein vorläufiger operativer Warenfinanzierungsplan vorzulegen ist. Da zu dieser Zeit noch die endgültigen Aufgaben für das Jahr 1957 nicht festgestellt werden, wird dieser vorläufige operativer Warenfinanzierungsplan in der Regel nicht

mit dem I. Quartal des Betriebsplanes übereinstimmen. Für den Inhalt dieses vorläufigen Warenfinanzierungsplanes gilt folgendes:

- Der Umsatz ist mit dem Rat des Kreises abzustimmen und von diesem zu bestätigen.
- Die Richtage sind für Lebensmittel und Gaststätten im Rahmen des Planvorschages vorzusehen, für Industriewaren kann die mit den Räten der Bezirke abgesprochene Veränderung der Richtage berücksichtigt werden.
- Die Umlaufmittel-Ausstattung wird bereits auf der Grundlage dieser vorläufigen operativen Warenfinanzierungspläne vorgenommen und ist bis zum 31. Januar 1957 abzuschließen. Die Umlaufmittel-Ausstattung bis zur Höhe von 30 % des Planbestandes an Handelsware 1956 erfolgt auf der Grundlage einer besonderen Richtlinie über die DN. Nach Vorliegen der bestätigten Betriebspläne (bis 28. Februar) ist die Ausstattung nach diesen Plänen vorzunehmen. Als Endtermin hierfür gilt der 15. März 1957. Diese Termine sind mit dem Ministerium der Finanzen abgestimmt.

III. Investitionen aus Kosten

Der von der Staatlichen Plankommission bestätigte Kostensatz zum Handelsverlust beinhaltet zweckgebundene Mittel zur Finanzierung von Investitionen im Einzelwerte bis zu 1000 DM. Diese Mittel dürfen erst in Anspruch genommen werden, wenn eine entsprechende Richtlinie dazu vorliegt.

IV. Klärung von Zweifelsfragen

- Für die HO-eigene Produktion gibt es keine staatlichen Aufgaben. Die Bereitstellung von Rohstoffen erfolgt durch die Abteilung örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise. Das Ergebnis ist mit den Haushaltssorganen abzustimmen.
- Für den Warenumschlag gibt es keine staatliche Aufgabe. Die Räte der Bezirke erhalten eine Umschlagzahl als Empfehlung, die mit dem Ministerium der Finanzen als Grundlage der Umlaufmittelfonds-Berechnung abgestimmt wurde.

POOR ORIGINAL

3. Das Ministerium der Finanzen, HA Staatsnehmen, hat unter dem 18. Dezember 1956 folgende Sätze für die Handelsabgabe bestätigt:

Lebensmittelindustrie	1,5 %
Industriewarenbetriebe	3,5 %
Gaststättenbetriebe	5,0 %
HO-Warenhäuser (Z-Betriebe)	6,5 %

4. Die Erstausstattung für Gaststätten, die 1957 aus privater Hand übernommen werden und zum Zeitpunkt der Planaufstellung bekannt sind, wird ebenfalls aus Kosten finanziert.

5. Im operativen Warenfinanzierungsplan ist als Anfangsbestand der plannäßige Endbestand des Vierquartals auszuweisen, so daß in der Berichtungsperiode Überplanbestände als plus und Unterplanbestände als minus erscheinen.

6. Aus den o. a. Ergänzungen ergeben sich folgende textlichen Änderungen der Erläuterungen zum Finanzplan HO 1957:

- a) III. 1 b) ist zu erweitern um „GBl. 1956, Teil II, S. 343“.
- b) Auf Seite 9, 2. ist als Punkt g die oben unter 4. genannte Festlegung aufzunehmen.
- c) Auf Seite 10 Abschn. 1 sind die Worte „zunächst nicht“ zu streichen; im Abschn. 2 entfällt „Je Säule“.
- d) Auf Seite 13 Abschn. 3 ist „Jahresnettogewinn“ zu streichen und dafür „Monatnettogewinn“ zu setzen.
- e) Auf Seite 17 ist der Abschn. VI, 9. zu streichen und dafür folgender Text einzufügen: „Der Umlaufmittelreservefonds beträgt ab 1957 nicht mehr 2 % des Gesamtaufmittel-Fonds der Betriebe, sondern nur 2 % des Umlaufmittel-Fonds für Handelsware (s. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 33/56 S. 327 — Anweisung Nr. 60/56 Absatz 1, 3) „Der Nachweis des Reservefonds ist auf der Rückseite des Planes 81, Bezirk insgesamt, zu führen.“
- f) Auf Seite 17, Abschn. 4, muß es „Planendbestand“ heißen.
- g) Auf Seite 20 sind in den beiden ersten Formeln die Spaltenbezeichnungen zu ändern: Statt Spalte 6 kommt Spalte 4, statt Spalte 7 kommt Spalte 5.
- h) Auf Seite 21, c), muß der Abschn. 2. lauten: „... um diesen Betrag ... Aufhauspanne höher als...“
- i) Auf Seite 7, vorletzter Abschnitt, bleibt der ursprüngliche Text unverändert bestehen.

V. Arbeitskräfteplan

In den Richtlinien zum Arbeitskräfteplan 1957 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 31/56, Seite 301 bis 303) sind folgende Ergänzungen bzw. Korrekturen vorzusehen:

1. Teilzahlungsgeschäft

- a) Die Kreditaufschläge für das Teilzahlungsgeschäft sind in den Handelsspannenvertrag Nr. 2/2300 einzufügen in die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern diese zu zahlen sind.
- b) Die Kreditaufschläge für die Abwicklung des Teilzahlungsgeschäfts sind in den Handelsspannenvertrag Nr. 2/2300 einzufügen in die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern diese zu zahlen sind.
- c) Die Kreditaufschläge für die Abwicklung des Teilzahlungsgeschäfts sind in den Handelsspannenvertrag Nr. 2/2300 einzufügen in die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern diese zu zahlen sind.

c) Die Planung der Lohnkosten für das Personal zur Abwicklung des Teilzahlungsgeschäfts erfolgt ebenfalls im Dienstleistungsbereich, d. h. im Lohnfonds A.

d) Die Anzahl der Beschäftigten für das Teilzahlungsgeschäft und die Lohnsumme für diese Beschäftigten ergibt sich aus den Erlösen des Teilzahlungsgeschäfts (0,35 % Kreditaufschlag), wobei in der Regel die Ausgaben (Bankzinsen, Löhne und sonstige Kosten) nicht höher sein sollen als die Einnahmen.

e) Auf dem Formblatt 0201 sind zusätzlich auszuweisen:

1. Kreditaufschläge für das Teilzahlungsgeschäft,
2. Anzahl der Beschäftigten,
3. Lohnsumme.

2. Betriebsassistenten

Es besteht Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Anzahl und der Lohnfonds für Betriebsassistenten weder in den Finanz- noch in den Arbeitskräfteplan einzubeziehen sind. Entsprechend dem auf dem Formblatt 0201 zu erbringenden Nachweis werden die Mittel für Betriebsassistenten zusätzlich zum Plan aus Haushaltssmitteln zur Verfügung gestellt.

3. Verkaufsstellenleiter in Lehrverkaufsstellen

Auf Grund verschiedener Anfragen weisen wir darauf hin, daß Verkaufsstellenleiter in Lehrverkaufsstellen dem Verkaufspersonal zuzuordnen sind, da diese in der Regel nicht hauptamtlich als Lehrerausbilder tätig sind, sondern vornehmlich den ordnungsgemäßen Ablauf der Verkaufstätigkeit kontrollieren und die Abrechnung der Verkaufsstellen durchführen. Kräfte, die neben ihrer Verkaufstätigkeit Lehrlinge anleiten, zählen zum Verkaufspersonal.

4. Briefmarkenumsetz

Entgegen der Festlegung in der Richtlinie ist analog zum Finanzplan in den Warenumsatz der Briefmarkenumsetz einzubeziehen.

Im Abschnitt A 1 (Seite 303) der o. g. Richtlinie ist das Wort „Briefmarken“ zu streichen.

Im Abschnitt A 3 (Seite 303) ist ebenfalls das Wort „Briefmarken“ zu streichen.

Lahr
Hauptabteilungsleiter

Diese Ergänzung der Erläuterung zum Finanz- und Arbeitskräfteplan HO 1957 ist den Räten der Bezirke, Abt. Handel und Versorgung, den HV der HO und den direktgeleiteten Betrieben bereits vorab zugegangen.

— Verfa. u. Mittrg. Min. f. H. u. V. Heft 6/57 —

— 5911 —

Berlin, den 21. Januar 1957

Erläuterungen zu den monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Finanzmeldungen und zum Kontroll- bericht 1957 — Einzelhandel

Die Anordnungen für die Finanzberichterstattung 1957 für die örtliche und zentralgeleitete volkseigene Wirtschaft werden demnächst im Gesetzblatt veröffentlicht. Beide Anordnungen bestimmen den Umfang und die Form der monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Berichterstattung sowie die Termine und empfängungsbedingten Stellen.

Für die Betriebe des volkseigenen Einzelhandels (örtliche und zentrale) sind folgende Finanzmeldungen verbindlich:

o) Monatlich

- 1. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil I
Bestell-Nummer: 820 89 837

POOR ORIGINAL

2. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil II
(Produktion)
Bestell-Nummer: 820 89 958

3. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil III
— Amortisations- und Gewinnverwendung und
Verluststützung —
Bestell-Nummer: 820 89 959
(Diese Meldung wurde 1956 unter der Bezeichnung „Finanzbericht Einzelhandel — Teil II“ geführt.)

Außerdem gehören zur monatlichen Berichterstattung die
WBUB — Bestell-Nummer: keine, Buchstabenbestellung.
NUK — Bestell-Nummer: 821 8994

b) Vierteljährlich

1. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil IV —
— Aufteilung der Zirkulationskosten und Abrechnung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) —
Bestell-Nummer: 820 89 960
2. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil V —
— Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern des Betriebes —
Bestell-Nummer: 820 89 964
(Nur für die zusammenfassenden Verwaltungen)
3. Finanzmeldung Einzelhandel — Teil VI —
— Entwicklung des Grundmittelfonds und Sammelberichtsbogens —
(Entspricht den Kontrollblättern 1956 — H 4 und H 6)
Bestell-Nummer: 820 89 965

c) Jährlich

Kontrollblatt H 1 — Bilanz
Anlagen zum Kontrollbericht:

1. Bericht über den Planablauf mit der Beschlussformulierung über einzuleitende Maßnahmen,
2. Vollständigkeitserklärung des Hauptbuchhalters.

Die Betriebe der Verwaltung HO Spezialhandel verwenden die von der Verwaltung entwickelten Vordrucke. Die Bestell-Nummern sind von der Verwaltung HO Spezialhandel bekanntzugeben.

Erläuterungen zu den einzelnen Finanzmeldungen:

Teil I:

Das Formblatt „Finanzmeldung Teil I“ unterscheidet sich grundsätzlich von dem im Jahre 1956 gültigen Finanzbericht Teil I. In ihm sind die Belange der Handelskombinate, des Teilzulieferungsgeschäfts, des Gebrauchtwarenumsatzes, des Umsatzes mit Vertragspartnern und der Erlöse aus Dienstleistungen berücksichtigt.

Die eingesetzten Betriebe tragen die Plan- und Ist-Zahlen in die Zeilen ein, die für die einzelnen Handelskombinate vorgesehen sind.

Zum Beispiel Saale Industriewaren:

Die Zeile 1,3 bis 2,2.

Handelspartnerkosten Zeile 4,3 bis 4,6.

Z-9, Ratiokosten Zeilen 11 bis 11,21, 11,5 bis 11,7.

Die Zeilen 6,8, 10 und 12 bis 17 sind selbstverständlich für die anderen Betriebe zu verordnen.

Die Zeile 11,3 bis 11,5 tragen die Gesamt-Kosten des Betriebes ein, die in der Zeile 8,9 und 10,11 bis 12,13 die Kosten der einzelnen Handelskombinate darstellen.

Finanzmeldung Einzelhandel Teil IV — Lebensmittel-Spalten 3 und 4, Gaststätten Spalten 6 und 7, Industriewaren Spalten 9 und 10 zu entnehmen.

Die Kosten für Dienstleistungen entsprechen dem Aufweis der Spalten 12 und 13 des Teiles IV, während die Kosten der übrigen Handelsabteilungen und des Verwaltungsbereiches (Zeile 11,7 des Teiles I) mit den Spalten 14 bis 17 des Teiles IV übereinstimmen müssen.

Die Handelskombinate füllen die Positionen aus, die für sie zutreffen. Gleichzeitig sind jedoch die Gesamtbeträge der unterteilten Positionen (Zeilen 1,2,4 und 11) auszufüllen.

Das gleiche gilt für die Betriebe der Verwaltungen HO Wismut, HO Vertrieb sowie für die Z-Warenhäuser, sofern der Plan eine Aufteilung nach den einzelnen Handelsäulen vorsieht.

In der Zeile 5 — Erlöse aus Dienstleistungen — sind auch die Erlöse aus Gebrauchtwarenumsatz und Antiquitäten sowie die Erlöse der HO-Gaststätten aus Hauptleistungen einzubeziehen.

Die Zeile 14 muß mit der Zeile 14 (Bauwaren) und mit der Zeile 15 (Fleischwaren) des Teiles II übereinstimmen. Ebenso die Zeile 16 mit der Zeile 9 (Bauwaren) und der Zeile 10 (Fleischwaren) des Teiles II. Die Zeile 17 ergibt sich aus der Berechnung:

Zeile 9 — Handelsabgabe —
+ oder - Zeile 15 — Gesamt-Ergebnis —
+ Zeile 16 — Produktionsabgabe —
- Zeile 17 — Gesamtes Reinergebnis

Die Aufteilung des Gesamt-Ergebnisses (Zeilen 18 bis 21) erfolgt nur durch die zusammenfassenden Organe. In den Zeilen 18 bis 20 werden nur die sämtlichen Betriebe eingetragen, während in der Zeile 21 die Ergebnisse der Handelskombinate erfaßt werden.

Der Lohnfonds A enthält die Brutto-Lohnsumme des Verkaufs- und sonstigen Handelspersonals einschließlich Umsatzprämie gemäß Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und für den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum) vom 1. Oktober 1956 und die Entgelte für die Lehrlinge, die aus Betriebsmitteln entlohnt werden. Die Addition der Zeilen 24,1 und 24,2 ergibt nicht die Summe der Zeilen 24. Die Differenz muß das Entgelt für aus Betriebsmitteln entlohnte Lehrlinge sein.

Die Erläuterungen für die Kontrolle der Innenprüfung des Lohnfonds sind aus der Anweisung Nr. 66/56, veröffentlicht in Verfugungen und Mitteilungen Nr. 237, Seite 8, zu entnehmen. Ferner wird auf die in Verfugungen und Mitteilungen Nr. 31/56, Seite 301, herausgegebene Richtlinie zum Betriebspolzen des staatlichen Einzelhandels 1957 und auf die Erläuterungen zum Finanzplan 1957 des volkseigenen Einzelhandels HO hingewiesen.

In den Zeilen 29 und 29,1 sind die Werte in Kopfzahlen auszuweisen, da diese Angaben für statistische Zwecke benötigt werden.

Teil II

Da Veränderungen lediglich in der Nomenklatur vorgenommen werden, erübrigen sich hierzu weitere Erläuterungen.

Teil III

Im Teil III sind unter „Gebraucht“ Zahlenarten nur die Belange der ausgetragenen, die von Betriebsmitteln effektiv abgeführt werden. Unter „Fabrikations-Zahlenarten“ sind jedoch die im Betriebsmittelkonto erhaltenen Verkostungswerte (keinesfalls Buchwerte) einzutragen.

POOR ORIGINAL

Teil IV

Der Teil IV enthält auf der Vorderseite nur noch die Kostenrechnung und die Abrechnung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7). Der Aufteilungsbogen für Handelskombinate ist in dieser Kostenaufgliederung für den Bereich „Verkaufsstellen“ berücksichtigt.

Die Rückseite enthält einen betrieblichen Abrechnungsbogen der Ergebnisrechnung in der Nomenklatur der Finanzmeldung Teil I. Außerdem kann hier die Abrechnung der Umsätze mit Vertragspartnern, der Nebenleistungen und Dienstleistungen vorgenommen werden. Die Rückseite stellt keine Finanzmeldung dar, sondern dient dem Betrieb als Arbeitsunterlage und zur Auswertung für die Rentabilitätsberatung.

Teil V

Durch den Wegfall der Angaben über Arbeitskräfte und Handelsnetzentwicklung entfällt die Errechnung der Pro-Kopf-Leistung.

Hierfür sind neu die Spalten 6 und 7 Handelerlöse bzw. Produktionserlöse eingesetzt worden. Diese Spalten müssen mit der Finanzmeldung Teil I, Zeile 8, und Finanzmeldung Teil II, Zeile 8 (Backwaren) bzw. Zeile 9 (Fleischwaren), übereinstimmen.

Teil VI

Der Teil VI der Finanzmeldung wird zu den Quartalsabschlüssen, außer dem Jahresabschluß, in Kurz-Nomenklatur abgerechnet. Es müssen ausgefüllt werden:

Teil A Entwicklung des Grundmittelfonds

II. Zugänge:

1. Investitionen
 - a) planmäßige Investitionen,
 - b) Investitions-Kredite,
 - c) sonstige Investitionen

und Teil B — Sammelberichtsbogen.

I. Entwicklung des Direktorfonds,

II. Warenbestände,

III. Bestand an Ausleihware,

IV. Überfällige Forderungen an Private.

Zum Jahresabschluß ist die gesamte Nomenklatur des Formblattes Finanzmeldung Teil VI auszufüllen.

Kontrollblatt H 1 — Bilanz

Die Nomenklatur dieses Kontrollblattes wurde nach dem für 1957 gültigen Kontenplan neu aufgestellt. Einzelheiten hierzu ergehen in der Richtlinie für die Aufstellung und Einreichung des Kontrollberichtes per 31. Dezember 1957.

Allgemeines

Die Verwaltungen und die Räte der Kreise und Bezirke fassen alle die ihnen eingerichteten Berichte zu einer Finanzmeldung zusammen. Sie berichten nur in diesen T.D.M. mit einer Kommasstelle. Außerdem entfällt für diese Berichtenden die Ausfüllung der Spalten 4 und 6 auf der Vorderseite der Finanzmeldung Teil I.

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 —

— 149 — Berlin, den 14. Januar 1957

Globalvertrag für die Versicherung der volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetriebe

Z. 1-14 Abs. 5 des Entwurfs der Anordnung über die Versicherung der volkseigenen Betrieben zwischen dem sozialen Groß- und Einzelhandel (Bildung

zu Heft Nr. 30/56) teilte die Hauptverwaltung der Deutschen Versicherungsanstalt mit Schreiben vom 5. Januar 1957 — AZ 342 —, gezeichnet „Franke“, mit, daß für die vom Großhandel dem staatlichen Einzelhandel übergebene Kommissionsware Versicherungsschutz im Umfang des obigen Globalvertrages besteht“.

Sollte die Bestimmung des 13 Abs. 5 in der Fassung der Anordnung, die im Gesetzblatt veröffentlicht wird, unter einem anderen Paragraphen erscheinen, so gilt die Mitteilung der Deutschen Versicherungsanstalt ohne nochmalige Mitteilung auch für diesen neuen Paragraphen.

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 —

— 3200 — Berlin, den 18. Januar 1957

Abrechnung „WBRE-Kohle“

Soweit in diesem Jahr noch Abschnitte der Haushaltssachen 1956 beliefert werden, sind diese Mengen (ohne Unterscheidung nach Kartengruppen) in einer Summe als „Darunter-Angabe“ der Id. Nr. 9 in der Id. Nr. 8 auszuweisen.

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 —

— 4200 — Berlin, den 21. Januar 1957

Mechanisierte Kartoffel-Be- und -Entladung

Auf Grund eines Erfahrungsaustausches im Ministerium für Handel und Versorgung mit Funktionären kommunaler Großhandelsbetriebe wurde einstimmig festgestellt, daß sich bei der Waggonentladung die vom VEB Landmaschinenbau „Rotes Banner“, Döbeln (Sa.), produzierten Schnell-Lader „Express“ bestens bewähren.

Dieser Schnell-Lader besteht aus einem Schrägförderer mit Schräpper. Durch den Einsatz des Gerätes kann die Arbeitsproduktivität um ein Vielfaches gesteigert werden.

Das Gerät kann vom VEB Landmaschinenbau „Rotes Banner“, Döbeln (Sa.), geliefert werden. Werksabpreis: etwa 5000 DM.

Für die Finanzierung des Gerätes wird auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionskrediten hingewiesen.

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 —

— 4200 — Berlin, den 21. Januar 1957

Kollikisten

Der VEB Sojas- und Holzverarbeitungsbetrieb Meuselbach (Thür.) ist in der Lage, für 1957 weitere 50 000 Stück Kollikisten zu liefern.

Die Nachfragerungen des staatlichen Großhandels haben damit auch weiterhin die Möglichkeit, die Beschaffung der Nahrungserfahrung in Form der Einführung des Kollikisten-Systems durchzusetzen.

Der Werksabpreis pro Kiste beträgt durchschnittlich 10,- DM.

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 4/57 —

POOR ORIGINAL

— 4913 — 5913 — Berlin, den 17. Januar 1957

Vierteljährliche Berichterstattung über den Stand des Rechnungswesens in den Betrieben des volkseigenen Groß- und Einzelhandels (ohne Räte der Bezirke, Unterabteilung Staatlicher Handel)

Die in Verfg. u. Mittig. Heft 3/56 angewiesene vierteljährige Berichterstattung über den Stand des Rechnungswesens in den Betrieben des zentralgeleiteten Groß- und Einzelhandels entfällt im Jahre 1957.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 4/57 —

Berichtigung

In der Anweisung Nr. 67/56 — Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds für das Jahr 1957 im volkseigenen Großhandel (GPK) — (Heft 2/57 S. 11) muß auf S. 12 unter (15) der zweite Satz richtig heißen:

„Sind freie Einsparungen oder verfügbare Beträge des Reservelohnfonds nicht vorhanden, muß der Leiter der Verwaltung gemäß § 5 der Sechsten Durchführungsbestimmung vom 26. Januar 1956 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank...“

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen	
1. Nachtrag zur Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum) vom 1. Oktober 1956	33
Nr. 8/57 — Zur Anweisung Nr. 47/56 — Gestaltung der Kauf- und Lieferbeziehungen zwischen den dem Ministerium für Handel und Versorgung nachgeordneten Großhandelskontoren für Industriewaren und dem staatlichen Einzelhandel (HO)	33
II. Richtlinie	
Richtlinie zur monatlichen Finanzberichterstattung 1957 des volkseigenen Großhandels	33
III. Mitteilungen	
Ergänzung der Erläuterungen zum Finanz- und Arbeitskraftplan HO 1957	34
Erläuterungen zu den monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Finanzmeldungen und zum Kontrollbericht 1957 — Einzelhandel	35
Globalvertrag für die Versicherung der volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetriebe	37
Abrechnung „WBRE Kohle“	37
Mechanisierte Kartoffel-Be- und -Entladung	37
Kollikosten	37
Vierteljährliche Berichterstattung über den Stand des Rechnungswesens in den Betrieben des volkseigenen Groß- und Einzelhandels	38
Berichtigung	38
IV. Vordruckwesen	
Vordruck für „Dekadenversorgungsübersicht (Nahrungsgüter)“	38
Umsetzungen	38

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (1) VEB Deutscher Zeitungsausvertrieb, (2) VEB Musterdruckanstalt, (3) Formul. 01/411. Postcodekontrolle: 1100 34 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Preis: (1) 10 Pfennig, (2) 12 Pfennig, (3) 15 Pfennig — Abzugspreis: vierteljährlich 3,33 DM — Einzelausgabe — 33 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Vertriebsgebiet: unter der Druckgenehmigungs-Nr. AG 13137 DDR — Druck: (1) VEB Neues Deutschland, Berlin

VORDRUCKWESEN

Berlin, den 21. Januar 1957

Vordruck

für „Dekadenversorgungsübersicht (Nahrungsgüter)“
Die Räte der Bezirke — Abt. Handel und Versorgung — werden gebeten, bis zum 7. Februar 1957 den Vordruck — „Dekadenversorgungsübersicht (Nahrungsgüter)“ für das 1./57 beim Vordruckverlag Halle zu bestellen.

Kreis

UMSETZUNGEN

Berlin, den 25. Januar 1957

Such-, Angebots- und Tausch-Anzeigen für Handelsausstellungen wurden bisher in „Verfügungen und Mitteilungen“ aufgenommen, weil keine andere Möglichkeit für ihre Veröffentlichungen bestand. Nachdem die „Handelswoche“ in sämtlichen Handelsbetrieben vorhanden ist, werden ab 1. Januar 1957 in „Verfügungen und Mitteilungen“ solche Umsetzungen nicht mehr aufgenommen. Sie können als „Kleine Anzeigen“ bei der Anzeigenabteilung der „Handelswoche“, Berlin W 8, Französische Straße 13, aufgegeben werden. Preis: die einspaltige Millimeterzeile 0,65 DM.

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 2. Februar

Nr. 5

ANWEISUNGEN

— 1100 —

Berlin, den 28. Januar 1957

Anweisung Nr. 4/57

Vollständige Übertragung der Rechte und Pflichten in der Kaderarbeit auf die leitenden Funktionäre in der HO-Betriebe, die den örtlichen Räten unterstellt werden

I. Während bisher nur ein bestimmter Teil der Verantwortung in der Kaderarbeit den leitenden Funktionären übertragen war, ist jetzt durch die weitere politische Qualifizierung unserer leitenden Kader der Zeitpunkt gekommen, alle Rechte und Pflichten in bezug auf die Kaderarbeit den jeweils verantwortlichen Funktionären zu übertragen. Daraus ergibt sich, daß die Kaderabteilung von dem Recht, über Einstellungen, Umbesetzungen, Umgruppierungen und Entlassungen zu entscheiden, entbunden wird.

Ferner ergibt sich daraus, daß sich auch der Charakter der Tätigkeit der Kaderfunktionäre ändert. Die zukünftige Aufgabe des Kaderinstructors (bisher Kaderleiter) besteht darin, die im Betrieb vorhandenen leitenden Funktionäre, denen das Recht übertragen wurde, Kaderpolitische Entscheidungen zu treffen, in ihrer Arbeit zu beraten. Es ist also auch nicht mehr richtig, daß für je 250 bis 300 Kollegen ein politischer Mitarbeiter der Kaderabteilung eingesetzt wird, der diese betreut. Die Aufgabe der Beratung wird von Seiten des Kaderinstructors im Auftrage des Leiters ausschließlich gegenüber den leitenden Funktionären durchgeführt. Auf Grund der Tatsache, daß der Direktor des Betriebes hauptverantwortlich für die Kaderarbeit ist, kann der Kaderinstructor (in größeren Betrieben mit einer technischen Kraft) nur dem Direktor unterstellt sein. Es ist deshalb falsch, den Kaderinstructor evtl. in die Abteilung Arbeit einzufgliedern.

Für die Durchführung der technischen Arbeiten in der Kaderpolitik steht in den Betrieben über 400 Beschäftigte dem Kaderinstructor ein technischer Mitarbeiter zur Verfügung. Er wird im wesentlichen folgende Aufgaben haben: Führung der Kaderakten und der kaderpolitischen Übersichten, Ausfertigung von Arbeitsverträgen, Ausfertigung von Betriebsausweisen usw.

Für die Übertragung des bisher dem Kaderleiter vorbehaltenden Rechts, über Einstellungen, Entlassungen, Umbesetzungen und Umgruppierungen zu entscheiden, auf die leitenden Funktionäre der Betriebe sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Den Abteilungsleitern in der Verwaltung der Betriebe sollte im allgemeinen das Recht, über Einstellungen, Entlassungen, Umgruppierungen und Versetzungen im eigenen Bereich zu entscheiden, übertragen werden; selbstverständlich unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen.
2. Damit haben sie die volle Verantwortung für die gesamte Kaderpolitik ihres Bereiches übernommen.

Der Direktor sollte dabei festlegen, in welchen Fällen er sich die Entscheidung vorbehält. Es wird vorgeschlagen, daß der Direktor die Vollmachten schriftlich erteilt. Die Arbeitsverträge und sonstigen Dokumente, die vom Kadersachbearbeiter ausgefertigt werden, sollten von den bevollmächtigten Leitern unterzeichnet werden.

2. In den Verkaufsstellen und Gaststätten sollte so verfahren werden, daß vorerst nur ein Teil von Verkaufsstellenleitern ausgewählt wird, die die gleichen Rechte für ihren Bereich erhalten wie die Abteilungsleiter in der Verwaltung. Vorerst sollen vor allem die Leiter großer Verkaufsstellen, Hotels und Gaststätten dafür vorgesehen werden, die bereits jetzt die notwendigen Voraussetzungen haben. Dieser Kreis sollte ebenfalls entsprechende Vollmachten erhalten, die gegebenenfalls Einschränkungen, wie z. B. Zustimmung des Handelsleiters, bei stellvertretenden Verkaufsstellenleitern, bei Ersten Verkäuferinnen, Restaurantleitern, Arbeitsmeistern und Oberkellern usw., enthalten.
3. Der Einsatz des Verkaufsstellenleiters sollte grundsätzlich vom Handelsleiter der betreffenden Säule entschieden werden. Er sollte auch dafür die entsprechende Vollmacht erhalten. Die Abteilung Arbeit (Arbeitskräftelenkung) wird hier jedoch stärker in bezug auf die Beschaffung bzw. Werbung der betreffenden Kräfte in Erscheinung treten müssen, als das z. B. bei Kräften für die Verwaltung nötig ist.
4. In den Fällen, wo dem Verkaufsstellenleiter noch nicht alle Rechte in bezug auf die Kaderarbeit übertragen wurden, sollte ebenfalls die Entscheidung in bezug auf das Verkaufspersonal bzw. Gaststättenpersonal vom zuständigen Handelsleiter getroffen werden. Auch hier haben die Abteilungen für Arbeit in der Arbeitskräftewerbung und Arbeitskräftelenkung die erforderliche Unterstützung zu gewahren, damit der Handelsleiter genügend Zeit für die Durchführung seiner übrigen Aufgaben erhält. Mit der zunehmenden Qualifizierung der Verkaufsstellenleiter, Gaststättenleiter usw. sollte jedoch Kurs darauf genommen werden, den Kreis der Verkaufsstellenleiter und Gaststättenleiter, der vorläufig nicht das Recht erhalten hat, die obengenannten kaderpolitischen Entscheidungen treffen zu dürfen, immer mehr einzuschränken nach dem Grundsatz: Der Funktionär, der die Verantwortung für die wirtschaftlichen Aufgaben hat, ist auch verantwortlich für die Kaderpolitik seines Bereiches.
5. Der Kaderinstructor hat die Aufgabe, im Auftrage des Direktors die Kaderarbeit der unter 1 bis 4 genannten leitenden Funktionäre zu kontrollieren und eine entsprechende Anleitung zu geben. Es wird empfohlen, festzulegen, daß der Kaderinstruk-

teur informiert wird, bevor der zuständige leitende Funktionär seine endgültige Entscheidung trifft. Der Kaderinstruktur hat dann die Pflicht, eventuelle Bedenken gegenüber dem betreffenden Leiter zum Ausdruck zu bringen. Wenn dies erforderlich ist, hat er dem Leiter des Betriebes entsprechende Hinweise zu geben, damit falsche Entscheidungen von diesem verhindert werden können.

II. Für die Durchführung der technischen Arbeiten bei Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Entlassungen sollten im allgemeinen folgende Grundsätze gelten:

1. Bei Neuerstellungen von Mitarbeitern:

- a) Kaderunterlagen (Kaderakten) und Beurteilungen können nicht von dem zuständigen leitenden Funktionär direkt bei der früheren Dienststelle angefordert werden. Die Beschaffung dieser Unterlagen wird im allgemeinen von dem technischen Mitarbeiter (Sachbearbeiter) des Kaderinstruktors und in kleineren Betrieben von diesem selbst durchgeführt.
- b) Nachdem von dem verantwortlichen leitenden Funktionär das erforderliche Einstellungsgespräch geführt worden ist, wird eine Niederschrift darüber angefertigt und den Kaderunterlagen beigefügt. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß bei Vorhandensein einer Kaderakte nicht die Ausfüllung neuer Personalauslagen verlangt werden darf. Falls der Betreffende vorher nicht berufstätig war bzw. wenn von der früheren Arbeitsstelle keine Unterlagen zu erhalten sind, wird die Ausfüllung von Personalauslagen von dem verantwortlichen Funktionär selbst veranlaßt.
- c) Selbstverständlich ist zu beachten, daß keine Zusage für die Einstellung gegeben wird, wenn keine Beurteilung oder Erkundigung vorliegt.
- d) Jeder eingestellte Mitarbeiter erhält einen Einstellungsvertrag; dieser wird auf Anforderung des betreffenden Verantwortlichen in der Regel von dem Kadersachbearbeiter, ausgefertigt und vom zuständigen Leiter unterschrieben.
- e) Den Betriebsausweis erhält der Mitarbeiter ebenfalls vom Kadersachbearbeiter bzw. -instruktur.

2. Embesetzungen werden in der Regel von dem betreffenden Verantwortlichen in Zusammenarbeit mit der Arbeitskräfteabteilung durchgeführt.

Wie unter I Absatz 5 angeführt, sollte gesichert werden, daß bei wichtigen kaderpolitischen Entscheidungen der Kaderinstruktur vorher Mitteilung erhält. Aber auch in den Fällen, wo die vorherige Benachrichtigung nicht festgelegt wird, ist der Kaderinstruktur von der Umbesetzung zu benachrichtigen, damit die Kaderübersicht (Flexxit) auf dem laufenden gehalten werden kann.

3. Umgruppierungen und Gewährung von Leistungsspannen:

Wie bisher sind für Umgruppierungen und Leistungsspannen von dem betreffenden Verantwortlichen ausführliche Begründungen anzufertigen. Die Entscheidung wird von dem verantwortlichen Funktionär selbst getroffen; selbstverständlich unter Beachtung der Rechte der Gewerkschaft. Die Begründung für Umgruppierungen und Leistungsspannen ist mit der Unterschrift des Verantwortlichen dem Kaderinstruktur zuzuleiten, damit dort der Arbeitsvertrag angestellt und die Lohnbuchhaltung bearbeitet werden kann.

In den Fällen, wo es sich um wichtige kaderpolitische Maßnahmen handelt, sollte festgelegt werden, daß der Kaderinstruktur bereits vor der Entscheidung Kenntnis erhält.

4. Beendigung von Arbeitsverhältnissen

- a) Auch für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen ist der verantwortliche Funktionär entscheidungsbefugt. Damit jedoch die arbeitsrechtliche Seite genauestens beachtet wird, muß nach unserer Meinung bei auszusprechenden Kündigungen und bei Rückstufungen die Zustimmung des Direktors oder des Kaderinstruktors vorgeschrieben werden (evtl. ist dies in den Vollmachten festzulegen).

Davon unberührt bleibt natürlich die Zustimmung der Gewerkschaft.

- b) Bei Beendigung von Arbeitsverhältnissen ist ferner von dem verantwortlichen Leiter zu beachten, daß spätestens am letzten Arbeitstag eine ausführliche Abschlußurteilung dem Kaderinstruktur zugeleitet wird. Im allgemeinen sollte ein nochmaliges Umschreiben vermieden werden. Unterschriftenberechtigt bei Beurteilungen sind die vom Direktor bevollmächtigten leitenden Funktionäre für ihren Bereich.

In den Fragen der Kaderarbeit, die hier nicht berührt wurden, gelten die bisherigen Anweisungen. Die Anleitung zur Entwicklung und Forderung der Kader (IA Pers. 102) wird zur Zeit vom Ministerium des Innern überarbeitet.

Wach
Minister

— Verf. u. Mittg. Min. f. H. u. V. Heft 8.87 —

— 4421 — Berlin, den 15. Januar 1957

Anweisung Nr. 5/57

Übernahme von Mitarbeitern der HO-Betriebe durch die Niederlassungen der Großhandelskontore zur Sicherung der ausgangsseitigen Abrechnung der Warenbereitstellung

Ab 1. Januar 1957 übernehmen die Niederlassungen der Großhandelskontore für Industriewaren (außer GHK für Haushaltschemie, GHK für Technik, NL Brillenoptik, Rathenow, GHK für Kulturwaren, NL Musikwaren, Klingenthal, und NL Fest- und Scherzartikel, Leipzig) die ausgangsseitige Abrechnung der Warenbereitstellung für die HO-Kreisbetriebe und die Betriebe der HO-Wismut. Bei den HO-Betrieben verbleibt lediglich noch die Erfassung der übrigen Bezüge in Industriewaren sowie die vierteljährliche Abrechnung des Warenbereitstellungsplanes.

Die Planvorschläge für die HO-Betriebe und die Niederlassungen der Großhandelskontore wurden noch nicht unter Berücksichtigung dieser ab 1. Januar 1957 eintretenden Veränderungen aufgestellt, sondern beruhen noch auf der Grundlage der alten Stellenpläne. Von den Räten der Bezirke bzw. der Verwaltung der HO-Wismut sind daher vor Herausgabe der staatlichen Aufgabe an die Betriebe aus den alten Stellenplänen die Anzahl der Arbeitskräfte und der Leitende, die durch die neue Abrechnungsmethode frei werden und zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Abrechnung erforderlich sind, umzusetzen. Darüber hinausgehenden Anforderungen der Großhandelskontore ist nicht zu entsprechen. Zu beachten ist ferner, daß für die Niederlassungen des Großhandelskontors für Textilwaren keine Umsetzungen vorzunehmen sind, unabhängig davon, daß auch von diesen Niederlassungen die v. g. ausgangsseitige Abrechnung durchgeführt wird. Die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Bezirke haben bis zum 15. Februar 1957 dem Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Betriebs- und Investplanung — Großhandel —, mitzuteilen, wieviel Arbeitskräfte und Lohnfonds anteilmäßig auf den Sektor Textilwaren entfallen.

Die Niederlassungen der Großhandelskontore richten ihre Anforderung mit genauer Angabe der von Ihnen

70000

Beteiligten Parteien an den zuständigen Rat des Betriebes, Abt. Handel und Versorgung, U.A. Staatlicher Handel. Eine Durchschrift der Anforderung ist der übergeordneten Dienststelle zuzustellen. Der Rat des Betriebes überprüft die Anforderungen und nimmt die Umsetzungen wie oben angeführt vor, die bis zum **15. Februar 1957** abzuschließen sind.

Für die Umsetzung der Arbeitskräfte können die folgenden Richtzahlen zu Grunde gelegt werden:

a) Erstellungen bei den HO-Kreisbetrieben pro Betrieb im Durchschnitt: 2. Krafte unter Berücksichtigung der Größe des Betriebes.

b) Bedarf der verschiedenen Großhandelskontore:

GHK-Kulturwaren	(Berlin 1, Dresden 3, Erfurt 3, Halle 2, Magdeburg 3 und Schwerin 3),
NL-Sportartikel	(Berlin 3, Leipzig 7 und Ludwigsburg 3),
NL-Spielwaren	(Berlin 3, Leipzig 7 und Ludwigsburg 3),
GHK-Technik	je NL 1 bis 1½ Kräfte,
GHK-Kurzwaren	für jeden zu beliefernden Bezirk je NL 1 Kraft,
GHK Haushaltwaren	je NL 2 bis 2½ Kräfte,
GHK-Schuhe u. Lederware	je NL 1 Kraft, für die 10 größten NL je 2 Kräfte,
GHK-Mobel	für jeden zu beliefernden Bezirk je NL 1 Kraft.

Die Anwendung dieser Richtzahlen darf jedoch nicht schematisch erfolgen, sondern muß die speziellen örtlichen Bedingungen berücksichtigen.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.57 —

— 5520 —

Berlin, den 16. Januar 1957

Ergänzung

zur Richtlinie für die Bewirtschaftung der Klubs der Intelligenz durch den volkseligen Einzelhandel — HO-Gaststätten — vom 15. Januar 1956, Verfüungen und Mitteilungen Heft 2/56

Die vertraglichen Vereinbarungen über die Bewirtschaftung der Klubs der Intelligenz zwischen den örtlichen Leitungen der Klubs der Intelligenz und den die gastronomische Bewirtschaftung durchführenden HO-Betrieben lassen eine Einheitlichkeit nach den in der Richtlinie vom 15. Januar 1956 festgelegten Prinzipien erwarten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß dadurch in verschiedenen Fällen die Entwicklung der Klubs nicht gefördert wurde und die ökonomischen Aufgaben der Gaststätten nicht gelöst wurden. Es ist deshalb erforderlich, die Richtlinie durch folgende Hinweise, die mit der Bundesleitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands abgestimmt sind, zu ergänzen:

1. Klubs der Intelligenz, die gastronomisch von HO-Gaststätten bewirtschaftet werden, sind, soweit es die Gäste- und Wirtschaftsräume betrifft, Betriebsräume eines HO-Betriebes. Dabei ist es gleichgültig, ob einzelne Räume als öffentliche Gaststätte geführt werden.
2. Die zur ordnungsgemüthlichen Bewirtschaftung erforderlichen Beschäftigten sind Mitarbeiter des zuständigen HO-Betriebes, werden von diesem entlohnt und unterstehen dem geltenden tariflichen Bezugssatzungen.

PREISDIENST

Berlin, den 26. Januar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/18

Artikel: Haushaltswolle, verzinkt, Größe 8
Hersteller: VEB Fleischereimaschinenfabrik Saxonia, Leipzig

	alt	neu	
EVP	24,60 DM	EVP	20,70 DM
EHS	4,13 DM	EHS	3,45 DM
GAP	20,47 DM	GAP	17,25 DM
GHS	2,67 DM	GHS	2,25 DM
HAP	17,60 DM	HAP	15,99 DM

Die Erstattung beträgt

- für den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Großhandel 2,80 DM pro Stück,
- für den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandel 3,22 DM pro Stück.

Vorstehende Preisbewilligung gilt ab 7. Februar 1957 unter der Bedingung, daß die Erstattung durch den VEB Fleischereimaschinenfabrik Saxonia, Leipzig, für den gesamten Groß- und Einzelhandel auf Grund von einer statthlichen Erklärung der Handelsbetriebe, daß sich die genannte Anzahl Haushaltswolle des VEB Fleischereimaschinenfabrik Saxonia, Leipzig, am Tage des Inkrafttretens dieser Preisbewilligung noch an ihrem Lager befand, erfolgt.

Als Erstattungsfrist wird der 15. März 1957 festgesetzt.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.57 —

RICHTLINIEN

3. Das Speise- und Getränkeangebot in den Klubs ist so zu gestalten, daß es dem Charakter und den Aufgaben des Klubs entspricht. Das festgelegte Sortiment ist durch die Warenversorgung zu sichern.

4. Die Aufgaben der Klubs erfordern ein hohes Niveau der Gastronomie. Die z. Z. geltenden Vertraglichen Beziehungen sind so zu ergänzen bzw. zu erneuern, daß die Verantwortlichkeiten bzw. Zuständigkeiten für die Bewirtschaftung besser abgegrenzt werden. Es muß zum Ausdruck kommen, daß die Erhöhung der gastronomischen Leistungen auch von der Initiative der Klubleitung abhängt. Diese muß verstehen, den Gastkreis zu erweitern und entsprechende Veranstaltungen zu organisieren. Grundsätzlich muß die Vereinbarung zwischen Klubleitung und HO-Betrieb die Wirtschaftlichkeit sichern.

5. Weil die Klubs der Intelligenz keine öffentlichen Gaststätten sind, hängt die Wahrung der Wirtschaftlichkeit nicht nur von HO-Betrieb ab, sondern gleichermaßen von den Maßnahmen, Forderungen und Leistungen der Klubleitungen. Kann auf die Dauer die Wirtschaftlichkeit einzelner Klubs nicht gesichert werden (die Erfahrungen zeigen, daß z. T. Anlaufschwierigkeiten bestehen, die sich nach einiger Zeit beseitigen lassen), sind in Übereinstimmung mit der Klubleitung geeignete Veränderungen durchzuführen.

Börmann
Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.57 —

MITTEILUNGEN

— 4813 —

Berlin, den 17. Januar 1957

Zusammenfassung und Weiterleitung der Finanzberichterstattung der kommunalen Großhandelsbetriebe im Jahre 1957

1. Die Zusammenfassung und Weiterleitung der monatlichen Finanzberichterstattung der kommunalen Großhandelsbetriebe durch die Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke hat bis zur Beendigung der Tätigkeit der kommunalen Großhandelsbetriebe nach folgender Nomenklatur zu erfolgen:

Teil I Vorderseite	Zeile
Umsatz EKP	2 a
Bruttoerlös aus Großhandelsspanne ..	4
Erlosschmälerungen	5
Übrige Handelserlöse	7
Handelsabgabe	9
Zirkulationskosten	22
Übriges Ergebnis (Gewinn und Verlust)	24 a und b
Betriebsergebnis (Gewinn und Verlust)	25 a und b

Teil I Rückseite	28 bis 31	Berlin, 28. Januar 1957
Gewinn- und Stützungsverwendung	35 bis 40	Zur Ergänzung der Erläuterungen zum Finanz- und Arbeitskräfteplan HO 1957
Stützungen	35 bis 40	
Lohnfonds und Beschäftigte A	47	Die Mitteilung zu dem obigen Betreff (Verfg. u. Mittig. Nr. 437) enthält einen Druckfehler. Auf Seite 35, IV. 3. muß es richtig heißen „Lebensmittelbetriebe 1,5%“ statt „Lebenamtelleindustrie“.
Lohnfonds und Beschäftigte B	49	
Anzahl der Gewinnbetriebe	60	
Anzahl der Verlustbetriebe	61	

Teil II Vorderseite	25	Heft 5.37
Richtsatzplanfinanzierte Handelsware	25	
Saisonware insgesamt	30	
Handelsware insgesamt	31	

Teil II Rückseite	31	Heft 5.37
Handelsware insgesamt	31	

2. Durch den Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Handel und Versorgung, sind die Finanzberichte der kommunalen Großhandelsbetriebe in voller Nomenklatur zusammenzufassen und an die empfangsberichtigten Stellen weiterzuleiten.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.37 —

— 3400 — Berlin, den 22. Januar 1957

Erneuerung der Abrechnungsgenehmigungen für die Kontrollbilanzierung versorgungswichtiger Nahrungsgüter

Zur weiteren Durchführung der Bilanzkontrolle wurden die folgenden Abrechnungen für das Jahr 1957 wieder genehmigt:

Die Abrechnungen für Handel und Versorgung wurden der Abteilung für Handel und Versorgung des Ministeriums für Lebensmittelversorgung und des Ministeriums für

Lebensmittelindustrie bzw. Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf folgende Genehmigungen erteilt:

1. Dekadenmeldung übergebieterlicher Ausgleich Nr. 260 28
(Erzeugnisse des Ministeriums für Lebensmittelindustrie)
2. Dekadenmeldung übergebieterlicher Ausgleich Nr. 260 29
(Erzeugnisse des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf)
3. 10-Tage-Effektivabrechnung (Erfassung und Aufkauf) Nr. 260 30
4. Dekadenversorgungsübersicht Nr. 260 31
(Nahrungsgüter)

Nomenklatur und Meldeweg bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der Genehmigungsvermerk ist wie folgt einzusetzen:

„Genehmigungsvermerk“

Genehmigt vom Ministerium für Handel und Versorgung und registriert am 15. Januar 1957 unter Nr. 260 (siehe oben), befristet bis zum 31. Januar 1958.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.37 —

— 5411 — Berlin, 28. Januar 1957

Zur Ergänzung der Erläuterungen zum Finanz- und Arbeitskräfteplan HO 1957

Die Mitteilung zu dem obigen Betreff (Verfg. u. Mittig. Nr. 437) enthält einen Druckfehler. Auf Seite 35, IV. 3. muß es richtig heißen „Lebensmittelbetriebe 1,5%“ statt „Lebenamtelleindustrie“.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß nach Absprache mit der Abt. Rechnungswesen Betriebswirtschaft die Prämien laut Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 in den Monaten zu planen sind, in denen sie gezahlt werden. Um eine Abgrenzung innerhalb des Jahres zu gewährleisten, sind die Prämien für den Monat Dezember im Dezember zu planen, so daß in diesem Monat die Prämien für November und Dezember erscheinen.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.37 —

— 5911 — Berlin, den 22. Januar 1957

Verkauf von Wassersportfahrzeugen auf Teilzahlung

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1956 ist die Nomenklatur der in das Teilzahlungsgeschäft einbezogenen Gegenstände unter anderem um Wassersportfahrzeuge erweitert worden.

Aus diesem Grunde weisen wir auf die „Anlage zum Rahmen- und Versicherungsvertrag Nr. 20 00 087.67 für verbundene freiwillige Versicherung“ hin. (Veröffentlicht in Verfugungen und Mitteilungen Nr. 21/56 S. 219.)

Im § 1 Absatz 2 wird gesagt, daß die Käufer für Kraft- und Wassersportfahrzeuge bei der Versicherungsanstalt eine Kaskoversicherung nach Beiträgen und Bedingungen der „Anstalt“ abschließen müssen.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 5.37 —

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 30. Januar 1957

Veröffentlichungen über Vordruckwesen

Wir weisen darauf hin, daß die Veröffentlichungen über das Vordruckwesen jeweils einen bestimmten Kreis der Handelsbetriebe betrifft.

Unter dem Begriff „Vordruckwesen-Einzelhandel“ gebrachte Veröffentlichungen betreffen die HO-Betriebe insgesamt oder einen Teil von ihnen, der dann jeweils besonders genannt wird.

Für die Konsumgenossenschaften erfolgen keine Veröffentlichungen über das Vordruckwesen, da für den VDK ein besonderer Vordruck-Leitverlag besteht, der seine Anweisungen und Manuskripte für die KG vom VDK erhält.

Unter dem Begriff „Vordruckwesen-Großhandel“ gebrachte Hinweise betreffen die Großhandelkontore insgesamt oder einen Teil von ihnen, der dann jeweils besonders genannt wird. Weiter werden hierunter Veröffentlichungen für die kommunalen Großhandelsbetriebe der DDR gebracht.

Für die kommunalen Großhandelsbetriebe Berlins erfolgen keine Veröffentlichungen, da sie vom Magistrat von Groß-Berlin verantwortlich angeleitet werden, für sie gilt aber ebenfalls die „Anweisung Nr. 8 53“ (Verg. u. Mitt. Nr. 5 55 S. 67 und Nr. 5 56 S. 43).

Die Vordruck-Leitverlage sind nur berechtigt, den für sie zuständigen Bedarfsträgerkreis zu beliefern. Bestellungen anderer Handelsbetriebe müssen abgelehnt werden. Der nachstehende Hinweis soll die Bestellungen erleichtern.

Hinweis

über die Zuständigkeit der Vordruck-Leitverlage
Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg Sachsen, Scheunenstraße 9

Für alle Bedarfsträger:

Vordrucke des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft
(Finanz-, Anlagen-, Material- und Lohnbuchhaltung, Betriebsabrechnung, Belegvordrucke, die innerhalb des Rechnungswesens ausgestellt werden).

VEB Vordruck-Leitverlag Berlin, Berlin-Hohenschönhausen, Berliner Straße 69

Für alle Bedarfsträger:

Vordrucke der Staatlichen Plankommission, Vordrucke des Erfindungs- und Vorschlagswesens (AEPH), Vordrucke des volkseigenen Einzelhandels (HO), Vordrucke des kommunalen Großhandels Berlin.

Vordruck-Leitverlag Halle, Halle Saale, Lerchenfeldstraße 18

Für alle Bedarfsträger des Handels:

Anrechnungsdrucke für den Warenbereitstellungsplan für Nahrungsgegenstände, Textilien, Schuh-, Industriegüter, Fahrzeuge, z. d. Warenumsatz- und Bereitstellungsplan Teil A und Teil B, Warenverzeichniss zur Warenabrechnung.

Fachliche Vordrucke für sämtliche Großhandelkontore mit ihren Niederlassungen und Auslieferungslagern, Vordrucke für die kommunalen Großhandelsbetriebe der Deutschen Demokratischen Republik, ohne Berlin.

Mit den vorstehenden Vordruck-Leitverlagen bestehen Globalverträge, nach denen die Standardvordrucke in Jahresbestellungen, unterteilt auf Quartale, zu bestellen sind. Die Bestelltermine liegen hierbei zu verschiedenen Zeitpunkten.

Vordruck-Leitverlag Erfurt, Erfurt, Anger 37 38

Sämtliche Vordrucke auf dem Gebiete der Kaderpolitik für den Staatsapparat und die volkseigene Wirtschaft, soweit sie vom Ministerium für innere Angelegenheiten verbindlich erklärt wurden. Vordrucke der VHS und Betriebschulen.

Vordruck-Leitverlag Dresden, Dresden A 1, Friedrichstraße 58

Hygiene-Kontrollbücher

Vordrucke des betrieblichen Gesundheitswesens.

Vordruck-Leitverlag Magdeburg, Magdeburg, Röderitzer Straße, E. Schifferstraße (Baracken)

- Vordrucke für den Kraftverkehr. Technische Kraftfahrzeugbücher, Kraftstoffverbrauchsnormen, Vordrucke der 100 000-km-Bewegung, Fahrnachweispäckchen, Ausgabelisten für TWM, u. a.
- Vordrucke für sämtliche Sektionen der Betriebs-sportgemeinschaften, Spielberichtsvordrucke, Ab-rechnungsvordrucke, Leistungsurkunden, Wertungs-vordrucke, Termintabellen, Lehrgangsverpflichtun-gen, Punktzettel, Startkarten, Urkunden und Aus-schreibungen.

Großhandel

Sonderdruckanträge GHK für Lebensmittel

Durch die strukturelle Veränderung des GHK für Lebensmittel wird es notwendig, daß Sonderdruckanträge (gem. Anweisung Nr. 8 53 Ziffer 1 — Verg. u. Mitt. Nr. 5 55 S. 67 und deren Ergänzung in Nr. 5 56 S. 43) von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel

ab sofort

über den zuständigen Rat des Bezirkes, Abteilung Handel und Versorgung, Referat Organisation und Technik im Bezirk Leipzig; Referat Organisation; im Bezirk Erfurt: Referat Rechnungswesen-Kontrollbeamte, an das Ministerium für Handel und Versorgung, Abteilung Allgemeine Verwaltung, Referat Vordruckwesen, gerichtet werden. Für diese Großhandelsbetriebe gilt nunmehr aus der „Anweisung Nr. 8 53“ die Ziffer 11 an Stelle der Ziffer 13 als verbindlich.

Bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel nach dem 15. Februar 1957 eingehende Sonderdruckanträge werden von dort un-bearbeitet an den Antragsteller zurückgesandt.

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 9. Februar

Nr. 6

ANWEISUNGEN

— 5500 —

Berlin, den 25. Januar 1957

Anweisung Nr. 6/57

Führung von einfachen Kassenzetteln und Kassenlisten in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen

Zur Wahrung der Käuferinteressen und um den Käufer in die Lage zu versetzen, die Berechnung der Käufer nachprüfen zu können, ist es erforderlich, ihm hierfür einen Beleg auszuhandeln. Um die Belange des Handels zu berücksichtigen, genügt es, wenn dieser Beleg aus einem einfachen Kassenzettel besteht. Dieser Kassenzettel wird ohne Durchschrift ausgeschrieben und unterliegt keiner laufenden Numerierung. Der Kassenzettel braucht keine Spalten- und Linieneinteilung.

Aus den vorstehend aufgeführten Gründen wird für die HO-Lebensmittelverkaufsstellen angewiesen:

1. In allen HO-Lebensmittelverkaufsstellen sind ab sofort obligatorisch einfache Kassenzettel auszuschreiben, die den Kunden auszuhändigen sind.
2. Ausnahmen bilden dabei:
 - a) Einzelverkäufe
In diesen Fällen wird der einfache Kassenzettel nur auf Wunsch eines Käufers ausgeschrieben;
 - b) die Verkaufsstellen, in denen Registrierkassen mit Einzel-Additions-Bonuswurf vorhanden sind. In diesen Verkaufsstellen ist der Bon dem Käufer auszuhändigen;
 - c) Verkauf von Gemüse, Obst, Milch, Imbissen, Tabakwaren, Streichhölzern sowie Pfennigartikein und unmittelbarem Mundbedarf;
 - d) Verkauf in Kiosken, Schnellimbissen, Proberäumen, Betriebsverkaufsstellen bei Verkauf von Mundbedarf.
3. Aus den Kassenzetteln muß u. a. die Verkaufsstelle, in der der Einkauf getätigt wurde, erkennbar sein (Nummer der Verkaufsstelle usw.).
4. Zur Ermittlung der Umsatzleistung je Verkaufskraft für die Prämienberechnung sind in den Ausnahmefällen, in denen weder Registrier- noch Einzelkassen vorhanden sind, formlose Kassenkladden zu führen.
5. Die bisherige Ermächtigung der Direktoren, in Setzpunkt-Verkaufsstellen die Führung von Kassenzetteln mit Durchschrift und Numerierung selbstständig zu entscheiden, bleibt bestehen.

Als einfacher Kassenzettel kann der Standardvordruck „Kassenzettelzettel“, Bestellnummer 081024, Vordruckverlag Berlin, benutzt werden, jedoch ist eine Druckerei zu fertigen.

Den Praktikanten der HO-Lebensmittelbetriebe wird empfohlen, in den einzelnen Produktionsbetrieben zu versuchen, damit die in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen Kassenzettel mit Werbendruck kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus können vom Vordruck-Leitverlag in Berlin einfache Kassenzettel (Block zu je 50 Stück), Bestellnummer 081119, bezogen werden. Die Bestellungen sind bis zum 25. Februar 1957 aufzugeben.

Die Ergänzung der Richtlinie zur Bekämpfung der Inventurdifferenzen, Warenverderb und Schwund im staatlichen Einzelhandel vom 1. Dezember 1955 („Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 24-55 S. 315) hinsichtlich der „Kassenzettel für HO-Lebensmittelverkaufsstellen“ tritt hiermit außer Kraft.

Wach
Minister

— Ver/g. u. Min. —

Min. f. H. u. V.

Heft 6/57 —

Termin

— 5240 —

Berlin, den 29. Januar 1957

Anweisung Nr. 7/57

Wartung von Kühlanlagen und Kühlmöbeln

Der Ausfall und die Reparaturen von Kühlanlagen halten ihre Ursache meist darin, daß die bei Kühlanlagen notwendige ständige Wartung zur Verhütung größerer Reparaturen nicht oder nur ungenügend durchgeführt wurde.

Deshalb hat das Ministerium für Handel und Versorgung mit der Zentrale des VEB Kühlanlagenbau Dresden den folgenden Musterwartungsvertrag ausgearbeitet:

Vertrag über die Wartung von Kühlanlagen

Zwischen als Auftraggeber und dem VEB Kühlanlagenbau Dresden, Dresden A 45, Breitscheidstraße 88, vertreten durch seine Außenstelle als Auftragnehmer wird hiermit folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftraggeber überträgt und der Auftragnehmer übernimmt die Wartung der nachstehend aufgeführten Kühlanlagen:

§ 2

Der Auftragnehmer nimmt die Wartung durch malige Prüfung der im § 1 bezeichneten Kühlanlagen im Jahre durch seinen Beauftragten nach seinen Festlegungen in der Zeit vom bis in möglichst gleichen Abständen wahr.

Die Wartung umfaßt folgende Tätigkeit:

- a) die funktionelle Überprüfung und Reinigung der kältetechnischen Anlage;
- b) die Abstellung von Funktionsstörungen an der kälte-technischen Anlage einschließlich Nacharbeiten und Austausch von Verschleißteilen, soweit dies an Ort und Stelle möglich ist und dafür im Einzelfall voraussichtlich kein höherer Rechnungsbetrag als etwa 100 DM anfällt, ohne besondere Auftragserteilung durch den Auftraggeber;
- c) die Unterhaltung des Auftraggebers, sofern die Notwendigkeit für eine Reparatur der Kühlanlage in der Werkstatt des Auftragnehmers vorliegt, damit er dem Auftragnehmer darüber einen Auftrag erteilen kann;

Dieses Heft enthält das Stichwortverzeichnis für das IV. Quartal 1956
Aus technischen Gründen kann es nicht als Beilage geliefert werden

- 4) schnellstmögliche Abstellung der dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zu meldenden Funktionsstörungen an der Kühlranlage, soweit diese zwischen den Wartungsbesuchen eintreten;
- 5) Anleitung der Mitarbeiter des Auftraggebers zur ordnungsgemäßen Bedienung der Kühlranlage;
- 6) Eintragung des Wartungsbesuches in das technische Begleitheft.

Die Wartung umfasst nur den vom Auftragnehmer gefertigten Teil der Anlage. Mit der Behebung von Störungen am elektrischen Teil, der Kühlwasserleitung, den Bierleitungen usw. wird der Auftraggeber einen örtlichen Installateur beauftragen.

§ 3

Der Auftraggeber trägt alle Kosten, die durch die Ausübung des Wartungsdienstes gemäß § 2 entstehen. Der Auftragnehmer wird alle bei ihm anfallenden Kosten für Arbeits-, Reise- und Wartezeiten einschließlich vor kommender Zuschläge sowie Auslösungssätze und Fahrgelder laut Montageabkommen sowie für Material auf gesetzlicher oder preisrechtlicher Grundlage dem Auftraggeber in Rechnung stellen, und dieser wird die Bezahlung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen vornehmen.

§ 4

Der Auftraggeber verpflichtet sich, seine Mitarbeiter zu einer pflichtigen und ordnungsgemäßen Behandlung der Kühlranlage anzuhalten. Desgleichen wird er dafür Sorge tragen, daß Reparaturen an der Anlage nicht durch andere als vom Auftragnehmer Beauftragte durchgeführt werden.

§ 5

Beanstandungen sind dem Auftragnehmer vom Auftraggeber unverzüglich, spätestens 15 Tage nach dem Wartungsbesuch, zur Kenntnis zu bringen.

§ 6

Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Standort der Kühlranlagen, für die Zahlungen des Auftraggebers Dresden. Als Gerichtsstand wird Dresden ver einbart.

§ 7

Die Änderung oder Aufhebung des Vertrages, muß schriftlich erfolgen.

§ 8

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragspartner jeweils spätestens am 3. Januar für den folgenden 31. März gekündigt werden.

..... am
 (Auftragnehmer) am
 Stempel u. Unterschrift Stempel u. Unterschrift

Die Handelsbetriebe haben eine gründliche Überprüfung über die Zweckmäßigkeit des Abschlusses von Wartungsverträgen vorzunehmen und mit der zuständigen Außenstelle des VEB Kühlranlagenbau Verträge abzuschließen, damit die Reparaturkosten gesenkt und der Verderb hochwertiger Nahrungsgüter verhindert wird. Jeder Handelsbetrieb hat die Möglichkeit, diesen Vertrag durch örtlich bedingte Zusätze zu erweitern.

Die in dem Vertrag § 2 (f) erwähnten technischen Begleithilfe werden auf Grund der Forderung des Handels auf der Neuerter Konferenz ab 1. Januar 1957 mit den neuen Kuhlmöbeln obligatorisch geliefert. Für alte Kuhlmöbel können diese technischen Begleithilfe vom VEB Kühlranlagenbau bezogen werden.

Diese Begleithilfe enthalten neben den notwendigen technischen Daten genugend Raum zur Eintragung der durchgeführten Wartungsreparaturen und Stillstandszeiten, so daß eine genaue Kontrolle über die Funktion des Kuhlmöbels durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, die anfallenden Reparaturkosten einzutragen, ergibt gleichzeitig eine Übersicht über die Gesamtwartungs- und Reparaturkosten für jedes einzelne Kuhlmöbel.

Der VEB Kühlranlagenbau hat seine Monteure angewiesen, die Eintragung in die Begleithilfe vorzutragen.

Die Handelsbetriebe sind verpflichtet, die Durchführung dieser Anweisung zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Begleithilfe anerkannt wird.

Der Auftraggeber hat das Ziel, eine unsachgemäße Behandlung des Kuhlmöbels zu befreien.

Korrmann
Stellvertreter des Ministers

— 4020 —

Berlin, den 1. Februar 1957

Anweisung Nr. 8/57
zur Anordnung vom 15. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBl. I S. 60)

Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe und Übernahme der Aufgaben durch das GHK für Lebensmittel

Zur Durchführung der o. a. Anordnung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, der Staatslichen Plankommission, dem Staatssekretariat für die Angelegenheiten der örtlichen Räte, dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf, der Deutschen Notenbank und dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel folgendes angewiesen:

I.

1. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1957 beenden die Kommunalen Großhandelsbetriebe ihre Tätigkeit. Sie geben die Aufgabe des Platz- und Empfangsgroßhandels mit Obst und Gemüse und des Aufkaufs an die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel ab. Die Handelsaktivität mit den übrigen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben geführten Sortimenten ist vor der Übernahme der Rechtsträgerschaft durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel von den Kommunalen Großhandelsbetrieben in Abstimmung mit den Räten der Bezirke auf die fachlich zuständigen Großhandelskontore entsprechend den nachstehend für Lebensmittel festgelegten Bestimmungen zu übertragen. Der Handel mit Mundproduktion ist nach Möglichkeit auf die Herstellerbetriebe zu verlagern. Falls dies nicht möglich oder zweckmäßig ist, entscheidet der Rat des Bezirkes darüber, welches Organ die Versorgung mit den Waren der Mundproduktion durchzuführen hat.

2. Mit dem Zeitpunkt der Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe werden die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel deren Rechtsnachfolger. Entstehen Streitigkeiten d'rrüber, welche Niederlassung des GHK für Lebensmittel für einzelne Kommunale Großhandelsbetriebe die Rechtsnachfolge übernimmt, so entscheidet über die Zuständigkeit der Rat des Bezirkes.

3. Der genaue Zeitpunkt für die Übernahme Übergabe der Rechtsträgerschaft und der Handelsaufgaben wird zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel im Einvernehmen mit dem Rat des Bezirkes festgesetzt.

4. Zur Vorbereitung der Übergabe Übernahme ist zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel ein Plan der Maßnahmen aufzustellen, in dem alle notwendigen Vorbereitungen termingebunden unter Angabe der Verantwortlichkeit festzulegen sind. Die Übergabe- bzw. Übernahmehandlung ist in ihren Einzelheiten zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Übergebenden und Übernehmenden rechtsverbindlich zu unterzeichnen und nachfolgenden Stellen in je einer Ausfertigung spätestens innerhalb von 10 Tagen nach der vollzogenen Übergabe Übernahme zuzustellen:

- a) dem Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —.
- b) dem Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —.
- c) der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank.
- d) der zuständigen Niederlassung des GHK für Lebensmittel

II.

1. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, zusätzlich eine Ausfertigung des Kontrollberichtes per 31. Dezember 1956 einschließlich des Berichtes zum Planablauf dem Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — zuzustellen. Der Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — hat das Exemplar der zuständigen übernehmenden Niederlassung des GHK für Lebensmittel zu übergeben.
2. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe stellen zum Zeitpunkt der Übergabe einen Kontrollbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf. Diesem Kontrollbericht ist eine Plananalyse beizufügen. Der Kontrollbericht ist folgenden Stellen zu übergeben:
 - a) Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen,
 - b) Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen,
 - c) zuständigen Filialen der Deutschen Notenbank.
3. Die Kontrollberichte der Kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 stellen zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme die Grundlage für die Eröffnungsbuchung in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel dar. Dies trifft sowohl für die Bestandskonten als auch für die Erfolgskonten zu. Die Salden lt. Kontrollbericht der Kommunalen Großhandelsbetriebe per Stichtag der Übergabe/Übernahme sind bei den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in laufender Rechnung zu buchen.

III.

1. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel führen nach erfolgter Übergabe/Übernahme die bisher von den Kommunalen Großhandelsbetrieben ausgeübten Handelsfunktionen mit folgendem Sortiment weiter:

Schlüssel-Nr. 11 300/600 Frischgemüse (einschl. Pilze)

- 11 700 Frischobst (einschl. Wildfrüchte)
- 16 100 verarbeit. Obst und Gemüse
- 16 200 Süßmoste, Fruchtsäfte und Sirup
- 11 100 Kartoffeln (nur Empfangs- und Platzgroßhandel)
- 15 700 Eier
- 16 581 Eierzeugnisse
- 13 500 Naturhonig
- 16 500 übrige Nahrungsmittel
- 9 280 Weihnachtsbäume

2. a) Die in den Betrieben des Kommunalen Großhandels beschäftigten Mitarbeiter sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel weitgehend zur Durchführung der übernommenen Handelsaufgaben einzusetzen.

Vor der Übergabe/Übernahme ist zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel festzustellen, welche Mitarbeiter vom GHK für Lebensmittel eingesetzt werden. Diesen Mitarbeitern ist schriftlich mitzuteilen, daß ihr Arbeitsverhältnis nach der Übernahme der Rechtsträgerschaft durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel bestätigt wird.

Den Mitarbeitern der Kommunalen Großhandelsbetriebe ist zu erklären, daß in neuem Betrieb kein geeigneter Arbeitsplatz vorhanden ist, sind in einem Zeitraum von 6 Monaten zu untersetzen, daß die Betriebsaufgaben optimiert sind, alle Maßnah-

men zu treffen, um ihnen in Verbindung mit der Abt. Arbeit und Berufsausbildung und der Abt. Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke einen zumutbaren Arbeitsplatz nachzuweisen. In dieser Aussprache bei den Mitarbeitern anzuraten, sich ebenfalls um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen. Eine Kündigung ist erst dann auszusprechen, wenn der betreffende Mitarbeiter nach Nachweis eines neuen Arbeitsplatzes ausscheiden kann.

Nach Möglichkeit sind bestehende Arbeitsverhältnisse im gegenseitigen Einvernehmen durch Aufhebungsverträge zu beenden.

Nur in den Fällen, wenn Mitarbeiter unbegründet zumutbare Arbeitsplätze abwesen, kann das bestehende Arbeitsverhältnis gemäß den gesetzlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufgekündigt werden.

In den Fällen, wo Mitarbeiter bis zum Abschluß der Übernahme keinen geeigneten Arbeitsplatz erhalten konnten, sind diese bis zum Nachweis eines zumutbaren Arbeitsplatzes vorerst zu übernehmen.

Lehrlinge sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Abt. Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten der Kreise ist hiervon zu unterrichten.

c) Werden Mitarbeiter der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in anderen als bisher ausgeübten Tätigkeiten eingesetzt, so sind die bisherigen Arbeitsverträge in gegenseitigem Einvernehmen durch Änderungsverträge unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu ergänzen. Die Entlohnung dieser Mitarbeiter hat entsprechend der ausgeübten Tätigkeit nach den im GHK für Lebensmittel angewandten Entlohnungsgrundlagen zu erfolgen. Derartige Änderungsverträge sind auch dann abzuschließen, wenn eine Veränderung in der Tätigkeit, aber keine Veränderung in der Entlohnung eintritt.

d) Wenn Mitarbeiter bestimmter Kommunaler Großhandelsbetriebe nicht in der jeweils übernehmenden Niederlassung des GHK für Lebensmittel eingesetzt werden, sondern ihre Tätigkeit in anderen Niederlassungen aufnehmen, so sind die Arbeitsrechtsverhältnisse durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe durch Abschluß von Aufhebungsverträgen bzw. unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen durch Kündigung zu beenden. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel müssen in diesen Fällen neue Arbeitsverträge abschließen.

e) Die bisher in den Kommunalen Großhandelsbetrieben angewandten Prämienysteme sind nach Übernahme der Aufgaben der Kommunalen Großhandelsbetriebe durch das GHK für Lebensmittel zu überprüfen. Bei dieser Überprüfung ist darauf zu achten, daß in den übernommenen und angewandten Prämienystemen das Leistungsprinzip zum Ausdruck kommt.

Soweit erforderlich, sind sie im Einvernehmen mit den hierzu betroffenen Mitarbeitern und den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen durch Prämienysteme, die bisher im GHK für Lebensmittel erfolgreich angewandt werden, zu ersetzen.

f) Bestehende Einzelverträge und Anrechte auf eine zusätzliche Arbeitsversorgung sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Ministeriums für Handel und Versorgung, Bereich Städtischer Großhandel zu übernehmen. Die Zustimmung ist unbedingt über die Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Kreise beim Ministerium für Handel und Versorgung einzuholen.

IV.

Zur Vermeidung von Störungen in der Versorgung der Bevölkerung und zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes übernehmen die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel von den Kommunalen Großhandelsbetrieben die entsprechenden Planteile sowie Grund- und Umlaufmittel gemäß den nachstehenden Bedingungen.

1. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe haben alle bestätigten Planteile sowie alle Planvorschläge einschließlich der Plananalysen des Betriebspolanes 1957 an die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übergeben, soweit die Pläne sich auf die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmenden Aufgaben beziehen. Die endgültigen Betriebspolane der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel werden nach Überprüfung durch den zuständigen Rat des Bezirkes bestätigt. Die kontoführenden Organe der Deutschen Notenbank sind von der Aufteilung der Pläne auf die neuen Betriebe zu informieren.
2. Vor der Übernahme durch das GHK für Lebensmittel sind den jeweiligen Niederlassungen die Unterlagen über die körperlichen Bestandsaufnahmen im Grundmittelbereich in Verbindung mit der Anlagen- und Finanzbuchhaltung zur Prüfung vorzulegen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel entscheiden in Verbindung mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb, ob am Stichtag der Übergabe Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme der Grundmittel erforderlich ist. Sämtliche Investitionsfragen ab Planjahr 1957 sowie die Überhänge aus dem Vorjahr sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, dem GHK für Lebensmittel bereits vor der Übernahme sämtliche vorliegenden Investitionsunterlagen wie Vorplanungs- und Projektierungsunterlagen vorzulegen, so daß dieses in der Lage ist, nicht benötigte Investitionsvorhaben rechtzeitig mit dem Rat des Kreises abzustimmen.
3. Alle Warenbestände, Nahrungs- und Genußmittel (gemäß Sortiment III/1) sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Übernahme dieser Waren erfolgt zum EKP gemäß Eingangsrechnung der Kommunalen Großhandelsbetriebe. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, per 31. Dezember 1956 über sämtliche Warenbestände eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen.

Ergeben sich zwischen den Ist-Beständen der körperlichen Bestandsaufnahme und dem Ausweis der Warenbuchhaltung und Finanzbuchhaltung (Konto 170) Differenzen, sind diese per 31. Dezember 1956 ergebniswirksam zu buchen. Soweit eine körperliche Bestandsaufnahme bei Lagerware (z. B. Kartoffeln) nicht möglich ist, erfolgt die Übernahme auf Grund von Buchbeständen (Übereinstimmung der Bestände lt. Lagerfachkarten mit den Bestandskonten der Finanzbuchhaltung muß gegeben sein) unter Abzug des bis zum Zeitpunkt der Übernahme angetretenen Schwundes sowie evtl. Wertminderungen. Schwund und Wertminderungen sind protokolärisch nachzuweisen. Unabhängig davon, wenn die Übernahme erfolgt, sind die Kommunalen Großhandelsbetriebe verpflichtet, den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel die Inventurlisten, die Unterlagen der Warenbuchhaltung sowie die Finanzkonten (per 31. Dezember 1956) vorzulegen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel entscheiden am Einvernehmen mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb, ob auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme per 31. Dezember 1956 ab Stichtag der Übergabe Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erfolgen muß.

Wertmindernde und unverkaufliche Waren, die nicht im Bestand sind, der Abrechnung über die

Behandlung wertgeminderter Waren im staatlichen und genossenschaftlichen Handel (GBI Teil I Nr. 67,55 S. 563) fallen, sind von den Kommunalen Großhandelsbetrieben noch vor der Übergabe entsprechend der Anordnung abzuwerten und zu Lasten des Ergebnisses zu buchen.

Die hierfür zu bildenden Abwertungskommissionen haben ihre Tätigkeit unter Teilnahme je eines Vertreters der zuständigen Niederlassung des GHK für Lebensmittel durchzuführen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sind verpflichtet, für einen möglichst schnellen Absatz dieser Bestände zu sorgen. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme im Rahmen des Planes unterwegs befindlichen Handelswaren sind beim Eingang von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen.

4. Materialbestände sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zum preisrechtlich zulässigen Einkaufspreis zu übernehmen. Bei wertgeminderten Gegenständen hat die Übernahme auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen zum Zeitwert zu erfolgen. Auch bei den Materialbeständen haben die Kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Die ermittelten Bestände sind mit der Materialkartei und dem Sachkonto „Hilfsmaterial“ abzustimmen. Bei der Übergabe/Übernahme ist von dem Kommunalen Großhandelsbetrieb gegenüber der Niederlassung des GHK für Lebensmittel auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme in Verbindung mit der Materialkartei und dem Ausweis in der Finanzbuchhaltung ein klarer Nachweis zu führen. Von der Niederlassung des GHK für Lebensmittel wird auf Grund der Auswertung der körperlichen Bestandsaufnahme im Einvernehmen mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb festgelegt, ob bei der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erforderlich ist.
5. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Lieferanten über Verpackungsmittel sind laut Saldenbestätigung, die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben einzuholen ist, von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Dabei erfolgt die Übernahme der eigenen Verpackungsmittel der Kommunalen Großhandelsbetriebe zum Zeitwert. Die Rückführung der Verpackungsmittel ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe haben per 31. Dezember 1956 eine Aufnahme der Verpackungsmittelbestände, getrennt nach fremden und eigenen Verpackungsmitteln, vorzunehmen. Die festgestellten Lagerbestände und die Saldenbestätigungen sind mit dem Verpackungsmittelnachweis und dem Sachkonto „Hilfsmaterial“ abzustimmen. Sich dabei ergebende Differenzen, sowohl bei eigenem als auch bei fremdem Leergut, sind sofort ergebniswirksam zu buchen. Auch bei Verpackungsmitteln entscheiden die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel im Einvernehmen mit den Kommunalen Großhandelsbetrieben, ob auf Grund der Auswertung der Leergutinventur per 31. Dezember 1956 am Stichtag der Übergabe Übernahme eine nochmalige Bestandsaufnahme erforderlich ist.
6. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernehmen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben alle Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel die Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Saldenliste mit folgender Untergliederung nachzuweisen:
 - a) fällig innerhalb der gesetzlichen Frist,
 - b) überfällig 16 bis 30 Tage,
 - c) überfällig 31 bis 60 Tage,
 - d) überfällig über 60 Tage,
 - e) zweifelhafte Forderungen

Für die als überfällig und zweifelhaft ausgewiesenen Forderungen ist im einzelnen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben eine ausführliche Begründung zu geben. Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind durch Saldenbestätigungen zu belegen.

Unerbringliche Forderungen sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe bereits per 31. Dezember 1956 entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln (s. Anweisung Nr. 44/52 des Ministeriums der Finanzen, veröffentlicht in DFM 4/52).

Für die Abwicklung sämtlicher Debitoren- und Kredittorenkonten der Kommunalen Großhandelsbetriebe sowie für die Bereinigung der noch evtl. vorhandenen Differenzen und schwelbenden Vorgänge sind je nach Umfang des Arbeitsanfalles von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel besondere Mitarbeiter einzusetzen. Diese Arbeitskräfte sind nach der Zustimmung des Rates des Bezirkes unter Anlegung eines strengen Maßstabes zusätzlich befristet in den Arbeitskräfteplan aufzunehmen.

7. Alle Bankkredite und alle Umlaufmittel gehen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben auf die übernehmenden Großhandelsbetriebe über.

Diese treten in die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit der Deutschen Notenbank abgeschlossenen Verträge über Sonderkredit zur Finanzierung von Übergangs- und Überplanbeständen ein. Zur Finanzierung bisher nicht kreditierter Überplanbestände, die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernommen werden, können zwischen der Deutschen Notenbank und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel Kreditverträge über Sonderkredite mit genauen Abbauplänen abgeschlossen werden. Diese Kreditverträge sind von den Räten der Bezirke, Abteilung Handel und Versorgung, mitzuziehen.

Für die Anschaffung der Mittel für eventl. eingetretene außerplanmäßige Verluste bis 31. Dezember 1956 ist der Rat des Kreises zuständig, danach der Rat des Bezirkes.

8. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, mit den Lieferanten und Abnehmern auf der Grundlage der gegebenen Pläne termingerecht die erforderlichen Verträge abzuschließen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel traten in diese Verträge ein.

Die Vertragskontrahenten der Kommunalen Großhandelsbetriebe sind durch ein Schreiben, das sowohl

von den Kommunalen Großhandelsbetrieben als auch von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu unterrichten.

Verträge, die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit Erzeugern abgeschlossen wurden, die außerhalb des Lieferbereiches der übernehmenden Niederlassung ihren Sitz haben, werden von der übernehmenden Niederlassung der am Sitz des Erzeugers zuständigen Niederlassung übergeben.

9. Bestehende Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe zum Zeitpunkt der Übergabe zu kündigen, soweit nicht die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in diese Verträge eintreten. In Bedarfsfällen sind durch die Niederlassungen neue Verträge abzuschließen.

10. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme in den Kommunalen Großhandelsbetrieben vorhandenen und im Kontrollbericht ausgewiesenen Bestände des D-Fonds, des Fonds für Generalreparaturen und sonstiger Fonds sind den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übertragen.

V.

1. Die Direktoren der Kommunalen Großhandelsbetriebe haben die Löschung ihrer Betriebe im Handelsregister unter Hinweis auf die im Gesetzblatt veröffentlichte Auflösung der Kommunalen Großhandelsbetriebe zu beantragen.

2. Die Direktoren der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel haben bei Neubildung die Eintragung, im übrigen die Berichtigung der Eintragung im Handelsregister unter Hinweis auf die Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse zu beantragen.

VI.

Für die Durchführung der Übergabe/Übernahme und für die Einhaltung der in dieser Anweisung festgelegten Grundsätze sind die Leitungen der Kommunalen Großhandelsbetriebe und der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sowie die Abteilungen für Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke verantwortlich.

W a c h
Minister

RICHTLINIEN

— 4620 —

Berlin, den 1. Februar 1957

Richtlinie zur Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 (GBI. I S. 60)

Es werden in ca. 195 Land- und Stadtkreisen der DDR "Spezialhandelsbetriebe" oder "Branchenbereiche" für Obst und Gemüse gebildet.

A. Die Spezialhandelsbetriebe und Branchenbetriebe haben folgende Hauptaufgaben:

1. Auf der Grundlage der staatlichen Pläne für Erfassung und Aufkauf von Obst und Gemüse und der Direktive der örtlichen Staatsorgane über die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte mit den Gemeins- und Obstbauern Verträge abzuschließen;
2. in den Großstädten, Städten und Kreisen der Republik die Erfassung und den Aufkauf von Obst und Gemüse zu organisieren;

3. zur Belieferung des staatlichen und privaten Einzelhandels sowie zur Versorgung der Großverbraucher und Belieferung der Be- und Verarbeitungsbetriebe den Versand-, Empfangs- und Platzgroßhandel mit Obst und Gemüse zu organisieren sowie den Empfangs- und Platzgroßhandel mit Kartoffeln durchzuführen;
4. durch die Anwendung des Vertragssystems mit den Erzeugern und den Abnehmern auf die Steigerung der Marktproduktion und Verbesserung der Sortimente und Qualitäten einzuwirken sowie die Erfassungs- und Aufkaupläne im Rahmen der Betriebspläne zu erfüllen;
5. zwischen Großzeugern (Volkseigenen Gütern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und anderen Spezialbetrieben) und Großverbrauchern, Großküchen, Be- und Verarbeitungsbetrieben und Verkaufsstellen des Einzelhandels den Direktbezug vermitteln;
6. die Erzeuger entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bezahlen;

7. durch ständige Auswertung der Bedarfsermittlung in Abstimmung des jeweiligen Aufkommens und der Bedarfslage allseitig auf die Preisbildung und Einhaltung einzawirken.

8. Der Aufkauf von Obst und Gemüse ist den Spezialhandelsbetrieben und den Branchenbereichen nur im eigenen Kreisgebiet gestattet. Die geltenden Bestimmungen über die Handelstätigkeit der Konsumgenossenschaften und des privaten Groß- und Einzelhandels werden durch diese Richtlinie nicht berührt.

9. Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Versorgung in den Wintermonaten ist in den Kreisen und Städten die Lagerhaltung von Obst und Gemüse durchzuführen. Außerdem sind entsprechend den Erfordernissen Reiferäume für Süßfrüchte (Bananen und Zitrusfrüchte) zu unterhalten.

B. Gliederung der Branchenbereiche und Spezialbetriebe:

1. Entsprechend dem Aufkommen an Obst und Gemüse ist in den Gemeinden und Städten ein breites Netz von Ortserfassungsstellen zu schaffen.

Die Ortserfassungsstellen sind weitgehend auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen mit Betriebsstätten der BHG und der VEAB und Aufkaufkontoren der Konsumgenossenschaft zu organisieren.

Darüber hinaus sind auch Verträge mit werktätigen Einzelbauern und Gärtnereien abzuschließen. In größeren Orten und in den Anbaugebieten sind Erfassungsstellen mit Lager- und Transportschwerpunkten zu unterhalten.

2. Für die Bezahlung der Erzeuger und für Rechnungslegung ist eine Fakturenstelle mit Kasse einzurichten.

Die Handelstätigkeit (Vertragsabschluß mit Erzeugern und Abnehmern, Festlegung des kürzesten Warenweges, Warenabnahme und Verkauf) wird durch Dispositionsgruppen, denen auch die Aufkäufer unterstellt sind, organisiert.

Der Transport und die Lagerwirtschaft einschließlich der Koordinierung der Lager- und Transportaufgaben in den Erfassungsstellen wird von der Gruppe Lager und Transport durchgeführt.

3. Der Branchenbereich untersteht einem besonderen Handelsleiter. Er ist für die gesamte Organisation und die Handelstätigkeit verantwortlich.

C Arbeitsweise der Branchenbereiche und Spezialhandelsbetriebe:

Die Aufkauf- und Erfassungstätigkeit der Spezialbetriebe und der Branchenbereiche ist so zu organisieren, daß die Verkaufsstellen des Einzelhandels vor Verkaufsbeginn mit frischem Obst und Gemüse beliefert werden. Mit den Erzeugern sind Vereinbarungen über dementsprechende Anlieferungen zu treffen.

Der Transport für den überkreislichen und überbezirklichen Ausgleich hat möglichst nachts zu erfolgen.

Auf der Grundlage der vom Ministerium für Handel und Versorgung in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf aufgestellten Bilanzen werden die Liefer- und Empfangspläne für den überbezirklichen Ausgleich durch das Ministerium für Handel und Versorgung aufgestellt. Dabei ist das Lageraufkommen mit dem Import zu koordinieren.

Zur Sicherung der Erfüllung und Übererfüllung der Warenzweckespläne führt der Betrieb „Obst- und Gemüsehandel“ Vermittlungen und Dispositionen für den überbezirklichen Ausgleich in Verbindung mit dem Import und den Importen durch.

Die Arbeit im Bereich Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Städte wird in den Abteilungen

für Erfassung und Aufkauf die Bilanz für den Bezirk auf und arbeiten die Liefer- und Empfangspläne für den überkreislichen Ausgleich aus.

Die Vermittlung und Disposition für den überkreislichen Ausgleich in Verbindung mit der Abwicklung der Importe wird von den Spezialhandelsbetrieben der Bezirkshauptstädte durchgeführt.

Bei der Durchführung des überkreislichen und überbezirklichen Ausgleichs gilt der Grundsatz: „Ausfuhr geht vor Eigenversorgung.“

Zur Herstellung hochwertiger Konserven ist die Industrie mit einwandfreier Qualität zu beliefern. Darüber hinaus sind auch mit der örtlichen Industrie Verträge über Lohnarbeit abzuschließen, um jeden Verlust zu vermeiden und alle örtlichen Reserven auszunutzen.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig.

Min. J. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 1400 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Richtlinie

für das Einfließen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontore für Lebensmittel (außer Großhandelskontor Obst- und Gemüse-Leithandel, Berlin) sowie der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957

In Durchführung der Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 wird in der nachstehenden Richtlinie der Verfahrensweg für die Finanzierung des GHK Lebensmittel und der Kommunalen Großhandelsbetriebe und für die Abrechnung ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse gegenüber dem Haushalt festgelegt.

I. Allgemeines

Ab 1. Januar 1957 gehen die wirtschaftlichen Ergebnisse der Niederlassungen der Großhandelskontore für Lebensmittel bzw. der Großhandelskontore für Lebensmittel; Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse; Großhandelskontore für Obst und Gemüse und der Kommunalen Großhandelsbetriebe in vollem Umfange in den Bezirkshaushalt ein, zu dessen Lasten die Deckung der planmäßigen Ausgaben erfolgt. Der Haushaltsplan des Bezirkes erweitert sich um das Kapitel 360 I mit folgenden Positionen:

Einnahmen:

- Nettogewinn,
- planmäßige Umlaufmittelabführung,
- Amortisationsanteile, die von den Betrieben nicht für die planmäßige Zuführung zu den betrieblichen Fonds benötigt werden,
- Sonstiges.

Ausgaben:

- planmäßige Verluststützung einschließlich D-Fondsstützung für Betriebe mit geplantem Verlust,
- planmäßige Umlaufmittelzuführung,
- planmäßige Zuschüsse für Investitionen und Generalsanierungen.

II. Finanzierung

- Auf dem Gebiet der Finanzierung übernehmen die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ab 1. Januar 1957 die Aufgaben, die z. Z. von der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und von den Abteilungen Handel

**Verfügungen und Mitteilungen
des Ministeriums
für Handel und Versorgung**

STICHWORTVERZEICHNIS

IV. Quartal 1956

Hefte Nr. 20 bis Nr. 33/56 (6. Oktober bis 22. Dezember 1956)

Herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung

Berlin 1957

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung

Stichwortverzeichnis

IV. Quartal 1956

Die Zahlen am Schluß jeder Angabe bedeuten: Heft-Nr./Seite

A	Betriebsplan
Abrechnung	— Finanzierung und Abrechnung von Maßnahmen, die im Betriebsplan nicht vorgesehen sind 23/243
— Abrechnung von „Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren“ und „Tierische Fette“ 23/244	
Ambulanter Handel	— Richtlinien zum Betriebsplan des staatlichen Einzelhandels 1957 — Planteile „Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn“ und „Berufsausbildung“ 31/301
Anzahlungen	21/217
	21/217
	25/239
Ausleihdienst	
— Ergänzung zur Anweisung Nr. 23.56 21/213	
Ausleihware	
— Finanzierung der Ausleihware 30 296	
Ausstellungen	
— siehe Messen	
B	D
Batterien	
— Kraftfahrzeugbatterien 21/217	
Bauernmärkte	
— siehe Kommissionshandel	
Bedarforschung	
— Anweisung Nr. 39 56 — Berichterstattung Bedarforschung III 1956 22/230	
Berichterstattung	
— Berichterstattung EUGK (Erfassung nach Umsatzgrößenklassen) der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 22/233	
— Richtlinien zur Planabrechnung und Berichterstattung 1957 30/289	
— Berichterstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Vertriebe und HO-Warenhäuser 30/296	
Berichtswesen	
— Anweisung Nr. 45 56 — Durchführung der Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956 24/248	
Berufswettbewerb	
— Aufruf für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend 28/274	
— Richtlinie für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend 1957 in den Betrieben des staatlichen und genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandels 28/275	
Bestandsaufnahmen	
— Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden 32 315	
E	F
Erlösinzahlungen	
— Erlösinzahlung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels auf dem Lande 21/220	
F	F
Fachkontenrahmen	29/284
Festpreise	
— Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden 32 315	32 315
Finanzberichterstattung	
— Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel 31 300	31 300

Frachtkostenberechnung		
— Frachtkostenberechnung durch die ND Importleithandel für Importwaren	30/295	
Frisch-Fisch-Vst		
— Sonderzuschläge für Beschäftigte in Frisch-Fisch-Vst	25/260	
Fortschritt		
— siehe Technisch-organisatorischer Fortschritt		
G		
Gastronomische Kapazitäten		
— Anweisung Nr. 53 56 — Bewirtschaftung gastronomischer Kapazitäten gewerkschaftlicher Kultur- und Clubhäuser — (Ergänzung zur Anweisung Nr. 69/35)	28/273	
Gehaltszahlungen		
— siehe Prämien		
Geschenkversandhandel		
— Anweisung Nr. 43 56 — Einführung des Geschenkversanddienstes für Industriewaren im staatlichen Einzelhandel	24/247	
H		
Handelsnetz		
— Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung und Spezialisierung des Handelsnetzes	28/280	
— Formblattbedarf zur Abrechnung des Handelsnetzes per 31. Dezember 1956	28/280	
— Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes	33/312	
Hotel-Prospekt		
— Anweisung Nr. 55 56 — Durchführung einer Erhebung über die Anzahl der Hotels, die Bettenkapazitäten und die dazugehörenden Einrichtungen als Grundlage für die Herausgabe eines umfassenden Hotel-Prospektes ..	20/257	
I		
Importwaren		
— Frachtkostenberechnung durch die NL Importleithandel für Importwaren	30/293	
J		
Jugend		
— Anweisung Nr. 40 56 — Tag der Überprüfung der Jugend- und Sporteinrichtungen	23/235	
K		
Kaffee		
— Anweisung Nr. 39 56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden	21 212	
Kaufbedingungen		
— siehe Lieferbedingungen		
Kommissionshandel		
— Anweisung Nr. 41 56 — Einstellen des Kommissionshandels auf Bauernmarkten	23/235	
Kommissionsweise Überlassung		
— Richtlinien über die kommissionsweise Überlassung von Industriewaren durch den staatlichen Großhandel	22/231	
Kontrollbericht		
— Richtlinie über die Aufstellung und Einreichung des Kontrollberichtes zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für Großhandelskontore und die kommunalen Großhandelsbetriebe	31/299	
— Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel	31/300	
Kontrollinventuren		
— Anweisung Nr. 33 56 — Kontrollinventuren in den HO-Gaststätten	21/211	
Kreditkarten		
— Anweisung Nr. 58 56 — Ausstellen von Kreditkarten für Einzelbauern	30/289	
Kurorte		
— Richtlinien über die Versorgung der Kurorte in der Wintersaison 1956/57	21/215	
L		
Lebensmittel		
— Behandlung von Lebensmitteln im Lebensmittelverkehr	30 295	
Lieferbedingungen		
— Anweisung Nr. 47 56 — Gestaltung der Kauf- und Lieferbedingungen zwischen den dem Ministerium für Handel und Versorgung nachgeordneten Großhandelskontoren für Industriewaren und dem staatlichen Einzelhandel (HO)	26/263	
Lochkarten-Verfahren		
— Anweisung Nr. 34 56 — Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung	21 211	
— Informationen über die Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung	33 332	
Lohnzahlungen		
— Siehe Prämien		

<p>M</p> <p>Markenwaren</p> <ul style="list-style-type: none"> — Richtlinien über die Abrechnung des Verkaufs von Markenwaren 22/230 — Richtlinie über die vereinfachte abgabenrechtliche Auswertung von Plus- und Minusdifferenzen an Markenwaren bei den Einrichtungen des VDK 23/241 <p>Mehrkosten</p> <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 50/56 — Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Ortsklassen C und D ab 1. Oktober 1956 im staatlichen Groß- und Einzelhandel 27/289 <p>Messen</p> <ul style="list-style-type: none"> — Zur Verordnung über den Schutz von Messen und Ausstellungen 21/220 <p>Milch</p> <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 36/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden 21/212 <p>Minusdifferenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> — siehe Markenwaren 	<p>Preisdienst</p> <ul style="list-style-type: none"> — Erläuterung zur Preisbewilligung Nr. I/56 (Preise für handwerkliche Nebenleistungen) 22/233 — Preisbewilligung Nr. V/1956 — Kundendienst für sperrige bzw. schwerlastige Konsumgüter 23/239 — Sonderpreisdienst für <ul style="list-style-type: none"> 1. Kakaoerzeugnisse aus der CSR 2. Tischfertige Konserven 3. Lederschuhe aus dem Konsumgüteraus tausch mit der CSR 4. China-Noppenteppiche 5. China-Filetdecken 6. Handtuchstoffe aus Polen 23/238 — Preisbewilligung Nr. I/V/56-5 für Lichthalter 24/249 — Preisbewilligung Nr. I/V/56-4 für Modelleisenbahn 24/250 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/31 für Fleischwolf 24/251 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/52 für Elmer 24/251 — Berichtigung dazu 28/279 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/53 für Gießkannen 24/251 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/54 — Preisänderung für Schlittenstaubsauger „Jette“ 25/259 — Anweisung Nr. 51/56 — Preisbewilligung J 310 — 93/56 vom 2. Mai 1956 55 % Aufschlag an Verbraucherabgabe bei Importverpackung 27/270 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/9 für PKW „Pobeda“ 28/279 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/60 für PKW „Moskwitsch“ Güteklaasse II 28/279 — Ergänzung zum Sonderpreisdienst Textilien und Bekleidung Schlüssel-Nr. 4000 Teil III vom 31. Juli 1956 28/279 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/71 vom 22. November 1956 29/284 — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/64 vom 9. November 1956 29/284 — Anweisung Nr. 56/56 — Einhaltung der Preisanordnung Nr. 154 über die Preisauszeichnung vom 15. Oktober 1948 30/288 — Preisanordnung Nr. 690 — Anordnung über die Abrundung von Pfennigbeträgen vom 4. Dezember 1956 — Die Preisanordnung ist als Sonderdruck I/56 erschienen und lag dem Heft 30/56 bei 30/— — Preisbildung für Konfektion, hergestellt aus abgewerteter Meterware der Aktion I 31/313 — Preisdienst 3/56 33/330 — Auszug aus der Preisbewilligung Nr. I/VII/56/75 33/331 — Taschenkalender mit Ledereinband 33/332 <p>Q</p> <p>Quartalsprämien</p> <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 38/56 — Anträge auf Quartalsprämien 22/219
---	---

R <ul style="list-style-type: none"> • Radios <ul style="list-style-type: none"> — Verteilung der Warenkataloge für Radios und Fernmeldetechnik 23/245 • Reisekostenvergütungen <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 63/56 — Reisekostenvergütungen für Einkaufshandlungen beim staatlichen Großhandel 33/330 • Reklamationen 21/220 	Teilzahlungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> — Monatlicher Nachweis des im Teilzahlungsgeschäft getätigten Umsatzes 21/218 — Rahmen-Versicherungsvertrag für Teilzahlungen 21/219 — Anweisung Nr. 48/56 — Erweiterung des Warenverzeichnisses für Teilzahlungsgeschäfte 21/267 — Anweisung Nr. 48/56 — Erläuterungen zum Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfahren — Ergänzung zur Anweisung Nr. 31/54 27/287 — Anweisung Nr. 52/56 — Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfahren durch private Einzelhändler, die Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels sind 28/272 — Anweisung Nr. 57/56 — Erweiterung des Warenverzeichnisses für Teilzahlungsgeschäfte 29/288 — Richtlinien zur Rückzahlung des Teilzahlungsbetrages durch Direktüberweisung 32/323 — Umsatz- und Gewerbesteuer für Kreditaufschläge aus Teilzahlungsgeschäften 32/326 — Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß 33/345
S <ul style="list-style-type: none"> • Sachwertlotterie <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 61/56 — Sachwertlotterie der FDJ 33/329 • Schulung <ul style="list-style-type: none"> — Schulung der Verkaufskräfte 23/245 • Sonderzuschläge <ul style="list-style-type: none"> — Sonderzuschläge für Beschäftigte in Frisch-Fisch-Vet 25/260 	Textilien <ul style="list-style-type: none"> — siehe Preladienst
Sp <ul style="list-style-type: none"> • Speiseeis <ul style="list-style-type: none"> — Richtlinien für die Kalkulation von Speiseeis 23/239 • Spezialisierung <ul style="list-style-type: none"> — Spezialisierung der Verkaufsstellen für fachgerechten Nähmaschinenverkauf 25/260 • Sporteinrichtungen <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 40/56 — Tag der Überprüfung der Jugend- und Sporteinrichtungen 23/235 	U <ul style="list-style-type: none"> • Überstunden <ul style="list-style-type: none"> — Vereinbarungen zwischen dem Ministerium für Handel und Versorgung Berlin, dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften eGmbH Berlin und dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel Berlin über die Genehmigung von Überstunden während des Weihnachtsverkaufs 1956 28/274
St <ul style="list-style-type: none"> • Standardsortiment <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 62/56 — Standardsortiment für tischfertige Konserven 33/330 • Staubsauger <ul style="list-style-type: none"> — Preisänderung für Schlittenstaubsauger „Jette“ — Preisbewilligung Nr. I/VII/56/54 25/259 • Struktur <ul style="list-style-type: none"> — Richtlinie über die Veränderung der Struktur des staatlichen Großhandels auf dem Sektor Schmuck, Kunstgewerbe und Raucherbedarf 25/255 — Anweisung Nr. 60/56 — Zur Direktive für die Veränderung der Struktur der Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke, der Kreise und der HO-Kreisbetriebe 33/327 	Umbewertung <ul style="list-style-type: none"> — siehe Festpreise
T <ul style="list-style-type: none"> • Tanzveranstaltungen <ul style="list-style-type: none"> — Gebührenordnung für Tanzveranstaltungen und Genehmigungen von Polizeistundenverkürzungen 21/216 • Technisch-organisatorischer Fortschritt <ul style="list-style-type: none"> — Analytische Einschätzung der Entwicklung des technisch-organisatorischen Fortschritts 25/260 • Teilzahlungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> — Errichtung zur Anweisung Nr. 31/56 — Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfahren 21/215 — Errichtung der Teilzahlungskredite 21/213 	V <ul style="list-style-type: none"> • Verkaufszeiten <ul style="list-style-type: none"> — Direktive über die Verkaufszeiten des Einzelhandels an den Sonntagen vor Weihnachten, am 24. und 31. Dezember 1956 und am 1. Januar 1957 23/242
Versicherung <ul style="list-style-type: none"> — Versicherung der Ausleihware 25/260 	Vertragspritung <ul style="list-style-type: none"> — siehe Teilzahlung
Vertragliche Beziehungen <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 59/56 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben — Beilage zu Heft 30/56 30— 	Verspritung <ul style="list-style-type: none"> — Änderung der Anweisung Nr. 30/56 — Verspritung von Abfallbonbon 28/273
Verträge <ul style="list-style-type: none"> — Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes 33/345 	Vertragliche Beziehungen <ul style="list-style-type: none"> — Anweisung Nr. 59/56 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben — Beilage zu Heft 30/56 30—
Volkswirtschaftsplan <ul style="list-style-type: none"> — Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplans 1957 — Planter Warenumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen 32/317 — siehe Teilzahlung 	Vollelpulver <ul style="list-style-type: none"> — siehe Teilzahlung

Vordruckwesen

- Formblätter zur Planabrechnung 1957 21/221
- Anträge für Druckgenehmigungen 24/254
- Vordruck: Gutachten für Speisekartoffeln 24/254

Einzelhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kundigungen 21/221
22/233
25/261
30/297
- Kohlepapier für Kassenblöcke, Doppelseitiges — 21/221
- Vordrucke für Teilzahlungsverfahren 22/233
- Betriebsplan 1957 28/280
- Vordrucke der Finanzberichtserstattung 1957 30/297
- Betriebs-Paß Einzelhandel 30/297

Großhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kundigungen 21/221
25/262
30/298
- Standardvordrucke für die Maschinenbuchhaltung der GHK 25/261
30/298
33/343
- Betriebs-Paß Großhandel 30/298

W**Warenauslieferung**

- Berichterstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Vertriebe und HO-Warenhäuser — 30/296

Warenbewegung

- Anweisung Nr. 34 58 — Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 21/211

Warenbewegung

- Monatliche Warenbewegungsmeldung des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und der Mitropa 33.339

Warenkataloge

- Verteilung der Warenkataloge für Radios und Fernmelde-technik 23/245

Weihnachtsverkauf

- siehe Überstunden

Werbeverkaufsveranstaltungen

- Werbeverkaufsveranstaltungen des Großhandels 25/280

Werkküchenumsatz

- Abrechnung des Werkküchenumsatzes auf Formblatt KALV 2 21/215

Wurstzipfel

- Gemeinsame Anweisung über die Verrechnung von Wurstzipfeln 21/214

Z**Zinssätze**

- Neue Zinssätze für Kredite laut Warenfinanzierungsplan Saisonkredite und Kredite für Verrechnungsdokumente ab 1. November 1956 29/284

Zucker

- Anweisung Nr. 36/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden.
- Nachbelastung für Zucker beim Ausschank von Kaffee 21/215

Zündholzsacheteln

- HO-Etiketten für Zündholzsacheteln 25/259

und Versorgung bei den Räten der Kreise für den Kommunalen Großhandel durchgeführt werden. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke sind verantwortlich

- a) für den Einzug der von den Betrieben an die Abteilung Handel und Versorgung abzuführenden Nettogewinne und ihre termingerechte Weiterleitung an den Bezirkshaushalt,
- b) für den Einzug der planmäßigen Umlaufmittelabführungen und die Weiterleitung an den Bezirkshaushalt, sofern keine Verwendung dieser Mittel zur Deckung von Umlaufmittel-Fehlbeträgen planmäßig vorgesehen ist,
- c) für den Einzug der ihnen laut Plan zustehenden Amortisationsanteile,
- d) für die Zuführung der planmäßigen Verluststützungen entsprechend der Ist-Ergebnisse,
- e) für die Zuführung der planmäßigen Umlaufmittel,
- f) für die Zuführung der planmäßigen Investitionen und Generalreparaturen.

Der Einzug der Staatseinnahmen unterliegt der Zuständigkeit der Unterabteilung Abgaben der Räte der Kreise.

2. Über die Abwicklung des bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel geführten Umverteilungskontos Investitionen ergeht besondere Anweisung.
3. Über die Finanzierung der Investitionen und Generalreparaturen für das Jahr 1957 ergeht eine besondere Richtlinie des Ministeriums der Finanzen.
4. Das bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK Lebensmittel geführte Umverteilungskonto „Generalreparaturen — Nebenanlagen“ ist per 31. Dezember 1956 aufzulösen und entsprechend den Abführungen der Niederlassungen und der in Anspruch genommenen Mittel auf die Räte der Bezirke aufzuteilen.

Die Kontonummer des in Frage kommenden Kontos ist den Räten der Bezirke der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel mitzuteilen.

5. Um die ordnungsgemäße Finanzierung der Betriebe sicherzustellen, ist von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ein monatlicher Kassenplan aufzustellen, welcher der Abteilung Finanzen beim Rat des Bezirkes einzureichen ist. Der Kassenplan wird durch die Abteilung Finanzen bestätigt und dient als Grundlage für die Zu- und Abführung von Mitteln an den bzw. durch den Bezirkshaushalt.
6. Von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke sind nachstehende Konten bei der Deutschen Notenbank zu führen:
 - a) Konto Nr. 104 „Ergebniskonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der Nettogewinne der Betriebe und zur Ausrechnung der planmäßigen Verluststützungen an die Betriebe.
 - b) Konto Nr. 105 „Umlaufmittelkonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der planmäßig abzuführenden bzw. überplanmäßig eingesparten Umlaufmittel der Betriebe sowie zur Zuführung der planmäßigen Umlaufmittel-Ausstattung.
 - c) Konto Nr. 107 „Verzugs- und Verspatungszuschläge“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der den Betrieben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigten Verzugs- und Verspatungszuschläge auf Nettozwischenabrechnung.
7. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ist daher verantwortlich, daß die Bestände auf den Ergebniskonten per Ultimo jeden Monats zugunsten des Bezirkshaushaltes überführt werden.

8. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke hat bis zum 5. Jeden Monats eine Abrechnung der Ergebniskonten an die Abteilung Finanzen des Rates des Bezirkes einzureichen.

III. Behandlung des Überhangs 1956 in 1957

Alle laut Kontrollbericht per 31. Dezember 1956 ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten aus Nettogewinn und planmäßiger Verluststützung einschließlich D-Fonds-Stützung werden von der Verwaltung der Niederlassungen des GHK Lebensmittel sowie von den Räten der Kreise abgewickelt. Abrechnung erfolgt bis zum 15. Februar 1957 beim übergeordneten Finanzorgan.

Die Mittel zum Ausgleich der Forderungen aus außerplanmäßigem Verlusttausgleich und außerplanmäßigen D-Fonds-Stützungen werden den Räten der Bezirke für die GHK Lebensmittel nach Beschlusssfassung durch den Ministerrat zugeleitet. Es ist nicht gestattet, Rückflüsse aus planmäßigen Verluststützungen und D-Fonds-Stützungen 1956 zur Finanzierung außerplanmäßiger Verluste und außerplanmäßiger D-Fonds-Stützungen zu verwenden.

IV. Umlaufmittelreservefonds

1. Das Ministerium für Handel und Versorgung überträgt am 1. Januar 1957 den auf die Räte der Bezirke — Abt. Handel und Versorgung — entfallenden Anteil des zentral verwalteten Umlaufmittel-Reservefonds. Der den Räten der Bezirke zu übertragende Fonds beträgt 2 % der planmäßigen Umlaufmittel des Jahres 1956 der Niederlassungen des GHK Lebensmittel. Bei Änderungen der planmäßigen Umlaufmittel-Ausstattung müssen entsprechende Berichtigungen vorgenommen werden.
2. Bei Übernahme der Kommunalen Großhandelsbetriebe durch die Räte der Bezirke haben die Räte der Kreise den planmäßigen Umlaufmittelkonds der Kommunalen Großhandelsbetriebe in voller Höhe (100 %) zu übergeben.
3. Über die Bildung und Verwendung der Reservefonds gelten die den Räten der Bezirke bereits bekanntgegebenen Richtlinien.
4. Die Verwendung der überplanmäßig erzielten Gewinne erfolgt nach den für die örtliche volkseigene Wirtschaft geltenden Bestimmungen.
5. Unabhängig davon, daß der Leiter der Abteilung Handel und Versorgung im Rahmen des Kontrollberichtes verpflichtet ist, Rechenschaft über die Verwendung des Reservefonds bzw. Sonderfonds abzulegen, hat monatlich eine Abrechnung der Fonds gegenüber der Abteilung Finanzen beim Rat des Bezirkes zu erfolgen. Die Form der Abrechnung wird durch die Abteilung Finanzen der Räte der Bezirke festgelegt.

V. Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel, Berlin

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel führt den im Planjahr erwirtschafteten Nettogewinn an das Ministerium für Handel und Versorgung direkt auf dessen Konto Nr. 104 8298 DN Berlin ab. Planmäßige Verluste und D-Fonds-Stützungen werden vom Ministerium für Handel und Versorgung zugeführt.
2. Eine erforderliche Vereinigung des Umlaufmittelkonds ist Plan 1957 v/gd vom Ministerium für Handel und Versorgung vorgenommen.
3. Die Zuführung der Mittel für planmäßige Investitionen und Generareparaturen erfolgt durch das Ministerium für Handel und Versorgung.
4. Überhänge in 1957 werden durch die Verwaltung des GHK Lebensmittel analog dem bereits im Abschnitt III Gesagten abgerechnet.

Von: 1. 1. 1957

Wach
Minister
Min. f. H. u. V.

Nett 827 -

— 3150 —

Berlin, den 4. Februar 1957

Abänderung
der Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschafts-
planes 1957 — Planteil Warenaumsatz, Warenbereit-
stellung, Handelsnetz, Investitionen —
vom 10. Dezember 1956

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32/56)

Betr.: Zentralgeplante und zentralgeleitete HO-Betriebe

Im Punkt A III a der o. a. Richtlinie ist für die zentralgeleiteten Betriebe und im Punkt A VII für die zentralgeplanten Betriebe des staatlichen Einzelhandels festgelegt, daß diese Betriebe für die Realisierung der zentralverteilten und gelenkten Fonds selbst verantwortlich sind, auch wenn Teile dieser Warenfonds über den staatlichen Großhandel bezogen werden. Dieses Verfahren führt in der Praxis zur Benachteiligung dieser Handelsbetriebe gegenüber den HO-Kreisbetrieben.

In Abänderung der o. a. Richtlinie wird daher bestimmt:

1. Die Betriebe der zentralgeplanten Handelsysteme HO Wismut und HO Vertrieb

sowie die zentralgeleiteten Betriebe
HO Warenhäuser (Z) und
HO Gaststätten (Z)

gliedern die Positionen ihres zentralverteilten und gelenkten Fonds nach Bezug über den staatlichen Großhandel und Direktbezug auf. Sie geben den Teil, den sie über den staatlichen Großhandel beziehen wollen, an die zuständige Niederlassung des staatlichen Großhandels.

2. Der den staatlichen Großhandelsorganen von den Betrieben der HO Wismut und HO Vertrieb und den zentralgeleiteten HO-Betrieben übergebene Teil des zentralverteilten und gelenkten Fonds gilt für die staatlichen Großhandelsorgane als staatliche Planaufgabe, für deren Realisierung sie verantwortlich sind.
3. Der verbleibende Teil, den die Betriebe der HO Wismut und HO Vertrieb und die zentralgeleiteten HO-Betriebe direkt von der Produktion beziehen, gilt für diese als staatliche Planaufgabe.

Stellvertreter des Ministers
I. V.: Dürmde
Hauptabteilungsleiter

— Verf. u. Mitgl. MLL f. H. u. V.

71/477

PREISDIENST

— 3660 —

Preisbewilligung Nr. IV/3/57 für Perlonaflorterteppiche

Für die vom VEB Halbmond, Oelsnitz, entwickelten Perlonaflorterteppiche Axminster (Gondar) und Tournay (Rubin) werden folgende Preise und Nomenklaturnummern festgesetzt:

Artikel	Nomenklatur-Nr.	IAP	GHS	EHS	EVP	ME
Gondar.	4252-73-001	62,16	4,44	7,40	74,—	qm
18 Chenille- streifen.			(- 6 %)	(- 10 %)		
MZ: 100 %						
Perlon						
Rubin.	4251-73-001	75,00	8,40	8,—	90,—	qm
32 Ruten Schwarz			(- 6 %)	(- 10 %)		
MZ: 100 %						
Perlon						

Erklärungen:

1. Die 5. und 6. Stelle der Nomenklaturnummer beinhaltet nicht mehr die verschlüsselte Verbrauchsaufgabe, sondern mit der Nr. 73 wird ein Perlonaflorterteppich bezeichnet.
2. Die 7. bis 9. Stelle besagt nicht mehr den verschlüsselten EHAP, sondern ist nur eine Ordnungsnummer.
3. Aus diesem Grunde wird die Handelsspanne in Prozent vom EVP festgesetzt, und zwar die Großhandelsspanne 6 %, die Einzelhandelsspanne 10 %.
4. Die Abkürzung MZ: bedeutet Materialzusammensetzung.

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/80

vom 20. Dezember 1956

für Vergroßerungsapparat Manufoc II ohne Kassette

Hersteller: VEB Aspekta, Dresden

EVP	246,— DM
EHS	49,76 DM
GAP	205,24 DM
GHS	26,74 DM
IAP	172,90 DM

Berlin, den 28. Januar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/84

vom 28. Dezember 1956

für Musikschrank „Cereso II“ mit „Rienzi I“ und
dreitorigem Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Staßfurt

EVP	1200,— DM
EHS	144,— DM
GAP	1056,— DM
GHS	96,— DM
IAP	960,— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/85

vom 20. Dezember 1956

für Aufspielverstärker „AV I“

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Rochlitz

EVP	75,— DM
EHS	9,— DM
GAP	66,— DM
GHS	6,— DM
IAP	60,— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/5

vom 23. Januar 1957

Hersteller: VEB (K) Elektronik Plauen (Vogtl.)
für Blitzgerät „Micky“ ohne Einzelteile

EVP	189,— DM
EHS	27,88 DM
GAP	161,12 DM
GHS	18,20 DM
IAP	142,92 DM

Netzteil für Blitzgerät „Micky“

EVP	30,— DM
EHS	5,— DM
GAP	25,— DM
GHS	3,26 DM
IAP	21,74 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/7
vom 17. Januar 1957

für Theaterglas „Puck“ vergoldet

Hersteller: Carl Ruhnke, Rathenow

EVP	65,— DM
EHS	9,80 DM
GAP	55,20 DM
GHS	6,88 DM
IAP	48,53 DM

Tasche für Theaterglas „Puck“

EVP	6,— DM
EHS	0,74 DM
GAP	5,26 DM
GHS	0,46 DM
IAP	4,80 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/10

vom 23. Januar 1957

für Theaterglas „Theastar“ belebt (Gütekasse S) ohne Behälter

Hersteller: VEB Rathenow Optische Werke

EVP	59,50 DM
EHS	8,97 DM
GAP	50,53 DM
GHS	6,11 DM
IAP	44,42 DM

Theaterglas „Theastar“ vergoldet (Gütekasse S) ohne Behälter

EVP	98,— DM
EHS	14,77 DM
GAP	83,23 DM
GHS	10,06 DM
IAP	73,17 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/8

vom 15. Januar 1957

für Grossuper „Beethoven II“ mit Ferritantenne

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Rochlitz

EVP	918,— DM
EHS	110,16 DM
GAP	807,84 DM
GHS	73,44 DM
IAP	734,40 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/15

vom 23. Januar 1957

für Precias II mit Meritar 3,5/75, Binoverschluß verchromt

Hersteller: Kamerawerk Woldemar Beier, Freital 2

EVP	91,— DM
EHS	14,56 DM
GAP	76,44 DM
GHS	19,01 DM
IAP	68,43 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/18

vom 25. Januar 1957

für Musikschrank „Caruso II“ mit „Diamant II“, ohne Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Staßfurt

EVP	1213,— DM
EHS	145,80 DM
GAP	1069,20 DM
GHS	97,20 DM
IAP	972,— DM

MITTEILUNGEN

— 5913 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

In Abstimmung mit der Deutschen Notenbank ist der Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ verbindlich festgelegt worden. Die Filialen der Deutschen Notenbank sind angewiesen, auf die richtige Abrechnung zu achten.

Entgegen der Anweisung Nr. 40/56 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 27/56, S. 269, Abschnitt III, Position 4) und der Mitteilung über die Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß vom 17. Dezember 1956 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 33/56 S. 345) wird folgende Änderung getroffen:

Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft, die zum Monatsabschluß beiheften und noch nicht durch die zuständige Sparkasse kreditiert sind, müssen im Abschnitt A des Kontrollblattes Zeile 8 als „noch nicht kreditierte Verrechnungsdokumente aus Teilzahlungsgeschäft“ ausgewiesen werden. Dabei erkennt die Deutsche Notenbank nur die Entote der letzten zwei Tage an.

Die „Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ (Konto 251) und die „Überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ sind in der ersten Betragsspalte der Zeile 31 einzusezen. In die Zeile 32 wird in der ersten Betragsspalte der Betrag der in der Zeile 8 stehenden „noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus Teilzahlung“ übernommen und von der Zeile 31 abgesetzt. Der so ermittelte Betrag wird zur Addition in die zweite Betragsspalte eingesetzt. Die Zeile 33 „Überfällige Forderungen“ nimmt gleichzeitig die überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft auf. Diese sind als Darunter-Position der schraffierten Spalte in der Textzeile einzusezen.

Die Zeile 37 — Kredite für Teilzahlungsverfahren — und Zeile 38 — Abgegrenzte Kreditaufschläge — bleiben unverändert. In der ersten Betragsspalte der Zeile 37 ist lediglich der überfällige Kredit aus Teilzahlungsverfahren als Darunter-Position zur zweiten Betragsspalte nachzuweisen.

Es muß jetzt Übereinstimmung bestehen zwischen dem Saldo der Zeile 32 mit der Zeile 37 zuzüglich der Zeile 38. Weiterhin muß die Darunter-Position der Zeile 33 mit der Darunter-Position der Zeile 37 übereinstimmen. Großhandelskontore, die private Kommissionshändler führen, verfahren analog dieser Regelung.

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 6 Februar 1957

Einzelhandel

2. Nachtrag zum Globalvertrag mit VLV Berlin
 Mit dem VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurde zum Globalvertrag vom 15. Mai 1956 (s. Verfg. u. Mittig. Nr. 11/56 S. 125) ein zweiter Nachtrag mit zwei Paragraphen unterzeichnet. Der § 1 nennt die gesamte Papiermenge, welche vertragsgemäß zur Verfügung steht. Der zweite Paragraph lautet:

§ 2

Der § 5 Ziffer 1 erhält folgende Neufassung:

(1) Der VLV stellt den Bestellern mit dem MHV abgesprochene Bestelllisten in dreifacher Ausfertigung bis zum 31. Januar 1957 zur Verfügung.

a) Die Besteller haben dem VLV den Bedarf für die Zeit vom 1. Juli 1957 bis 30. Juni 1958 insgesamt und nach Quartalen untergliedert bis zum 15. Februar 1957 auf den Bestellisten in zweifacher Ausfertigung mitzutellen.

b) Der Bedarf aller Besteller ist vom VLV bis zum 10. März 1957 insgesamt und nach Quartalen unterteilt zu verdichten und mit dem MHV als Grundlage für die Planung des Papierkontingentes abzustimmen. Die Abstimmung muß bis zum 12. März 1957 abgeschlossen sein.

Vordruck-Bestellungen beim VLV Berlin

Wir weisen die HO-Betriebe auf den im zweiten Nachtrag zum Globalvertrag genannten Bestelltermin für Standardvordrucke beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin, den

15. Februar 1957.

hier. Dieser Termin ist unbedingt einzuhalten, wenn die Belieferung mit Standardvordrucken gewährleistet

sein soll. Die Jahresbestelliste (Jahresvertrag) wurde bereits Mitte Januar 1957 übersandt.

HO-Betriebe, die zu Kombinaten vereinigt werden, weisen wir darauf hin, daß der Vertrag auf den Nachfolgebetrieb übergeht. Veränderungen der Vordruckbestellungen sind für den Bedarf IV/57 zum 1. Juni 1957 möglich. Es sind hierzu die „Erläuterungen zur Bestellung von Standardvordrucken“ auf der Seite 2 des HO-Vordruck-Verzeichnisses (Ausgabe Januar 1957) zu beachten.

Finanzberichterstattung 1957 — Vordruckbedarf für III. und IV/57

Für den Bedarf III. und IV. Quartal 1957 sind die Vordrucke der Finanzberichterstattung 1957.

Best.-Nr. 820/89 957 bis 820/89 965

(veröffentlicht in Verfg. u. Mittig. Nr. 30/56 S. 297 und Nr. 3/57 S. 31) beim Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sachsen, Scheunenstr. 9.

a) von den Räten der Bezirke, Abt. HuV,
 für die ihnen unterstehenden Räte der Kreise und
 HO-Betriebe;
 b) von den Hauptverwaltungen HO Wismut und HO
 Vertrieb
 für die ihnen unterstehenden HO-Betriebe;
 c) von den verbleibenden Z-Betrieben

bis zum

15. März 1957

zu bestellen. Bei Angabe von Verteilerschlüsseln (zu a und b) erfolgt die Lieferung und Rechnungslegung an die HO-Betriebe.

Für den Vordruck Bestell-Nr. 820/8998 „Bilanz“ wird zu einem späteren Zeitpunkt ein Bestelltermin genannt.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

Nr. 637. Führung von einfachen Kassenzetteln und Kassenlisten in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen

III. Preisdienst

Preisbewilligung Nr. IV/57 für Perlonflorteppiche	51
Preisbewilligung Nr. LVII/56 90	52
Preisbewilligung Nr. LVII/56 94	52
Preisbewilligung Nr. LVII/56 95	52
Preisbewilligung Nr. LVII/56 96	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 1	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 2	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 3	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 10	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 13	52
Preisbewilligung Nr. LVII/57 19	52

Nr. 737. Wartung von Kühlanlagen und Kühlmöbeln

IV. Mitteilungen

Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

Nr. 837 zur Anordnung vom 15. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBI I S. 60)

V. Vordruckwesen

2. Nachtrag zum Globalvertrag mit VLV Berlin

Richtlinie für das Einfüllen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontore für Lebensmittel (außer Großhandelskontor Obst- und Gemüse-Vertrieb, Berlin) sowie der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957

2. Nachtrag zum Globalvertrag mit VLV Berlin

Richtlinie zur Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 (GBI I S. 60)

Vordruck-Bestellungen beim VLV Berlin

Richtlinie für das Einfüllen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontore für Lebensmittel (außer Großhandelskontor Obst- und Gemüse-Vertrieb, Berlin) sowie der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957

Finanzberichterstattung 1957 — Vordruckbedarf für III. und

IV/57

Finanzberichterstattung 1957 — Vordruckbedarf für III. und

IV/57

Mitauflage: Deutsches Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (O) VEB Deutscher Zeitungsverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Fernruf: 67 64 11, Postscheckkonto: 14 00 33 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezugspreis: Monatlich 325 DM — Einzelausgabe — 35 DM (nur durch den Verlag zu bestellen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ak 131 57 1001 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 16. Februar 1957 N.T. 7

ANWEISUNGEN

— 5552 —

Berlin, den 22. Januar 1957

Anweisung Nr. 9/57

Sachwertlotterie des DFD

Anlässlich des 10. Jahrestages des DFD führt der Bundesvorstand des DFD vom 15. Februar 1957 bis 15. März 1957 eine Sachwertlotterie durch. Die Gewinnscheine werden in der Zeit vom 15. Februar 1957 bis 15. April 1957 in den Verkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und den Warenhäusern eingelöst.

Die Lose für die Buchgewinne schickt der Gewinner (portofrei) bis zum 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270.

Die Sachgewinne sind:

	im Werte von:
Wohnzimmerschreinrichtung	4133.— DM
Musiktruhe	1350.— DM
Kühlschrank	860.— DM
Pelzmantel	750.— DM
Kombi-Waschmaschine	730.— DM
Koffer-Nähmaschinen	373.— DM
Damen-Fahrräder	350.— DM
Staubsauger „Jette“	280.— DM
Elegante Nachmittagskleider	175.— DM
Morgenröcke oder Bademantel	80.— DM
Operngläser mit Etui	63.— DM
Spitzenblusen	60.— DM
Tafeltücher mit Servietten	60.— DM
Perlon-Garnituren, dreiteilig	50.— DM
Schnellkochköpfe	40.— DM
Perlon-Nachthemden	25.— DM
Tischdecken	25.— DM
Kunstlederkoffer	16.— DM
College- und Handtaschen	12.— DM
Garnituren, zweiteilig	10.— DM
Perlonstrümpfe	3.— DM
Taschentücher	2.— DM
Kosmetikkärtchen	1.— DM
Zigaretten	1.— DM

Beschreibung des Loses:

Sachwertlotterie
10
Jahre DFD
Dieses Los gewinnt:
Die Gewinne sind bis spätestens 15. April 1957 in einer Verkaufsstelle des Konsums oder der HO einzulösen. Lose über Buchgewinne bitte portofrei bis 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270, einschicken.
Los-Nr. 0 000 000
Diesen Schein hat die Verkaufsstelle Ihrem Kreditinstitut einzureichen. Der Betrag steht zu Lasten des Kontos bei der Deutschen Notenbank, Berlin, Konto-Nr. 879.

Der vom Gewinner vorgelegte und vereinnahmte Gewinnloschein gilt in Höhe des aufgedruckten Gewinnwertes bei der Einnahme der Verkaufsstellen als Wertscheck und wird auch weiter als Scheck bei der Erlösabführung bei den Kassen der Deutschen Notenbank behandelt und von dieser in Zahlung genommen. Die Deutsche Notenbank Berlin hat ihren Niederlassungen folgenden Hinweis gegeben:

„Die die Gewinnscheine einlösenden Stellen müssen die Gewinnscheine mit ihrem Firmenstempel versetzen und sie täglich bei der Erlösabführung dem kontoführenden Kreditinstitut mit Scheckeinlieferung (Vordruck E 1) einreichen.

Sofern die Verkaufsstellen die Erlöse nicht bei der DN, sondern bei der Sparkasse, BHG oder bei der Post abliefern, sind die Gewinnscheine an die plante Einheit zu geben, die die Gewinnscheine an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank weiterleitet.

Die Gewinnscheine werden von den Verkaufsstellen bis zum 15. April 1957 eingelöst.

Letzter Annahmetag bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank ist der 23. April 1957.

Werden nach diesem Termin noch Gewinnscheine vorgelegt, so sind die Einreicher an den Bundesvorstand des DFD, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Str. 16, zu verweisen.“

Die Leitungen der sozialistischen Handelsbetriebe werden verpflichtet, ihre Verkaufsstellen sofort zu informieren.

Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erlassen.

Wach
Minister

— Verf. u. Mittg.

Min. J. H. u. V.

Heft 7/57

— 3200 —

Berlin, den 8. Februar 1957

Anweisung Nr. 10/57

Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen

Durch ungenügende Kontrolle war es möglich, Verkaufsanweisungen in betrügerischer Weise zu verwenden. Es besteht daher Veranlassung, die Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen einheitlich zu regeln. Es wird daher angewiesen:

I. Aufbewahrung und Ausgabe

1. Für die sichere Aufbewahrung der Verkaufsanweisungen (und der Bezugsnachweis-Blocke) ist der Kartenstellenleiter verantwortlich.

2. Die Ausgabe an die zum Ausschreiben berechtigten Mitarbeiter erfolgt durch den Kartenstellenleiter gegen Quittung (Anzahl der Blöcke und Blattnummern).

II. Ausschreiben der Verkaufsanweisungen

1. Zur Ausstellung der Verkaufsanweisungen sind berechtigt:
 - a) Sachbearbeiter für Gemeinschaftsverpflegung,
 - b) Kartenstellenleiter.
 Die Verkaufsanweisungen müssen von dem zuständigen Bearbeiter und dem Abteilungsleiter bzw. dessen Stellvertreter unterschrieben werden.
2. Die Verkaufsanweisungen sind nur gültig, wenn sie vollständig ausgefüllt sind und der Empfänger klar ersichtlich ist.
3. Der Empfänger hat den Empfang der ausgestellten Verkaufsanweisung zu quittieren.

III. Belieferung durch den Einzelhandel

Eine Auslieferung von Ware ohne Verkaufsanweisung (bzw. Bezugsnachweisblock mit Vollmacht) darf nicht erfolgen. Unvollständig ausgefüllte Verkaufsanweisungen sind nicht zu beliefern (z. B. ohne Angabe des Empfängers).

IV. Abrechnung der Verkaufsanweisungen

1. Monatlich ist durch das Sachgebiet Markenrücklauf mit dem Sachgebiet Gemeinschaftsverpflegung eine Abstimmung der abgerechneten Verkaufsanweisungen vorzunehmen. Die Grundlage der Abstimmung ist die bei der Abt. Handel und Versorgung verbliebene Kopie der Verkaufsanweisungen bzw. die Nachweiliste. Die Abstimmung hat sich auf die Anzahl (Blatt-Nr.) der Verkaufsanweisungen sowie auf die abgerechnete Menge zu erstrecken.
2. Nach der Abstimmung ist ein Protokoll anzufertigen, in dem die richtige Abrechnung bestätigt wird. Dabei sind die Blatt-Nummern der Verkaufsanweisungen aufzuführen. Soweit Unstimmigkeiten bestehen, sind diese schnellstens zu klären. Das Protokoll muß die Unterschriften beider Sachgebietsleiter tragen und ist durch den Abteilungsleiter gegenzuzeichnen. Der Sachgebietsleiter für Gemeinschaftsverpflegung legt es bei den Quittungen über die ausgegebenen Verkaufsanweisungen ab.

Wach
Minister

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 4610 — Berlin, den 8. Februar 1957

Anweisung Nr. 12/57

über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse —

Auf der Grundlage der Anordnung vom 25. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBI. I S. 60) wird für die Abwicklung des Importleithandels folgendes angewiesen:

I.

1. Mit Wirkung vom 1. April 1957 wird mit dem Sitz Berlin das „Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel“ gebildet.

2. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel übernimmt vom Tage seiner Bildung ab die Tätigkeit der Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel und ist deren Rechtsnachfolger.

Die Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel ist mit ihren Außenstellen zum 31. März 1957 aufzulösen.

II.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist ein volkseigener Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBI. S. 222) und damit juristische Person und Rechtsträger des ihm übertragenen Volkseigentums.

2. Es untersteht der unmittelbaren Aufsicht, Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Handel und Versorgung.

III.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist für die Abnahme der Importeinträge an der Grenze und für deren planmäßige Weiterleitung an die Organe des Platzgroßhandels und an die Industriebetriebe in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin verantwortlich.

2. Es schließt in eigener Verantwortung auf der Grundlage des Importplanes Einfuhrbestellungen mit dem Deutschen Innen- und Außenhandel —

Nahrung — ab, deren Inhalt und Form durch die Verordnung vom 11. September 1952 über das Einfuhrverfahren für den Außenhandel und innerdeutschen Handel (GBI. I S. 851) geregelt wird. Ausgehend von den Forderungen des Binnenhandels, nimmt es auf die Arbeit der Außenhandelsorgane Einfluß hinsichtlich der Liefertermine, der Sortimente und Qualitäten.

Gleichzeitig schließt das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel auf der Grundlage der Organen des Platzgroßhandels und den Betrieben der westverarbeitenden Industrie zur Verfügung stehenden Warenbereitstellungs- bzw. Rohstoffpläne Kauf- und Lieferungsverträge ab. Für den Inhalt und die Form dieser Verträge ist die Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft verbindlich.

3. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel führt seine Tätigkeit mit folgenden Warenarten durch:

11 300—600	Frischgemüse
11 700	Frischobst
11 800	Südfrüchte, Nüsse, Weintrauben
12 100	Weizen- und Roggennmehl
12 200	Nährmittel einschließlich Reis
12 300	Teigwaren
12 420—480	Stärkeerzeugnisse (verbrauchsfertig)
12 800	Dauerbackwaren
13 210	Kakaoverzeinisse
13 220	Zuckerwaren
13 300	Kakao- und Schokoladenpulver
13 400	Kunsthonig und Sirup (verbrauchsfertig)
13 700	Marmeladen und Konfitüren (verbrauchsfertig)
16 110	Obstkonserven
16 110	Gemüsekonserven
16 151	Gefrierobst
16 153	Trockenobst (nur Aprikosen, Pflaumen und Ringlipfel)
16 155	Kandierte Früchte
16 164	Gefriergemüse
16 200	Süßmoste, Fruchtsäfte und Fruchtsirup (verbrauchsfertig)
9 280	Weihnachtsbäume

Diese Nomenklatur kann im Bedarfsfalle in Abstimmung mit dem Ministerium für Lebensmittelindustrie erweitert werden.

4. Für die Arbeit des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel gelten folgende Grundsätze:

a) Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel hat die eingehenden Importwaren von den Grenzübergangsstellen auf dem kürzesten Wege ohne Zwischenlagerung zu den Organen des Platzgroßhandels zu disponieren. Erreicht ein Partner je Liefertermin das Waggonvolumen, so sind Direktdispositionen zu treffen. Erfordert die Versorgungssituation eine breite Streuung der Waren bzw. gestaltet die Planmenge eines Partners den direkten Waggonbezug nicht, so hat das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel durch vertraglich verpflichtete Großhandelsbetriebe die Aufteilung und Streuung von Waggons durchführen zu lassen.

b) Mit den Großhandelskontoren in den Bezirkshauptstädten sind Dienstleistungsverträge entsprechend dem beigefügten Muster abzuschließen. Diese Organe übernehmen als Erfüllungsgehilfen des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel die bisher von den Außenstellen der Niederlassung Importleithandel durchgeführten Aufgaben. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel tritt

jedoch das Eigentumsrecht an der Ware nicht an die Erfüllungsgehilfen ab, auch wenn im Interesse einer breiten Streuung die Ware in deren Lagern entgegengenommen, sortimentiert und expediert wird.

c) Um den Transportweg bei notwendig werdender Streuung der Waren zu verkürzen, sind die Erfüllungsgehilfen in den Bezirkshauptstädten berechtigt, ihrerseits mit anderen Großhandelskontoren im Bezirk Vereinbarungen abzuschließen, durch welche diese gegen Kostenersättigung nach den Weisungen des Erfüllungsgehilfen Waggons für mehrere, konkret festzulegende Kreise entgegennehmen und aufteilen.

d) Werden durch die Erfüllungsgehilfen des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel Waggonsendungen aufgeteilt, so sind die Teilmengen unsortiert zum Neugewicht abzüglich der laut DWA-Zertifikat bestehenden Wertminderungen unter Inanspruchnahme von 4% Gewichtstoleranz an die Abnehmer weiterzuberechnen.

Die Abnehmer gleichen mit den ihnen zustehenden 4% Qualitätsstoleranz alle Wertminderungen entsprechend der im GBI. I Nr. 86, S. 786, getroffenen Festlegungen aus.

IV.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel finanziert die eingehenden Importwaren für die Zeitspanne zwischen dem Grenzübergang und Abnahme durch den Großhandel. Es fakturiert, haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen seinen Abnehmern gegenüber für aufkommende Reklamationen und macht notwendigenfalls seinen Lieferanten, dem Deutschen Innen- und Außenhandel — Nahrung —, gegenüber Reklamationsansprüche geltend.

2. Die Lagerung von Übergangsbeständen und operativen Reserven führen bei Importwaren in der Regel die Organe des Platzgroßhandels durch. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel lagert und finanziert Übergangsbestände und operative Reserven nur dann, wenn der Charakter der Ware eine spezielle Lagerbehandlung (z. B. Walnüsse in Kühlräumen) fordert.

V.

1. Die Organe des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften schließen ihre Verträge über Frischobst, -gemüse und Südfrüchte gemäß GBI. I Nr. 86, vom 7. September 1956 grundsätzlich mit den örtlich zuständigen Organen des Platzgroßhandels ab. Die Belieferung erfolgt beim Erreichen des Waggonvolumens durch Direktsendungen. Die Rechnungslegung ist aber generell über den Zuständigen Platzgroßhandel vorzunehmen.

Bei den übrigen Sortimenten haben die Organe des VDK das Recht, Direktverträge mit dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel zu binden, wenn sie je Liefertermin das Waggonvolumen erreichen.

2. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel gibt die teilweise noch in eigener Regie bzw. auf der Basis von Lohnverträgen durchgeführte Bananenreifung an die Organe des Platzgroßhandels ab, in deren Bereich die Reiferräume liegen. Mit den in Frage kommenden Organen des Platzgroßhandels werden vom Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel unmittelbar Verträge über die Lieferung von grünen Bananen abgeschlossen. Die Organe des Platzgroßhandels ihrerseits schließen zur Auslieferung der Bananen Verträge mit den Großhandelskontoren ab, die ihnen vom zuständigen Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — zugewiesen werden.

VI.

Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel berechnet den Organen des Platzgroßhandels für seine Leistungen beim Bewegen der Waren (Disposition, Finanzierung und Streuung) 1% vom Wert nach der TVO als Leithandelspanne zuzüglich der bei den einzelnen Warenarten festgelegten Frachtpauschalen.

Bei Lieferungen an die weiterverarbeitende Industrie und an den Kommunalen Großhandelsbetrieb Berlin wird eine Leithandelspanne von 0,35% des Warenwertes in Anspruch genommen. Die bei der Industriebelieferung anfallenden Transportkosten werden in effektiver Höhe berechnet.

Wach
Minister

Anlage
zur Anweisung Nr. 12/37 über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse —

Muster**Dienstleistungsvertrag**

Zwischen dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel (Auftraggeber)

vertreten durch

und dem Großhandelskontor für (Auftragnehmer)

vertreten durch

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftragnehmer führt im Namen und für Rechnung des Auftraggebers im Bezirk ihm vom Auftraggeber übertragenen Aufgaben gegen Zahlung der im § 6 dieses Vertrages geregelten Vergütung aus.

§ 2

(1) Folgende Aufgaben sind vom Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers durchzuführen:

1. Abstimmung der Planmengen auf der Grundlage des vom Auftraggeber überreichten Importplanes beim Rat des Bezirkes und Beschaffung der Kreisaufteilungen.

2. Abschluß der Lieferverträge über Importwaren mit sozialistischen Platzgroßhandelsbetrieben und der weiterverarbeitenden Industrie des Bezirkes auf des Grundlage des Importplanes, der Bestimmungen des Vertragsystems sowie zentraler Vereinbarungen und Weisungen des Auftraggebers.

3. Aufstellen von Dispositionslisten entsprechend den abgeschlossenen Lieferverträgen unter besonderer Berücksichtigung vorhandener versorgungspolitischer Schwerpunkte und einer breiten, bedarfsgerechten Streuung. Die Dispositionslisten halten neben Menge und Termin die Angabe der Empfänger mit genannten Versandanschriften, Bank-, Telefon- und Fernschreiberverbindungen zu enthalten.

4. Übersenden der abgeschlossenen Lieferverträge und aufgestellten Dispositionslisten an den Auftraggeber.

5. Entgegennahme von Streuwaggons und Verlassung ihrer amtlichen Begutachtung und Verwigung (pro Waggon).

6. Aufteilung, evtl. Sortimentierung der Lieferung im Lager und Auslieferung an den Platzgroßhandel entsprechend den abgeschlossenen Verträgen und den für die einzelnen Waren laut Preisbestimmungen gultigen Lieferkonditionen. Der Auftragnehmer hat durch eine breite Streuung der Importwaren die handelspolitisch richtige Versorgung seines Bezirkes zu sichern. Etwas notwendig werdende Veränderungen der ursprünglichen Dispositionslisten sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

7. Rechnungslegung an die Abnehmer von Lieferungen aus Streuwaggons auf der Grundlage der Frachtrate, des Warenkontrollscheines der DWA und der Preisentlastungen des Auftraggebers innerhalb der gesetzlichen Frist. Die Rechnungslegung erfolgt auf Rechnungsformularen des Auftraggebers.

8. Einlegen von Einsprüchen gegenüber den DWA-Zertifikaten, sofern der Prozentsatz der Wertminderung bei Waggonengang mehr als 20% über dem im DWA-Zertifikat festgelegten Minderungssatz liegt.

Die Rechnungslegung erfolgt in solchen Fällen auf der Grundlage der im Zertifikat enthaltenen Sätze. Der Abnehmer ist zu unterrichten, daß der Einspruch durch den Auftraggeber erhoben ist und daß die Gutschrifterteilung nachträglich erfolgt.

9. Ausfertigen und Absenden der Waggonabrechnung innerhalb von zwei Tagen nach beendeter Streuung an den Auftraggeber. Sofern der Auftragnehmer mit anderen Großhandelskontoren Vereinbarungen abchließt, durch welche diese den Auftrag der Waggonaufstellung für mehrere Kreise übernehmen, verlängert sich die Abrechnungsfrist um einen Tag.

10. Führen einer Realisierungskartei zur Kontrolle der mit den einzelnen Vertragspartnern abgeschlossenen Verträge. Bearbeitung des Sich aus diesen Verträgen ergebenden Schriftverkehrs und der Verhandlungen.

11. Bearbeiten der vom Platzgroßhandel berechneten Vertragsstrafen und Vertretung des Auftraggebers in Vertragschiedsverfahren. Kopien bzw. Abschriften der Vertragsstrafenberechnungen, Einspruchsschreiben und die Urteile des Vertragsgerichtes sind dem Auftraggeber zu übersenden.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten jederzeit Auskunft und Rechenschaft über die Erfüllung seines Auftrages und entsprechende Kontrollmöglichkeiten zu geben. Er darf in Ausübung seines Auftrages nur die ihm von dem Auftraggeber gegebenen Vordrucke verwenden.

§ 3

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß die Versorgung des eigenen Großhandelsbetriebes nicht der ordnungsgemäßen Belieferung der anderen Großhandelsbetriebe des Bezirkes und den Interessen des Auftraggebers entgegensteht.

§ 4

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß eingegangene Importwaren unverzüglich ausgeliefert werden. Wertminderungen oder Verluste, die durch unsachgemäße Behandlung von Importwaren eintreten, sowie Umschlags- und Lagerungskosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

(2) Erscheinen sich bei dem Umschlag von Importwaren mit Vertragspartnern Schwierigkeiten, so hat der Auftragnehmer sofort den Rat des Bezirkes zu unterrichten und dessen Entscheidung einzuholen. Der Auftraggeber ist sofort zu informieren, wenn von den Staats-organen des Bezirkes keine Entscheidung getroffen wird. Er entscheidet dann selbst, was mit der Ware zu geschehen hat.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeweils zum 28. des Monats eine Marktanalyse auszuarbeiten. Der Auftraggeber übermittelt dazu Schwerpunkte, die in den Berichten besonders zu behandeln sind. Der Auftragnehmer hat monatlich eine Inventur des dem Auftraggeber gehörenden Warenbestandes durchzuführen.

§ 5

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer 1. den Importplan und die Vertragsabschlüsse mit dem DIA-Nahrung (Liefertermin und Sortiment) jeweils bis zum bekanntzugeben;

2. die an die Grenzübergangsstellen gegebenen Dispositionen sofort mitzuteilen;

3. je eine Durchschrift der Rechnung für Direktwaggons innerhalb von Tagen nach Grenzübergang des Waggon zu übersenden;

4. Informationsberichte über Veränderungen hinsichtlich Qualität, Sortiment, Preise, Liefertermin, Verpackung, anhängige gemischte Vertragsverhältnisse gegen DIA und sonstige Vertragsänderungen zu erheben.

(2) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer über die jeweils geltenden Preise und die Art und Weise der Rechnungslegung zu unterrichten.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die für ihn geltenden Bestimmungen bekanntzugeben und ihn bei der Erfüllung seines Auftrages zu unterstützen.

§ 6

(1) Für die Durchführung der in diesem Vertrag festgelegten Aufgaben erhält der Auftragnehmer (bei voller eigener Planung der Löhne und Gehälter, der Ausgangsfrachten sowie der abhängigen Kosten) vom Auftraggeber

a) für jeden abgefertigten Streuwagen eine Importleistungsbühr in Höhe von 1% vom Warenwert,

b) eine Frachtpauschale von DM Je t gestreuter
Ware als Vergütung.
(2) Die Abrechnung und Überweisung dieser Vergütung erfolgt monatlich jeweils zum 8. des folgenden Monats.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm vom Auftraggeber gemachten Mitteilungen geschäftlicher Natur vertraulich zu behandeln, sofern nicht eine andere Weisung des Auftraggebers vorliegt. § 8

Der Auftragnehmer hat die aus diesem Vertrag sich für ihn ergebenden Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen und Dritte, die bei der Erfüllung des Auftrages mitwirken, anzuleiten und zu kontrollieren. Er hat alles zu unternehmen, was im Einzelfall den Eintritt eines Schadens für den Auftraggeber abwenden kann. Das gilt auch für Vertragschiedsverfahren. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber entstandene Schäden zu ersetzen, soweit er nicht nachweisen kann, daß er sie nicht abwenden oder mindern konnte. § 9

Das Vertragsverhältnis beginnt am 1. April 1957.

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das Staatliche Vertragsgericht im Bezirk ... örtlich und sachlich zuständig, soweit sich nicht aus den gesetzlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt. § 10

Aenderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mundliche Vereinbarungen sind nicht verbindlich. § 11

Dieser Vertrag wird in drei gleichlauenden Ausfertigungen ausgestellt, von denen je eine der Auftraggeber, der Auftragnehmer und der Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — erhalten.

(Ort)..... den

(Auftragnehmer)
— Verfg. u. Mittig.

(Auftraggeber)
Min. f. H. u. V.

Heft 7/57

— 3200 —

Berlin, den 7. Februar 1957

Anweisung Nr. 13/57

Monatliche Belastungslisten

1. Für das Jahr 1957 können die Abt. Handel und Versorgung der Rüte der Kreise Belastungslisten von folgenden Großhandelsorganen anfordern:

- a) Fleischerhandwerksgenossenschaft bzw. Schlachthöfe,
- b) Konsum-Zentrallager,
- c) Kommunaler Großhandel,
- d) Privater Großhandel.

Die Belastungsliste ist vom Ministerium für Handel und Versorgung am 4. Februar 1957 genehmigt und unter der Nr. 260 37 registriert worden, befristet bis zum 10. Januar 1958.

2. Die Kontrolle der Warenzugänge an rationierten Waren in den Abrechnungen des Einzelhandels, die vom GHK für Lebensmittel erfolgen, wird wie im Jahre 1956 mit Hilfe der Rechnungsdurchschriften vorgenommen.

3. Das Ministerium für Lebensmittelindustrie hat der Molkerei für das Jahr 1957 nicht zugestimmt, da die Molkereien bereits mit statistischen Arbeiten überhaupt sind. Aus diesem Grund müssen auch Lieferungen der Molkereien mit Hilfe der Rechnungen kontrolliert werden. Soweit auf örtlicher Ebene gesonderte Vereinbarungen getroffen werden, muß dazu die Genehmigung des Vorsitzenden des Rates des Bezirks bzw. des Kreises eingeholt werden (Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956, GBl. I Nr. 66/56).

Wach
Minister

Min. f. H. u. V.

Heft 7/57

— Verfg. u. Mittig.

PREISDIENST

— 3660 —

Berlin, den 9. Februar 1957
Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volksseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32/56 S. 315)

Wiederholte Hinweise seitens des Ministeriums der Finanzen und Abteilungen Finanzen der Rüte der Bezirke machen es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die in der obengenannten gemeinsamen Anweisung enthaltenen Termine für die Beendigung der Umbewertungen einzuhalten sind.

Um ein unterschiedliches Preisniveau durch eine zu schleppende Umbewertung zu verhindern, sind durch die staatlichen Handelsbetriebe sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die durch die Preisordnungen neu geregelten Einzelhandelsverkaufspreise sofort in Kraft treten zu lassen.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 7/57

— 3663 —

Berlin, den 7. Februar 1957
Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. I/III/56
(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 13/56
vom 15. Juli 1956)

Betr.: Gebühren für den Ausleihdienst

Da sich durch die Praxis eine größere Differenzierung der Ausleihgebühren für folgende bereits in der Nomenklatur der Ausleihgegenstände enthaltenen Waren erforderlich macht, bitten wir die o. z. Preisbewilligung entsprechend zu ergänzen.

Artikel	EVP in DM	Ausleihgebühren pro Tag je Stunde
1. Luftmatratze	80,—	1,— 0,30
2. Höhensonne	200,—	1,— 0,30
3. Staubsauger, groß	250,—	4,— 1,00
Staubsauger, klein	130,—	2,50 0,50
4. 2-Mann-Zelt	300,—	2,—
3-Mann-Zelt	300,—	2,50
4-Mann-Zelt	300,—	3,—
Zeltbahnen	35,—	0,50
5. Handwagen	50,—	0,50 0,20
— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V.		Heft 7/57

— 3660 —

Berlin, den 2. Februar 1957
Preisbewilligung Nr. I/VII/57/24
für Deckenventilatoren zwei- und dreiarmlig, Type „Windhexe“, mit mechanischer Einrichtung zur Verwendung als Beleuchtungskörper.

Herstellerwerk: VEB Elektromotorenwerk Dessau

a) zweiarmig	EVP 286,00 DM EHS 47,48 DM GAP 238,52 DM GHS 31,17 DM IAP 207,35 DM
b) dreiarmlig	EVP 206,00 DM EHS 34,20 DM GAP 171,80 DM GHS 22,45 DM IAP 149,35 DM

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V.

Heft 7/57

59

- 3600 -

Berlin, den 9. Februar 1957

Preisdienst für Haushaltsporzellan, Besen, Bürsten und Pinsel

Berichtigungen und Ergänzungen der „Listen der Handelsspannen für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird“ (Industriewaren der Gruppe 51 und 52 sowie der Gruppe 54) des Ministeriums für Handel und Versorgung und des Ministeriums der Finanzen; hier:

A) Haushaltsporzellan
B) Besen, Bürsten und Pinsel

In gemeinsamer Abstimmung mit dem Ministerium für Leichtindustrie — HV Feinkeramik —, dem Ministerium der Finanzen — HA Staatseinnahmen — und dem Ministerium für Handel und Versorgung sind o. g. Listen für verbrauchsabgabepflichtige Erzeugnisse die Warenarten der

Warenguppe 51 hinsichtlich Haushaltsporzellan neu zusammengestellt worden. Die Artikel-Nummern wurden verdichtet. Die Definitionen der Golddekore sind klarer formuliert worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen blieben unverändert. Gleichzeitig erfolgte die zusammengefaßte Ergänzung der vorstehend genannten Listen.

Diese Neuregelung tritt am 1. Februar 1957 in Kraft. Für den Fall der Fertigung von Porzellanerzeugnissen mit Silberdekor ist auf Antrag der Herstellerbetriebe die Verbrauchsabgabe vom Ministerium der Finanzen — HA Staatseinnahmen — im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Versorgung — HA-Preise — jeweils neu festzulegen.

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art-Nr. der Schlüssel-Liste 1957	GHS in % vom HAP	EHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	EHS in % vom IAP	VA in % vom HAP	Großhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUS)	Einzelhandelsindex (HAP + GHS + EHS + VA mit MUS)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Keramik, Glas- und Porzellanwaren, Kacheln, Keramik für den Haushaltbedarf, Fensterglas	6210							
51 61 10	Tafelservice, Dejeuners, Kaffee- und Teeservice, Hotelgeschirr, sonstiges Haushaltsporzellan und Spielwaren aus Porzellan	6211-111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152
51 61 20	51 61 30	51 61 40	51 61 50	51 61 60	51 61 70	51 61 80	51 62 00	51 64 10	
	als Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt undekoriert) bzw. als Porzellan, dekoriert (einschließlich Craquelé) ohne Gold- oder Silberdekor								
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur „Meissen“								
	außer:								
	mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6211-211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160
	mit Pottgolddekor oder mit Glanzgold leker und Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6211-311	20,4	32,6	17,44	27,86	17	137,4	170
	mit Poltersolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Altgolddekor	6211-411	20,4	32,6	16,06	25,67	27	147,4	180
51 63 40	Schalen, Vasen und Dosen aus Porzellan als Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt undekoriert) bzw. als Porzellan, dekoriert (einschließlich Craquelé) ohne Gold- oder Silberdekor	6223-111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152
51 63 50	51 63 60								
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur „Meissen“								
	außer:								
	mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6223-211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-Liste 1957	GHS		EHS		GHS		EHS		VA in % vom HAP	Großhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUSO)	Einzelhandelsindex (HAP + GHS + EHS - VA mit MUSO)
			in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
	mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6223-311	20,4	32,8	17,44	27,86	17				137,4	170	
	mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Atzgolddekor	6223-411	20,4	32,8	16,06	25,67	27				147,4	180	
	*)												
51 63 90	Sonstiges nicht genanntes Zierporzellan als Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt undekoriert) bzw. dekoriert (einschließlich Craquelé) ohne Gold- oder Süberdekor	6223-511	20,0	32,0	20,0	32,0	0			120	152		
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur Meissen												
	außer:												
	mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6223-611	20,4	32,8	19,07	30,47	7			127,4	160		
	mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6223-711	20,4	32,8	17,44	27,86	17			137,4	170		
	mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Atzgolddekor	6223-811	20,4	32,8	16,06	25,67	27			147,4	180		

Zur besseren Orientierung nachfolgend die Gegenüberstellung der alten und neuen Artikel-Nr. der Schlüssel-Liste 1957:

alt	neu	alt	neu	alt	neu	alt	neu
6211-111		6211-113		6211-115		6223-141	6223-111
6211-131		6211-114		6211-116		6223-151	6223-211
6211-151		6211-133		6211-135		6223-161	6223-311
6211-171		6211-134		6211-136		6223-171	
6211-191		6211-153		6211-155		6223-181	
6211-211		6211-154		6211-156		6223-191	6223-411
6211-212		6211-173		6211-175		6223-711	6223-511
6211-132		6211-174		6211-176		6223-721	6223-611
6211-152		6211-193		6211-195		6223-731	6223-711
6211-172		6211-194		6211-196		6223-741	
6211-192		6211-213		6211-215		6223-751	6223-811
6211-212		6211-214		6211-216		6223-761	

B)

Die Warenarten der Warengruppe 54 hinsichtlich **Besen, Bürsten und Pinsel** sind ebenfalls unter Berücksichtigung der bisherigen Ergänzungen vom 19. und 22. September 1936 neu wie folgt zusammengestellt worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen sowie die Artikel-Nummern blieben unverändert.

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-Liste 1957	GHS		EHS		GHS		EHS		VA in % vom HAP	Großhandelsindex (HAP + GHS + VA mit MUSO)	Einzelhandelsindex (HAP + GHS + EHS + VA mit MUSO)
			in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP	in % vom HAP	in % vom IAP			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
54 61 00	Bürsten, Besen und Pinsel												
54 63 00	außer Zahnbürsten aus:	6350											
54 65 00	Kunstborsten, Kunstborstenanteil bis 40 %	6350-1	15,4	23,6	12,73	19,5	21			136,4	160		
	Reisstroh, Reiswurzel, Kokosfaser, Basseine, Piassava oder Fiber	6350-10	15,4	23,6	12,73	19,5	21			136,4	160		
	Teerschrubber aus Kokosfaser	6350-12	15,4	23,6	12,73	19,5	21			136,4	160		
	China- und Chunking-borsten	6350-15	15,4	23,6	12,73	19,5	21			136,4	160		

Nummer des Aktivitäten-Warenverzeichnisses	Warenart	Art-Nr. der Schlüssel- liste 1937	GHS in % vom HAP		HHS in % vom HAP		GHS in % vom HAP		HHS in % vom HAP		VA in % vom HAP	Großhandels- index (HAP + GHS und MHS)	Feinhandels- index (HAP + GHS und MHS)
			1	2	3	4	5	6	7	8			
	Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar	6350-20	15,4	24,6	11,0	17,57	40				155,4		180
	Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar, gemischt mit 40% und mehr Naturborsten	6350-25	15,4	23,6	12,73	19,5	21				136,4		160
	Fuchshaar, gemischt mit weniger als 40% Naturborsten	6350-30	15,4	24,6	11,0	17,57	40				155,4		180
	Feinhaarpinsel aus Fein- bzw. Edelhaar (z. B. Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar), Fehhaar, Marderhaar, Rindsohrinnenranderhaar mit mindestens 60% Anteil	6350-40	15,4	24,6	11,0	17,57	40				155,4		180

VORDRUCKWESEN

Berlin, den 13. Februar 1957

— 2130 —

Einzelhandel

Neufestsetzung von Standardvordrucken

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurde als Standardvordruck neu festgesetzt:

Best.-Nr. 08 1118 „Protokoll über Preisenkung/
-umstaltung“
Block 25 · 3 Blatt, A 5, quer

Auf diesem Vordruck können sechs Positionen gebucht werden. Bestellungen können beim Verlag bis zum 31. 12. 1957

28. Februar 1957.

eventuell bei gleichzeitiger Kürzung der Bestellungen (III 57) des Vordruckes 08 1117 „Protokoll über Preis senkung „umstufung“ A 4 (22 Positionen), aufgegeben werden.

— Verg. u. Mittl.

Min. f. H. u. V.

Heit et al.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Anweisungen

Nr. 937 — Schwertlotterie des DFD	5
Nr. 1037 — Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsaufweisungen	5
Nr. 1137 — Zusammenfassung und Einreichung der monatlichen Finanzberichterstattung des GfIK für Lebensmittel im I. 37	5
Nr. 1237 über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse	5
Nr. 1337 — Monatliche Belastungssichten	5

II. Preisdienst

Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umwertung der Waren, für das per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden	59
Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. III 56	59
Preisbewilligung Nr. LVII 57/24	59
Preisdienst für Haushaltsgeräte, Besen, Bürsten und Pinsel	60
III. Vordruckwesen	
Neufestsetzung von Standardvordrucken	62

III. Vordruckwesen

Neufestsetzung von Standardvordrucken 62

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Hochlandwirtschaft, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zweckverlag Berlin O 12, Mühlenstraße 47, Postfach 6444, Berlin 1000 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Preis: 10 Pfennig — die Postkarte kostet 10 Pfennig — Bezugsspreis: — 10 Pfennig — Preisvergleich: — 25 DM — Bezugsgabe: — 25 DM (nur durch den Postbeamten) — Verkauf: — unter der Briefmarken — 25 DM — Ab 15.7.1989 — 10 DM — Berlin (40) Neues Deutschland, Berlin

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 23. Februar 1957

Nr. 8

REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Handel und Versorgung
DER MINISTER

BERLIN O 17, den 15. Februar 1957
Schließfachnummer 129

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Im August des vergangenen Jahres rief ich alle Mitarbeiter des staatlichen Einzelhandels auf, in einem Sonderwettbewerb alle Kräfte für die höchstmögliche Planerfüllung bei Industriewaren im 2. Halbjahr 1956 einzusetzen. Durch diesen Aufruf angespornt, haben die Mitarbeiter in den einzelnen Industriewarenbetrieben im sozialistischen Wettbewerb einen wirklichen Kampf um die höchste Umsatzplanerfüllung geführt.

Eine wesentliche Verbesserung des Sortimentsangebots und der Verkaufskultur war der Ausdruck dieser Anstrengungen.

Bei der Auswertung des Sonderwettbewerbes für das 2. Halbjahr 1956 gingen die Betriebe

HO-Industriewaren Berlin-Pankow mit 115,8 %

HO-Industriewaren Zossen mit 114,96 %

als Republiksieger hervor. Sie erhielten Urkunden und je eine Prämie von 7000,— DM.

Ich möchte hiermit allen Kolleginnen und Kollegen des staatlichen Einzelhandels und insbesondere den Mitarbeitern der beiden Republiksieger und der Bezirkssieger meine besondere Anerkennung für ihre erzielten Leistungen aussprechen. Dabei hoffe ich, daß auch in diesem Jahre alle Kräfte eingesetzt werden, um eine höchstmögliche Planerfüllung zu erzielen und damit eine weitere Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung zu erreichen.

Willy Brandt

ANWEISUNGEN

— 5552 —

Berlin, den 15. Februar 1957

Anweisung Nr. 14/57

Vertragsauflösungen für Motorräder Type ES 175
für das Jahr 1956

1. Die zwischen dem VEB Motorradwerk Zschopau und dem sozialistischen Handel sowie zwischen den sozialistischen Handelsorganen abgeschlossenen Verträge über die Motorradtype ES 175 für das Jahr 1956 gelten mit den tatsächlich erfolgten Lieferungen mengen- und terminmäßig als erfüllt.
2. Durch diese Anweisung werden die gemäß § 8 Abs. 6 der Sechsten Durchführungsbestimmung VVO erforderlichen schriftlichen Vertragsänderungen ersetzt.
3. Diese Anweisung gilt nicht, soweit Vertragsstreitigkeiten bereits durch Zahlung von Vertragsstrafen oder Schadenersatz oder durch Entscheidung des Staatlichen Vertragsgerichtes beigelegt wurden.

Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erlassen.

Wach
Minister

Min. f. H. u. V.

— Verfg. u. Mittig.

Heft 2/57 —

PREISDIENST

— 3680 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Haushaltkühlshrank „Elektrokühler“

Hersteller: VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisleben.

Rückwirkend ab 1. Januar 1957 gelten für den Haushaltkühlshrank „Elektrokühler“, 45 Liter, vom VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisleben, folgende Preise:

EVP	761,00 DM
EHS	114,12 DM
GAP	646,88 DM
GHS	60,88 DM
IAP	586,00 DM

Alle nach dem 1. Januar 1957 ausgelieferten Kühlshränke werden den Abnehmern vom Herstellerwerk neu berechnet bzw. Gutschriften erteilt. An Kunden, die nachweislich den Haushaltkühlshrank zu 840,00 DM gekauft haben, ist die Differenz von 79,00 DM durch den Einzelhandel zu erstatten.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 2/57 —

MITTEILUNGEN

— 5912 —

Berlin, den 13. Februar 1957

Abrechnung des Teilzahlungsgeschäfts

In Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen, Hauptabteilung Geldumlauf und Kredite, Abteilung Sparkassen, wurde die Verzinsung der Refinanzierungs-kredite für Teilzahlungsverfahren, insbesondere die der überfälligen Forderungen, neu geregelt.

Im Interesse der Konzentration der gesamten Refinanzierung wird festgelegt:

1. Die Sparkassen refinanzieren auf Konto „Refinanzierung von Abzahlungsgeschäften“ HK 2244 (Konto 9691) — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung —) folgende Teile der Kreditsumme:
 - alle Beträge für Kreditschuldner, die ihren Abzahlungsverpflichtungen vereinbarungsgemäß nachkommen (Kreditvertrag oder schriftliche Zusatzvereinbarung);
 - alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatsraten im Rückstand sind und ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemahnt wurden.

Das Konto HK 2244 (Konto 9691) wird mit 5% Zinsen p. a. und 1/2% Kreditprovision pro Monat (höchster Saldo) abgerechnet.
2. Die Sparkassen refinanzieren über „Überfälliger Kredit aus der Refinanzierung von Abzahlungsgeschäften“ HK 2282 (Konto 9692 fällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung) folgende Teile der Gesamtkreditsumme:
 - alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatsraten im Rückstand sind, aber nicht ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemahnt wurden;
 - alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit mehr als zwei Monatsraten im Rückstand sind (überfällige und dubiose Forderungen);
 - alle Kreditbeträge für Schuldner, mit denen Teilzahlungsverträge unter Verletzung oder Um-

gehung der bestehenden Anweisungen und des geltenden Rechts abgeschlossen wurden (nicht im Warenverzeichnis enthaltene Waren, Vertragsabschluß mit Minderjährigen usw.).

Das Konto 2282 (Konto 9692) wird mit 7% p. a. netto abgerechnet.

3. Nicht refinanziert werden

- die Kreditaufschläge,
- uneinbringliche Forderungen.

Eine Forderung ist uneinbringlich, wenn alle Rechtsmittel bis zur fruchtlosen Pfändung erschöpft wurden bzw. dann, wenn der Teilzahlungsschuldner länger als zwölf Monate keine Zahlungen geleistet hat. Uneinbringliche Forderungen stellen für die Sparkassen kein Kredit-objekt dar.

Aus der Umstellung der Finanzierung der überfälligen Forderungen bei Teilzahlungsgeschäften ergeben sich folgende Kontenplanänderungen und Ergänzungen:

1. Auf dem Konto 256 — zweifelhafte Forderungen — erscheinen keine überfälligen und zweifelhaften Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften mehr. Zweifelhafte Forderungen sind auf Konto 2511 zu buchen. Das Konto 251 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften — wird untergliedert in
 - 2510 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft — und
 - 2511 — Zweifelhafte Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft —.
2. Da die Sparkasse nunmehr zwei Refinanzierungskonten führt, macht sich eine Unterteilung des Kontos 969 — Sonstige Verbindlichkeiten — notwendig.

Das Konto 969 wird unterteilt in

- 9690 — Sonstige Verbindlichkeiten —,
- 9691 — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —,
- 9692 — Überfällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —.

Der Ausweis des Teilzahlungsgeschäfts erfolgt nach wie vor in der NUK nach der Mitteilung vom 2. Februar 1957 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6/57) zu informatischen Zwecken und zwecks Finanzierung der zum Monatsende noch nicht kreditierten Teilzahlungsverträge.

Hierzu wird noch darauf hingewiesen, daß sich die in den Abschnitt B zu übernehmenden, noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus dem Teilzahlungsgeschäft ohne Kreditaufschläge verstehen.

Eine Übereinstimmung der Darunter-Position „Überfällige Forderungen“ mit der Darunter-Position „Überfälliger Refinanzierungskredit aus Teilzahlungsgeschäft“ ist nur gegeben, wenn zum überfälligen Kreditbetrag die in den überfälligen Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft enthaltenen Kreditaufschläge hinzugerechnet werden. Um diese Kreditaufschläge werden beide Summen differieren.

Die Sparkassen sind monatlich über die Entwicklung des Teilzahlungsgeschäfts nach folgenden Positionen zu unterrichten:

- a) Stand der Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2510)
- b) Stand der zweifelhaften Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2511)
- c) Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9691)
- d) Überfällige Verbindlichkeiten aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9692)
- e) zum Monatsende noch durch die Sparkassen zu kreditierende Teilzahlungsverträge (in NUK enthalten)

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

— 4913 — Berlin, den 16. Februar 1957

Anschaffung der Erstausstattung von Kolli aus Investitionskrediten

Mit Schreiben vom 23. Januar 1957 (Az. 321/Gu.) erklärte die Zentrale der Deutschen Notenbank ihr Einverständnis zur Finanzierung der Erstausstattung von Kolli durch Investitionskredite.

Sofern die Niederlassungen der GfHK hiervom Gebrauch machen wollen, haben sie an die für sie zuständige Niederlassung der Deutschen Notenbank einen entsprechenden Kreditantrag zu stellen, dem eine Berechnung über die zu erzielende Einsparung beizufügen ist. Die durch Investitionskredite angeschafften Kolli sind nicht in der Grundmittelsphäre zu aktivieren, sondern werden in der Umlaufmittelsphäre auf dem

Konto 122 — Bestand an Kolli —

ausgewiesen. Der hierfür von der Deutschen Notenbank gewährte Investitionskredit ist auf dem

Konto 9481 — Kredit für Kolli —

zu buchen. Die Konten 122 und 9481 sind in dem Fachkontenrahmen des volkseigenen Großhandels 1957 neu aufzunehmen.

Der Bestand auf dem Konto 122 wird durch die zu Lasten des Kontos 391 — Tilgung von Investitionskrediten — zu buchenden Tilgungsraten abgedeckt.

Im Finanzbericht Teil III — Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung — sind die Bestände auf den Konten 122 und 9481 im Teil C — Finanzierung sonstiger Umlaufmittel — auszuweisen.

Die angeschafften Kolli sind besonders zu kennzeichnen und zu inventarisieren. Bei den durchzuführenden Leer-gutinventuren sind sie nicht wertmäßig in die Inventurliste mit aufzunehmen, sondern nur mengenmäßig festzuhalten und mit dem Inventarverzeichnis zu vergleichen.

— 1500 —

Berlin, den 15. Februar 1957

Genehmigung für Berichterstattungen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion

Gemäß § 3 Abs. 2 Buchst. b der Verordnung vom 20. Juli 1956 über das Berichtswesen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I/56, S. 599) wird der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung eine Genehmigung in nachstehendem Umfange erteilt, die am 29. Januar 1957 unter Nr. 200/35 registriert wurde:

1. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung ist berechtigt, Berichte zu den zentralen und bezirklichen Kontrollaufgaben von den Leitern der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion anzufordern. Die Grundlage hierfür bilden die von der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung herausgegebenen Kontrollrichtlinien (KR) und Sonderkontrollrichtlinien (SKR) sowie die gemeinsam mit den Abteilungsleitern Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke festgelegten bezirklichen Aufgaben.
2. Die Kontrollen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion erfolgen durch persönliche Feststellungen in Verkaufsstellen, Handelsbetrieben und Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise, durch Einsichtnahme in vorliegendes Material und Aussprachen mit Staats- und Wirtschaftsfunktionären.
3. Unter diese Genehmigung fallen nicht gleichartige schriftliche Befragungen einer Mehrzahl von Staats- und Wirtschaftsorganen. Ferner werden solche Befragungen von Wirtschaftsfunktionären nicht durch diese Genehmigung gedeckt, zu deren Beantwortung zunächst Berichte nachgeordneter Dienststellen oder Handelsbetriebe angefordert werden müssen.
4. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung trägt die Verantwortung dafür, daß der vorstehend festgelegte Umfang dieser Genehmigung nicht überschritten wird.
5. Diese Genehmigung wird bis zum 20. Januar 1958 befristet.
6. Die Kontrollfunktionen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik werden durch diese Genehmigung nicht beeinträchtigt. In Zweifelsfällen ist stets ihre Entscheidung einzuholen.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

— 5250 —

Berlin, den 12. Februar 1957

Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge der Landkraftpost

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen teilt mit, daß vom staatlichen und genossenschaftlichen Handel die in der „Anordnung vom 25. August 1956 über die Behandlung von Lebensmitteln im Lebensmittelverkehr“ festgelegten gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Verpackung nicht genügend beachtet werden. Demnach ist es nicht statthaft, Fleisch- und Backwaren in offenen Behältern, die in der Regel nur aus mit Papier abgedeckten Lattenrostern bestehen, der Landkraftpost zur Beförderung zu übergeben. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beabsichtigt, unvorschriftsmäßig verpackte Lebensmittelsendungen künftig von der Beförderung auszuschließen.

Sofort, spätestens jedoch bis 1. April 1957, ist für eine vorschriftsmäßige Verpackung entsprechend der Anordnung zu sorgen. Den Betrieben wird empfohlen, verschließbare Behälter für diese Zwecke zu verwenden. Damit wird den hygienischen Bestimmungen und auch der notwendigen Sicherheit Rechnung getragen.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

POOR ORIGINAL

3300

Berlin, den 14. Februar 1957

133 Durchführung der Bedarfsuntersuchung 1937

Auf Grund dieser Anfragen seitens des Abteilungshandels und Versorgungswesens folge der Kreise und Bezirke sowie der Handelskammer weitermöglicher Durchführung einer Bedarfserhebung. Anwaltsgruppe informiert und bewilligt, nachbestellt, die aber längst völlig verstreicht, die ab 1957 verlaufenden neuen Formen der Planung und Abrechnung, die Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen dem Betrieb des staatlichen Großhandels mit dem Betrieb der Deutschen Bäckerei und anderen Bäckereien, ebenso wie die Bedarfserhebung, welche nicht mehr die Bedarfserhebung auf der Basis der Bäckerei-Basis durchzuführen und erfordert eine Abänderung des Kollektivumsbeschlusses vom 12. Juli 1955 des Verfügungsbüroblattes veröffentlichte Anordnung, gleichzeitig wird nunmehr auch die Kollektivumsbeschreibung vom 13. Juli 1955 angekündigte Richtlinien über die Durchführung der Bedarfserhebung weiterherausgegeben werden.

130

2011 RELEASE UNDER E.O. 14176

11

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, die Handelsorgane auf die Möglichkeiten des Bezuges der Kataloge bei den Fachgeschäften und Betrieben des BfZ-Mühlendienstes und der Betriebe der Deutschen Bahn zu wenden. Diese Kataloge enthalten die gesamten Sortimente der Lebensmittel des Einzelhandels mit Lebensmitteln.

1. Lehrberufe, Kategorie	beginnender	20-45 FE	IV-VI
(Tagestunden, Schreib- maschinen, Lehrschreiber)		46-70 FE	2-VI
	über 70	FE	2/VI; 1/VII

Die Anzahl der Kraft- und Beifahrer sowie eventuell notwendigen Kraftfahrzeugbedienwerker richtet sich nach den bestehenden Betriebsbedürfnissen.

B. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 15. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH an

die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes ein.

C. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und die Hauptverwaltungen HO Wismut und HO Vertrieb reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 20. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH:

1. Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes für die HO-Kreisbetriebe an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (dreifach),
- b) Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;

2. Hauptverwaltung HO Wismut und HO Vertrieb an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (zweifach),
- b) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik — HA IV —.

II. Allgemeines

1. Berichtsvordruck AQ/EH

A. Allgemeine Angaben

B. Warenumsatz, Erlöse und Produktivität

Hier wurde auf Grund der Strukturveränderung eine Untergliederung auf Handelsäulen vorgenommen. Ferner wurden für "seit Jahresbeginn" eine Planspalte für die Umsätze und Erlöse und für die Produktivitätserrechnung für "seit Jahresbeginn" die Spalten "Plan-Ist" und prozentuale Erfüllung" aufgenommen.

C. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittslöhne

Die Lehrlinge sind nicht mehr unter dem "Personal im Handelsbereich", sondern in der Zeile 5 und 5,12 "Sonstiges Personal" auszuweisen. In der Zeile 7,2 sind die Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 16 Jahren im Verhältnis 2:1, d. h. für zwei Jugendliche ein Beschäftigter einzutragen. Die Zeile "Verkaufspersonal mit Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag" wird nur noch im Abschnitt D — Arbeitszeitbilanz — aufgeführt.

Auf Grund der Strukturveränderung ist die Untergliederung des Verkaufspersonals in Vollkräfte auf die Säulen vorzunehmen (Zeilen 8,1 bis 8,3). Ferner ist in Zeile 9 das "Sonstige Handelspersonal" in Gaststätten (aus lfd. Nr. 2) umgerechnet in Vollkräfte auszuweisen.

D. Arbeitszeitbilanz

Im Jahre 1957 wird statt des Ausweises der Arbeitsstundenminderung eine Arbeitszeitbilanz nur für das "Verkaufspersonal" eingeführt.

E. Delegationsniveau (s. III, Punkt 4, Seite 71)

F. Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge

In der vollen Nomenklatur sind die Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds des Arbeitskräfteplanes gezahlten Beträge nur noch im II. Quartal für das erste Halbjahr 1957 insgesamt (Spalte 2) zu melden.

Jedoch sind in den Zeilen 2,2 bis 2,6 auch im I., III. und IV. Quartal die für das jeweilige Quartal gezahlten Beträge (Spalte 1) auszuweisen.

2. Sonstige Einrichtungen

Dies sind Fachschulen, Forschungsinstitute usw., die dem Ministerium für Handel und Versorgung direkt unterstehen. Sie haben nicht mit Formblatt AQ/EH zu melden, sondern werden mit einem gesonderten Formblatt AQ/S befragt.

3. Zu den in der AQ/EH-Meldung mitzuerfassenden Betrieben des Dienstleistungsbereiches bzw. der Beschäftigten des Dienstleistungsbereiches gehören:

Hotels
Druckereien
Pausereien
Vervielfältigungsanstalten
Wäschereien
Reparaturwerkstätten (Optik, Rundfunk, Mechanik)
Fotolabore
Maß-, Konfektions- und Reparatschniedereien¹⁾
Hut- und Putzmachereien
Schuhreparaturwerkstätten¹⁾
Friseurstuben¹⁾
Blumen- und Kranzbindereien
Bäder¹⁾
Lotto- und Totoannahmestellen
Belustigungs- und Unterhaltungseinrichtungen in Restaurants
Garderobieren- und Toilettenpersonal in Gaststätten.
1) nur für Kunden.

III. Begriffsbestimmungen

Abschnitt B

1. Warenumsatz und Erlöse

a) Warenumsatz

Die Positionen 1 bis 1,3 beinhalten den reinen Warenumsatz im eigenen Netz. In den Warenumsatz sind nicht mit einzubeziehen: Kohle, Gebrauchtwaren-, Antiquitäten- und Agentur- bzw. Überlassungsvertragspartnerumsätze. Der Warenumsatz muß mit der Finanzmeldung Pos. 1 bis 1,3 übereinstimmen.

b) Handelspannenerlöse und Erlöse aus Nebenleistungen

Die Positionen 2 bis 2,3 (Handelspannenerlöse und Erlöse aus Nebenleistungen) umfassen:

- aa) die Einzelhandels-, Gaststätten- und teilweise noch vorhandene anteilige Großhandelspanne,
- bb) die Erlöse aus dem Verkauf von Kohlengutscheinen,
- cc) die Erlöse aus Nebenleistungen (Erlöse aus Leergut- und Altpapierverkauf, Korkengelder usw.),
- dd) die Erlöse aus Dienstleistungen, aus Verleihgeschäften und aus dem Ankauf von Gold und Silber, soweit sie von Verkaufskräften erzielt werden, die neben ihrer Haupttätigkeit (Warenverkauf) zusätzlich angeführte Tätigkeiten durchführen.

Die zuvor aufgeführten Erlöse müssen mit den Positionen 4 bis 4,3 und 6 der Finanzmeldung übereinstimmen.

c) Erlöse aus Dienstleistungen einschließlich Hauptleistungen bei HO-Gesetzdritten
Die Positionen 3.1 bis 3.2 umfassen: die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern sie ausschließlich oder hauptsächlich durch die Tätigkeit der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich erbracht werden. Es gehören ferner dazu: die Kreditaufschläge für das Teilzahlungsgeschäft, die Erlöse aus dem Verkauf von Gebrauchtwaren und Antiquitäten sowie aus dem Ankauf von Gold und Silber, wenn diese Tätigkeiten nicht mit dem reinen Warenverkauf gekoppelt sind.

Außerdem rechnen hierzu die Erlöse aus Verleihgeschäften, wenn diese Geschäfte getrennt vom Verkauf durchgeführt werden und damit getrennt geplant und abgerechnet werden können. Die aufgeführten Erlöse müssen mit der Pos. 5 der Finanzmeldung übereinstimmen.

Abschnitt C

2. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittslöhne

a) Durchschnittszahl der Beschäftigten

Für die Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigtengruppen ist der in den "Verfügungen und Mitteilungen" Nr. 31 (S. 304 bis 308) aufgeführte Beschäftigtenkatalog verbindlich. Dabei sind besonders die dort vorgenommenen Veränderungen in der Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigtengruppen gegenüber dem Planjahr 1956 zu beachten.

aa) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Kopfzahlen) (Zeilen 1 bis 7)

Die Kopfzahlen (Abschnitt C) im Quartalsdurchschnitt sind ausgehend von einer täglichen Anschreibung zu ermitteln. Grundlage dafür sind die zu führenden Anwesenheitslisten bzw. Stundennachweise oder das Lohnjournal bzw. die Lohnlisten. Am Beispiel des folgenden Stundennachweises für eine Woche, der auf den Monat bzw. das Quartal analog erweitert werden kann, wird die Ermittlung der Kopfzahlen (Ø-Zahlen) erläutert.

Stundennachweis

	Kopfzahl						Vollkräfte	Anzahl der Beschäftigten mit Kurzarbeit	Ausfall durch Kurzarbeit	
	1.	2.	3.	4.	5.	6.				Std.
1. Müller	8	8	8	8	8	8	1	1	—	—
2. Lehmann	8	8	8	—	—	—	1/2	1/2	—	—
3. Kunze	—	—	—	8	8	8	1/2	1/2	—	—
4. Vollrath	4	4	4	4	4	4	1	1/2	1	24
5. Köhler	4	4	4	—	—	—	1/2	1/4	1/2	12
6. Bert	—	—	—	—	8	8	1/2	1/2	—	—
7. Krug	—	—	—	4	4	4	1/2	1/2	1/2	8
8. Finke	2	2	2	2	2	2	1	1/4	1	36
										80
							4 1/2	3 1/2	2 1/2	

Zu 2. Lehmann: Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst
2. Kunze: Arbeitsverhältnis wurde am Freitag aufgenommen
4. Vollrath: 4-Stunden-Kraft

5. Köhler: 4-Stunden-Kraft; Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst

6. Bert: Aushilfskraft

7. Krug: Aushilfskraft; Ausfallzeit durch Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag wird nur für die zwei Tage der Beschäftigung berücksichtigt

8. Finke: 2-Stunden-Kraft

Eine exakte Ermittlung der Kopfzahlen ist auch an Hand des Lohnjournals bzw. der Lohnlisten möglich, wenn in ihnen u. a. der Zeitraum der Entlohnung (z. B. 1. bis 31., 1. bis 15., 16 bis 31., 7., 14., 21., 28. usw.) und die Anzahl der zu entlohnenden Stunden (208, 104, 52, 48 usw.) aufgeführt werden.

Zur Zeile 7.2 (Abschnitt C) ist zu bemerken, daß hier die Anzahl der vom Betrieb eingestellten Jugendlichen unter 16 Jahren (ohne Berufsausbildung) nach dem Verhältnis 2:1 (2 Jugendliche unter 16 Jahren = 1 Arbeitskraft) einzutragen ist. Wenn also z. B. ein Betrieb 4 Jugendliche unter 16 Jahren eingestellt hat, ist die Anzahl dieser Jugendlichen — also 4 — den entsprechenden Beschäftigtengruppen — Zeile 1 bis 7 — zuzuordnen, und in Zeile 7.2 sind dann anzamäßig 2 einzutragen.

bb) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Vollkräfte) (Zeilen 8 bis 9)

Für die Ermittlung der richtigen Durchschnittszahlen der Vollkräfte im Quartal ist es notwendig, ausgehend von den durch tägliche Anschreibung ermittelten Kopfzahlen (Ø-Zahlen), die tatsächliche Anzahl der Ausfallstunden durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen (siehe Beispiel Stundennachweis) zu errechnen.

Die Berechnung erfolgt dann z. B. wie folgt:

Kopfzahl	Stunden je Kopf im Quartal	
1784	1 948 644 Std.	
J. Ausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen	42 394 Std.	
1 907 270 Std. : 616 Std. je Kopf	1 907 270 Std.	
im Quartal		1633 Vollkräfte

b) Bruttolohnsumme

Hier sind die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne aufzuführen. In die Summe der Bruttolöhne sind folgende Lohnbestandteile einzubeziehen:

aa) tariflicher Grundlohn einschließlich Urlaubslohn

Zeitlohn,

Leistungsgrundlohn,

Gehalt,

Einzelvertragsgehalt,

Lehrlingsentgelt (ist unabhängig von der durch den Haushalt übernommenen Teilfinanzierung in voller Höhe auszuweisen (Zeile 5.12)).

Bezahlung von Freizeit oder zusätzliche Bezahlung

Lohn für gesetzlichen Urlaub, Feiertage, Haushaltstage, Schulungen und Lehrgänge, Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verpflichtungen, Wahrnehmung persönlicher Interessen, Bezahlung von Arztzeiten und Stillzeiten.

Können einzelne Bestandteile der Bruttolohnsumme auf Grund des bestehenden Kontenrahmens nicht direkt aus den Unterlagen der

Buchhaltung den einzelnen Beschäftigtengruppen zugerechnet werden, so müssen die Urbelege herangezogen werden.

Die Bezahlung für Urlaub, Feiertage usw. ist nicht mit den abgegrenzten, sondern den tatsächlich angefallenen Beträgen in die Brutto- lohnsumme einzubeziehen.

bb) Mehrverdienste

Mehrverdienste bei Leistungslohnarbeit, Leistungsspanne (Differenzbeträge zwischen dem tariflichen Grundgehalt und dem derzeitigen Gehalt),

Prämien für Umsatzbeteiligung für das Verkaufspersonal und Bedienungspersonal, Verkaufsstellen- und Betriebsstättenleiter,

Prämien für Lehrausbilder,

Prämien für Planüberfüllung entsprechend den Bestimmungen der Prämienverordnung für das ingenieur-technische Personal einschließlich der Meister und des kaufmännischen Personals,

Prämien für Planerfüllung und -übererfüllung

cc) Lohnzuschläge

Zuschläge für Arbeitserschwernde (Schmutz, Hitze, Gefahr) und für planmäßige Schichtarbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit),

Lohngruppenausgleich,

Leistungslohnausgleich,

Zuschlag für Überstunden,

Sonderzuschläge für Betriebe in der Sperrzone.

dd) Nicht in die Brutto- lohnsumme einzubeziehen sind:

Krankengeldzuschläge,

Prämien aus dem Direktorfonds bzw. Sozialfonds, darunter:

Prämien für Verkaufspersonal bei Unterschreitung der festgelegten Schwundsätze für bestimmte Waren,

Wegegelder,

Trennungsentschädigungen,

Reisekosten,

Tag- und Übernachtungsgelder,

Auslösungen,

Personaleinstellungskosten,

Umzugskosten,

Wohn- und Mietbeihilfen,

Notfallunterstützungen,

Aufwandsentschädigungen,

vom Betrieb zu leistende Sozialbeiträge einschließlich der Unfallumlagen und der Beiträge zur zusätzlichen Altersversorgung.

cc) Durchschnittslöhne

Durchschnittslöhne dürfen nicht addiert werden; sie sind daher für die Summenzeilen 4 und 7 im Abschnitt C durch entsprechende Division zu errechnen. Die Berechnung der Durchschnittslöhne je Kopf der Beschäftigten ist nach folgenden Richtlinien vorzunehmen:

Abschnitt C		Abschnitt D	
Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14
Summe		Ist	
Abschnitt C, Spalte 6	Abschnitt C, Spalte 7		
Abschnitt C, Spalte 1	Abschnitt C, Spalte 2		

Abschnitt D

3. Arbeitszeitbilanz

Die nominelle Arbeitszeit ist wie folgt zu errechnen:
Kalendertage des Quartals,

✓ Sonn- und Feiertage bzw. die als Ersatz dafür zu gewährenden Ruhetage,

— Anzahl der Kalenderarbeitsstage,

✗ Anzahl der tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitskräfte (Kopfzahl),

✗ 8 (Stunden).

Die Betriebe, in denen an einzelnen Kalenderarbeitstagen eine Abweichung von der normalen Arbeitszeit (8 Stunden) vorhanden ist, gehen bei der Berechnung der nominellen Arbeitszeit für das Quartal nicht grundsätzlich vom Achtstundentag aus, sondern von den sich tatsächlich je Kalenderarbeitsstag ergebenden Kalenderarbeitsstunden.

Fallen die für die Sonn- und Feiertagsarbeit zu gewährenden Ruhetage in das dem Berichtsquartal folgende Quartal, so sind sie nicht im Berichtsquartal, sondern im folgenden Quartal von den Kalenderarbeitsstagen abzusetzen.

In Zeile 2,1 ist einzutragen der Ausfall durch gesetzlichen Urlaub, tariflicher Jahresurlaub laut Verordnung über den Erholungsurlaub vom 7. Juni 1951 (GBL Nr. 69/1951); Durchführungsbestimmung vom 30. September 1951 (GBL Nr. 117/1951) sowie laut Einzelvertrag durch Haushaltstage, die den weiblichen Beschäftigten nach § 34 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkältigen vom 20. Mai 1952 zustehen, durch Schwangerschafts- und Wochenurlaub gemäß § 10 des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 (GBL Nr. 111/1950), durch Trennungsurlaub und Sonderurlaub zur Wahrnehmung persönlicher Interessen gemäß § 33 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkältigen vom 20. Mai 1952 (GBL Nr. 64/1952). In Zeile 2,2 sind die Freizeiten anzugeben, die den Werkältigen auf Grund des § 33 der Verordnung zur Wahrung der Rechte der Werkältigen vom 20. Mai 1952 für die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verpflichtungen oder die Ausübung eines öffentlichen Amtes gewährt wurden.

Außerdem sind hier die Ausfälle durch Betriebsversammlungen, betriebliche und außerbetriebliche Kundgebungen, Arbeitsberatungen und Sitzungen aller Art (soweit sie ausnahmsweise noch während der Arbeitszeit durchgeführt werden), nachzuweisen. Des Weiteren sind hier die Ausfallstunden einzuberechnen, die sich durch Schulungen, Lehrgänge und Tagungen der demokratischen Organisationen, der volkseigenen Betriebe und der Verwaltungen laut Anordnung über Freistellung zu Schulungs- und Ausbildungszwecken vom 19. November 1948 (ZVBl. Nr. 55/1948) ergeben.

In Zeile 2,3 wird der Ausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und infolge Schutzbestimmungen einzutragen.

Der Ausfall durch Kurzarbeit infolge Schutzbestimmungen ergibt sich aus der Kurzarbeit

der Jugendlichen,
der Arbeiter in gesundheitsschädlichen Werkstätten,
der stillenden Mütter usw.

Der Arbeitsstundenausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag für Halbtags- und sonstige Teilkräfte berechnet sich aus dem Unterschied der von den Kurzarbeitern (Teilkräften) geleisteten Arbeitsstunden gegenüber der üblichen Normalarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche.

In der Zeile 2, 5 sind als „Sonstiges Fehlen“ alle Ausfallstunden abzurechnen, die nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Dabei ist sowohl das entschuldigte Fehlen, für das der Gesetzgeber keine Bezahlung vorsieht, als auch unentschuldigtes Fehlen nachzuweisen. Die Ausfallstunden durch das unentschuldigte Fehlen (Arbeitsbummelei) sind in der Zeile 2, 51 als „Darunterzahl“ (die nicht größer sein darf als Zeile 2, 5) gesondert auszuweisen.

In Zeile 4 sind die Überstunden anzugeben. Überstunden sind alle Arbeitsstunden, die über die gesetzlich zugelassene Arbeitszeit hinaus geleistet und mit einem Zuschlag vergütet werden. Zusätzliche Arbeitsstunden, die auf Grund gesetzlicher Ausnahmestatbestimmungen an anderen Tagen durch Arbeitsbefreiung ausgeglichen werden, gelten nicht als Überstunden.

Abschnitt E

4. Belegschaftswechsel

Bei den Angaben im Abschnitt „Belegschaftswechsel“ sind — um zukünftig eine Reihe grundsätzlicher Fehler zu vermeiden — folgende Hinweise zu beachten:

- In den Spalten 1 bis 5 ist nur die effektive Anzahl der Beschäftigten laut Unterlagen der Kaderstatistik anzugeben.
- In der Zeile 1 gesamt ist das gesamte Personal, also einschließlich der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und des Sonstigen Personals, zu verstehen.
- Bei Strukturveränderungen (Zusammenlegung von HO-Betrieben, Abgabe bzw. Übernahme von Betriebsstätten anderer HO-Betriebe usw.) ist die entsprechende Anzahl von Arbeitskräften, die davon berührt wird, zunächst mit unter dem Belegschaftswechsel in Form von Zu- und Abgängen auszuweisen. Um jedoch einen realen Belegschaftswechsel zu erhalten und um die Fluktuation richtig beurteilen zu können, ist es erforderlich, in den Spalten 2 und 3 als Klam-

merzahl darunter, die Anzahl der Kräfte einzutragen, die infolge von Strukturveränderungen in den Betrieb eingehen oder ihn verlassen.

	Beschäftigte am Ende des vorhergegangenen Quartals	Zugänge im Berichtsquartal		Abgänge im Berichtsquartal		Beschäftigte am Ende des Berichtsquartals
		1	2	3	4	
a) 1. Beschäftigte insgesamt	250	100 (30)	60	60	300	
1.1 darunter Verkaufspersonal	150	30 (15)	20	20	180	
b) 1. Beschäftigte insgesamt	500	80	120 (50)	120	480	
1.1 darunter Verkaufspersonal	200	25	50 (20)	50	185	

Nach wie vor muß die Spalte 1 + 2 - 3 die Spalte 5 ergeben.

d) Die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des Berichtsquartals muß in die nächste AQ/EH-Meldung übernommen werden und hier als die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des vorhergegangenen Berichtsquartals erscheinen. Eine Abweichung zwischen diesen beiden Zahlen kann es nicht geben.

Abschnitt F

5. Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds des Arbeitskräfteplanes gezahlte Beträge

Es ist zu beachten, daß die Positionen 2.1 bis 2.8 Darunterzahlen von Pos. 2 und die Positionen 3.1 und 3.2 Darunterzahlen von Pos. 3 sind.

Die Pos. 4 (Bruttolohnsumme) muß für das 1. Halbjahr mit der Zeile 7 Sp. 9 des Abschnittes C (Lohnsumme der Gesamtbeschäftigte insgesamt) übereinstimmen.

Es ist ferner darauf zu achten, daß sämtliche Werte dieses Abschnittes nur im II. Quartal für das 1. Halbjahr 1957 auszufüllen sind.

Nur bei den Ifd. Nrn. 2.2 bis 2.6 sind auch im I., III. und IV. Quartal die entsprechenden Quartalssummen einzusetzen.

gez. Schönborn
Abteilungsleiter

— Verf. u. Mittg.

Heft 4/57 -

V O R D R U C K W E S E N

— 2130 —

„Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

Von den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GHK und HO) wird der gemeinsame Vordruck
Best.-Nr. 821/8994 „Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

vom Vordruck-Verlag EDB, Freiberg/Sachsen, zur Vorlage bei der DN benötigt.

Dem Vordruck-Verlag EDB, Freiberg/Sachsen, sind bis 15. März 1957 Sammelbestellungen

- von den Räten der Bezirke Abt. HuV, für die ihnen unterstellten Räte der Kreise, HO-Betriebe und Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse,

b) von den Hauptverwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb für die ihnen unterstellten HO-Betriebe;

c) von den Verwaltungen der NL der Großhandelskontore für ihre Niederlassungen; und

d) Einzelbestellungen von den verbleibenden Z-Betrieben

für den Bedarf bis Ende 1957 zu übersenden. Bei Angabe von Verteidigungsräten (a bis c) erfolgt die Lieferung und Rechnungslegung an die Handelsbetriebe.

Termin

Berlin, den 20. Februar 1957

**Jahresbestellungen der Standardvordrucke
beim Vordruck-Leitverlag EDB**

Den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GK und HO) werden Ende Februar 1957 die Jahresbestelllisten des Vordruck-Leitverlages EDB, Freiberg/Sa., übersandt. Die Bestellungen sind dem Verlag bis zum 15. März 1957 zu übersenden. Für die Standardvordrucke lt. EDB-Preisliste brauchen keine Jahresbestellungen erteilt werden. Für diese Vordrucke können jederzeit Aufträge erteilt werden.

Termin

**Finanzmeldungen für das Jahr 1957
(Staatlicher Einzelhandel)**

Auf den Finanzmeldungen

Teil I	Bestellnummer	820/89 957
II	-	820/89 958
III	-	820/89 959
IV	-	820/89 960

ist im Genehmigungsvermerk der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ein Druckfehler enthalten.
Es heißt nicht „befristet bis 31. 1. 1957“, sondern befristet bis 31. 1. 1958.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

I. Anweisungen	
Nr. 14.57 — Vertragsaufhebungen für Motorräder Type ES 175 für das Jahr 1958	64
II. Preisdienst	
Haushaltkühlenschrank „Elektrokühler“	64
III. Mitteilungen	
Abrechnung des Teilzahlungsgeschäfts	64
Anschaffung der Erstausstattung von Koffern aus Investitionskrediten	65
Genehmigung für Berichterstattungen der Unter- abteilungen Staatliche Handelsinspektion	65
Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge der Landkraftpost	65
Durchführung der Bedarforschung	66
Katalog „Technik im Handel“	66
Rahmenstellenplan für die zu bildenden Transport- gemeinschaften des Handels	66
Vergrißfene Ausgaben der „Verfügungen und Mit- teilungen“	67
Zu den Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrech- nung (AQ EH) im staatlichen Einzelhandel (HO) für das Jahr 1957	67
IV. Vordruckwesen	
Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kredit- deckung	71
Jahresbestellungen der Standardvordrucke beim Vordruck-Leitverlag EDB	72
Finanzmeldungen für das Jahr 1957 (Staatlicher Einzelhandel)	72

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 2. März

Nr. 9

ANWEISUNGEN

— 5912 —

Berlin, den 14. Februar 1957

Anweisung Nr. 15/57

Abschreibungsnorm für 1957

Zur Beseitigung der durch die Anwendung einheitlicher Abschreibungsnormen aufgetretenen Schwierigkeiten sind für den volkseigenen Groß- und Einzelhandel für das Jahr 1957 zwei Abschreibungsnormen a) für Gebäude und Gebäudeeinrichtungen, b) für alle übrigen Grundmittel zu bilden.

Die Abschreibungsnorm ist wie folgt zu ermitteln:

1. Die Abschreibungsnorm für 1956 ist auf der Grundlage der Anordnung über die Bildung von Abschreibungsnormen in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft für das Planjahr 1956 und die Vereinfachung der Grundmittelrechnung vom 26. Januar 1956 (GBl. I 23 56 S. 207), jedoch getrennt für Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und für alle übrigen Grundmittel, neu zu ermitteln.
2. Die Abschreibungen für 1956 sind mit den ermittelten Abschreibungsnormen für Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und für alle übrigen Grundmittel neu zu erneutern und bilden die Grundlage für die Errechnung der Abschreibungsnorm für 1957. Eine Veränderung der für 1956 gebuchten Abschreibungen erfolgt nicht.
3. Auf der Grundlage der statistisch berichtigten Abschreibungen für 1956 und der Durchschnitts-Bruttowerte für 1956 (Ermittlung analog der Anordnung über die Abschreibungsnormen), sind für 1957 die Abschreibungsnormen für Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und für alle übrigen Grundmittel neu zu ermitteln. Mittels dieser Abschreibungsnormen sind 1957 die Abschreibungen zu errechnen:
4. Soweit im Jahre 1957 bereits Abschreibungen gebucht wurden, sind sie entsprechend zu berichtigten.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 5520 —

Berlin, den 19. Februar 1957

Anweisung Nr. 16/57

Ergänzungen

zu den Einstufungsrichtlinien für Gaststätten, gültig ab 1. März 1956

Überprüfungen der Einstufung von Gaststätten haben ergeben, daß die ab 1. März 1956 gültigen Einstufungsrichtlinien wie folgt zu ergänzen sind:

1. Im Abschnitt „Grundsätzliches“ ist auf Seite 3 vor der Empfehlung des für die Einstufung hinzuzuziehenden Personenkreises als neuer Absatz aufzunehmen:

„Bei der Einstufung einer Gaststätte muß sich der nachstehend festgelegte Personenkreis nicht nur von den Einstufungsmerkmalen leiten lassen, sondern die örtliche Lage, die Struktur der Bevölkerung und den Charakter der Gaststätte berücksichtigen.“

2. Im Abschnitt „Hinweise für die Anwendung der vorstehenden Richtlinien“ (Seite 14) ist als neuer Absatz hinzuzusetzen:

„Garten- und Saisongaststätten sind gemäß den für die einzelnen Preisstufen festgelegten Bedingungen einzustufen; dabei ist zu garantieren, daß die Betriebstelle mit ausgesprochenem Gartenbetrieb in der Regel nicht höher als in die Preisstufe II eingestuft werden.“

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 3530 —

Berlin, den 14. Februar 1957

Anweisung Nr. 17/57

Ausgabe von IZ-Karten

In Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Angelegenheiten für örtliche Räte wurde folgendes festgelegt:

Die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise werden ermächtigt, zur Vereinfachung der Ausgabe von IZ-Karten die Aushändigung der IZ-Karten den Städten und Gemeinden zu übertragen.

Die Übertragung der Aufgaben ist mit Einverständnis des Rates des Kreises vorzunehmen.

Die mit der Aushändigung der IZ-Karten beauftragten Mitarbeiter der Räte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind sorgfältig in ihre Aufgaben einzusehen.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

Anweisung Nr. 18/57

Die Anweisung Nr. 18/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

— 4200 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Anweisung Nr. 19/57

Einführung von Betriebs-Pässen im staatlichen Großhandel

In Erweiterung der Anweisung Nr. 56/55 vom 25. Juli 1955 — Einführung von Betriebs-Pässen im volkseigenen Einzelhandel (veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ 16/55 vom 23. August 1955) wird für den Bereich des staatlichen Großhandels folgendes angewiesen:

1. Im staatlichen Großhandel sind bis zum 1. April 1957 Betriebs-Pässe einzuführen. Der Betriebs-Paß ist in allen Niederlassungen in einfacher Ausfertigung zu führen.

2. Die Eintragungen im Betriebs-Paß haben über den gesamten Planzeitraum des 2. Fünfjahrplanes, rückwirkend ab 1. Januar 1956, gemäß Vordruck zu erfolgen.

3. Der Direktor der Niederlassung ist für die ordnungsgemäße Führung und Behandlung des Betriebs-Passes verantwortlich.
 4. Der Betriebs-Pass ist als vertrauliche Dienstsache zu behandeln.
 5. Der Bezug des Betriebs-Passes hat vom VEB Vor- druck-Leitverlag Berlin, Berlin-Hohenschönhausen, Berliner Str. 69, unter Angabe der Bestell-Nr. 03/1100 zu erfolgen.
 Alle Niederlassungen haben vom vorgenannten Verlag 1 Exemplar zu beziehen und zu bezahlen.
 6. Nähere Einzelheiten über die Führung des Betriebs-Passes und die von den Niederlassungen vorzunehmenden Ergänzungen und Veränderungen sind aus den dem Betriebs-Pass beigefügten Erläuterungen ersichtlich.

Schneiderheinze
Stellvertreter des Ministers

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

PREISDIENST

— 3600 — Berlin, den 19. Februar 1957

Ausgliederung von Etuis

Etuis, überwiegend aus Pappe und Papier mit Lederbezug, wurden aus der Warennummer 62 35 33 10 ausgegliedert und den Warennummern 56 31 53 00 und 56 31 54 00 zugeordnet. Durch diese Veränderung macht sich — im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen — folgende Ergänzung notwendig:

Artikel	Art.-Nr. Verbrauchs- abgaben in handels- handels- schlüssel. % vom HAP index index		
Etuis, überwiegend aus Pappe und Papier, mit Lederbezug aus:			
Lack- und Wildleder, Rindleder und Boxkalf	5619—1	93	208.4
Ziegen- und Schafleder	5619—2	55	170.4
Schweineleder	5619—3	40	155.4
Spaltleder	5619—4	25	140.4

Nachstehende Listen sind dementsprechend zu berichten:

1. Liste der Verbrauchsabgabensätze und Handels- spannen für sonstige Industriewaren der Schlüsselnummer 5000, herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung;
2. Liste der Verbrauchsabgabensätze und Handels- spannen für die Erzeugnisse der Warengruppen 55, 56 und 57, herausgegeben 1954 vom Ministerium der Finanzen;
3. Liste der Handelsspanne für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird, herausgegeben am 1. Januar 1956 vom Ministerium für Handel und Versorgung und dem Ministerium der Finanzen.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

Berichtigung

In der Preisbewilligung Nr. I VII 57 24 für Decken- ventilatoren "Windhexe" ist im Heft 7 57, S. 59, ein Fehler unterlaufen. Es muß richtig heißen:

- a) dreitasmig
- b) zweitasmig

MITTEILUNGEN

— 3300 —

Berlin, den 22. März 1957

Abrechnungen der Großhandelskontore für Lebensmittel

Aus der Unterstellung dieser Großhandelskontore ergibt sich für die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Bezirke die Aufgabe, die Abrechnungen der Niederlassungen zu Bezirksergebnissen zusammenzufassen und an das Ministerium für Handel und Versorgung weiterzuleiten.

Für folgende Berichterstattungen ist die Zusammenfassung ab Berichtsmonat Februar zu übernehmen:

Monatliche Warenbewegungsmeldung (H 57 mit Anlage H 57a)

- GHK bis 14. Werktag nach Monatsende an:
 - aa) Rat des Kreises, Abt. Handel und Versorgung (am Sitz des Betriebes),
 - ab) Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung;
- Abt. Handel und Versorgung; Rat des Bezirkes bis 19. Werktag nach Monatsende an:
 - ba) Min. f. Handel und Versorgung, Abt. Plan- abrechnung (3fach).

Vierteljährliche Meldung über Vertragsabschlüsse (VA/G — Nahrungs- und Genussmittel)

- GHK bis 7. Werktag nach Quartalsbeginn an:
 - aa) Rat des Kreises, Abt. Handel und Versorgung (am Sitz des Betriebes),
 - ab) Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung;
- Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes bis 14. Werktag nach Quartalsbeginn an:
 - ba) Min. f. Handel und Versorgung, Abt. Plan- abrechnung (3fach).

Vierteljährliche Abrechnung des Arbeitskräfteplanes (AQ/GH)

- GHK bis 12. Werktag nach Quartalsende an:
 - aa) Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung,
 - ab) Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (2fach),
 - ac) Rat des Kreises, Abt. Arbeit;
- Abt. Handel und Versorgung, Rat des Bezirkes bis 20. Werktag nach Quartalsende an:
 - ba) Min. f. Handel und Versorgung, Abt. Plan- abrechnung (2fach),
 - bb) Bezirksstelle der Staatl. Zentralverwaltung f. Statistik,
 - bc) Rat des Bezirkes, Abt. Arbeit.

Finanzberichterstattung

Diese wurde bereits gesondert geregelt (Anweisung Nr. 11 57 vom 1. Februar 1957, Verfüungen und Mitteilungen Nr. 7 57).

Stellvertreter des Ministers
I. V.: Dümde
Hauptabteilungsleiter

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 —

— 5530 —

Berlin, den 25. Februar 1957

Wahrung der Käuferinteressen beim Umtausch defekter Glühlampen

Die bei den Produktionsbetrieben und unserem Ministerium eingegangenen Beschwerden der Bevölkerung über zurückgewiesene, jedoch berechtigte Reklamationen von Glühlampen durch den staatlichen und gewerkschaftlichen Einzelhandel geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die von dem VEB Berliner

Glühlampenwerk herausgegebenen „Hinweise für den Verkauf von Glühlampen und die Behandlung etwaiger Reklamationen“ vom Verkaufspersonal nicht beachtet werden.

Die Leiter der staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandelsbetriebe sind daher verpflichtet, die Einhaltung der in dieser Richtlinie gegebenen Hinweise zu kontrollieren, damit in jedem Falle die Interessen der Käufer gewahrt werden. Falls die obengenannte Richtlinie des Produktionsbetriebes nicht im Besitz einzelner Handelsbetriebe sein sollte, ist diese von der zuständigen Niederlassung des Großhandelskontors für Technik anzufordern.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 5550 — Berlin, den 25. Februar 1957

Teilzahlungskredite der Sparkassen (Zweckspär- und Darlehnskassenverträge)

Bei einigen Sparkassen sind in letzter Zeit Kreditausfälle im Teilzahlungskreditgeschäft dadurch eingetreten, daß die Schuldner die mit Hilfe der Zweckspär- und Darlehnsverträge der Sparkassen gekauften Gegenstände an Dritte weiterverkauft haben. Das war dadurch möglich, indem die Schuldner beim Verkauf dieser Gegenstände Rechnungen der betreffenden Einzelhandelsgeschäfte vorlegen konnten, aus denen nicht klar ersichtlich ist, daß es sich um einen Kreditkauf handelt.

Die Leitungen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels sind daher verpflichtet, ihre Verkaufsstellen anzuweisen, daß grundsätzlich auch bei Zweckspär- und Darlehnsverträgen durch die Sparkassen die Rechnung bzw. der Kassenzettel, den der Kunde bei der Auslieferung der Ware erhält, mit einem Stempel „Kreditkauf“ zu versehen ist.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 5550 — Berlin, den 25. Februar 1957

Verkauf von Kraftfahrzeugen

Die in Verfügungen und Mitteilungen Nr. 1/57, Seite 6, veröffentlichten Hinweise über Auslieferung von Personenkraftwagen bezieht sich auch auf Importfahrzeuge.

Der Einzelhandel ist verpflichtet, beim Verkauf von Kraftfahrzeugen dafür Sorge zu tragen, daß die Fahrzeuge den Käufern in ordnungsgemäßem Zustand übergeben werden.

Dazu gehören:

- a) das Fahrfertigmachen,
- b) die nochmalige Durchsicht des Wagens,
- c) die technische Einweisung in die Fahreigenschaften,
- d) die Einweisung in die notwendige Wartung des Fahrzeugs.

Es ist darauf zu achten, daß alle vom Werk mitgelieferten Dokumente und technischen Beschreibungen dem Kunden übergeben werden.

Mit der Durchführung der technischen Arbeiten (a bis d) sind fachlich geschulte Kräfte zu beauftragen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Fahrzeuge den Werkvorschriften entsprechend behandelt und ohne Mängel an den Kunden übergeben werden können.

Soweit die Verkaufsstellen der Einzelhandelsbetriebe noch nicht über das entsprechende, technisch geschulte Personal verfügen, ist die Leitung des Einzelhandelsbetriebes zur Wahrung der Interessen der Käufer verpflichtet, die von den Lieferfirmen in Verbindung mit dem Kraftverkehr bestätigten Vertragswerkstätten einzuschalten.

Mit den Vertragswerkstätten ist zu vereinbaren, daß diese im Auftrage der Fahrzeugverkaufsstellen die unter a bis d aufgeführten Arbeiten übernehmen.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 5550 —

Berlin, den 25. Februar 1957

Verleih von Fahrzeugen

Die Erfahrungen beim Verleih von Fahrrädern, Mopeds und Pitty-Rollern haben gezeigt, daß dem Einzelhandel Schwierigkeiten durch unsachgemäße Behandlung, Pflege, Wartung und Bedienung der Fahrzeuge durch den jeweiligen Mieter entstehen.

Andererseits führt die gegenwärtige zum Teil nicht fachgemäße Betreuung der in den Ausleihdienst einzubezogenen Fahrzeuge durch den Einzelhandel zu Garantieansprüchen gegenüber den Kraftfahrbetrieben, die nach den gegebenen Voraussetzungen in Zukunft von den Lieferwerken abgelehnt werden.

Um den Einzelhandelsbetrieben unnötige Kosten zu ersparen und zu verhindern, daß durch unsachgemäße Behandlung eines Fahrzeuges ein Mieter Schaden erleidet, sind die Einzelhandelsbetriebe verpflichtet, alle Fahrzeuge, die ausgeliehen werden, vor der Vermietung zu einer ausreichenden, fachtechnischen Überprüfung zu unterziehen, um die volle Sicherheit des Fahrzeugs zu gewährleisten.

Die während der Garantiezeit erforderlichen Durchsichten und Wartungsmaßnahmen müssen unter allen Umständen vom Einzelhandelsbetrieb durchgeführt werden.

Diejenigen Verkaufsstellen, die noch nicht über das entsprechende technisch geschulte Personal verfügen, haben für die Sicherung der konkreten Durchführung dieser Leistungen Vertragswerkstätten der jeweiligen Lieferwerke einzuschalten.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

— 5912 —

Berlin, den 21. Februar 1957

Auszahlung der Entgelte für unständig Beschäftigte

Die Auszahlung der Entgelte für unständig Beschäftigte (z. B. Aushilfskellner) in HO-Gaststätten wird in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich gehandhabt und war oft Anlaß zu Kritiken von Seiten dieser Mitarbeiter.

Aus diesem Grunde wird den Betrieben empfohlen, die Auszahlung der Entgelte für unständig Beschäftigte nach folgender Regelung vorzunehmen:

Die Auszahlung der Entgelte an unständig Beschäftigte kann sofort durch die Betriebsstättenleiter in Form einer Abschlagszahlung bis zur Höhe von etwa 75 Prozent des Entgelts vorgenommen werden. Die Auszahlung der Spitzenbeträge erfolgt durch die Verwaltung der HO-Handelsbetriebe. Dabei ist von den Betrieben zu gewährleisten, daß die Lohnbescheinigungen den Verwaltungen durch die Betriebsstätten auf dem kürzesten Wege zugehen.

Gleichzeitig müssen der Verwaltung des Betriebes evtl. Forderungen an die unständig Beschäftigten — wie z. B. Kellnerdifferenzen — bekanntgegeben werden.

Die Verwaltungen der Kreisbetriebe setzen individuell für den Betrieb einen Tag in der Woche fest, an dem die Auszahlung der Spitzenbeträge erfolgt. Die Auszahlung der Spitzenbeträge ist in der dem geleisteten Arbeitstage folgenden Woche durchzuführen. Können diese Spitzenbeträge nicht persönlich an den Beschäftigten ausgezahlt werden, sind sie dem Beschäftigten zu Lasten des Betriebes zuzustellen.

Bei Entnahme von Entgelten aus den Erlösen der Betriebsstätten darf diese nur im Rahmen einer Globalgenehmigung durch die Deutsche Notenbank erfolgen. Wir verweisen hier auf eine diesbezügliche Anweisung der Zentrale der Deutschen Notenbank an ihre Filialen vom 12. Juli 1956 unter der Nummer R 144 36, wonach der Betrieb bei seinem zuständigen Kreditinstitut eine Globalgenehmigung beantragen muß.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 9/57 —

Nur für den Dienstgebrauch

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 9. März 1957

Nr 10

ANWEISUNGEN

— 5300 —

Berlin, den 4. März 1957

1. Durchführungsbestimmung zur Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und für den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum) vom 1. Oktober 1956

Der Absatz 3 in der Vorbemerkung der Anlage 1 der Prämienvereinbarung

„Teilzahlungsgeschäfte in den dafür zugelassenen Verkaufsstellen werden mit 50 % des in diesem Sortiment festgelegten Beteiligungssatzes angerechnet“

wird aufgehoben.

Ab 1. März 1957 sind die im Teilzahlungsverfahren getätigten Umsätze in voller Höhe nach den in der Anlage 1 festgelegten Beteiligungssätzen zu prämieren.

Ministerium für Handel und Versorgung	Verband Deutscher Konsumgenossenschaften
Wach	eGmbH
Minister	Lucht
	Präsident
Gewerkschaft Handel	
Zentralvorstand	
G ö t z e l t	
Vorsitzender	

— Verf. u. Mitgl. Min. f. H. u. V. Heft 10/57 —

Anweisung Nr. 20/57
Die Anweisung Nr. 20/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

— 3666 —

Anweisung Nr. 21/57

Berlin, den 19. Februar 1957

Behandlung von Haushaltsporzellan, für das eine neue Qualitätseinstufung vorgenommen wurde

Im IV. Quartal wurde auf Veranlassung des Ministeriums für Leichtindustrie — HV Feinkeramik — durch Produktion und Handel eine qualitätsgerechte Preis- einstufung verschiedener Haushaltsporzellanerzeugnisse der volkseigenen (Z) Betriebe durchgeführt.

Die sich hieraus ergebenden Preisveränderungen, die zum überwiegenden Teil eine Preissenkung, in einzelnen Fällen eine geringe Preiserhöhung mit sich bringen, sind aus anliegenden Preislisten ersichtlich und wurden am 1. Januar 1957 in Kraft gesetzt.

Die Bestände im Handel behalten die bisherigen Preise bis zum 9. März 1957.

Eventuell sich noch am 11. März 1957 im Handel befindliche Lagerbestände sind per 11. März 1957 auf die neuen Preise laut Anlage umzuwerten.

Aus der Umwertung sich ergebende Preisdifferenzen gehen zu Lasten bzw. zu Gunsten des jeweiligen Handelsbetriebes.

Stellvertreter des Ministers

I. V.: D ü m d e

Hauptabteilungsleiter

Anlage

zur Anweisung Nr. 21/57 — Behandlung von Haushaltsporzellan, für das eine neue Qualitätseinstufung vorgenommen wurde

Aufstellung der im Jahre 1957 für den Binnenmarkt zu liefernden Artikel

Artikel		HAP alt DM	VEP alt DM	HAP neu DM	VEP neu DM
1. VEB Porzellanwerk Weißwasser					
Spiseservice Delores	23-teilig	Dekor 4553 und 4554	43,78	66,50	41,88
	45-teilig	Dekor 4553 und 4554	78,25	119,—	74,85
	23-teilig	Dekor 4550	78,08	119,—	74,68
	45-teilig	Dekor 4550	139,11	211,—	133,06
	23-teilig	Dekor 4552	81,73	124,—	78,17
	45-teilig	Dekor 4552	145,81	222,—	139,47
	23-teilig	Dekor 4553	48,89	74,50	46,76
	45-teilig	Dekor 4553	90,98	138,—	87,02

Artikel		HAP alt DM	VEP alt DM	HAP neu DM	VEP neu DM
Frühstücksservice 3 Delores	7-teilig	Dekor 5558 und 5556 8,50 Dekor 5558 und 5559 9,78 Dekor 5559 und 5560 10,97 Dekor 5561 und 5562 23,01	13,— 15,— 16,50 35,—	8,13 9,35 10,49 22,01	12,50 14,— 16,— 33,50
Kaffeeservice 6 Delores	15-teilig	Dekor 5565 und 5556 18,30 Dekor 5561 und 5562 19,83 Dekor 5568 und 5569 20,88 Dekor 5561 und 5560 23,27 Dekor 5550 46,25 Dekor 5562 49,20	28,— 30,— 31,50 35,50 70,50 75,—	17,50 18,97 19,97 22,26 44,24 47,06	24,50 29,— 30,50 34,— 67,— 73,50
Kaffeeservice 12 Delores	27-teilig	Dekor 5555 und 5556 30,56 Dekor 5551 und 5558 33,11 Dekor 5559 und 5560 34,69 Dekor 5561 38,56 Dekor 5550 76,76 Dekor 5562 102,23	46,50 50,50 52,50 58,50 117,— 155,—	29,23 21,67 33,18 36,88 72,42 97,78	44,50 33,— 50,50 56,— 110,— 149,—
Sammelgedeck Iris		Dekor 3790 4,01 Dekor 3789 4,14 Dekor 3780 3781 3782 und 3783 5,04 Dekor 3686 und 3787 5,23 Dekor 3784 und 3785 5,30 Dekor 3791 5,49 Dekor 3788 7,17 Dekor 3792 8,79	6,10 6,30 6,10 7,65 7,95 8,05 8,35 11,— 13,50 8,41	3,84 3,96 3,84 4,82 5,— 5,07 5,25 6,86 8,41	5,85 6,— 5,85 7,35 7,60 7,70 8,— 10,50 13,—
Mokkaservice 6	9-teilig	Dekor 6850 12,74 Dekor 6851 14,95 Dekor 6853 24,05 Dekor 6852 26,89	19,50 22,50 36,50 41,—	12,19 14,30 23,— 25,72	18,55 21,75 35,— 38,—
2. Porzellanwerk Freiberg (Sachsen)					
a) Speiseservice, 23-teilig	Form 0220 0232	Dekor: Streuer Jugend Rotstern Herbst Ahorn Gold	34,12 43,78 43,78 65,66 72,96	52,— 66,50 66,50 100,— 111,—	31,06 39,88 39,88 59,87 66,52
b) Kaffeeservice, 15-teilig	Form 1058	Dekor: Streuer Jugend Rotstern Herbst Ahorn Gold Clivia Tosca Regina	14,74 18,88 21,35 38,13 42,70 — — —	22,50 28,50 32,50 58,— 65,— — — 57,95	14,74 18,88 21,35 38,13 42,70 28,98 41,18 62,50 88,—
	Form 260 263	Dekor: Sylvia	59,96	91,—	57,35 87,—
c) Teeservice, 15-teilig	Form 011/016	Dekor: China Farbe China Fond	41,62 79,60	63,50 121,—	41,62 79,60 121,—
d) Dejeuner, 7-teilig	Form 30 35	Dekor: Streuer Jugend Rotstern Herbst Ahorn Gold	7,06 9,05 10,62 14,87 19,82	10,50 14,— 16,— 22,50 30,—	7,06 9,05 10,62 14,87 19,82 10,50 16,— 22,50 30,—

Artikel		HAP alt DM	VEP alt DM	HAP neu DM	VEP neu DM
e) Mekkaservice, Stellig	Form 850/854				
Dekor: Fritzi	19,59	30,—	19,59	30,—	
Gitta	41,14	62,50	41,14	62,50	
	Form 950/954				
Dekor: China Fond schwarz	—	—	48,18	79,—	
China Fond gelb	—	—	44,31	67,50	
Drachen	—	—	36,06	59,—	
Trumpf	—	—	62,32	94,50	
Iris	—	—	36,39	58,50	
Karin	20,—	30,50	20,—	30,50	
Rotstern	—	—	18,88	27,50	
Jugend	—	—	18,05	24,50	
Streuer	—	—	—	—	
d) Kaffeekanne	Form 10				
Dekor: Streuer	3,82	5,80	3,82	5,80	
Jugend	4,90	7,45	4,90	7,45	
	Form 30				
Dekor: Streuer	2,80	4,25	2,80	4,25	
Jugend	3,59	5,45	3,59	5,45	
	Form 40				
Dekor: Streuer	1,94	2,95	1,94	2,95	
Jugend	2,48	3,75	2,48	3,75	
	Form 50				
Dekor: Streuer	1,29	1,95	1,29	1,95	
Jugend	1,66	2,50	1,66	2,50	
e) Teekanne	Form 016				
Dekor: Streuer	4,30	6,55	4,30	6,55	
Jugend	5,52	8,40	5,52	8,40	
Rotstern	6,44	9,80	6,44	9,80	
Herbst	11,50	17,50	11,50	17,50	
Ahorn Gold	12,88	19,50	12,88	19,50	
	Form 36				
Dekor: Streuer	2,84	4,30	2,84	4,30	
Jugend	3,65	5,55	3,65	5,55	
	Form 46				
Dekor: Streuer	1,84	2,80	1,84	2,80	
Jugend	2,35	3,55	2,35	3,55	
h) Kaffebecher	Form 111				
Dekor: Streuer	0,44	0,67	0,44	0,63	
	Form 113				
Dekor: Bild	0,39	0,59	0,39	0,60	
d) Garnituren	Form 260 262				
Dekor: Streuer	6,84	10,50	6,84	10,50	
Jugend	9,44	14,50	9,44	14,50	
Rotstern	9,25	14,—	9,25	14,—	
Goldfuß	15,43	23,50	15,43	23,50	
j) Sammeltassen, Stellig	Form 263 265				
Dekor: Streuer	1,52	2,30	1,52	2,30	
Wurzen	2,52	3,85	2,52	3,85	
Riesa	2,73	4,15	2,73	4,15	
Zeitz	4,21	6,40	4,21	6,40	
Dresden	5,43	8,25	5,43	8,25	
Erfurt	5,65	8,60	5,65	8,60	
Klew	6,04	9,20	6,04	9,20	
China Gold	7,47	11,50	7,47	11,50	
Berlin	7,53	11,50	7,53	11,50	
Paris	8,35	12,70	8,35	12,70	
Freiberg	10,38	16,—	10,38	16,—	
China Gold mit Stempelkante	11,25	17,—	11,25	17,—	
Sparta	8,—	12,—	8,—	12,—	
Grünberg	4,86	7,40	4,86	7,40	
Grünau	5,58	8,50	5,58	8,50	

Artikel	Stück	MAP AR DM	VEB AR DM	MAP AR DM
2. Mokkastassen, 2-teilig	Form 810/811			
Dekor: Streuer	1,85	2,50	1,85	2,50
Fond	3,55	5,40	3,55	5,40
Dekor: Fond mit Stempel	Form 830/831	4,09	6,20	4,09
Dekor: Teilstempel	Form 853/854	3,15	4,80	3,15
3. Filterkanne „Holm“	Form 970			
Dekor: Streuer	5,21	7,90	5,21	7,90
Jugend	5,49	8,35	5,49	8,35
staffiert gg	6,75	10,50	6,75	10,50
staffiert mg	8,01	12,—	8,01	12,—
Fond	7,18	11,—	7,18	11,—
Dekor: Streuer	Form 980	6,45	9,80	6,45
Jugend	6,76	10,50	6,76	10,50
staffiert gg	8,07	12,50	8,07	12,50
staffiert mg	9,61	14,50	9,61	14,50
Fond	8,64	13,—	8,64	13,—
3. VEB Thüringer Porzellanwerk Gehren				
Mokkärservice Ria	Nr. 11134 I	21,01	35,50	17,89
	12150 I	21,99	37,16	18,74
	13149 I	15,98	27,67	13,60
	15151 I	25,—	42,25	21,30
	1168 IV	9,37	14,90	7,98
	1168 FW	7,69	12,23	6,57
Gedeck Ruth	Nr. 32096 I	8,18	13,—	6,97
	37154 I	9,15	15,46	7,80
	15076 IV	4,16	6,71	3,55
	3070/1/IV	2,17	3,45	1,85
	3071/ FW	1,85	2,94	1,58
Gedeck Rita	Nr. 26164 I	7,01	11,85	5,97
	29145 I	7,60	12,84	6,47
	29146 I	7,60	12,08	6,47
	31144 I	7,99	12,70	6,81
	15076 IV	4,16	6,61	3,55
	3070/1 IV	2,17	3,45	1,85
	3070 FW	1,85	2,94	1,58
4. VEB Porzellanwerk Triptis				
Dekor 5677 Kastanie/IV/Klasse 3				
Dekor 5568 Lasurband mit Streuer				
Kanne 2 1/4 1,60 Liter	3,37	5,39	3,53	5,63
Dose 2 0,35 Liter	1,45	2,32	1,32	2,45
Gießer 2 0,35 Liter	1,01	1,62	1,06	1,70
Tassen 2 0,20 Liter	1,05	1,68	1,09	1,75
Teller 19 cm	0,62	0,99	0,65	1,05
Teekanne 1 1,30 Liter	4,12	6,59	4,32	6,90
Kanne 3 0,90 Liter	2,44	3,90	2,55	4,10
Dose 3 0,20 Liter	1,—	1,60	1,05	1,70
Gießer 2 1/2 0,30 Liter	0,66	1,06	0,75	1,20
Dejeuners 7-teilig	7,50	12,—	7,83	12,55
Kaffeeservice 15-teilig 6/6	15,85	25,36	16,55	26,50
Kaffeeservice 27-teilig	—	—	—	—
Tafelservice 23-teilig	36,72	58,75	38,80	61,75
Tafelservice 45-teilig	68,77	110,03	72,31	115,70
Dekor 5575 Haferrispe blau				
Klasse 2 Haferrispe purpur				
Kanne 2 1/4 1,60 Liter	3,65	5,84	3,83	6,15
Dose 2 0,35 Liter	1,57	2,31	1,66	2,65
Gießer 2 0,35 Liter	1,09	1,74	1,15	1,85
Tassen 2 0,20 Liter	1,15	1,84	1,20	1,90
Teller 19 cm	0,68	1,09	0,71	1,15
Teekanne 1 1,30 Liter	4,47	7,15	4,69	7,50
Kanne 3 0,90 Liter	2,65	4,24	2,77	4,45
Dose 3 0,20 Liter	1,08	1,73	1,14	1,80
Gießer 2 1/2 0,30 Liter	0,74	1,18	0,82	1,30
Dejeuners 7-teilig	8,17	13,07	8,55	13,70
Kaffeeservice 15-teilig 6/6	17,29	27,66	18,10	28,85
Kaffeeservice 27-teilig	28,27	45,23	29,56	47,30
Tafelservice 23-teilig	39,92	63,87	41,88	67,—
Tafelservice 45-teilig	74,79	119,68	78,47	125,35

Artikel	HAP alt DM	VEP alt DM	HAP neu DM	VEP neu DM
Dekor 5677 Kastanie				
Dekor 5566 blaue Kante/Regulär/Klasse 3				
Kanne 2 1/4	1,60 Liter	3,96	6,34	4,15
Dose 2	0,35 Liter	1,71	2,74	1,79
Gießer 2	0,35 Liter	1,19	1,90	1,25
Tassen 2	0,20 Liter	1,24	1,98	1,28
Teller	19 cm	0,73	1,17	0,77
Teekanne 1	1,30 Liter	4,85	7,76	5,08
Kanne 3	0,90 Liter	2,87	4,59	3,—
Dose 3	0,20 Liter	1,18	1,89	1,24
Gießer 2 1/2	0,30 Liter	0,81	1,30	0,88
Dejeuners	7teilig	8,84	14,14	9,22
Kaffeeservice	15teilig 6/6	18,68	29,89	19,49
Kaffeeservice	27teilig	30,50	48,80	31,79
Tafelservice	23teilig	43,28	69,25	45,38
Tafelservice	45teilig	81,07	129,71	85,03
				130,—
Dekor 5609 Lasurband mit Stempelkante/Klasse 15				
Kanne 2 1/4	1,60 Liter	7,60	12,92	7,98
Dose 2	0,35 Liter	3,28	5,58	3,45
Gießer 2	0,35 Liter	2,28	3,88	2,40
Tassen 2	0,20 Liter	2,18	3,71	2,28
Teller	19 cm	1,43	2,43	1,48
Teekanne 1	1,30 Liter	9,33	15,86	9,78
Kanne 3	0,90 Liter	6,10	10,37	5,78
Dose 3	0,20 Liter	2,25	3,83	2,38
Gießer 2 1/2	0,30 Liter	1,63	2,77	1,70
Dejeuners	7teilig	16,60	28,22	17,38
Kaffeeservice	15teilig 6/6	34,79	59,14	36,39
Kaffeeservice	27teilig	56,39	95,86	58,95
Tafelservice	23teilig	83,23	141,49	87,13
Tafelservice	45teilig	155,97	265,15	163,24
				277,50

PREISDIENST

Berlin, den 27. Februar 1957

— 3660 —

Preisdienst Kosmetik und Haushaltchemie

Nachstehend aufgeführte Preisbewilligungen wurden in den Monaten Januar und Februar 1957 erteilt und werden hiermit als verbindlich bekanntgegeben:

Schle. Nr.	Nr. d. Pb	Warenart	Hersteller	ME	IAP DM	GHS DM	GAP DM	EHS DM	EVP DM
8115	I/VIII/57 5	Kosmetik-Geschenkpackung 1 Stück L-Seife „Meißen“ 150 g. 1 Fl. „Meißen“ Lavendel, 50 ml	VEB Rosodont, Waldheim Sa.	Pkg.	6,65	0,62	7,27	1,53	8,80
8115	-	Kosmetik-Geschenkpackung 2 Stück L-Seife „Meißen“ à 150 g. 1 Fl. „Meißen“ Lavendel, 100 ml	VEB Rosodont, Waldheim Sa.	Pkg.	11,32	1,07	12,39	2,61	15,—
8139	-	Nagellack, perlmutt, in Faltenschachtel, 15 ccm	VEB Rosodont, Waldheim Sa.	Fl.	1,22	0,20	1,42	0,48	1,90
8111	I/VIII/57 2	Elfenbein-Feinsseife (S) 100 g	VEB Fettchemie, Karl-Marx-Stadt	Stck.	0,78	0,066	0,826	0,174	1,—
8242	I VIII 57 3	Wittol-Hartwachs mit Balsam und Terpentinöl	VEB Wittol, Wittenberg	DIN I DIN II kg	0,943 1,704 1,993	0,131 0,237 0,278	1,074 1,941 2,271	0,226 0,409 0,479	1,30 2,35 2,75
8241	-	Wittol-Möbelglanz, 100 ml	VEB Wittol, Wittenberg	FL	0,54	0,08	0,62	0,13	0,75
8111	I/VIII/57 4	Kindersseife in Cellophan, 100 g	VEB Oderna, Frankfurt/O.	Stck.	0,735	0,071	0,826	0,174	1,—
8111	-	Geschenkpackung 3 Stück S-Seife „Für die Dame“, „Für den Herrn“	VEB Oderna, Frankfurt/O.	Pkg.	2,50	0,143	2,843	0,557	3,20
8115	I/VIII/57 1	Kombinierte Klarsicht Geschenkpackung 1 Stück „Diplom“ S-Seife 100 g. 1 Fl. „Opernball“ 10 ml	VEB Patina, Halle	Pkg.	6,04	0,37	6,61	1,39	8,—
8115	-	Kombinierte Klarsicht Geschenkpackung 2 Stück „Diplom“-Seife à 100 g. 1 Fl. „Opernball“ 15 ml in geschliffenen Flakons	VEB Patina, Halle	Pkg.	12,46	1,17	13,63	2,87	16,50
8133	I/VIII/57 6	Puder in Polystrohdose 55 g	VEB (K) Gerdeen, Schildow	Dose	1,78	0,28	2,06	0,69	2,75
8133	I/VIII/57 7	„Silipat“-Sonnencreme mit Silikan in Aerosolzersetzerflasche 95 ml	VEB Patina, Halle	Fl.	3,38	0,52	3,90	1,30	5,20
8132	-	„Eis-Eau de Cologne“ in Aerosolzersetzerflasche 95 ml	VEB Patina, Halle	Fl.	4,86	0,76	5,62	1,88	7,50

Schl.-Nr.	Nr. d. Pb	Warenart	Hersteller	ME	IAP DM	GHS DM	GAP DM	EHS DM	EVP DM
8132	I/VIII/57/7	"Juchten-Eau de Cologne" in Aerosolzerstäuberflasche 95 ml	VEB Patina, Halle	Fl.	5,19	0,81	6,—	2,—	8,—
8131	I/VIII/57/8	Herrenparfüm „Hobby“, Etui aus Pappe, 10 ml	VEB Decenta	Fl.	4,38	0,68	5,08	1,69	6,75
8259	I/VIII/57/10	Mottengirlande	VEB Globus-Werk	Stck.	0,83	0,08	0,91	0,19	1,10
8259	-	Gamma-Globol-Spray (flüssiges Globol) in Aerosolflasche	VEB Globus-Werk	Fl.	2,64	0,25	2,89	0,61	3,50
8133	I/VIII/57/12	Trocken-Shampoo in Streudose 45 g	VEB Friseurchemie, Rothenkirchen	Dose	1,43	0,22	1,65	0,55	2,20
8133	-	Shampoo-Creme in Kunststofftube	VEB Friseurchemie, Rothenkirchen	Tube	0,81	0,13	0,94	0,31	1,25

— 3660 — Berlin, den 26. Februar 1957
Ergänzung zur „Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umweltbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden“

— Verfg. u. Mittig. Heft 32 56 S. 315 —
In der Anlage „Preisanordnung“ zur o. a. Anweisung sind folgende Ergänzungen aufzunehmen:

Preisanordnung

über	PAO Nr.	GBI. I 1956 S	Sonderdruck d. GBI. Nr.
Technische Keramik	666	—	195 a
Technische Federn	679	—	210
Papier und Karton	681	—	215
Verpackungskarton und Pappe	682	—	216
Viehfutterdämpfer	701	1343	—
Technische Rohren	626 1	—	P 6
Empfänger-Rohren	516 1	—	P 5
Schrauben und Muttern	712	—	217
Walzläger, Walzlägerkarzne, Walzkörper und Käinge	713	—	219
Widerstände	716	—	P 2
Steuer-, Getriebe-, Kraftstoff-, Fahrrad- und Rollenketten einschließlich Zulieferteile	710	—	P 1
Behälter aus Stahlblech	636	1224	—
Beleuchtungsglas	693	—	214
Wirtschaftsglas, eingeschl.	699	—	222
Wirtschaftsglas, mundgeblasen und veredelt	715	—	230

über	PAO Nr.	GBI. I 1956 S	Sonderdruck d. GBI. Nr.
Anderungen			
Position „Elektromotoren“			
falsch			
richtig			
Position „Nadeln“			
falsch			
richtig			
— Verfg. u. Mittig.			
Min. f. H. u. V.			Heft 10/57 —

über	PAO Nr.	GBI. I 1956 S	Sonderdruck d. GBI. Nr.
— 3665 —			
Berlin, den 17. Februar 1957			
Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. IV/56 (Verfg. u. Mittig. Nr. 15 56 S. 161)			
Festlegung der Einzelhandelsbetriebe mit Großhandelsfunktion beim Direktgeschäft			
Die Nomenklatur der in dieser Preisbewilligung genannten Betriebe erweitert sich um:			
B. das Versandhaus Leipzig.			
Zu den unter der lfd. Nr. 5 dieser Preisbewilligung genannten Kreisverbanden der Konsumgenossenschaften gehören auch solche Stadtverbande, die den Charakter von Kreisverbanden besitzen (Belieferung aller Genossenschaften des Kreises bzw. Stadtkreises).			
In Zweifelsfällen entscheiden die Räte der Bezirke.			
Die Bestimmungen dieses Nachtrages treten im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, HA Staats-einnahmen, mit dem 1. März 1957 in Kraft. Soweit bis zum 28. Februar 1957 bereits danach verfahren wurde, bleibt es dabei.			
— Verfg. u. Mittig.			
Min. f. H. u. V.			Heft 10/57 —

MITTEILUNGEN

Berlin, den 25. Februar 1957

— 4620 —
Information
über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse

Nachstehend veröffentlichten wir eine Anweisung des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf für die Ausgliederung des Arbeitsgebietes Gemüse und Obst von den VVEAB und VEAB.

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Anweisung
für die Ausgliederung des Arbeitsgebietes Gemüse und Obst von den VVEAB und VEAB

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1957 wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Versorgung zur Durchführung des Beschlusses des Präsidiums des

Ministerrates vom 21. Dezember 1956 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Gemüse, Obst und Wildfrüchten dieses Arbeitsgebiet von den VVEAB und VEAB ausgliedert. In dieser Zeit beenden die VEAB ihre Tätigkeit in der Erfassung, dem Aufkauf und der Warenbewegung von Gemüse, Obst und Wildfrüchten und übergeben diese Aufgaben an die zu bildenden Spezialhandelsbetriebe bzw. an die Niederlassungen des Großhandelskontors für Lebensmittel. Der genaue Zeitpunkt der Übergabe wird zwischen den VVEAB, den VEAB und den Spezialhandelsbetrieben sowie Niederlassungen des Großhandelskontors für Lebensmittel im Einvernehmen mit dem zuständigen Rat des Bezirkes festgesetzt. Zur Überleitung der Aufgaben wird folgendes angewiesen:

1. Herauslösung der Planteile: Finanzierung, Umlaufmittel, Kosten, Investitionen, Arbeitskräfte
Die VEAB planen nur die Aufgaben für das I. Quartal 1957. Die Aufgaben im II. bis IV. Quartal 1957 sind von den Spezialhandelsbetrieben bzw. Branchenbereichen für Gemüse und Obst auf der Grundlage der Erfassungs- und Aufkaufpläne und der Liefer- und Empfangspläne zu planen.

Der Anteil Umlaufmittel für Gemüse und Obst (Handelswarenbestände und Hilfsmaterial) wird von den VEAB ebenfalls nur für das I. Quartal 1957 geplant. Die in dem Plan des Jahres 1957 bei den VEAB enthaltenen Investitionen und Generalreparaturen sind von den Spezialhandelsbetrieben bzw. Branchenbereichen für Gemüse und Obst zu übernehmen.

2. Grundmittel

Anlagen (Gebäude, Ausstattungen usw.), die von den VEAB für die Durchführung der Tätigkeiten auf dem Sektor Gemüse und Obst genutzt wurden, sind dem neuen Organ zu übergeben.

Die Anlagen sind aus dem Anlagevermögen der VEAB zum Zeitpunkt der Übergabe herauszulösen und umzusetzen, soweit sie ausschließlich für Gemüse und Obst genutzt wurden. In den Fällen, in denen sich Anlagen nicht aus dem Anlagenkomplex herauslösen lassen, bzw. in den Fällen, in denen Anlagen für Gemüse und Obst nur teilgenutzt wurden, sind mit dem neuen Organ Nutzungsverträge abzuschließen. Bei Anlagen, die für Gemüse und Obst auf der Grundlage von Nutzungs- oder Mietverträgen eingesetzt waren, werden diese Verträge dem neuen Organ übertragen.

3. Warenbestände

Die VEAB verkaufen die von ihnen im I. Quartal 1957 gelagerten und noch erfaßten und aufgekauften Mengen im Rahmen der abgeschlossenen Kauf- und Lieferverträge des I. Quartals 1957.

4. Verpackungsmaterial

Das Verpackungsmaterial für Gemüse und Obst ist mit dem Zeitwert und in Effektivmengen zu verkaufen. Wird zwischen den einzelnen Partnern keine Einigung über den Zeitwert erzielt, entscheiden die Abteilungsleiter für Erfassung und Aufkauf und Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes in Verbindung mit den Leitern der VVEAB.

Das neue Organ übernimmt weiterhin Saldenbestätigungen über das im Umlauf befindliche Leergut und tritt in die Leergutbeschaffungsverträge ein. Außerdem ist erforderlich bei der Übergabe des Verpackungsmaterials eine Inventur vorzunehmen.

Alle sonstigen zur Übergabe vorgesehenen Inventarisierten Materialien sind mit dem Zeitwert dem neuen Organ zu verkaufen. Die Erlöse hieraus sind im Finanzbericht beverrechnet. Alle für Gemüse und Obst genutzten, sondern abzurechnen. Alle für Gemüse und Obst genutzten, inventarisierten Materialien, die bereits in vorausseien Wirtschaftsjahren zu Lasten der Kosten gebucht wurden und sich noch in Nutzung befinden, sind kostenlos zu übergeben. Alle Materialien, die noch ungenutzt in den Hilfsmateriallagern liegen und noch nicht zu Lasten der Kosten gebucht wurden, sind zum Aufkaufwert zu berechnen. Sämtliche am 31. März 1957 noch bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Lieferungen (Gemüse und Obst) werden vom VEAB abgewickelt, da das neue Organ nicht Rechtsnachfolger ist.

5. Arbeitskräfte

a) Die in den VVEAB und VEAB beschäftigten Arbeitskräfte, laut Struktur- und Stellenplan sowie Arbeitskräfteplan, die speziell für die Durchführung der Erfassung, des Aufkaufs, der Lagerung und der Warenbewegung von Gemüse und Obst eingesetzt wurden, sind dem neuen Organ zur Verfügung zu stellen.

Kommen VEAB durch die Herauslösung des Planteiles Gemüse und Obst in eine Großengruppe, die unter der Bishierigen liegt, und wird damit ein anderer Typenplan verbindlich, so sind die frei werdenden Planteile — auch der Querschnittsabteilungen — dem neuen Organ zu übertragen.

b) Die in den VVEAB und VEAB bei Gemüse und Obst beschäftigten Mitarbeiter werden von den Abteilungsleitern für Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke bzw. von dem neuen Organ weitgehend zur Durchführung der Aufgaben übernommen. Diesen Mitarbeitern ist von dem neuen Organ schriftlich mitzuteilen, daß die Bedingungen des Arbeitsrechtsverhältnisses durch die Übernahme nicht berührt werden. Die Leiter der VVEAB bzw. die Betriebsleiter der VEAB haben mit den Mitarbeitern Aussprachen zu führen und sie für die Wahrnehmung der Aufgaben bei dem neu gebildeten Organ zu gewinnen. Zu diesen Aussprachen sind Vertreter des neuen Organes hinzuzuziehen. Bei Streitigkeiten entscheiden die Abteilungsleiter Erfassung

und Aufkauf und Handel und Versorgung der Räte der Bezirke. Bei diesen Aussprachen sind die Zenghäuser über Spezialkenntnisse bei Obst und Gemüse, die dem Mitarbeitern der VVEAB und VEAB anlässlich der wöchentlichen Arbeitsseminare in der Zeit vom 5. November bis 15. Dezember 1956 bei Nachweis der entsprechenden Qualifikation ausgehändigt wurden, mitzugrunde zu legen. Es ist ferner in diesen Aussprachen anzustreben, daß qualifizierte Mitarbeiter auf dem Gebiete Gemüse und Obst von den VVEAB und VEAB nicht zurückgehalten und in andere Funktionen eingesetzt werden.

c) Die in den Stellenplänen der VVEAB und VEAB enthaltenen Planstellen für das Aufgabengebiet Gemüse und Obst sind zum Zeitpunkt der Übergabe zu streichen. Die Leiter der VVEAB und VEAB haben zu sichern, daß den Abteilungen Handel und Versorgung bzw. den Leitern des neuen Organes für Gemüse und Obst die Kaderakten die in Frage kommenden Mitarbeiter rechtzeitig übergeben werden.

Die VEAB reichen eine Zusammenstellung an die VVEAB ein, auf der die gestrichenen Planstellen laut Struktur- und Stellenplan mit Mittelberechnung aufzuführen sind. Diese Zusammenstellung muß folgende Angaben enthalten:

Bezeichnung Gehalts- der Stelle	Gehaltsgruppe	Gehaltssumme 7% Spann- v. 1.4.-31.12. DM	gehalt
------------------------------------	---------------	---	--------

Jahresmittel insgesamt

d) Die VVEAB haben die eingereichten Unterlagen zu überprüfen, zu bestätigen und dem Staatssekretariat eine kreisweise Zusammenstellung einzurichten.

6. Verbesserungsvorschläge

Zur Verbesserung der Arbeitsorganisation sind vorliegende Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet Gemüse und Obst dem neu gebildeten Organ mit einem Bericht über den Realisierungsstand zu übergeben.

7. Überleitung der abgeschlossenen Verträge mit den Erzeugern — Kauf- und Lieferverträge und Warenbewegungen ab 1. Januar 1957

Die von den VEAB abgeschlossenen Aufkauf- und Liefervereinbarungen mit den Erzeugern sind dem neuen Organ vollständig zu übergeben.

Kauf- und Lieferverträge für das II. Quartal 1957 mit den Warenempfängern, unterteilt nach Handel, Industrie und Sonderbedarfsträgern, werden ebenfalls dem neuen Organ übertragen.

Das neue Organ tritt in vollem Umfange in die Verträge des II. Quartals 1957, besonders auch hinsichtlich der vertragsschriftlichen Seite, ein. Die Warenbewegungspläne für das II. Quartal 1957 sind vom Zeitpunkt der Übernahme verbindliche Arbeitsgrundlage für das neue Organ.

8. Überleitung der vertragsgebundenen Ortserfassungsstellen

Die vertragsgebundenen Ortserfassungsstellen, die durch Provision vergütet werden, werden von dem neuen Organ übernommen. Die bei den VEAB befindlichen Verträge sind zu übergeben. Diese Ortserfassungsstellen sind entsprechend zu verstehen.

9. Vertragsverhältnis des neuen Organs zu den VEAB in Ausnahmefällen

In besonderen Ausnahmefällen können die Direktoren des neuen Organs mit den Leitern der VEAB über ein Vertragsverhältnis des VEAB zu dem neuen Organ für bestimmte Erfassungs- und Aufkauftätigkeiten gegen Vergütung Vereinbarungen treffen.

10. Vorbereitende Maßnahmen

Die VEAB übergeben den Direktoren des neuen Organs zur Information folgende Unterlagen:

a) Eine Übersicht über die Arbeitskräfte, die speziell für die Erfassungs- und Aufkauftätigkeit von Gemüse und Obst eingesetzt sind, einschl. der in der Saison notwendigen Aushilfskräfte.

b) Übersichten über das Netz der Ortssammelstellen und Erfassungsstellen, unterteilt nach solchen, die speziell auf dem Gebiet Gemüse und Obst arbeiten und nach solchen, die Gemüse und Obst neben den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen erfassen und aufkaufen. Aus der Übersicht muß weiterhin zu ersehen sein,

• welche Ortsamtsstellen und Erfassungsstellen sich in eigener Regie der VEAB befinden und welche ihre Tätigkeit bisher auf Provisionsbasis durchgeführt haben.

• Die Einzelheiten der für die Übergabe festgelegten Maßnahmen werden zwischen den beiden Partnern in einem Protokoll festgehalten, das dem Rat des Bezirkes, Abteilung Handel und Versorgung, Abteilung Erfassung und Aufkauf und Abteilung Finanzen, zuzustellen ist. Der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank und der VEAB sind ebenfalls Exemplare des Protokolls zu übersenden. Beide Partner sind dafür verantwortlich, daß die in dem Protokoll festgelegten Maßnahmen, Termine usw. eingehalten werden und daß keine Stockungen in der Durchführung der Aufgaben eintreten.

11. Übergabe des Empfangs- und Platzgroßhandels

Die VEAB, die bisher den Empfangs- und Platzgroßhandel mit Gemüse und Obst durchführen, haben diese Aufgabe mit allen Plantellen, Katern, Grundmitteln und Inventar an die neuen Organe zu übergeben. Dabei sind die unter Ziffer 1 bis 5 festgelegten Überleitungsprinzipien sinngemäß anzuwenden.

12. Planabrechnung über die Erfassung und den Aufkauf von Gemüse, Obst und Wildfrüchten

Für die Planabrechnung und das Meldewesen wird durch das Ministerium für Handel und Versorgung eine besondere Anweisung veröffentlicht.

13. Direktorfonds

Hierüber erfolgt noch eine besondere Anweisung.

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
gez. Streit
Staatssekretär

— Verf. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 10/57

Berlin, den 23. Februar 1957
Fachkontrollrahmen
des volkseigenen Großhandels 1957

Auf Grund einiger Anfragen wird eine Anweisung zur Veröffentlichung der Handelswirtschaftlichen Richtlinie zur Herausgabe der Erläuterungen zum Fachkontrollrahmen abgesehen wird. Bis dahin können die Richtlinien zum Kontrollrahmen (veröffentlicht im „Handelswirtschaftlichen Deutschen Finanzwirtschaft“) zugrunde gelegt werden. Nachstehende Änderungen, die in der Handelswirtschaftlichen Richtlinie enthalten sind, bitten wir zu berücksichtigen:

1. Die Kosten für die Ausgangsverpackung sind nicht im Konto 321, sondern im Konto 329 abzurechnen. Sie gehen als „Abteilungskosten in die Abteilung Warenversand des Lagers ein.“
2. Die Kosten für die Warentransportversicherung sind nicht im Konto 321, sondern im Konto 359 abzurechnen. Sie gehen als Bereichskosten in den Bereich fremder Warentransport ein. Das Konto 321 = Warenversandkosten = nimmt demnach nur noch Kosten für die Benutzung fremder Transportmittel auf, und zwar:
 - a) für die Belieferung der Käufer mit Handelswaren,
 - b) für die Rücksendung des betriebeigenen Leergutes durch die Käufer an den Handelsbetrieb.
3. Auf dem Konto 329 werden auch die Gebühren für den Konsumgütertausch gebucht, die in der Ein- und Verkaufsstellung abgerechnet werden.
4. Anteilige Zinsen für Investitionskredite sind im Konto 391 zu erfassen und in den betreffenden Abteilungen abzurechnen.
5. Anfallende Zinsen für Überbrückungskredite für Generalreparaturen sind nicht im Konto 390, sondern im Konto 391 zu erfassen. Sie werden im Bereich allgemeine Betriebskosten abgerechnet.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 10/57 —

Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle

— 1340 —

Berlin, den 23. Februar 1957

Zwangseinziehungsverfahren (Zwangabbuchung)

Bei der Vertragsschiedsstelle liegen Anträge auf Einleitung des Zwangseinziehungsverfahrens durch die Vertragsschiedsstelle vor, deren Bearbeitung sich verzögert, weil den Anträgen nicht die erforderlichen Unterlagen beigefügt wurden oder weil sie nicht die erforderlichen Angaben enthalten.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Betriebe folgende Unterlagen ihren Anträgen auf Zwangseinziehung von Forderungen beizufügen haben:

- a) eine Abschrift der Entscheidung oder Einigung in doppelter Ausfertigung.

Die Übersendung von Abschriften rechtskräftiger Leistungsaufforderungen ist nicht erforderlich;

- b) in jedem Falle (auch bei Anträgen aus rechtskräftigen Leistungsaufforderungen) das Formblatt E 425a (Zwangseinziehungsauflage) der Deutschen Notenbank, (ist von den Niederlassungen der Deutschen Notenbank zu beziehen), ausgefüllt und ohne Unterschrift.

Alle Betriebe, die bereits Anträge auf Zwangseinziehung gestellt haben, denen jedoch noch keine Gutschriftsanzeige erteilt wurde, haben ihre Anträge mit den o. g. Unterlagen zu ergänzen.

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 10/57 —

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

1. Durchführungsbestimmung zur Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und für den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum) vom 1. Oktober 1956 77
- Nr. 29/57 77
- Nr. 21/57 — Behandlung von Haushaltsporzellan, für das eine neue Qualitätsstufung vorgenommen wurde 77
- II. Preisdienst
- Preisdienst Kosmetik und Haushaltchemie 81
- Ergänzung zur „Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volks-

eigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden“ 82

Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. IV/56 82

III. Mitteilungen

- Information über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse 82
- Fachkontrollrahmen des volkseigenen Großhandels 1957 84

IV. Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle

Zwangseinziehungsverfahren (Zwangabbuchung) 84

Diesem Heft liegt der Sonderdruck Nr. V 57 „Instruktion zur Anweisung Nr. 39/57 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben“ bei.

Berichterstatter: Deutsche DKB, Berlin, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (1) VEB Deutscher Postdruck, Berlin, (2) VEB Deutscher Verlag für Wissenschaften, Berlin — Postdruckkosten: 10,00 DM — Einheitspreis: 12,50 DM — Einzelpreise: 12,50 DM ohne 3,00 DM den Verlag zu beziehen — Verteilung: (1) VEB Verlag für Wissenschaften, Berlin — (2) VEB Deutscher Verlag für Wissenschaften, Berlin — Preisbindung-Nr. Ag 131/57 DDR — Druck: (1) VEB Neues Deutschland, Berlin

50X1-HUM

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

9.3.1957

Sonderdruck

Nr. V/57

Instruction

zur Anweisung Nr. 59/56

Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den
volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 30/56)

Instruktion
zur Anweisung Nr. 59/56
Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den
volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben
(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 30/56)

Zur Durchführung obengenannter Anweisung werden folgende Erläuterungen gegeben:

I. Mindestsortimente

1. Durch die Planmethodik, die bis zum Ende des Jahres 1956 galt, waren die HO-Betriebe verpflichtet, die im Warenbereitstellungsplan ausgewiesenen Warengruppen und Mengen in voller Höhe zu beziehen. Das hatte zur Folge, daß sich bei auftretenden Disproportionen zwischen dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung und den Zulieferungen aus der Produktion in den Verkaufsstellen Überplanbestände bildeten. Dadurch wurden die Umlaufmittel des Einzelhandels blockiert, was die Handeltätigkeit der Betriebe beeinträchtigte.

Zur Beseitigung dieser Mängel wurde für das Jahr 1957 eine neue Planmethodik eingeführt, nach der den HO-Betrieben mit Ausnahme für den Direktbezug von der Produktion kein Warenbereitstellungsplan übergeben wird. Damit entfällt die Verpflichtung des Einzelhandels, Waren vom Großhandel abzunehmen, für die er zur Zeit keinen Bedarf hat. Somit ist die Möglichkeit vorhanden, die Bildung von Überplanbeständen im Einzelhandel zu vermeiden. Disproportionen werden beim Großhandel abgefangen.

Durch den Warenbereitstellungsplan des Einzelhandels und die Pflicht, ihn in voller Höhe vertraglich zu binden, wurde bisher gesichert, daß der Einzelhandel die vorhandenen Sortimente der Bevölkerung angeboten hat. Auf Grund des Wegfalles des Warenbereitstellungsplanes für den Einzelhandel muß also durch eine neue bindende Vorschrift die Breite des Sortiments im staatlichen Einzelhandelsnetz gesichert werden. Das kann nur durch die Ausarbeitung der Mindestsortimente erreicht werden. Deshalb ist es notwendig, daß Groß- und Einzelhandelsbetriebe sehr sorgfältig an die Ausarbeitung der Mindestsortimente für jede Verkaufsstelle herangehen. Die Mindestsortimente haben der unterschiedlichen Aufgabenstellung der Verkaufsstellen und dem unterschiedlichen Bedarf ihres Kundenkreises zu entsprechen. Sie werden daher sehr unterschiedlich gestaltet sein.

2. Bei der Ausarbeitung des Mindestsortimentes einer Verkaufsstelle ist besonders der Grad der Spezialisierung dieser Verkaufsstelle und die Abstimmung ihres Sortimentes mit benachbarten Verkaufsstellen zu beachten. Damit soll die Ausarbeitung von Mindestsortimenten zur Koordinierung und Abstimmung des Verkaufsstellennetzes führen.

Die Spezialverkaufsstellen haben nicht nur die Aufgabe, der Bevölkerung ein breiteres Sortiment anzubieten, was sich bereits im Mindestsortiment ausdrücken muß, sondern sie haben auch die Aufgabe, der Bevölkerung ein ständiges Angebot ganz bestimmter Sortimente und Fabrikate zu sichern. Das Mindestsortiment ist außerdem ein Mittel, den Spezialverkaufsstellen auch die Spezialitäten ständig zu sichern.

In einem Spezial-Spirituosen- und Weingeschäft oder in einem Weinlokal sind z. B. die Spitzenweine namentlich in die Spalte „Artikelbezeichnung“ des Mindestsortimentes aufzunehmen:

Tokayer	
Blaustengler	
spezielle Mosel- und Rheinweine	a) weiß, b) rot,
sonstige Traubenweine, 15 Sorten	
Obst-, Beeren-, Kräuterweine, 10 Sorten.	

In einer Lebensmittelverkaufsstelle, die Weine als Nebensortiment führt, brauchen nur folgende Angaben gemacht zu werden:

Traubenweine a) weiß	4 Sorten
b) rot	3 Sorten
c) Dessert	2 Sorten
Obst-, Beeren-, Kräuterweine	8 Sorten.

Dadurch soll gesichert werden, daß der Großhandel die Spezialweine nur in die Verkaufsstellen und Gaststätten liefert, die sie im Sortiment aufgeführt haben.

Außerdem wird der Großhandel gezwungen, die Spitzenweine zur Durchführung einer kontinuierlichen Belieferung der Verkaufsstellen und Gaststätten zu lagern und nicht wie bisher bei Anfall in alle Verkaufsstellen zu streuen.

Die Leiter von Lebensmittelverkaufsstellen, die Weine als Nebensortiment führen, müssen erkennen, daß es nicht zu ihren Aufgaben gehört, Spitzenweine zu handeln, diese gehören in die Spezialverkaufsstellen.

Verkaufsstellen, die auf Grund ihrer räumlichen Beschränktheit nicht in der Lage sind, viele Sortimente vollständig zu führen, müssen sich auf ein kleineres, aber vollständiges Sortiment spezialisieren. Da eine Haushaltswarenverkaufsstelle zum Beispiel nicht das ganze Sortiment anbieten konnte, wurde eine zweite Haushaltswarenverkaufsstelle eröffnet. Diese beiden Verkaufsstellen stimmten sich nicht ab, so daß beide das gleiche und deshalb unvollständige Sortiment führten.

Der Wert des Mindestsortimentes besteht hier darin, daß das Sortiment beider Verkaufsstellen aufeinander abgestimmt wird.

3. Die Abstimmung von Verkaufsstellen soll auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft ihres Kundenkreises erfolgen. Es ist nicht erforderlich, daß jede Textilverkaufsstelle alle Materialarten eines Artikels, zum Beispiel Unterwäsche: Zellwolle, Baumwolle, Kunstseide, Perlon, Naturseide in ihr Mindestsortiment aufnimmt. Unter weiterer Berücksichtigung ihrer räumlichen Kapazität wird es für einige Verkaufsstellen notwendig sein, sich in ihrem Sortiment auf die Materialarten Zellwolle, Baumwolle, Kunstseide zu spezialisieren.

Verkaufsstellen, die in wichtigen Versorgungs- oder anderen günstigen Verkaufszentren liegen und räumlich dazu in der Lage sind, nehmen dafür alle Materialarten in ihr Sortiment auf, wobei die Materialarten Perlon, Naturseide vorrangig angeboten werden. Auch hierdurch wird erreicht, daß die Sortimente nicht zersplittet werden.

4. Wenn der Großhandel zur Zeit einen bestimmten Artikel aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht im Sortiment hat, dann ist er trotzdem in das Mindestsortiment der Verkaufsstelle aufzunehmen, wobei in der Spalte „nach Möglichkeit“ ein x eingesetzt wird. Ändert sich das Angebot durch ausreichende Bereitstellung des Artikels durch die Produktion, ist das x in die Spalte „ständig“ zu setzen.
5. Die Einzelhandelsbetriebe haben die Mindestsortimente ihrer Verkaufsstellen mit dem Großhandel getrennt pro Verkaufsstelle abzustimmen. Für die Abstimmung sind die Mindestsortimente der Verkaufsstelle nicht auf einer Gesamtliste zusammenzufassen, da sonst die Besonderheiten der einzelnen Verkaufsstellen untergehen würden.
6. In die Mindestsortimentsliste sind alle Erzeugnisse aufzunehmen, gleichgültig, ob sie zum zentralverteilten, gelenkten oder dezentralisierten Fonds gehören.
7. Die spezifischen Besonderheiten bei den Mindestsortimentslisten für Gaststätten (Vorführungen und Mitteilungen Nr. 157 S 4) sind unbedingt zu beachten.

II. Verkaufsstellenvertrag

1. Der Verkaufsstellenleiter kauft nach dem Mindestsortiment seiner Verkaufsstelle beim Großhandel ein und zwar mit der Zielsetzung, daß die Artikel und Sorten des Mindestsortimentes ständig in der Verkaufsstelle sind.
2. Der Einkauf erfolgt durch die Aufgabe von Bestellungen (mündlich oder schriftlich), wie sie der Verkaufsstellenleiter auch bisher schon immer aufgegeben hat. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß diese Bestellung und ihre Annahme nunmehr als Verkaufsstellenvertrag fungiert und nicht mehr die Konkretisierung des Sammelvertrages darstellt. Bestellt werden kann nur das, was in der Mindestsortimentsliste der Verkaufsstelle, die mit dem Großhandel abgestimmt ist, enthalten ist. Bestellungen, die über die mit dem Großhandel abgestimmten Mindestsortimentslisten hinausgehen bzw. nicht in der Mindestsortimentsliste erfaßt sind, bedürfen der besonderen Vereinbarung bei der Bestellung mit dem Großhandel. Fehlt beim Großhandel eine Ware, die nach dem mit der Einzelhandelsverkaufsstelle abgestimmten Mindestsortiment beim Großhandel vorrätig sein müßte, so muß der Großhandel Vertragsstrafe zahlen. Die Vertragsstrafenberechnung für Nichtabschluß des Verkaufsstellenvertrages kann sich nur auf die Positionen der Mindestsortimentslisten, die unter „ständig“ aufgeführt sind, beziehen.

Bestellt der Verkaufsstellenleiter eine Ware nicht, die im Mindestsortiment enthalten ist, obgleich sie nicht mehr in der Verkaufsstelle vorrätig ist, so hat der Einzelhandel an den Großhandel Vertragsstrafe zu zahlen.

(Diese Vertragsstrafenbestimmungen treten erst mit der Veröffentlichung der Anordnung im Gesetzblatt in Kraft.)

3. Damit die Verkaufsstellenleiter in dieser einfachen Weise einkaufen können, ist es erforderlich, daß zwischen Groß- und Einzelhandel von den Direktoren der Betriebe vereinbart wird:
 - a) die Festlegung der Einkaufstage und die Formen des Angebotes durch den Großhandel (Vertretereinsatz, Musterräume usw.);
 - b) der Touren- und Versandplan.
- Bei diesen Vereinbarungen können sich Groß- und Einzelhandel auf die bisher bestehenden Regelungen stützen.
4. Verkaufsstellenverträge können und sollen über alle Erzeugnisse, also auch über Erzeugnisse des zentralverteilten und gelenkten Fonds, abgeschlossen werden.
5. Sind die Mindestsortimente der Verkaufsstelle ständig mit Waren abgedeckt, so braucht der Einzelhandel nicht in Höhe des Warenbereitstellungsplanes für die z- und g-Fonds des Großhandels abzukaufen.
6. Der Einzelhandel kann vom Großhandel keine Vertragsabschlüsse über die Höhe des Warenbereitstellungsplanes der z- und g-Fonds des Großhandels hinaus verlangen.

7. Wenn der Einzelhandel eine Monats- oder Dekadenbindung für notwendig hält, um eine kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung zu sichern, so sollen die Partner (Direktoren) eine weitere Untergliederung des Warenbereitstellungsplans vereinbaren. Die Verkaufsstellenleiter haben ihre Bestellungen dann entsprechend den getroffenen Vereinbarungen aufzugeben. Dieses System ist dem Handel bereits aus der Dekadenbindung einiger Lebensmittel bekannt.
8. Da der Verkaufsstellenleiter den Bedarf seiner Verkaufsstelle von einer Auslieferung des Großhandels zur anderen einschätzen kann und die Menge entsprechend dem Bedarf selbst bestimmt, dürfen sich keine Überplanbestände im Einzelhandel bilden. Der Großhandel wird damit zum Lagerhalter des Einzelhandels. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Großhandel mehr als bisher die Tätigkeit des Einzelhandels durch fachliche Beratungen unterstützt. Außerdem wird der Großhandel zur Sicherung seines Umsatzplanes seine Bemühungen beim Einkauf bedarfsgerechter Sortimente von der Produktion verstärken.
9. Geht dem Verkaufsstellenleiter eine Ware, die er nach dem Mindestsortiment ständig vorrätig haben muß, vor der nächsten Anlieferung des Großhandels aus, so hat er diese Ware auch zwischenzeitlich zu bestellen und der Großhandel hat diese Ware zwischenzeitlich zu liefern.

III. Betriebsverträge

1. Betriebsverträge sollen nur in Sonderfällen abgeschlossen werden. Zum Beispiel, wenn der Einzelhandel vom Großhandel Waren einer bestimmten Sonderfertigung nach seinem Wunsch beziehen will und der Großhandel die Übernahme des Risikos ablehnt, oder bei Gaststätten für bestimmte Spezialitäten.
2. Im Mindestsortiment ist zur Mehrzahl der Artikel eine Sortenzahl anzugeben. Verschiedene Einzelhandelsbetriebe wollten diese Sorten im einzelnen durch Betriebsverträge festlegen. Das ist nicht der Sinn des Betriebsvertrages. Welche Sorten die HO-Betriebe im einzelnen zu beziehen wünschen, sollen sie dem Großhandel beratend durch ihre Bedarfssanalyse und durch die Unterstützung des Großhandels beim Einkauf bei der Produktion sagen.

Dieser Sonderdruck Nr. V/57 „Instruktionen zur Anweisung Nr. 59/57 — Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetrieben“ erscheint außerdem in erhöhter Auflage.

Er kann durch das Buchhaus Leipzig, Leipzig O 5, Täubchenweg 83, bezogen werden.

Die Betriebe werden gebeten, Sammelbestellungen nur an diese Adresse zu richten. Bestellungen unter 10 Stück können dabei nicht erledigt werden.

3. Da Betriebsverträge in der Regel über größere Warenmengen und für einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden, übernimmt der Einzelhandel das Risiko der Bedarfsgerechtigkeit der Menge und der Gestaltung der Ware.

Hat sich der Einzelhandel in dieser Hinsicht verschätzt, oder verändert sich der Bedarf, und der Einzelhandel nimmt die Ware deshalb nicht mehr ab, so hat er Vertragsstrafe wegen Nichtabnahme zu zahlen.

4. Für die Vertragsmenge gilt das unter Abschnitt II/5. und 6. Gesagte.

5. Nur wenn es im Betriebsvertrag ausdrücklich vereinbart ist, darf die Lieferung ohne Bestellung durch die Verkaufsstellenleiter erfolgen. In allen anderen Fällen hat der Großhandel die Waren den Verkaufsstellenleitern wie beim Abschluß von Verkaufsstellenverträgen zur Aufgabe von Bestellungen anzubieten. Es gelten dann also auch die unter II. Ziff. 3 genannten Vereinbarungen.

IV. Kommissionsverträge

1. Kommissionsverträge dürfen erst dann abgeschlossen werden, wenn die Mindestsortimente mit Verträgen gegen feste Rechnung warenmäßig abgedeckt sind.
2. Der Abschluß von Kommissionsverträgen liegt im Interesse beider Handelspartner:

Im Mindestsortiment einer Verkaufsstelle für Meterwaren befindet sich die Position Anzugstoff Kammgarn/Zellwolle in sechs Sorten. Der Großhandel verfügt über weitere Sorten des Artikels und ist daher interessiert, daß auch diese Sorten in den Verkauf gelangen. Der Einzelhandel hat die Möglichkeit, die Übernahme dieser Ware in Kommission zu fordern, wenn er sie nicht gegen feste Rechnung übernehmen will. Die zusätzliche Übernahme dieser Sorten in Kommission durch den Einzelhandel kann auch vom Großhandel gefordert werden.

Berlin, den 28. Februar 1957

Wach
Minister

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik. Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 11, Michaelkirchstraße 17. Telefon: 67 64 11. Postcheckkonto: 14 08 13 — Erscheinungswerte: wöchentlich — Bezug nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: vierteljährlich 3,25 DM — Einzelausgabe — 3,25 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigung-Nr. Ag 131.57 DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 16. März

№ 115

ANWEISUNGEN

— 555 —

Berlin, den 11. März 1957

Anweisung Nr. 22/57

Übernahme des Handels mit Luftpdruckwaffen und Munition

Auf Grund der Anordnung des Ministers des Innern vom 10. Februar 1957 (veröffentlicht im GBl. Nr. 18/57, Teil I) über die Herstellung, den Vertrieb, den Besitz und die Verwendung von Luftpdruckwaffen weise ich folgendes an:

1. Von den Räten der Kreise bzw. der Städte, Abteilung Handel und Versorgung, ist festzulegen, in welchen Fachverkaufsstellen der Handel mit Luftpdruckwaffen, Munition und Zubehör aufzunehmen ist:
Fachverkaufsstellen im Sinne dieser Anweisung sind:
Sportartikelfachgeschäfte oder Spezialverkaufsstellen für Sportartikel in den Warenhäusern, Spezialverkaufsstellen für Jagdbedarf, Geschäfte von Büchsenmachermeistern, soweit sie Einzelhandelsgenehmigung besitzen.
2. Die Belieferung des Einzelhandels mit Luftpdruckwaffen, Munition und Zubehör übernehmen die zuständigen Niederlassungen des GHK für Kulturwaren, entsprechend den gesondert zugestellten Mitteilungen.
3. Der Verbraucherendpreis (VEP) wird durch das Ministerium für Handel und Versorgung festgelegt, die Veröffentlichung erfolgt in den „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Handel und Versorgung.
4. Die Niederlassungen des GHK für Kulturwaren haben sich von den Leitern der festgelegten Fachverkaufsstellen bzw. -abteilungen die Bestätigung über die Kenntnis der in der Anordnung vom 10. Februar 1957 über die Herstellung, den Vertrieb, den Besitz und die Verwendung von Luftpdruckwaffen enthaltenen Vorschriften geben zu lassen. Das Exemplar des Gesetzesblattes, in dem die genannte Anordnung veröffentlicht ist, muss in jedem Fachgeschäft zur Rönsicht stehen.

5. Besonders weise ich auf die nachstehenden Bestimmungen der Anordnung hin, die im § 3, Absatz 1 und 2, festgelegt sind:

(1) Die auf Grund des § 2 zugelassenen Luftpdruckwaffen und die dazugehörige Munition dürfen nur von einschlägigen Handelsgeschäften verkauft werden. In diesen Handelsgeschäften ist ein Nachweisbuch über verkaufte Luftpdruckwaffen zu führen, in dem Name und Anschrift des Käufers sowie Nummer und Marke der Waffe einzutragen sind.

(2) Der Verkauf oder die sonstige Abgabe von Luftpdruckwaffen und der dazugehörigen Munition sind nur an Personen über 18 Jahren zulässig.

6. Reparaturen an Luftpdruckwaffen werden von den in der Anlage aufgeführten Vertragswerkstätten durchgeführt.

Wach
Minister

— Verf. u. Mitl. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

Anlage

Vertragswerkstätten für Luftpdruckwaffen

Ort und Anschrift	Name des Büchsenmachermeisters
Stralsund Mönchstraße 36	Braun, Fritz
Dahme/Mark Thälmannplatz 6	Freude, W.
Gardelegen Nicolaistraße 3	Weiß, Albert
Haldensleben Straße der DSF 9	Weidenborn, R.
Salzwedel Burgstraße 19	Bein, Wilhelm
Artern Harzstraße 57	Diebner, A.
Axstedt Hohe Straße 1	Müller, Friedrich
Halle/Saale C2 Richard-Wagner-Straße 60	Hunold, Hans Hermann
Köthen Haus der SED, 102a	Strübe, Paul

Ort und Anschrift	Name des Büchsenmachermeisters
Weimar Gärtnerstraße 8	Seelig, Alfred
Nordhausen Karl-Marx-Straße 20	Donnersberg, Heinz
Gera Bärenstraße 20	Dießner, Erich
Stedtbach-Hallenberg	Motz, Ernst
Zittau/Sa. Breitestraße 31	Herrmann, Fritz
Dresden N 23 Schützenhofstraße 38	Möhle, Fritz
Dresden A 28 Herkulesstraße 11	Kupfer, Gebr.
Bautzen Platz der Roten Armee 2	Specht, Bruno
Leipzig C 1 Nikolaistraße 59	Fleischer, Richard
Leipzig C 1 Klostergasse 5	Körner, K. Inh. Jos. Berger
Leipzig C 1 Reichastraße 8	Moritz Sohn, J. D., Inh. C. Moritz
Leipzig B 3 Karl-Liebknecht-Straße 118	Redmann, Arthur
Leipzig C 2 Wintergartenstraße 7	Kuntze, E.
Torgau Leipziger Straße 8	Thierbach, Rudolf
Zschopau/Sa. Lange Straße 9	Kreher, Paul
Karl-Marx-Stadt Brückenstraße 50	Moritz, Martin
Berlin N 4 Chausseestraße 1	Maulhardt, Karl
Berlin N 54 Wilhelm-Pieck-Straße 132	Sauer, Fritz
— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —	

— 1000 —

Berlin, den 12. März 1957

Anweisung Nr. 24/57

Kühlschränke im Teilzahlungsverfahren.
Um der Bevölkerung weiterhin die Möglichkeit zu geben, Kühlschränke aller Art im Teilzahlungsverfahren zu kaufen, wird angewiesen:

die Verkaufsbeschränkung für Kühlschränke bis 31. März 1957 aufzuheben.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

— 5303 —

Berlin, den 4. März 1957

Anweisung Nr. 25/57

Stellenzulagen für Leiter und stellvertretende Leiter von Betriebsschulen des staatlichen und genossenschaftlichen Handels

In der Richtlinie zur Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel (HO — Konsum) vom 15. Februar 1954 heißt es unter IV c) Vergütung der Lehrtätigkeit:

„Die Vergütung der Leiter der Betriebsschulen und der Lehrkräfte erfolgt nach der Verordnung über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte an den Fachschulen vom 22. Januar 1953, GBl. Nr. 14 S. 202, und der 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte an den Fachschulen vom 6. Februar 1953, GBl. Nr. 18, S. 263.

Die Einstufung der Leiter und Lehrkräfte der BS erfolgt nach der Anlage 1 der Verordnung Tabelle II bzw. IV, Gruppe 2 bzw. 4 entsprechend der vorhandenen Ausbildung nach Dienstalterstufe und Dienstjahren.

Leitern der BS und Stellvertretern steht eine Stellenzulage gemäß der Verordnung Anlage 2, Ziffer 1, zu.“

Der letzte Satz dieses Abschnittes wird wie folgt erweitert:

„Leitern der BS und Stellvertretern steht eine Stellenzulage gemäß der Verordnung Anlage 2 Ziffern 1 bis 4 zu.“

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft.

Wach
Minister

Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

— 1001 —

Berlin, den 12. März 1957

Anweisung Nr. 23/57

Maßnahmen zur Durchführung der Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten im Jahre 1957

Zur reibungslosen Durchführung der Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1957 weise ich an, daß grundsätzlich keine Einstellungen von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in Betrieben des staatlichen und genossenschaftlichen Handels vorzunehmen sind.

Dies trifft insbesondere für Traktoristen, landwirtschaftliche Facharbeiter, Agronomen, Zootechniker usw. zu.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

b9

— 3680 —

Berlin, den 12. März 1957

Berichtigung der Handelsspannen für Tapeten

Die in der „Liste der Handelsspannen für Erzeugnisse, in denen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird“ (Industriewaren der Warengruppen 35, 36 und 37) aufgeführte Einzelhandelsspanne für Tapeten in Höhe von 19,39 % vom IAP ist auf 21,43 % vom IAP zu verändern.

Alle Neuerungen aus der Produktion sind ab sofort mit 21,43 % vom IAP zu kalkulieren.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

PREISDIENST

— 3680 —

Berlin, den 12. März 1957

Berichtigung der Handelsspannen für Tapeten

Die in der „Liste der Handelsspannen für Erzeugnisse, in denen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird“ (Industriewaren der Warengruppen 35, 36 und 37) aufgeführte Einzelhandelsspanne für Tapeten in Höhe von 19,39 % vom IAP ist auf 21,43 % vom IAP zu verändern.

Alle Neuerungen aus der Produktion sind ab sofort mit 21,43 % vom IAP zu kalkulieren.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

MITTEILUNGEN

Berlin, den 7. März 1957

— 4913 —

Betr.: 1. Erläuterungen der Anordnung vom 21. Januar 1957 über die Finanzberichterstattungen 1957 der örtlichen volkseigenen Wirtschaft — Industrie, Verkehr und Handel (ohne landwirtschaftlichen Handel) (GBl. II S. 65).

2. Hinweise für die richtige Ausfüllung der Finanzmeldung Teil I — Einzelhandel —.

3. Finanzberichterstattung des volkseigenen Einzelhandels per 31. März 1957.

Zu 1:

a) Die in der genannten Anordnung im § 1 Abschnitt (2) — Betriebe des örtlichen volkseigenen Handels — unter b) — vierteljährlich zusätzlich: — Ziffer 2 genannte Finanzmeldung — EH Teil V — ist nur von den Räten der Kreise und Räten der Bezirke, Abt. H.u.V., zu fertigen.

b) Auf Seite 66 der o. a. Anordnung ist unter § 1, Abschnitt (2), Buchst. c), Ziffer 2, zu „jährlich zusätzlich“ statt „Vollstreckungserklärung“ das Wort „Vollständigkeitserklärung des Hauptbuchhalters“ einzusetzen. Die Berichtigung im GBl. ist veranlaßt worden.

Zu 2:

a) Die Betriebe füllen die monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Berichterstattungsformulare in den Betragsspalten im Ist — soweit nicht anders angegeben oder vom Rat des Bezirkes nicht anders bestimmt — in DM und Pf. aus. Die Zusammenfassung durch die Räte der Kreise, Räte der Bezirke und Hauptverwaltungen erfolgt in TDM mit einer Kommastelle.

b) In der Ergänzung der Erläuterung zum Finanz- und Arbeitskräfteplan vom 28. Januar 1957 („Verfg. u. Mittig.“ Heft 5.57 S. 42) wurde darauf hingewiesen, daß Prämien laut Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 in den Monaten zu planen sind, in denen sie gezahlt werden, d. h., daß Abgrenzungen mit Ausnahme für den Monat Dezember nicht vorzunehmen sind.

Im Teil I der Finanzmeldungen sind daher in Zeile 11,1 nur die tatsächlich gezahlten Lohnkosten auszuweisen.

Es muß eine Übereinstimmung der Zeile 11,1 mit der Addition der Zeilen 24, 25, 26 und 28 bestehen.

c) Die Zeilen 24, 24,1 und 24,2 müssen im Plan und im Ist auch die laut Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 gezahlten Prämien enthalten. Der Prämienbetrag ist außerdem in der Zeile 27 im Plan und im Ist auszuweisen.

d) Da die Lehrlingsentgelte nicht gesondert ausgewiesen werden, muß die Differenz zwischen der Addition der Zeilen 24,1 und 24,2 zu Zeile 24 den aus Betriebsmitteln gezahlten Anteil der Lehrlingsentgelte ergeben.

e) In Zeile 25 — Lohnfonds A — Dienstleistungsbereich — ist zu beachten, daß die Gehälter der Bearbeiter des Teitzahlungsgeschäfts in diese Position mit aufzunehmen sind.

f) Einzelhandelsbetriebe, die Umsätze mit Vertragspartnern tätigen, haben bei der Abrechnung der Kosten im Teil I der Finanzmeldungen folgendes zu beachten: Die Kosten für Umsätze mit Vertragspartnern, Konto 11,1, sind in der Zeile 11,1 einzuführen.

kosten (Zeile 11) und in den Davon-Positionen Lohn- und Sachkosten (Zeilen 11,1 und 11,2) enthalten.

Eine Aufnahme der Kosten für Umsätze mit Vertragspartnern in den Zeilen 11,3 bis 11,7 erfolgt nicht. Die Addition der Zeilen 11,3 bis 11,7 ergibt also nicht den Betrag der Zeile 11. Die Differenz sind die Kosten für Umsätze mit Vertragspartnern. Dasselbe gilt für evtl. anfallende Kosten für Nebenleistungen (Konto 693).

Die Erlöse aus Umsätzen mit Vertragspartnern (Konto 681) werden brutto in der Zeile 7 und die Bruttoerlöse aus Nebenleistungen (Konto 690) in der Zeile 8 ausgewiesen.

Zu 3:**A. Örtlicher volkseigener Einzelhandel**

Die Betriebe, Räte der Kreise und Räte der Bezirke fertigen zum Abschluß per 31. März 1957 die in der Anordnung über die Finanzberichterstattung für 1957 (GBl. II 8.57) genannten zusätzlichen Finanzmeldungen und reichen sie an die empfangsberechtigten Stellen ein.

Die Räte der Bezirke unterteilen die Finanzmeldung Teil V nach den Handelsystemen Industriewaren, Lebensmittel, Gaststätten und nicht-säulenreine Handelsbetriebe. Die Addition der Endsummen dieser vier Handelsysteme muß mit den betreffenden Positionen der Finanzmeldung Teil I übereinstimmen. Die Finanzmeldungen Teil III und IV sind nicht zu unterteilen.

B. Zentralgeleiteter volkseigener Einzelhandel**a) Betriebe:**

Die Betriebe reichen die Teile I bis IV und VI bis zum 9. April 1957 an folgende empfangsberechtigten Stellen ein:

1. Teil I bis III:

1. an die zuständige Hauptverwaltung;
2. an die örtlich zuständige Abteilung Finanzen;
3. an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank;
4. an die Kreisstelle der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;
5. an die Bezirksstelle der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;
6. an die Staatliche Plankommission beim Rat des Bezirkes

(zu Iff. Nr. 4 und 5 ohne HO Wismut und HO Vertrieb).

2. Teil IV und VI:

1. an die zuständige Hauptverwaltung;
2. an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank;
3. an die Staatliche Plankommission beim Rat des Bezirkes

3. NUK:

1. an die zuständige Hauptverwaltung;
2. an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank.

b) Hauptverwaltungen:

Die Hauptverwaltungen fassen die Finanzmeldungen der Betriebe zu einer Finanzmeldung der Hauptverwaltung zusammen und leiten diese wie folgt weiter:

1. Teil I bis III:

- an das Min. f. H. u. V., Hauptbuchhalter, zentral;
- an das Min. f H. u. V., Stellv. d. Ministers, Bereich Einzelhandel;
- Min. d. Finanzen, HA Finanzierung des volkseigenen Handels und Verkehrs;
- Zentrale der Deutschen Notenbank, Berlin;
- Staatl. Plankommission, Berlin;
- Staatl. Zentralverwaltung für Statistik, HA Handel — Transport, Berlin.

Termin: 13. April 1957 — HO Vertrieb 16. April 1957.

2. Teil IV bis VI:

- Min. f. H. u. V., Hauptbuchhalter, zentral;
- Min. f. H. u. V., Stellv. d. Ministers, Bereich Einzelhandel;
- Min. d. Finanzen, HA Finanzierung des volkseigenen Handels und Verkehrs;
- Zentrale der Deutschen Notenbank, Berlin

Termin: 13. April 1957 — HO Vertrieb 16. April 1957.

3. NUK:

Von dieser Meldung sind folgende Positionen zusammenzufassen:

Aktivseite:

Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen.
Sonstige Forderungen.
Forderungen auf Grund gewährter Kredite.

Passivseite:

Umlaufmittelfonds.
Sämtliche Kredite.
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen.
Sonstige Verbindlichkeiten.

Die Weiterleitung erfolgt an:

- Min. f. H. u. V., Hauptbuchhalter, zentral;
- Min. f. H. u. V., Stellv. d. Ministers, Bereich Einzelhandel;
- Zentrale der Deutschen Notenbank, Berlin.

Termin: 13. April 1957 — HO Vertrieb 16. April 1957.

Der Teil IV der Finanzmeldung — Kostenrechnung — ist von den Hauptverwaltungen in den Zeilen 6 — Lohnkosten —, 11 — Sachkosten —, 12 — Gesamtkosten — in allen Spalten in TDM auszufüllen. Die Spalten 18 und 19 — Kosten — Handel — sind nach Kostenarten — Zeile 1 — 12 — in TDM auszufüllen.

Die Abrechnung des übrigen Ergebnisses erfolgt in allen Positionen. Der Teil V der HV-D-Betriebe ist zu unterteilen nach Warenhäuser, Versandhandel und Gaststätten.

Die Finanzmeldungen des Import-Leithandels — ab 1. April 1957 GHK für Obst- und Gemuseleithandel — werden in die Zusammenfassung der HV-D-Betriebe nicht mit eingearbeitet. Diese Meldungen sind vom Betrieb den unter b) 1 genannten Stellen gesondert einzureichen.

Klasse
Hauptbuchhalter

— Vertrieb M 100 — M 101 — M 102 —

— 3660 —

Berlin, den 11. März 1957

Verbrauchsabgabe für Artikel mit Ledereinband bzw. -bezug

Die Warengruppe 56 000 000 umfasst verschiedene verbrauchsabgabepflichtige Artikel mit Ledereinband bzw. -bezug, die aus der Warennummer 62 35 40 00 ausgliedert wurden und folgende Ergänzungen nachstehender Listen notwendig machen:

- Liste der Verbrauchsabgabensätze und Handelsspannen für sonstige Industriewaren der Schlüsselnummer 5000 herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung;
- Liste der Verbrauchsabgabensätze und Handelsspannen für die Erzeugnisse der Warengruppen 55, 56 und 57, herausgegeben 1954 vom Ministerium der Finanzen;
- Liste der Handelsspannen für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die Produktionsabgabe eingeführt wird, herausgegeben am 1. Januar 1956 vom Ministerium für Handel und Versorgung und dem Ministerium der Finanzen.

Nr. des Allgem. Warenverz.	Warenart	Stell-Nr.	Von HAP Grund- handels- Index	Für Handels- Index
----------------------------	----------	-----------	--	--------------------------

Blöcke und Bücher, daraus:				
56 72 40 00	Notizbächer	5612		
56 72 50 00	Ringbächer	5612		
Bürohilfsmittel, daraus:				
56 74 30 00	Unterschriftenmappen	5612		
Kalender (ein- und mehrfarbig), daraus:				
56 75 10 00	Taschen- und Notizkalender	5612		
Einbände, einschl. Decken, daraus:				
56 77 14 00	Halbledereinbände	5612		
56 77 15 00	Ganzledereinbände	5612		
Einbanddecken oder sonstige Blindearbeiten, daraus:				
56 77 24 00	Halbledereinbände	5612		
56 77 25 00	Ganzledereinbände	5612		
Sonstige Erzeugnisse der Buchbinderei, daraus:				
56 79 10 00	Alben und sonstige Mappen	5612		

Für sämtliche Artikel gelten nachstehende Verbrauchsabgabensätze und Handelsspannen dieses:

aus:			
Läder- und Wildleder,			
Bindleder oder Boxcalf	136	251,4	280
Ziegen- und Schafleder	55	170,4	195
Schweinsleder	40	155,4	180
Spaltleder	25	140,4	163

Vollständigkeits halber wurde die bereits veröffentlichte Position „Taschenkalender“ in diese Zusammenfassung aufgenommen.

— Vertrieb M 100 — M 101 — M 102 — M 103 — M 104 —

— 3100 —

Berlin, den 9. März 1957

**Ergänzungen und Berichtigungen zur Schlüssel-
liste 1957 zum Warenumsatz- und Warenbereit-
stellungsplan**

Im GBl. II 8/57 vom 15. Februar 1957 ist die Anordnung über die „Aufhebung der Kontingentierung von Materialien“ vom 25. Januar 1957 veröffentlicht worden. Eine Reihe der dort aufgeführten Positionen betrifft auch Positionen der Schlüsselliste 1957 zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan, bei denen das „K“ gestrichen werden muß. Die Streichung des „K“ bei Planpositionen des zentralverteilten bzw. gelenkten Fonds hat dabei keinen Einfluß auf diese Positionen; sie bleiben nach wie vor Positionen des zentralverteilten bzw. gelenkten Fonds. Die Streichung des „K“ bei anderen Positionen bedeutet, daß diese Waren nunmehr zum dezentralisierten Fonds gehören.

Nachstehend geben wir die dadurch notwendig werdenenden Berichtigungen und einige weitere Ergänzungen bzw. Berichtigungen zur Schlüsselliste 1957 Teil A und B bekannt.

Stellvertreter des Ministers
I. V.: Dümde
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 11/57 —

**Schlüsselliste 1957 Teil A — Nahrungs- und
Genußmittel**

Seite Schlüssel- Nr.	Ergänzungen bzw. Berichtigungen
6	4. Zeile: dekadische berichtigen in dekadische
7	Abschnitt III, 1 letzte Zeile: Schlüssel berichtigen in Schlüsselnummer
9 11 240	bei der Planpos. (aus 37 51 300 K) das „K“ streichen
11 12 110	bei der Planpos. (37 51 110 K) das „K“ streichen
11 12 120	bei der Planpos. (aus 37 51 120 K) das „K“ streichen
11 12 130	bei der Planpos. (aus 37 51 120 K) das „K“ streichen
11 12 210	bei der Planpos. (aus 37 51 300 K) das „K“ streichen
11 12 220	Warennummer 67 12 53 00 streichen
11 12 250	bei der Planpos. (aus 37 51 300 K) das „K“ streichen
12 12 310	bei der Planpos. (aus 37 51 500 K) das „K“ streichen
12 12 600	bei der Planpos. (37 52 100 K) das „K“ streichen
12 12 800	bei der Planpos. (37 61 200 K) das „K“ streichen

Seite Schlüssel- Nr.	Ergänzungen bzw. Berichtigungen
13 13 220	bei der Planpos. (37 61 140 K) das „K“ streichen
14 14 310	bei der Planpos. (37 31 100 K) das „K“ streichen
17 16 230	bei der Planpos. (37 58 300 K) das „K“ streichen
17 16 240	bei der Planpos. (37 58 200 K) das „K“ streichen
17 16 500	16 150 Kaffee-Ersatz berichtigen in 16 510 Kaffee-Ersatz
20 24 200	bei der Planpos. (51 16 300 K) das „K“ streichen
24	11d. Nr. 18: die Schlüsselnr. 15 150 gehört unter die Schlüsselnr. 15 130
25	bei folgenden Positionen das „K“ streichen 37 31 100 K 37 51 110 K 37 51 120 K aus 37 51 300 K Erbsen geschält aus 37 51 300 K Nahrungsmittel auf Weizenbasis aus 37 51 300 K Nahrungsmittel auf Buch- weizen-, Hirse- und son- stiger Basis 37 52 100 K 37 58 200 K 37 58 300 K 37 61 140 K 37 61 200 K
25	bei der Planpos. 37 51 500 K die Schlüsselnummer 12 300 ändern in 12 320
26	bei der Planpos. 51 16 300 K das „K“ streichen
	Schlüsselliste Teil B — Industriewaren
12 41 11	Warennummer „aus 66 12 79 00“ berichti- gen in „aus 66 12 72 00“
13 41 30	bei der Planpos. (32 41 131 K) das „K“ streichen
14 41 50	bei der Planpos. (aus 32 41 144 K) das „K“ streichen
15 41 59	vor die Warennummer 66 21 38 00 ein „aus“ setzen
16 41 60	bei der Planpos. (aus 32 41 144 K) das „K“ streichen
17 41 80	bei der Planpos. (32 41 182 K) das „K“ streichen
18 41 89	nach der Warennummer 66 39 15 00 ein- fügen: bis 66 39 18 00
28 44 70	bei der Planpos. (32 98 210 K) das „K“ streichen
32 46 02	Planposition (aus 32 29 000) berichtigen in (aus 33 29 000)

Schlüssel- Seite		Ergänzungen bzw. Berichtigungen
32	46 13	Warennummer 64 11 70 00 ergänzend einfügen
35	46 48	Warennummer 64 44 00 00 berichtigen in 64 44 40 00
35	46 51	nach der Warennummer 64 47 46 00 ergänzend einfügen 64 47 49 00
42	53 14	nach der Warennummer 59 66 12 30 ergänzend einfügen 59 66 12 40
46	56 16	Warennummer 56 57 00 00 berichtigen in 56 57 50 00
46	56 17	bei der Planpos. (35 39 110 K) das „K“ streichen
52	62 28	nach der Warennummer 51 86 00 00 ergänzend einfügen 51 87 00 00
52	62 32	Warennummer 51 56 00 00 berichtigen in 51 56 50 00
56	63 49	bei der Planpos. (aus 31 32 000 K) das „K“ streichen
61	71 55	vor die Warennummern 38 28 80 00 und 38 28 90 00 ein „aus“ setzen
61	71 63	Warennummern „bis 38 35 79 00“ berichtigen in „bis 38 45 79 00“

Schlüssel- Seite		Ergänzungen bzw. Berichtigungen
66	74 30	Die Unterposition 78 34 berichtigen in 74 34
68	75 45	vor der Warennummer 36 62 21 00 ergänzend einfügen 36 62 10 00
70	75 91	bei allen angegebenen Planpositionen das „K“ streichen
89	—	2. Zelle: hinter dem Wort „Nomenklatur“ eine römische I einfügen
98		bei den Planpositionen 27 81 110 — 290 K das „K“ streichen
99		bei folgenden Planpositionen das „K“ streichen: 31 32 000 K 32 41 131 K 32 41 144 K 32 41 182 K
101		bei den Planpositionen 35 39 110 K das „K“ streichen
104		letzte Zeile: v. T. berichtigen in T. v.
107	Pos 45	Vervielfältigungsapparate berichtigen in Vervielfältigungsapparate
— Verf. u. Mitg. Min. f. R. u. V.		Heft 11, 37 —

Nur für den Dienstgebrauch

VERFUGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 23. März

Nr. 12

ANWEISUNGEN

— 3200 —

Berlin, den 18. März 1957

Anweisung Nr. 26/57
zur Abrechnung der Erfassung und des Aufkaufs
von Obst, Gemüse und Wildfrüchten

Die GHK für Obst und Gemüse sowie die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse sind ab 1. April d.J. verpflichtet, gemäß Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (neue Fassung der Verordnung vom 1. Januar 1957, GBL I S. 39) zur Kontrolle der Erfüllung des Pflichtablieferungssolls der einzelnen Erzeuger und zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Abrechnung über die Erfassung und den Aufkauf von Obst und Gemüse Lieferantenkarten zu führen.

Die nachstehend aufgeführten Abrechnungen dienen der Kontrolle der Volkswirtschaftspläne sowie der Liefer- und Empfangspläne. Für ihre Abgabe wird folgendes festgelegt:

1. Formblatt und Berichtszeitraum

a) Dekadenabrechnung über die Erfassung und den Aufkauf von Obst, Gemüse und Wildfrüchten. Kurzbezeichnung: Formblatt Nr. 4.

Genehmigungs-Nr.: 260 39 vom 15. Februar 1957, befristet bis zum 31. Januar 1958.

Berichtspflichtig sind:

die GHK für Obst und Gemüse,

die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse,

die Konsumkreisverbände bzw. Konsumgenossenschaften,

der kommunale Großhandelsbetrieb Berlin.

In der 1. Dekadenabrechnung des Monats April sind die Vorräte zum 31. d. J. 1957 vor den VEA

Betrieben erfaßten und aufgekauften Mengen Obst, Gemüse und Wildfrüchte in der Fortschreibung vom Jahresbeginn zu übernehmen, damit eine einwandfreie Auswertung der Erfüllung des Volkswirtschaftsplänes 1957 an Hand der Dekadenabrechnung gewährleistet ist.

b) Monatliche Anlage „Obst und Gemüse“ zur Warenbewegungsmeldung.

Kurzbezeichnung: Anlage zur H 57.

Genehmigungs-Nr. 260/16 vom 27. November 1956, befristet bis zum 20. Januar 1958.

Berichtspflichtig sind die gleichen Handelsorgane wie unter Buchst. a festgelegt (außer Konsum; siehe unter Punkt 3, letzter Satz).

c) Vierteljährliche Abrechnung durch den privaten Großhandel (formlos).

Genehmigungs-Nr.: 260 38 vom 15. Februar 1957, befristet bis zum 31. Januar 1958.

2. Nomenklatur

1. Erdbeeren	11. Weißkohl, spät
2. Brom- und Himbeeren	12. Blumenkohl, spät
3. Sonstiges Beerenobst	13. Rosenkohl
4. Sternobst	14. Knollenzwiebeln
5. Kernobst	15. Spargel
6. Weintrauben	16. Einlegegurken
7. Nüsse	17. Salatgurken
Obst, insgesamt	18. Tomaten
8. Wildfrüchte	19. Pfluckerbsen
9. Pilze	20. Sonstiges
Wildfrüchte, insgesamt	Gemüse, insgesamt darunter Treibhausgemüse, insgesamt

3. Inhalt der Meldung

In den Formularen der „Dekadenmeldung“ und der „Anlage zur H 57“ ist die Nomenklatur nicht eingedruckt. Von den Organen sind die Kulturen

selbst einzusetzen, die im Berichtsquartal gehandelt werden. Das erste perforierte Blatt ist immer der Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes zuzustellen. Das letzte perforierte Blatt ist für Zwecke der Auswertung im berichtenden Betrieb vorzusehen. Die Leerzeilen sind für den Nachweis der Erfüllung ab Jahresbeginn zu verwenden. Bei der "Anlage zur H 57" ist zu beachten, daß die aufgekauften Mengen des Konsums in gleicher Höhe in den Abgang an "Einhändel und privaten Großhandel" aufzunehmen sind.

4. Berichtsweg und Termine

a) Dekadenabrechnung Erfassung und Aufkauf (im Januar, Februar und März nur monatlich).

Die Konsumkreisverbände geben die "Abrechnung über die Beschaffung pflanzlicher Erzeugnisse" bis zum 2. Werktag nach Berichtsdekade (Monatsende 3. Werktag) an das zuständige GHK. Beide Handelsorgane haben eine gemeinsame Auswertung der Ergebnisse durchzuführen.

Die GHK fassen die Ergebnisse des Konsums mit denen des eigenen Handels mit Obst und Gemüse zusammen und berichten kreisweise auf Formblatt Nr. 4 bis zum 8. Werktag nach Berichtsdekade (Monatsende 4. Werktag) an:

Abt. H. u. V. der zuständigen Kreise, Warenbilanzierung,

Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes, Warenbilanzierung,

Abt. Erfassung und Aufkauf beim Rat des Kreises.

Der Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., faßt die Meldungen der GHK zum Bezirksergebnis zusammen. Das Bezirksergebnis wird auf Formblatt Nr. 4 bis zum 7. Werktag nach Berichtsdekade (Monatsende 8. Werktag) gemeldet an:

Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung (dreifach).

Abt. Erfassung und Aufkauf beim Rat des Bezirkes.

Das Min. f. H. u. V. faßt die Bezirksergebnisse zum DDR-Ergebnis zusammen und übergibt ein Exemplar der Zusammenfassung jeweils bis zum 10. Werktag nach der Berichtsdekade an das Staatsekretariat für Erfassung und Aufkauf für die zentralen Betriebe des Konsums.

b) Monatliche Anlage „Obst und Gemüse“ zur H 57. Die berichtspflichtigen Organe geben die monatliche Anlage bis zum 14. Werktag nach Monatsende an:

Abt. H. u. V. beim Rat des Kreises, Warenbilanzierung,

Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes, Warenbilanzierung.

Der Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., faßt auch diese Meldungen zum Bezirksergebnis zusammen und meldet es bis zum 17. Werktag nach Monatsende an:

Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung (vierfach).

c) Vierteljährliche Abrechnung durch den privaten Großhandel.

Der private Großhandel berichtet vierteljährlich formlos nach folgendem Schema:

Angaben in der	Gemüse Insgesamt	Obst Insgesamt
1. Anfangsbestand zu Quartalsbeginn		
2. Zugang Insgesamt		
2a. darunter: eigener Aufkauf vom Erzeuger	()	()
3. Abgänge Insgesamt		
3a. darunter: an Einzelhandel	()	()
4. Endbestand am Quartalsende		

Der private Großhandel meldet bis zum 8. Werktag nach Quartalsende

an die Kreisdirektion der I.- u. H.-Kammer.

Die Kreisdirektion faßt die Ergebnisse zusammen und meldet bis zum 14. Werktag nach Quartalsende an:

- a) die Bezirksdirektion der I.- u. H.-Kammer,
- b) den Rat des Kreises, Abt. H. u. V.

Die Bezirksdirektion der I.- u. H.-Kammer meldet das Bezirksergebnis bis zum 17. Werktag nach Quartalsende an:

- a) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung (dreifach),
- b) den Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V.

Wach

Minister

Min. f. H. u. V.

Welt 2407

PREISDIENST

— 3020 —

Berlin, den 18. März 1957

**Betr.: Preiskorrektur für Rennräder und Elektr.
Haushaltswaschmaschinen**
(Preisbewilligungen Nr. J/VII/57/88-91)

Mit Wirkung vom 1. April 1957, 0.00 Uhr, wird im gesamten Groß- und Einzelhandel eine Preiskorrektur für folgende Waren durchgeführt:

1. Straßenrennräder,
2. Bahnrennräder,
3. Elektrische Haushaltswaschmaschinen,
Type „WWS“ und Type „CHR“,
der Fa. Neubert & Co., Dresden.

Für die im gesamten Groß- und Einzelhandel befindlichen Bestände werden Vergütungen gewährt.

Die Aufnahme der Bestände für die Preiskorrektur erfolgt per 1. April 1957, 0.00 Uhr.

Die Bestände sind in den bekannten Bestandsanmeldungen zu erfassen. Diese sind bis zum 10. April 1957 bei dem zuständigen Rat des Kreises, Abt. Finanzen, abzugeben (Ausschlußfrist).

Der private Groß- und Einzelhandel hat die Bestandsaufnahmeprotokolle für die unter die Preiskorrektur fallenden Artikel bis zum 2. April 1957, 13.00 Uhr, beim zuständigen Rat des Kreises, Abt. Finanzen, abzugeben (Ausschlußfrist).

Die Abt. H. u. V. der Räte der Bezirke und der Räte der Kreise werden beauftragt, den privaten Groß- und Einzelhandel über die Industrie- und Handelskammer der Bezirke und Kreise zu informieren.

Vergütet werden die unter den Spalten „Vergütung“ bzw. „Erstattung“ angegebenen Beträge. Bei Nichteinhaltung der Ausschlußfrist erlischt der Vergütungsanspruch.

Die Erstattungsbeträge sind wie folgt zu buchen:

- a) beim staatlichen Großhandel

per 2609 „Sonstige Forderungen an den Staats-
haushalt“,
an 170 „Warenbestand zum EVP“.
- b) beim staatlichen Einzelhandel:

per 2609 „Sonstige Forderungen an den Staats-
haushalt“,
per 180 „Nicht realisierte Handelsspannen“,
an 180 „Warenbestand zum EVP“.

In den Verkaufsstellen-Berichten ist der volle Differenzbetrag zwischen altem und neuem EVP laut Preiskorrektur-Protokoll in der Spalte „Sonstiger Abgang Handelsspannen“ einzusetzen. Alle Waren sind deutlich mit der Nomenkлатur-Nummer zu versehen.

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/88 für

Straßenrennrad

Rahmen aus nahtlos gezogenem Chrommolybdän-Stahlrohr in den Höhen 52, 55, 58 und 61 cm, mit geschmiedetem Gabelkopf, angelöteten Befestigungsteilen für Schaltung, Bremsen, Getriebe 6284, Trainingsstahlreifen auf LM-Doppelhohlfelgen, Doppeldickendspeichen, Nabens Leichtmetall mit einfacherem Lehrlauf-Zahnkranz, mit LM-Flügelmuttern, Rennsattel, Rennluftpumpe, LM-Rennlenker mit Korken und Band, Einklangsglocke, LM-Felgenbremsen, Rennketten mit zentrierten Nieten, Rennpedale mit Haken und Riemen, Werkzeugtasche mit Werkzeug und Reifenkleber, LM-Schutzbleche und Rückstrahler.

Lackierte Teile chromeffekt bunt mit handelsüblichem Dekor (Zierlinien sowie Strahlenkopf- und Ringverzierung) nach der Farbskala des Lieferwerkes:

Rahmen, Gabel;

alle anderen Teile verchromt nach den jeweiligen Mindestgüte-Vorschriften bzw. Leichtmetallteile hochglanzpoliert.

DM je Stck.	AP	EVP	Erstattung	
			alt	neu
			GH	EH

**Rennrad für Straße
ohne Gangschaltung:** 333,— 401,90 630,— 490,— 131,20 142,00

Zulässige Aufpreise:

Prüfzeichen „S“ od. „Q“	18,83	12,30	23,—	15,—	6,33	7,12
Viergangschaltung	84,45	58,33	103,—	47,—	45,90	49,83
Achtgangschaltung	119,70	63,95	146,—	78,—	55,75	60,53
Schnellspannvorrichtung	41,—	30,35	50,—	37,—	10,65	11,57
angelöteter Halter für Flaschenkorb	2,45	1,60	3,—	2,—	0,85	0,89
angelöteter Halter für Preßluftflaschen	2,45	1,60	3,—	2,—	0,85	0,89
verchromte Hintergabelenden	5,75	4,10	7,—	5,—	1,05	1,78
verchromte Vordergabelenden oder verchromte Vordergabel	4,10	3,00	5,—	4,—	0,80	0,89

98

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/90 für

Bahnrennrad

Ausführung wie Straßenrennrad, jedoch ohne Schutzbleche, Bremsen, Glocke, Rückstrahler, Luftpumpe, Werkzeugtasche, Werkzeug;
mit Getriebe 6236, mit Hochflanschnaben 6455/6466, Blattkette 1" X 3/16, Lenker F/3, Stahl- und Leichtmetallbügel, Bahnrennreifen 27 X 1/8".

DM je Stück IAP EVP Erstattung
alt neu alt neu GH EH
Rennrad für Bahn: 516,00 382,95 630,— 467,— 133,63 145,06

Zulässige Aufpreise:

Prüfzeichen „S“ od. „Q“	15,00	11,50	12,—	16,—	4,10	4,48
verchromte Hintergabel-						
enden	5,75	4,10	7,—	5,—	1,63	1,78
verchromte Vordergabel-						
enden oder verchromte						
Vordergabel	4,10	3,30	5,—	4,—	0,80	0,89

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/90 für

Elektrische Haushaltswaschmaschine Type „WWW“
der Fa. Neubert & Co., Dresden

Schl.-Nr. 7515, Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses 36 83 78 10

alt	je Stück	neu	je Stück
EVP	528,— DM	EVP	479,— DM
EHS	82,15 DM	EHS	79,78 DM
GAP	445,85 DM	GAP	399,22 DM
GHS	52,25 DM	GHS	52,22 DM
HAP	393,00 DM	HAP	347,— DM

Vergütungsbeträge im

Großhandel: 46,00 DM je Stück
Einzelhandel: 46,63 DM je Stück

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/91 für

Elektrische Haushaltswaschmaschine Type „CHR“
der Fa. Neubert & Co., Dresden

Schl.-Nr. 7515, Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses 36 83 78 10

alt	je Stück	neu	je Stück
EVP	565,— DM	EVP	513,— DM
EHS	87,83 DM	EHS	85,29 DM
GAP	507,17 DM	GAP	427,71 DM
GHS	57,27 DM	GHS	56,91 DM
HAP	449,90 DM	HAP	371,80 DM

Vergütungsbeträge im

Großhandel: 78,10 DM je Stück
Einzelhandel: 79,46 DM je Stück

Dressel
Staatssekretär

— Verf. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 12/57 —

MITTEILUNGEN

— 4913 —

Berlin, den 14. März 1957

1. Finanzberichterstattung der Betriebe des örtlichen volkseigenen Großhandels und der Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., zum Abschluß per 31. März 1957.
2. Finanzberichterstattung der Betriebe und Hauptverwaltungen des zentralgeleiteten volkseigenen Großhandels zum Abschluß per 31. März 1957.
3. Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes aus Kommissionstätigkeit.

Zu 1.:

a) Die Betriebe des örtlichen volkseigenen Großhandels und die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., ergänzen den Finanzbericht Teil I per 31. März 1957 in folgenden Positionen:

- Zeile 65: Verspätungszinsen, Aufwand und Ertrag des Berichtszeitraumes;
- Zeile 68: Inventurminus- und Inventurplus-Differenzen des Berichtszeitraumes;
- Zeile 69: Geklärte Inventurplus- und Inventurminus-Differenzen der Vorjahre;
- Zeile 70: Gesamtaufwand und Gesamtertrag der Klasse 7, unsalidiert, des Berichtszeitraumes.

In der Spalte 1 sind die Kontenbezeichnung, in der Spalte 2 die Aufwände und in der Spalte 3 die Erträge der vorgenannten Positionen einzusetzen.

Die Hinweise in der Richtlinie zur monatlichen Finanzberichterstattung 1957 des volkseigenen Großhandels vom 16. Januar 1957 („Verfg. u. Mittig.“ Heft 4/57 S. 33) sind ebenfalls zu beachten.

- b) Die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., und der Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., fertigen vierteljährlich zusätzlich das Kontrollblatt H 3 — Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe — Bestellnummer 821/89913 neu und reichen dieses Kontrollblatt bis zum 14. Werktag an die empfangsberechtigten Stellen ein.
- Eine entsprechende Ergänzung der Anordnung über die Finanzberichterstattung 1957 der örtlichen volkseigenen Wirtschaft — Industrie, Verkehr und Handel — vom 21. Januar 1957 erfolgt im Gesetzblatt.
- Die im Betreff unter der lfd. Nr. 3 gegebenen Hinweise wegen der Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes aus Kommissionstätigkeit sind von den Betrieben und Räten der Bezirke bzw. vom Magistrat von Groß-Berlin mit zu beachten.

Zu 2.:

a) Betriebe

Die Betriebe reichen die Finanzberichterstattungen Teil I bis III bis zum 9. April 1957 an folgende empfangsberechtigte Stellen ein:

1. Teil I und II
 1. an die zuständige Hauptverwaltung;
 2. an die örtlich zuständige Abteilung Finanzen;
 3. an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank;
 4. an die Kreissstelle der Zentralverwaltung für Statistik;
 5. an die Bezirksstelle der Zentralverwaltung für Statistik.
2. Teil III
 1. an die zuständige Hauptverwaltung;
 2. an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank.

Im Finanzbericht Teil I sind zu den Quartalsabschlüssen folgende Positionen zusätzlich zu melden:

- Zeile 65: Verspätungszinsen, Aufwand und Ertrag des Berichtszeitraumes;
- Zeile 68: Inventurminus- und Inventurplus-Differenzen des Berichtszeitraumes;
- Zeile 69: Geklärte Inventurplus- und Inventurminus-Differenzen der Vorjahre;
- Zeile 70: Gesamtaufwand und Gesamtertrag der Klasse 7, unsalidiert, des Berichtszeitraumes.

Die Hinweise in der Richtlinie zur monatlichen Finanzberichterstattung 1957 des volkseigenen Großhandels vom 16. Januar 1957 („Verfg. u. Mittig.“ Heft 4/57 S. 33) sind ebenfalls zu beachten.

Im Teil II — Abrechnung des Warenfinanzierungsplanes und der übrigen Warenbewegung — haben die Betriebe, die Umsätze im Kommissionshandel mit privaten Einzelhändlern tätigen, die Bestimmungen der Ergänzung zur Richtlinie vom 31. Mai 1956 über die Einbeziehung der privaten Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels vom 20. August 1956 („Verfg. u. Mittig.“ Heft 19/56, I/4 — Berichterstattung) zu beachten.

Die Forderungen sowie die überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft mit privaten Kommissionshändlern sind auf der Rückseite in Zeile 39 auszuweisen. In der vorgesehenen Spalte „Plan“ sind die Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft und in der Spalte „Ist“ die überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft als Darunterposition anzugeben. Die in der Zeile 39 ausgewiesenen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft müssen selbstverständlich in der in Zeile 32 ausgewiesenen Gesamtposition enthalten sein.

Hinsichtlich des Ausweises der Handelsreserve weisen wir darauf hin, daß entsprechend der Mitteilung des Stellvertreters des Ministers — Bereich Großhandel — vom 30. November 1956 eine materielle und buchhälfte Trennung der Handelsreserve von den übrigen Beständen nicht erforderlich ist. Somit hat der Ausweis der Warenbestände aus Handelsreserve in den jeweiligen Warengruppen zu erfolgen.

Der Teil III — Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung — ist vierteljährlich auch an die zuständige Hauptverwaltung einzureichen.

b) Hauptverwaltungen

Die Hauptverwaltungen fassen die Finanzberichte der Betriebe zu einer Finanzberichterstattung der Hauptverwaltung zusammen und leiten diese bis zum 13. April 1957 wie folgt weiter:

1. Teil I und II
 1. an das Min. f. H. u. V., Stellv. d. Min., Bereich Großhandel;
 2. Min. f. H. u. V. Hauptbuchhalter;
 3. an das Min. d. Finanzen, HA Finanzierung des volkseigenen Handels und Verkehrs;
 4. an die Zentrale der Deutschen Notenbank;
 5. an die Staatliche Plankommission, Berlin;
 6. an die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin.

2. Teil III

Von dieser Finanzberichterstattung sind folgende Positionen zusammenzufassen:

Aktivseite:

Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen;

spontige Forderungen;
Forderungen auf Grund gewährter Kredite
(Teilzahlung).

Passiva:

Umlaufmittelfonds;
sämtliche Kredite;
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen;
sonstige Verbindlichkeiten.

Die Weiterleitung erfolgt an:

1. Min. f. H. u. V., Stellv. d. Min., Bereich Großhandel;
2. Min. f. H. u. V., Hauptbuchhalter;
3. Zentrale der Deutschen Notenbank.

T. 13. April 1957.

1. Kontrollblatt H 8

Dieses Kontrollblatt ist an die unter 1. laufende Nummern 1 bis 4, genannten Stellen bis zum 13. April 1957 einzureichen.

Erläuterungen:

zu Teil II:

Die Unterteilung der Vorderseite erfolgt wie im Jahre 1956 nach der Nomenklatur der Warengruppen. Die Belebtheit ist entsprechend der Firmierung der Hauptverwaltungen vorzunehmen. Die Abrechnung der Umsätze aus Kommissionsstätigkeit erfolgt getrennt nach den von den Betrieben gemeldeten Warengruppen. Kontrollblatt H 8: = Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe.

Das Kontrollblatt H 3 ist nach den Hauptverwaltungen eingeschledderten Verwaltungen nach Betrieben zu unterteilen. Die Addition der Endsummen aller Verwaltungen muß mit den betreffenden Positionen des Finanzberichtes Teil I übereinstimmen.

Betriebe der Hauptverwaltung III, Technik und Haushaltswaren:

	Gesamt Plan Ist DM	Rundfunk- geräte Plan Ist DM	Beleuchtungs- körper Plan Ist DM	Sonstige Elektroartikel Plan Ist DM	Foto/Optik Plan Ist DM
--	--------------------------	---------------------------------------	---	--	------------------------------

1. Anzahl der abgeschlossenen Verträge
2. Umsatz EVP
3. Umsatz EKP
4. Handelsspanne Brutto
5. Kosten
 - a) Provision
 - b) Erstattung f. her Kosten
 - c) Überige Kosten
6. Handelsabgabe
7. Betriebsergebnis

Die Betriebe des örtlichen volkseigenen Großhandels — GHK Lebensmittel — unterteilen nach den Branchen

Nahrungsmittel	Genußmittel
Plan Ist	Plan Ist
DM	DM

Unter lfd. Nr. 1 ist die Anzahl der Verträge einzusetzen, die vom 1. Vertragsabschluß in 1956 datieren.

Die Angaben unter lfd. Nr. 2 bis 7 sind für den Zeitraum ab 1. Januar 1957 zu machen.

Die Betriebe der übrigen Hauptverwaltungen melden die für sie zuständigen Branchen oder Warengruppen entsprechend der zweiten Ergänzung vom 18. Dezember 1956 („Verf. u. Mittig.“ Heft 2/57 S. 17).

Die Hauptverwaltungen bzw. Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., summieren diese Angaben getrennt nach den genannten Warengruppen in TDM, die Hauptverwal-

Zu 1:
Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes aus Kommissionshandelstätigkeit.
In der 2. Ergänzung zur Richtlinie über die Einbeziehung der privaten Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels vom 18. Dezember 1956 („Verf. u. Mittig.“ Heft 1/57 S. 16) sind die Provisionssätze für die Branchen und Warengruppen, in denen Kommissionsverträge abgeschlossen werden können, festgelegt worden.

Gleichzeitig wurde abgewiesen, daß in den Kommissionsverträgen mit aufzunehmen ist, daß nach einem Vierteljahr eine Überprüfung und evtl. Änderung der Provisionssätze erfolgt. Die Verwaltungen wurden verpflichtet, nach einem Vierteljahr eine Überprüfung der Provisionssätze vorzunehmen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen sowie Vorschläge zur Veränderung dem Ministerium mitzuteilen.

Unabhängig von dieser Berichterstattung der Hauptverwaltungen verbleibt es bei der monatlichen gesonderten Abrechnung des Umsatzes, der Handelsspanne, Kosten, Handelsabgabe und des Betriebsergebnisses entsprechend der ersten Ergänzung zur Richtlinie vom 31. Mai 1956 über die Einbeziehung der privaten Einzelhändler als Kommissionshändler des volkseigenen Großhandels, Absätze 1/1 und 1/4 („Verf. u. Mittig.“ Heft 19/56), nur daß diese Abrechnung nach dem in der zweiten Ergänzung vom 18. Dezember 1956 zur gehannten Richtlinie genannten Branchen bzw. Warengruppen zu erfolgen hat.

Die Betriebe des zentralgeleiteten volkseigenen Großhandels, die Kommissionsverträge mit privaten Einzelhändlern abgeschlossen haben, melden an ihre zuständige Hauptverwaltung, die Betriebe des örtlichen volkseigenen Großhandels an den zuständigen Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., die festgelegten Kennziffern ab 31. März 1956 möglichst nach folgendem Beispiel:

tungen in der Reihenfolge ihrer Verwaltungen, wobei auch die Anzahl der Verträge nach den Warengruppen zu unterteilen ist. Die Hauptverwaltungen und die zentralgeleiteten Großhandelsbetriebe reichen je ein Exemplar dieser Meldung als Anlage 1 mit der monatlichen Finanzberichterstattung Teil I an die im Bezug 2 genannten empfangsberechtigten Stellen ein.

Die örtlich geleiteten GHK Lebensmittel reichen je ein Exemplar als Anlage des Finanzberichtes Teil I an die in der Anordnung über die Finanzberichterstattung der örtlichen Wirtschaft — Industrie, Verkehr und Handel — unter § 2 Abschnitt 2 Buchstaben A Ziffer 2, die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., an die unter § 2 Abschnitt 2 Buchstaben B Kennziffer 2 genannten Stellen ein.

Kl. ab
Hauptbuchhalter

— Verf. u. Mittig. Min. f. H. u. V.

Min. 12/57

Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle

— 1340 —

Berlin, den 11. März 1957

Betr.: Bei der Vertragsschiedsstelle des Min. f. H. u. V. anhängige Schiedsverfahren
 Bei der Vertragsschiedsstelle ist eine größere Anzahl von Verfahren seit geraumer Zeit anhängig, ohne daß bisher eine abschließende Entscheidung erfolgte. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß für die betriebliche Auswertung diejenigen Verfahren, die in letzter Zeit anhängig gemacht wurden, von größerer Bedeutung sind als andere, wird die Vertragsschiedsstelle zunächst auf eine schnelle Entscheidung der im Jahre 1957 und im 2. Halbjahr 1958 anhängig gemachten Schiedsverfahren hinarbeiten und anschließend alle anderen Schiedsverfahren entscheiden.
 Es wird gebeten, in der Zwischenzeit von Erinnerungen und Anmahnungen Abstand zu nehmen.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 12/57 —

— 1340 —

Berlin, den 18. März 1957

Betr.: Wichtiger Artikel im „Der Handel“

In Nr. 3/1957 der Zeitschrift „Der Handel“ ist ein Artikel über „Neue Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen volkseigenem Groß- und Einzelhandel“ erschienen. Darin werden ausführlich die Voraussetzungen und die handelspolitische Zielsetzung sowie die wichtigsten Grundsätze der Anweisung Nr. 59/1956 des Min. f. H. u. V. („Verfg. u. Mittig.“, Heft 30/1956) behandelt.

Dieser Artikel wird auch dann seine Bedeutung be halten, wenn die mit der Anweisung Nr. 59/1956 zu nächst im Entwurf veröffentlichte Anordnung im Gesetzesblatt verkündet wird. Es ist daher allen Handelsfunktionären zu empfehlen, den Artikel eingehend durchzuarbeiten und für die Erfüllung ihrer Aufgaben auszuwerten.

— Verfg. u. Mittig.

Min. f. H. u. V.

Heft 12/57 —

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

Nr. 26/57 — Abrechnung der Erfassung und des Aufkaufs von Obst, Gemüse und Wildfrüchten 93

II. Preisdienst

Preiskorrektur für Rennräder und Elektrische Haushaltswaschmaschinen (Preisbewilligungen Nr. J/VII/57-88—91) 95

III. Mitteilungen

1. Finanzberichterstattung der Betriebe des örtlichen VE Großhandels und der Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., zum Abschluß per 31. März 1957.
2. Finanzberichterstattung der Betriebe und Hauptverwaltungen des zentralgeleiteten VE Großhandels zum Abschluß per 31. März 1957.
3. Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes aus Kommissionstätigkeit 97

IV. Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle

Bei der Vertragsschiedsstelle des Min. f. H. u. V. anhängige Schiedsverfahren 99

Wichtiger Artikel in „Der Handel“ Nr. 3/1957 99

15
15

VERFUGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

Nur für den Dienstgebrauch

1957

Berlin, den 30. März Nr. 13

ANWEISUNGEN

— 1140 —

Anweisung Nr. 27/57

zur Veränderung der Handelspolitischen Schulung
durch die Handelspolitische Schulung wurden in den
vergangenen drei Jahren den Mitarbeitern wichtige
Probleme unserer Handelspolitik und -praxis dargelegt
und das handelspolitische Wissen der Mitarbeiter ver-
bessert.

Die Durchführung der Handelspolitischen Schulung in
der bisherigen Form — mit zentraler Themenstellung,
zentralem Schulungsmaterial und zentral durchgeföhr-
ter Anleitung und Kontrolle — ist jedoch in der Ent-
wicklung zu einem Hemmnis geworden, um eine den
handelspolitischen Erfordernissen der Betriebe ent-
sprechende praxisverbundene Qualifizierung der Mit-
arbeiter zu erreichen. Deshalb wird in Übereinstim-
mung mit dem VDK und dem Zentralvorstand der
Gewerkschaft Handel folgendes angewiesen:

1. Zentrale Materialien zur Durchführung der Han-
delspolitischen Schulung (Schulungshefte und Me-
thodische Anleitungen für Zirkellehrer) werden
nicht mehr herausgegeben.
2. Die Mitarbeiter müssen in handelspolitischen
Fragen vor allem in den Handelsberatungen

Berlin, den 25. März 1957

qualifiziert werden. Sind zur Erfüllung der Be-
triebsaufgaben weitere Qualifizierungsmaßnahmen
auf dem Gebiete der Handelspolitischen Schulung
erforderlich, so sind sie nach Abstimmung zwi-
schen dem Leiter bzw. dem Vorstand des Betriebes
und der BGL nach eigenem Ermessen durch-
zuführen. Dabei ist die Versorgung der Bevölke-
rung zu gewährleisten und darauf zu achten, daß
Verkaufsstellen nicht geschlossen werden. Die Be-
triebe haben die Schulung selbst zu organisieren,
die Thematik festzulegen und das Schulungs-
material zu bestimmen.

3. Die Pflicht zur Berichterstattung über die Han-
delspolitische Schulung entfällt.
4. Die „Anweisung zur Durchführung der Han-
delspolitischen Schulung im staatlichen und genosse-
nchaftlichen Einzelhandel der DDR“ vom 11. August
1953 sowie die Anweisung Nr. 20/1955 „Verbesse-
rung der Durchführung der Handelspolitischen
Schulung“ vom 3. März 1955 werden hiermit auf-
gehoben.

Wach
Minister

MITTEILUNGEN

— 1361 —

Bezug von Einzelnummern der „Verfugungen und Mitteilungen“

Berlin, den 25. März 1957

Ab 1. April können Einzelnummern — soweit noch vorhanden — bei der Vertriebsstelle des VEB Deutscher
Zentralverlag in Berlin C 2, Rosstraße 6, nur noch an Abholer gegen Barzahlung gegeben werden.
Schriftliche Bestellungen von Bezugsberechtigten führt ab 1. April nur noch das
„Buchhaus Leipzig“, Leipzig C 1, Querstraße 4—6, Telefon 68147.
aus.
Abonnementsbestellungen nimmt nach wie vor nur der örtliche Postzeitungsvertrieb entgegen.

102

POOR ORIGINAL

VORDRUCKWESEN

Berlin, den 27. März 1957

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

Neufestsetzung eines Standardvordruckes

Beim Vordruck-Leitverlag Halle wurde auf Wunsch verschiedener GPK Lebensmittel folgender Standardvordruck neu festgesetzt:

Best.-Nr. Lm 10 a „Rechnung für staatlichen Einzelhandel“

14×29,7 cm, zu zwei Nutzen untereinander im Block, 50 × 5 Blatt, numeriert ab
(Leergutliste wie bei Lm 10 bzw. Lm 10 b).

Dieser Vordruck kann beim Vordruck-Leitverlag Halle erstmalig für den Bedarf Juli bis September 1957 bis zum 15. April 1957 aufgegeben werden. Zweckmäßigerweise ist dem Vordruck-Leitverlag Halle gleichzeitig entsprechend der Bestell-Liste der Bedarf für die weiteren zwei Quartale zu nennen.

Kündigung von Standardvordrucken

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurden folgende Standardvordrucks der HO gestilligt:

Best.-Nr. 08/1036 Betriebs-/Abteilungswise Zusammenstellung des Inventars
 - 08/1037 Gesamzusammenstellung des Inventars
 - 08/1075 Warenbestandskontrolle
 - 09/1005/K Inventarverzeichnis (Karton)
 - 08/1005/P Inventarverzeichnis (Papier).

An Stelle dieser Vordrucke sind keine Neufestsetzungen vorgesehen. Die beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin vorliegenden Bestellungen werden bis zum Austraum der Bestände belieft.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

Nr. 27/57 → Veränderung der Handelspolitischen Schulung 101

II. Mitteilungen

Bezug von Einzelnnummern der „Verfügungen und Mitteilungen“ 101

III. Vordruckwesen

Großhandel: Neufestsetzung eines Standardvordruckes
 Einzelhandel: Kündigung von Standardvordrucken 102

Hersteller: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (0) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 11, Michaelkirchstraße 17, Postfach 67 04 11, Postleitziffer: 1000 10 — Versandungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Berugspreis: vierteljährlich 1,80 DM — Einzelausgabe — 0,30 DM (nur durch den Verlag zu bestellen) — Veröffentlichung unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 111/57 DDR — Druck: (46) Neues Deutschland, Berlin

16

VERFUGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 6. April

Nr. 14

Nur für den Dienstgebrauch

INHALT

	Seite
I. Anweisungen	
Nr. 28/57 — Sachwert-Lotterie der FDJ	103
II. MITTEILUNGEN	
Innerstaatlicher Umsatz von Überplanbeständen der GHK für Industriewaren	104
Berichtigung der Richtlinie über die Finanzberichterstattung des VE Einzelhandels per 31. März 1957	104
III. Freiwillig	
Preisbewilligung I/VII/57/109	
Diverse Luftgewehre	104
Berichtigung zur „Preiskorrektur für Rennräder und Elektrische Haushaltswaschmaschinen ...	104

ANWEISUNGEN

Berlin, den 3. April 1957

— 5530 —

Anweisung Nr. 28/57

Sachwert-Lotterie der FDJ

In Ergänzung der Anweisung Nr. 61/56 („Verf. u. Mittig.“ Heft 33/1956 S. 329) wird mitgeteilt, daß der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend die Sachwert-Lotterie durch Hereinnahme einer 3. Serie (C) erweitert hat. Diese Serie (C) umfaßt folgende Sachgewinne:

Radioapparat	a 500,— DM
Fahrräder	a 250,— DM
Armbanduhren	a 170,— DM
Steppdecken	a 250,— DM
Heizkissen	a 25,— DM
Zigarettenpackungen	a 0,50 DM
Keks- und Drops-Packungen	a 0,50 DM

Alle in der Anweisung Nr. 61/56 angegebenen Termine und Verfahrenswege behalten auch für diese 3. Serie (C) ihre Gültigkeit.

Borrmann
Stellvertreter des Ministers

— Verf. u. Mittig.

— 5530 —

Mta. f. H. u. V.

• Nachdem die Wochenzeitung „Handelswoche“ bereits große Verbreitung gefunden hat und jeder Mitarbeiter im Handel Wettbewerbsergebnisse, Aufrufe usw. dort finden kann, werden hier künftig ausschließlich Verfugungen und Mitteilungen des Ministeriums erscheinen. Deshalb kann das Inhaltsverzeichnis wieder ständig auf die Titelseite kommen, womit den Wünschen vieler Mitarbeiter Rechnung getragen wird.

Die Redaktion

103

POOR ORIGINAL**MITTEILUNGEN**

Berlin, den 2. April 1957
Bemerkung: Umtausch von Überplanbeständen
der GHK für Industriewaren

Durch die Reorganisation des staatlichen Großhandels und durch die Auflösung des staatlichen Vermittlungskontors für Konsumgüter macht es sich erforderlich, von der Möglichkeit des innerzonalen Umsatzes stärker Gebrauch zu machen.

Um den Abbau von Überplanbeständen zu beschleunigen, die im eigenen Großhandelsbereich nicht absetzbar sind, werden die GHK angewiesen, in eigener Verantwortung diese Bestände in den innerzonalen Umsatz einzubeziehen und die Angebote ihrer Hauptverwaltung zuzuleiten.

Die Hauptverwaltungen (HV) haben diese Angebote weiterzuvermitteln und nach Notwendigkeit — mindestens einmal im Quartal — Warenbörsen durchzuführen, aus denen Angebot und Nachfrage der Waren hervorgehen, die innerzonal umgesetzt werden sollen.

Die HV und GHK sind weiterhin verpflichtet, Warenbestände, die innerzonal nicht umgesetzt werden konnten, dem übrigen sozialistischen Großhandel zum Verkauf anzubieten.

Es sind nur solche Warenbestände in den innerzonalen Umsatz einzubeziehen, die sich in einem einwandfreien

Zustand befinden. Die Abgabe der Warenbörsenrechnung eines Großhandelsunternehmens ist vom genannten Zeitraum ab zu verzögern.

Die Bezahlung der beim innerzonalen Umsatz entstehenden Transportkosten ist zwischen den Partnern im gegenwärtigen Einvernehmen zu regeln.

Schneiderhainze
Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 11/57 —

— 4913 —

Berlin, den 30. März 1957

Berichtigung
der Richtlinie über die Finanzberichterstattung
des VE Einzelhandels per 31. März 1957

In „Verfg. u. Mittig.“ Heft 11/1957 ist auf Seite 87, zu 3.A, örtlicher VE Einzelhandel, im letzten Absatz folgende Berichtigung vorzunehmen:

Statt „Finanzmeldung Teil IV“ muß es richtig heißen: „Finanzmeldung Teil VI ist nicht zu unterteilen.“

Der Teil IV — Kostenrechnung — ist von der Abt. H. u. V. der Räte der Kreise und Bezirke nicht zusammenzufassen.

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 14/57 —

PREISDIENST

— 3665 —

Berlin, den 2. April 1957

Preisbewilligung 1/VII/57/109
Diverse Luftgewehre

Herstellerwerk: VEB Ernst-Thälmann-Werke Suhl
Modell III/56 Modell 49 a Modell I/56
Sonderklasse (S) Güteklass 1 Güteklass 1
DM DM DM
EVP : 95,— 70,— 70,—
EHS : 16,15 11,90 11,90
GAP : 78,85 58,10 58,10
GHS : 9,50 7,— 7,—
Neuer IAP : 69,35 51,10 51,10

Preisstellung:

Ab Versandstation einschließlich Verpackung. Versandverpackung gilt als Leihverpackung im Sinne der entsprechenden Bestimmungen.

Anmerkung:

Gemäß § 4 Absatz 6 der Muster-Preisanordnung vom 27. Februar 1957 der Regierungskommission für Preise wird die Belieferung individueller Verbraucher durch den Hersteller zum Einzelhandels-Verkaufspreis (EVP) vorgenommen.

Schlüssel-Nr.: 7184

Waren-Nr.: 38 75 91 00

Hentschel
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 14/57 —

— 3620 —

Berlin, den 2. April 1957

Berichtigung
zur „Preiskorrektur für Rennräder und
Elektrische Haushaltswaschmaschinen“

Die in „Verfg. u. Mittig.“ Heft 12/1957 veröffentlichte „Preiskorrektur für Rennräder und Elektrische Haushaltswaschmaschinen“ enthält in der Einleitung zwei sinnentstellende Fehler. Wir bitten, folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Seite 95, links unten muß es unter a) richtig heißen:
... an 170 „Warenbestand zum EKP.“

Seite 95 muß der erste Absatz rechts oben folgenden Wortlaut haben:

„In den Verkaufsstellen-Berichten ist der volle Differenzbetrag zwischen altem und neuem EVP laut Preiskorrektur-Protokoll in der Spalte „Sonstiger Abgang zum EVP“ aufzunehmen. Der Auffall an Handelspanne ist in der Spalte „Sonstiger Abgang HSP“ einzusetzen. Alle Waren sind deutlich mit der Nomenklatur-Nummer zu versehen.“

— Verfg. u. Mittig. Min. f. H. u. V. Heft 14/57 —

Hersteller: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (1) VEB Deutscher Staatsverlag, Berlin — Postcheckkonto: 1400 28 — Erscheinungsweise: wöchentlich einmal — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post für den Dienstgebrauch — Besagspreis: Vierstellig 3,35 DM — Einzelausgabe: —15 DM (nur zu bezahlen vom Buchbazar Leipzig, Leipzig C 1, Querstraße 6-8, Telefon: 88 147) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 114/57/200 — Druck: (149) Neues Deutschland, Berlin N 8